

**Kooperationsbeziehungen im deutsch-
polnischen Grenzraum.
Zur Rolle kultureller und anderer Grenzen.**

Dissertation

zur Erlangung des Grades
eines Doktors der Philosophie

am Fachbereich Politik- und Sozialwissenschaften
Otto-Suhr-Institut für Politikwissenschaft
der Freien Universität Berlin

vorgelegt von:

Angelika Pauli

Berlin 2015

Erstgutachterin: Prof. Dr. Heiderose Kilper

Zweitgutachter: Prof. Dr. Dr. Hans-Joachim Mengel

Tag der Disputation: 5. Juni 2013

Zusammenfassung

Das Promotionsvorhaben beschäftigt sich mit der Frage, wie sich kulturelle Grenzen in der deutsch-polnischen Zusammenarbeit äußern, welche Auswirkungen sie auf die Kooperation haben und inwieweit sie abgebaut werden können. Den Kontext für diese Fragestellung bildet der europäische Integrationsprozess, der hier unter den Dimensionen von „Kultur“ und „Grenze“ beleuchtet wird. Zentrale Begrifflichkeiten der Arbeit sind also „Kultur“, „Grenze“ und „Integration“. Eine theoriegeleitete Diskussion und Definition dieser Begriffe erfolgt an Hand der Arbeiten von Talcott Parsons (Kultur), Stein Rokkan (Grenze) sowie Karl W. Deutsch und neueren Governance-Ansätzen der europäischen Integrationstheorie (Integration). Diese Ansätze werden zu einer der Fragestellung angemessenen neuen Theorie mittlerer Reichweite verknüpft. Die Operationalisierung dieser Theorie erfolgt durch ein Modell und ein hiermit verbundenes Kategorienschema. Beide werden auf drei Fallbeispiele angewendet und im Verlauf der Empirie überprüft und modifiziert. Bei den Fallbeispielen handelt es sich um drei Kooperationsprojekte im deutsch-polnischen Grenzraum, die zunächst als einzelne Fallstudien beschrieben werden. Anschließend erfolgt ein Fallstudienvergleich, um Gemeinsamkeiten und Unterschiede sowie Kausalitäten zu ermitteln. Die Arbeit schließt mit einer Darstellung und Bewertung der Forschungsergebnisse sowie der theoretischen Tragweite und empirischen Anwendbarkeit des entwickelten Modells.

Danksagung

Ich bedanke mich bei meiner Erstgutachterin Prof. Dr. Heiderose Kilper für kontinuierliche Begleitung meiner Arbeit. Ebenfalls bedanken möchte ich mich bei Prof. Dr. Dr. Hans-Joachim Mengel für seine Bereitschaft, kurzfristig das Zweitgutachten zu übernehmen. Darüber hinaus geht mein Dank an ehemalige Kolleginnen und Kollegen des Leibniz-Instituts für Regionentwicklung und Strukturplanung (IRS), die mir durch Diskussionen, Rückfragen und Anregungen wichtige Impulse lieferten und mir halfen, auch schwierige Phasen zu überwinden. Ein weiteres großes Dankeschön geht an Magdalena Szewc, die mir bei der Übersetzung der polnischen Interviewleitfäden und Interviewtranskripte sehr geholfen hat. Danke auch an Prof. Dr. Ralf Rytlewski und Dr. Marlene Müller-Rytlewski sowie die Teilnehmerinnen und Teilnehmer ihres Colloquiums Vergleichende Politikwissenschaft. Meiner Familie danke ich für ihre Geduld, Nachsicht und beständige Unterstützung.

Inhaltsverzeichnis

1	Einleitung	1
1.1	Kultur und Grenze als Dimensionen der europäischen Integration.....	1
1.2	Kulturelle Grenzen am Beispiel der deutsch-polnischen Grenzregion.....	3
1.3	Aufbau der Untersuchung.....	7
2	Grundlagen	10
2.1	Forschungsstand	10
2.1.1	Theorien europäischer Integration	10
2.1.2	Kultur als Bestandteil politikwissenschaftlicher Erklärungsmodelle.....	14
2.1.3	Arbeiten zu Grenze und grenzübergreifender Kooperation	19
2.2	Methodik und Forschungsdesign.....	22
2.2.1	Methodische Anforderungen an ein Modell mittlerer Reichweite.....	22
2.2.2	Methodik der Fallstudien	24
2.2.3	Forschungsdesign der Arbeit.....	27
3	Analyserahmen.....	31
3.1	Verwendete theoretische Ansätze.....	32
3.1.1	Kultur: Talcott Parsons	32
3.1.2	Grenze: Stein Rokkan	35
3.1.3	Integration I: Karl W. Deutsch.....	42
3.1.4	Integration II: Die Governance-Perspektive	46
3.1.5	Kulturelle Grenzen, Integration, Kooperation: Begriffsdefinitionen.....	50
3.2	Kulturelle Grenzen und Integrationsprozesse: Operationalisierung und Modell.....	54
3.3	Kontextbedingungen deutsch-polnischer Kooperation.....	58
3.3.1	Grenzziehung: Die Geschichte der Region von 1945 bis 1989	58
3.3.2	Grenzöffnung und Transformation nach 1989.....	63
3.3.3	Grenzüberwindung im Kontext der Europäischen Union?	67
4	Fallstudien	71
4.1	Fallstudie 1: Projekt TRANSLOKAL in Guben / Gubin	73
4.1.1	Ausgestaltung der Kooperation.....	75
4.1.2	Kulturelle und andere Grenzen	90

4.1.3	Integrationsprozesse.....	98
4.1.4	Zusammenfassende Bewertung	105
4.2	Fallstudie 2: Projekt EDON.....	107
4.2.1	Ausgestaltung der Kooperation.....	110
4.2.2	Kulturelle und andere Grenzen	128
4.2.3	Integrationsprozesse.....	135
4.2.4	Zusammenfassende Bewertung	139
4.3	Fallstudie 3: Deutsch-polnische Berufsausbildung im Hotel- und Gaststättengewerbe	142
4.3.1	Ausgestaltung der Kooperation.....	143
4.3.2	Kulturelle und andere Grenzen	155
4.3.3	Integrationsprozesse.....	161
4.3.4	Zusammenfassende Bewertung	168
5	Vergleich der Fallstudien	171
5.1	Ausgestaltung der Kooperation	173
5.1.1	Kooperationsrahmen	173
5.1.2	Akteure.....	174
5.1.3	Interaktion und Entscheidungsfindung	176
5.1.4	Ergebnisse der Kooperation.....	178
5.1.5	Institutionalisierung	179
5.2	Kulturelle und andere Grenzen.....	180
5.3	Integrationsprozesse	183
5.4	Analytische Bewertung des Vergleichs	186
6	Schlussbetrachtung.....	192
6.1	Grenzen – Kooperation – Integration	192
6.2	Die Rolle kultureller und anderer Grenzen.....	196
6.3	Ausblick.....	199
7	Abkürzungsverzeichnis	202
8	Literatur	203
	Anhang.....	219

Liste der Interviewpartnerinnen und -partner	219
Interviewleitfäden	220
Kurzfassung der Ergebnisse	225
Short summary of results	226
Liste der Vorveröffentlichungen	227

Verzeichnis der Abbildungen

Abbildung 1: Vermuteter Zusammenhang zwischen den Hauptvariablen	6
Abbildung 2: Drei Stufen der Integration	53
Abbildung 3: Untersuchungsmodell	55
Abbildung 4: Mitgliedsgemeinden des EDON	108
Abbildung 5: Überarbeitetes theoretisches Modell	195

Verzeichnis der Tabellen

Tabelle 1: Drei Paradigmen der vergleichenden Politikwissenschaft	19
Tabelle 2: Klassischer versus kulturalistischer Vergleich	30
Tabelle 3: Verwendete theoretische Ansätze im Überblick.....	49
Tabelle 5: Variablen und Indikatoren einer Untersuchungsheuristik	56
Tabelle 6: Charakteristika der Fallstudie TRANSLOKAL	106
Tabelle 7: Charakteristika der Fallstudie EDON	141
Tabelle 8: Charakteristika der Fallstudie DPBA	170
Tabelle 9: Vergleich ausgewählter Fallstudienmerkmale.....	172
Tabelle 10: Deutsche und polnische Kulturstandards.....	184

1 Einleitung

1.1 Kultur und Grenze als Dimensionen der europäischen Integration

Grenzen in Europa werden zunehmend durchlässiger, gleichzeitig gewinnen sie jedoch an Bedeutung. Dieses scheinbare Paradoxon erklärt sich durch die verschiedenen Dimensionen des Begriffs „Grenze“, die im Englischen durch zwei unterschiedliche Worte ihren Ausdruck finden: „*Border*“ bezeichnet eine territoriale oder administrative Grenze, während „*boundaries*“ sozial konstituiert sind und unterschiedliche nationale, ethnische, religiöse oder linguistische Gruppen trennen (Anderson/O’Dowd 1999:595). Die Prägekraft der territorialen Grenzen nimmt ab, gleichzeitig aber wächst die Bedeutung sozialer Grenzen.

Diese unterschiedliche Entwicklung von *borders* und *boundaries* in Europa markiert historisch betrachtet einen neuen Prozess. Durch die Entstehung der westeuropäischen Nationalstaaten im 16. und 17. Jahrhundert verstärkten sich kulturelle und politisch-administrative Grenzziehungen wechselseitig und waren daher lange Zeit weitgehend deckungsgleich (Rokkan 2000:137). Im Rahmen des europäischen Integrationsprozesses und der Schaffung eines gemeinsamen Marktes werden jedoch die wirtschaftlichen und politischen Grenzen zwischen den Nationalstaaten zunehmend durchlässiger oder gar aufgehoben. Die kulturelle Prägekraft der Nationalstaaten hingegen, ihre „*capacity in maintaining identities and in shaping beliefs and expectations*“ (Caramani 2003a) löst sich nur sehr langsam auf. Die kulturellen *boundaries* zwischen den Nationalstaaten sind also nach wie vor präsent. Gleichzeitig bilden sich auf Grund der offenen Grenzen und der damit verbundenen Migrationsprozesse neue Grenzziehungen innerhalb der Staaten heraus, etwa durch Gemeinschaften von ethnischen Minderheiten. Hierdurch entstehen hohe Anforderungen an die Integrationsleistungen der Mitgliedstaaten. Die europäische Integration führt also nicht nur zu einer Aufhebung von politischen und wirtschaftlichen Grenzen, sondern rückt gleichzeitig die sozialen und kulturellen Grenzen stärker in den Fokus.

Die politische Aktualität des Themas zeigt sich unter anderem darin, dass das Jahr 2008 von der Europäischen Kommission zum „Europäischen Jahr des interkulturellen Dialogs“ erklärt wurde. Hierdurch sollte die kulturelle Vielfalt Europas als „*einzigartiger Vorteil*“ gewürdigt und zugleich der interkulturelle Dialog angestoßen werden, um so

die „*europäische Identität und Staatsbürgerschaft*“ zu fördern¹. Es handelte sich hier also um einen Versuch der Kommission, mit den ihr zur Verfügung stehenden begrenzten Mitteln und weichen Steuerungsinstrumenten eine Art europäische Identitätsbildung voranzutreiben und damit kulturelle Grenzen zu überwinden.

Doch nicht nur in der Politik, auch in den Geistes- und Sozialwissenschaften kam es in den vergangenen Jahren zu einer zunehmenden Beschäftigung mit Kultur², eine Entwicklung, die häufig unter dem Begriff des „*cultural turns*“ zusammengefasst wird. Diese stärkere Hinwendung zu kulturellen Aspekten in der Forschung begann bereits in den 1980er Jahren, zunächst vor allem im Bereich der Geschichtswissenschaft und der Anthropologie³. Kennzeichnend für den *cultural turn* sind beispielsweise das Infragestellen von sozialen Kategorien (Klasse, Nation) sowie der Verweis auf die historische Konstruiertheit dieser Konzepte. Auch die Kulturwissenschaften als transdisziplinäres Wissenschaftsprogramm entstanden als Folge des *cultural turns*. In der Politikwissenschaft wurde diese Entwicklung lange Zeit eher zögerlich aufgenommen⁴, jedoch lassen sich heute auch hier vermehrt Ansätze erkennen, die von kulturwissenschaftlichen Perspektiven inspiriert sind. Die zunehmende Öffnung für kulturwissenschaftliche Aspekte lässt sich unter anderem an den Fragestellungen, den gewählten Methoden und den rezipierten Theorien erkennen (Schwelling 2004:11; Suny 2002).

Zu einer solchen Perspektivenerweiterung will auch diese Arbeit einen Beitrag leisten: Sie fragt nach der Rolle, den Auswirkungen und der Überwindung von kulturellen Grenzen in grenzüberschreitenden Kooperationsprojekten. Diese vom kulturwissenschaftlichen Programm inspirierte Fragestellung wird mit Hilfe von politikwissenschaftlichen Theorien und Methoden beantwortet.

¹ <http://www.interculturaldialogue2008.eu/406.0.html?&L=1>, letzter Abruf am 12.6.12.

² Der Forschungsstand hierzu wird im Kapitel 2.1.2 ausführlicher diskutiert.

³ Als Schlüsselwerke werden hier *The Making of the English Working Class* von Edward Palmer Thompson ((1963); deutsch: *Die Entstehung der englischen Arbeiterklasse* (Thompson 1987)) und *The Interpretation of Culture: Selected Essays* von Clifford Geertz ((1973); deutsch: *Dichte Beschreibung: Arbeiten zum Verstehen kultureller Systeme* (1997)) genannt (Suny 2002).

⁴ Ausnahmen wie Benedict Andersons *Imagined Communities: Reflections on the Origins and Spread of Nationalism* ((1983) deutsch: *Die Erfindung der Nation* (1996)) bestätigen hier die Regel. Der Autor geht davon aus, dass Nationalität ein kulturelles Produkt ist, das eine starke innere Legitimität genießt. Für ihn sind Nationalstaaten „vorgestellte Gemeinschaften“ („*imagined communities*“), die darauf beruhen, dass im Kopf eines jeden Mitgliedes die Vorstellung von Gemeinschaft existiert.

1.2 Kulturelle Grenzen am Beispiel der deutsch-polnischen Grenzregion

Die Prozesse der grenzübergreifenden Zusammenarbeit und der kulturellen Integration, die den Gegenstand dieser Arbeit bilden, können *top-down* auf europäischer Ebene initiiert werden. Das entsprechende Instrumentarium der Europäischen Kommission ist die Regionalpolitik. Ein besonderes Augenmerk zur Umsetzung der regionalpolitischen Zielsetzung gilt den Grenzregionen, die als „*Laboratorien der Integration*“ gelten (Stoklosa 2004). Daher werden grenzübergreifende⁵ Vernetzungen durch entsprechende finanzielle Anreize auf europäischer Ebene gefördert, um europapolitische Zielstellungen auf subnationaler Ebene umsetzen zu können. Dabei treten durch regionale Vernetzungen zwei oder mehrere nationale Systeme miteinander in Verbindung, die durch die Nationalstaatenbildung und die damit verbundene interne Strukturierung in mehrfacher Hinsicht voneinander abgegrenzt waren. Mit Stein Rokkan lässt sich unterscheiden zwischen militärisch-administrativen, ökonomischen und kulturellen Grenzbildungen, die zur Differenzierung und (internen) Strukturierung der Nationalstaaten beitragen (Flora 2000).

Am Beispiel des deutsch-polnischen Grenzgebiets zeigt sich, dass die ökonomischen Grenzen zwischen beiden Staaten im Rahmen von Europäisierungs- und Globalisierungsprozessen größtenteils aufgehoben wurden oder dies in naher Zukunft sein werden. Die administrativen Grenzen zwischen beiden Staaten sind nach wie vor existent, jedoch ist perspektivisch mit einer Angleichung und Europäisierung der Strukturen im Kontext des europäischen Mehrebenensystems zu rechnen. Nach wie vor in hohem Maße präsent und nur langfristig abzubauen sind hingegen kulturelle Grenzziehungen.

Im speziellen Fall des deutsch-polnischen Grenzgebiets ist die kulturelle Dimension von Grenzziehungen noch persistenter als beispielsweise an anderen, älteren europäischen Binnengrenzen. Dies liegt begründet in der besonderen Geschichte dieser Grenzregion, die die Entstehung einer regionalen, auch grenzüberschreitenden Identität lange Zeit verhinderte. Durch die Grenzverschiebungen als Folge des Zweiten Weltkriegs und den damit verbundenen Bevölkerungsaustausch sowie die Abschottung der Grenze während

⁵ Die Begriffe „grenzübergreifend“ und „grenzüberschreitend“ werden synonym verwendet. Gemeint ist hier und im Folgenden stets die Zusammenarbeit über nationalstaatliche, territoriale Grenzen hinweg.

Kooperationsbeziehungen im deutsch-polnischen Grenzraum. Zur Rolle kultureller und anderer Grenzen des „Kalten Krieges“ entstand auf beiden Seiten der (Fluss)-Grenze das Gefühl, am „Ende der Welt“ zu leben⁶.

Mit dem Zusammenbruch des „Ostblocks“ und der Einbindung Polens in das europäische Bündnissystem ergaben sich neue Möglichkeiten für die grenzübergreifende Zusammenarbeit. Trotz der finanziellen Unterstützung, vor allem durch die Europäische Union, und den Willen zur Kooperation funktioniert eine solche Zusammenarbeit nicht immer reibungslos. Neben unrealistischen Erwartungen und ungenauen Projektzielen erschweren auch kulturelle Unterschiede die Zusammenarbeit. Kulturelle Differenz manifestiert sich nicht nur in unterschiedlichen Sprachen, sondern auch in abweichenden (Kommunikations)-Gewohnheiten, Auffassungen und „weichen“ Institutionen wie Verfahrensabläufen und Handlungsmustern, also verschiedenen kulturellen Codes. Notwendig für den Erfolg grenzüberschreitender Kooperationen ist daher der Erwerb von interkulturellen Kompetenzen, sowohl auf der Sachebene, d.h. der Ebene des Verstehens und Wissens um die andere Kultur, als auch auf der Beziehungsebene durch persönliche Bindungen (Mobiles Beratungsteam Eurokomm 2005:11, 81). Einen Schwerpunkt der Kooperation sollten daher der Erwerb von interkulturellen Kompetenzen, Bildung und Ausbildung und die gemeinsame Förderung regionaler Entwicklung bilden.

Drei Projekte aus dem deutsch-polnischen Grenzgebiet, die einen solchen Ansatz verfolgen, bilden als Fallstudien die empirische Basis dieser Untersuchung. Es handelt sich dabei um die Projekte TRANSLOKAL zur interkommunalen Kooperation in Guben / Gubin, den EDON (Eurodistrict Oderland - NadOdrze) im Oderbruch und die Deutsch-Polnische Berufsausbildung im Hotel- und Gaststättengewerbe in Bad Freienwalde, Eberswalde und Kołobrzeg. Sie wurden ausgewählt, weil bei ihnen von einer mindestens in Teilen erfolgreichen Integrationsleistung ausgegangen werden kann.

⁶ Eine anschauliche Schilderung des Alltags in einem geteilten Dorf an der Oder liefert etwa Tina Veihelmann mit „Aurith/Urad“ (Anschläge.de und Veihelmann 2006).

An ihrem Beispiel erfolgt die Beantwortung der drei zentralen Forschungsfragen:

- 1) Welche Rolle spielen kulturelle Grenzen in regionalen, deutsch-polnischen Kooperationsprojekten?
- 2) Wie können kulturelle Grenzen im Rahmen der Kooperation überwunden werden?
- 3) Welche Rückschlüsse ergeben sich hieraus für die kulturelle Dimension der Integration?

Die zentralen Begriffe oder Hauptvariablen lauten somit „Grenze“ und „Integration“, jeweils betrachtet in ihrer kulturellen Dimension. Diese werden daraufhin untersucht, wie sie grenzübergreifende Kooperationen beeinflussen. Kooperationen im Sinne von Fallbeispielen der Zusammenarbeit bilden somit den Untersuchungsrahmen und gleichzeitig eine dritte Variable. Als Vorannahme zur Strukturierung der Arbeit wird davon ausgegangen, dass den drei Variablen ein bestimmter Kausalmechanismus⁷ zu Grunde liegt. Dieser lässt sich zu drei Grundannahmen verdichten:

- 1) Kulturelle Grenzen beeinflussen die grenzübergreifende Kooperation;
- 2) Grenzübergreifende Kooperation führt zu Integrationsprozessen;
- 3) Integrationsprozesse wiederum tragen zur Überwindung von kulturellen Grenzen bei.

Neben diesem zu Grunde liegenden Kausalmechanismus dienten anfänglich sechs Arbeitshypothesen dazu, relevante Analysekatoren und geeignete theoretische Ansätze zu identifizieren:

- 1) Die Überwindung von Grenzen ist definiert als ein Abbau von Distanz, nicht als ein Abbau von Differenz;
- 2) Grenzüberwindung und kulturelle Integration stehen in einem engen, wechselseitigen Zusammenhang;
- 3) Erfolgreiche grenzübergreifende Kooperationen thematisieren den regionalen und den historischen Kontext;

⁷ Hier wird unterschieden zwischen einem Kausalzusammenhang (Ursache – Wirkung) und einem Kausalmechanismus als dem „Zusammenhang zwischen Ursachen, dem Prozess, der die Wirkungen hervorbringt, und den Wirkungen“ (Gläser und Laudel 2004:67).

- 4) Das Gelingen grenzübergreifender Kooperationen hängt stark vom Engagement und der interkulturellen Kompetenz von Schlüsselakteuren ab;
- 5) Je größer der Handlungsdruck zur Zusammenarbeit, desto eher können Grenzen überwunden werden;
- 6) Nachhaltige, das heisst institutionalisierte oder dauerhafte Kooperationsstrukturen sind ein Indikator für kulturelle Grenzüberwindung.

Das Vorverständnis zum Verhältnis der Hauptvariablen ist in Abbildung 1 dargestellt. Dieses Schema bildet gleichzeitig das Grundmodell kultureller Grenzen und kultureller Integration, welches im Verlauf der Arbeit auf theoretischer und empirischer Grundlage iterativ weiter ausdifferenziert und verfeinert wird.

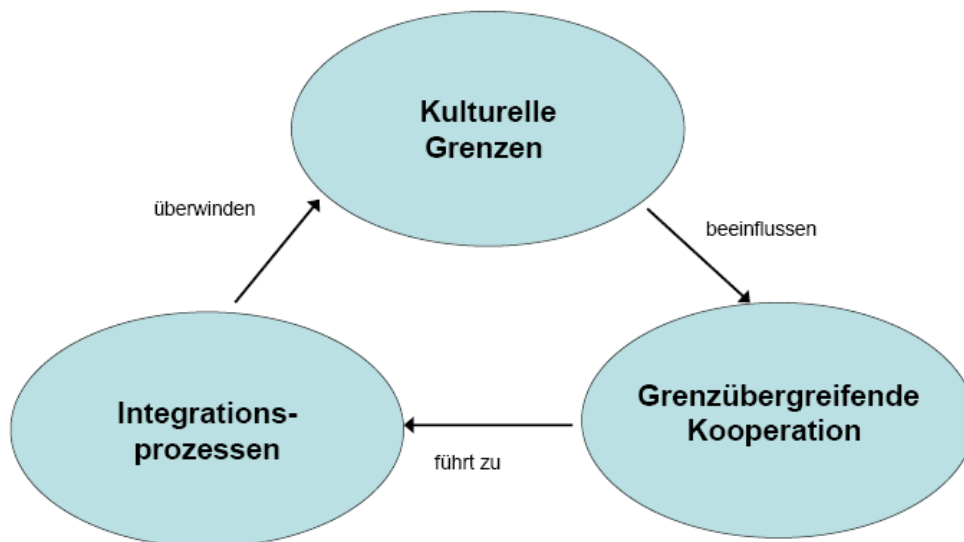


Abbildung 1: Vermuteter Zusammenhang zwischen den Hauptvariablen
(Eigene Darstellung)

1.3 Aufbau der Untersuchung

Für die untersuchten Fragestellungen stehen keine „starken“ Theorien zur Verfügung. Ziel dieser Arbeit ist daher erstens die Entwicklung⁸ einer dem Gegenstandsbereich angemessenen „Theorie mittlerer Reichweite“, mit der sich die Beziehung zwischen kulturellen Grenzen und kultureller Integration erfassen lässt. Zweitens wird diese Theorie in ein Modell übersetzt und mit Hilfe eines Kategorienschemas operationalisiert. Das dritte Ziel besteht darin, Modell und Kategorienschema auf drei Fallstudien anzuwenden. Hierdurch kann einerseits deren Eignung für eine empirische Untersuchung überprüft werden, andererseits lassen sich so eigene empirische Erkenntnisse für die Beantwortung der Forschungsfragen generieren.

Der Aufbau der Arbeit trägt dieser Zielstellung Rechnung. In einem an die Einleitung anschließenden Grundlagenkapitel erfolgt zunächst eine Darstellung des Forschungsstandes der politikwissenschaftlichen Integrationstheorie. Anschließend wird Kultur als Bestandteil politikwissenschaftlicher Erklärungsmodelle diskutiert. Hierauf erfolgt eine Darstellung von bereits vorliegenden Forschungsarbeiten zum Thema Grenzen und grenzübergreifende Zusammenarbeit. Für jeden dieser Teilbereiche werden Forschungslücken aufgezeigt. Anschließend an den Forschungsstand wird das Konzept der „Theorie mittlerer Reichweite“ erläutert und für den Forschungsgegenstand fruchtbar gemacht. Das Grundlagenkapitel endet mit einer Darstellung von Methodik und Forschungsdesign.

Das Kapitel 3 „Analyserahmen“ rezipiert verschiedene theoretische Ansätze und entwickelt mit deren Hilfe ein Modell mittlerer Reichweite als Forschungsheuristik. Der Kulturbegriff als systemisches und intersubjektives Konzept wird aufbauend auf Talcott Parsons und seine Theorie der allgemeinen Handlungssysteme diskutiert. Anschließend erfolgt eine analytische Annäherung an den Begriff der (kulturellen) Grenzen mit Hilfe von Stein Rokkans vergleichenden Arbeiten zur Nationalstaatenbildung in (West)-Europa. Für die Diskussion eines geeigneten Integrationsbegriffs werden die Arbeiten

⁸ Im Sinne von Robert K. Merton als Theorie, die Elemente allgemeiner Theorien kombiniert und diese auf einen bestimmten Forschungsbereich anwendet. Siehe hierzu ausführlicher unten, Kapitel 2.2.1.

von Karl W. Deutsch sowie neuere europäische Integrationstheorien herangezogen. Basierend auf diesen theoretischen Ansätzen erfolgt eine Definition zentraler Begriffe, die im Analysemodell verwendet werden. Anschließend wird das theoretische Modell in ein Kategorienschema für die Empirie übersetzt. Der Analyserahmen wird vervollständigt durch eine Darstellung von Kontextbedingungen der deutsch-polnischen Kooperation. Sie stecken den institutionellen, historischen und kulturellen Rahmen sowohl für die Empirie als auch für den Geltungsbereich des theoretischen Modells ab. Ein erstes Unterkapitel hier ist der „Grenzziehung“, also der Geschichte der Region zwischen 1945 und 1989, gewidmet. Ein zweiter Teil schildert die Transformation und Grenzöffnung nach 1989. Das dritte Unterkapitel beschäftigt sich mit Möglichkeiten der Grenzüberwindung im Kontext der Europäischen Union.

Das anschließende vierte Kapitel beschreibt die durchgeführten empirischen Untersuchungen in den drei Fallstudien TRANSLOKAL, EDON und Deutsch-Polnische Berufsausbildung und deren Ergebnisse. Die Fallstudien sind analog aufgebaut, um den anschließenden Vergleich zu ermöglichen, und jeweils unterteilt in die Kapitel „Ausgestaltung der Kooperation“, „Kulturelle und andere Grenzen“ sowie „Integrationsprozesse“. In einer abschließenden zusammenfassenden Bewertung werden die wichtigsten Merkmale einer jeden Fallstudie aufgeführt. Bei der Fallstudienanalyse zeigte sich, dass die drei Projekte, obwohl sie ungefähr zur gleichen Zeit gestartet waren, sich in ganz unterschiedlichen Stadien der kulturellen Grenzüberwindung befanden.

Die Gründe für die verschiedenen Stadien der Grenzüberwindung und die unterschiedlich erfolgreichen kulturellen Integrationsprozesse gilt es herauszufinden. Daher unterzieht das folgende fünfte Kapitel die drei Fallstudien, die zuvor als einzelne, eigenständige Fälle behandelt wurden, einem strukturierten, fokussierten Vergleich. Hierfür werden zunächst die wichtigsten Fallstudienmerkmale nebeneinandergestellt, um so Gemeinsamkeiten, Unterschiede und überraschende Ergebnisse identifizieren zu können. Analog zum Aufbau der Einzelfallstudien wird unterschieden zwischen der „Ausgestaltung der Kooperation“, den „Kulturellen und anderen Grenzen“ sowie „Integrationsprozessen“. Das Kapitel schließt mit einer analytischen Bewertung des Fallstudienvergleichs. Ziel dieser Analyse ist es, den eingangs vorgestellten Kausalmechanismus zu Grenzen – Kooperation – Integration auf seine Gültigkeit hin zu überprüfen, zu modifizieren sowie Schlüsselvariablen zu identifizieren.

Die Untersuchung schließt mit einem Fazit, das die Ergebnisse der Arbeit zusammenfasst und den Bedarf für weiterführende künftige Forschungen aufzeigt. Eingangs werden die theoriebasierten Arbeitsergebnisse vorgestellt, die in einem ausgearbeiteten und verfeinerten Modell mittlerer Reichweite zu Grenzen – Kooperation und Integration gipfeln. Hieran schließt sich eine Synthese der empiriebasierten Forschungsergebnisse an. Theoretische und empirische Ergebnisse werden abschließend in die Theoriedebatte rückgespiegelt und Aspekte aufgezeigt, um die bestehende Theorien sinnvollerweise ergänzt werden könnten. Abschließend erfolgt eine Diskussion des zukünftigen Forschungsbedarfs.

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass diese Studie somit Ergebnisse in einem Bereich liefert, zu dem noch wenige theoretische und empirische Erkenntnisse vorliegen: Erstens erfolgt eine Definition der Begriffe der kulturellen Grenzen und der kulturellen Integration durch eine Triangulation verschiedener Theorien. Zweitens werden die rezipierten Theorien in ein theoriebasiertes Modell mittlerer Reichweite überführt, das sowohl die Fragestellung als auch die spezifischen Kontextbedingungen des deutsch-polnischen Grenzgebiets berücksichtigt. Drittens können empiriebasierte Erkenntnisse zur Rolle und zum Wandel von Grenzen gewonnen werden. Viertens schließlich ergeben sich neue Erkenntnisse zu den Rahmenbedingungen, die kulturelle Integrationsprozesse hemmen oder begünstigen.

2 Grundlagen

2.1 Forschungsstand

Im Fokus dieser Arbeit stehen Kultur und Grenzen als Dimensionen der europäischen Integration sowie ihre Ausgestaltung auf regionaler Ebene. Den Ausgangspunkt für die Darstellung des Forschungsstandes bilden daher politikwissenschaftliche Arbeiten zur europäischen Integration, die einleitend vorgestellt werden. Während die wirtschaftliche und die soziale Dimension der europäischen Integration gut erforscht sind, trifft dies auf die kulturelle Dimension nicht zu. Eine wichtige Leistung dieser Arbeit besteht deshalb darin, die kulturelle Dimension unter dem Blickwinkel der kulturellen Grenzen näher zu konzeptualisieren und empirisch zu untersuchen. Eine solche Aufgabenstellung sorgt gleichzeitig für eine Perspektivenerweiterung der europäischen Integrationstheorie: Zum einen trägt sie den Einflüssen des *cultural turns* auf die Politikwissenschaft Rechnung. Zum anderen tritt durch die Konzentration auf die regionale Ebene und das Thema der Grenzen eine räumliche Perspektive hinzu. Die Fragestellung berücksichtigt somit auch die Tatsache, dass räumliche Faktoren in den Sozialwissenschaften seit einigen Jahren an Bedeutung gewinnen, eine Entwicklung, die unter dem Begriff des *spatial turns* zusammengefasst wird⁹.

2.1.1 Theorien europäischer Integration

Die europäische Integration ist ein mehrdimensionaler Prozess, der politische, wirtschaftliche, soziale und kulturelle Aspekte umfasst und sich auf europäischer, nationaler und regionaler Ebene vollzieht. Am besten erforscht ist sicherlich der Bereich der politischen und der wirtschaftlichen Integration auf der nationalen Ebene, während zur kulturellen Dimension der Integration erhebliche Forschungslücken bestehen.

⁹ Diese Entwicklung findet in der Politikwissenschaft jedoch nur sehr zögerlich statt, möglicherweise auf Grund der unrühmlichen Geschichte der politischen Geographie oder der Geopolitik speziell in der deutschen Wissenschaftstradition. Allenfalls im Bereich der *Urban Studies*, die eher interdisziplinär aufgestellt sind, lässt sich ein *spatial turn* feststellen. Döring und Thielmann (2008:10, Fußnote 8) listen eine Vielzahl von Disziplinen auf, die sich zum *spatial turn* positioniert haben: Die Geschichtswissenschaft, die Soziologie, die Literaturwissenschaft, die Kunstwissenschaft, die Medien- und Kommunikationswissenschaft, die Philosophie, *postcolonial*, *gender* und *urban studies*, sowie die Kulturwissenschaften. Eine solche Positionierung steht für die Politikwissenschaft noch aus.

In der politikwissenschaftlichen Europaforschung lassen sich verschiedene Phasen unterscheiden (Bieling und Lerch 2005:24-8). Während in den 1950er Jahren die politisch-normative Theoriebildung vorherrschte und die Debatte zwischen Funktionalisten und Förderalisten geführt wurde, bildete sich in den 1960er Jahren durch die Arbeiten Ernst B. Haas' (1958) der Neo-Funktionalismus¹⁰ als das dominante Paradigma heraus. Einen konkurrierenden Theorieansatz zum neofunktionalistischen Programm bot unter anderem der Transaktionalismus Karl W. Deutschs, der auch für diese Untersuchung fruchtbar gemacht wurde¹¹. Deutsch definierte Integration als Erreichen eines Gemeinschaftssinns („*sense of community*“) (Deutsch u.a. 1957:36). Kennzeichnend für eine Gemeinschaft ist eine besondere Form von Austauschbeziehungen, die auf gegenseitigem Verständnis und Kommunikationsprozessen beruht (Deutsch 1966:91). In den 1970er Jahren kam es zu einer Infragestellung der Annahmen des Neo-Funktionalismus und einem abnehmenden Interesse am Thema der europäischen Integration. Ende der 1980er Jahre wurde die integrationstheoretische Diskussion durch den Supranationalismus, den liberalen Intergouvernementalismus und den Neo-Gramscianismus wieder aufgenommen. Diez und Wiener (2003:7f) fassen alle genannten Ansätze als erste Phase der Integrationstheorie zusammen unter dem Stichwort „*explaining integration*“.

Diesen „klassischen“ Ansätzen zu Theorien europäischer Integration ist gemeinsam, dass sie sich vor allem auf die Perspektive der Nationalstaaten konzentrieren. Demgegenüber behandeln neuere Theorien der europäischen Integration, wie etwa der Multi-Level Governance-Ansatz, Netzwerk-Ansätze oder der Neo-Institutionalismus, die Europäische Union als *polity* und als eigenständiges politisches Phänomen. Innerhalb dieses institutionellen Gebildes werden nicht nur die supranationale und die nationale Ebene betrachtet, sondern auch die regionale und die lokale. Darüber hinaus geben die neueren Ansätze die staatszentrierte Perspektive älterer Integrationstheorien zu Gunsten einer akteurszentrierten Perspektive auf (Knodt und Große Hüttmann 2005:2f;

¹⁰ Die Grundannahme des Neo-Funktionalismus lautet, dass als Folge der wirtschaftlichen Integration auch eine politische Integration stattfindet (spill-over). Durch die Bildung supranationaler Institutionen, so die Theorie weiter, kann dieser Prozess beschleunigt werden (Rosamond 2000:2).

¹¹ Eine ausführlichere Diskussion der Deutsch'schen Integrationstheorie erfolgt im Theoriekapitel unter Punkt 3.1.3.

Rosamond 2000). Diese Phase lässt sich subsumieren unter dem Schlagwort „*analysing governance*“¹² (Diez und Wiener 2003:7ff).

Seit den 90er Jahren kommt als weiterer Blickwinkel oder auch dritte Phase die Untersuchung der EU unter dem Programm des Sozialkonstruktivismus hinzu („*constructing the EU*“) (Wiener und Diez 2003:7ff). Anders als in den ersten beiden Phasen stehen nun nicht mehr die Institutionen und deren Wandel im Mittelpunkt der Betrachtung, sondern das Ziel und die Finalität der Integration oder die Prägekraft von Ideen und Diskursen.

Der Sozialkonstruktivismus schlägt somit auch eine Brücke zur sozialen oder gesellschaftlichen Dimension der europäischen Integration, die deutlich weniger erforscht ist als die politische oder die wirtschaftliche Dimension. Obwohl die Bedeutung des Sozialkonstruktivismus⁷ als neues Forschungsprogramm betont wird (Christiansen u.a. 2001), liegen noch wenige konkrete Umsetzungen dieses Programms vor. Auch die soziologische Europaforschung steckt nach eigener Aussage „*noch in den Kinderschuhen*“ (Hettlage und Müller 2006:16). Eines der wenigen Beispiele für empirisch unterfütterte Arbeiten auf der Ebene des Nationalstaates bilden die Forschungen Jan Delheys. Er nennt als die beiden wichtigsten Komponenten von sozialer Integration eine „*mutual relevance*“ und „*social cohesion*“. Den theoretischen Bezugsrahmen bilden dabei die Arbeiten Max Webers und vor allem Karl W. Deutschs (Delhey 2004a). Als Indikator für den Stand der europäischen Sozialunion untersucht Delhey das transnationale Vertrauen (Delhey 2004b).

Die kulturelle Dimension der Integration ist ebenfalls wenig erforscht und wenn, dann hauptsächlich von Soziologen, Anthropologen und Literaturwissenschaftlern. Ein Ziel dieser Arbeit ist es daher, die kulturelle Dimension der Integration auch für die Politikwissenschaft fruchtbar zu machen. Der Blick auf die relevante Literatur in den Nachbardisziplinen zeigt, dass bereits die Definition der kulturellen Dimension nicht eindeutig

¹² Der Governance-Begriff als „*Ausdruck einer sich wandelnden Staatlichkeit in westlichen Demokratien vom hoheitlich-hierarchischen zum kooperativen Staat*“ (Kilper 2010:9) erfreut sich seit einigen Jahren zunehmender Beliebtheit in den Politik- und Sozialwissenschaften (vgl. exemplarisch Benz 2004; Schuppert 2006; Mayntz 2009). Hier wird als Arbeitsdefinition darunter eine zielgerichtete, d.h. aufgabenbezogene und netzwerkförmige Kooperation von öffentlichen und privaten Akteuren verstanden. Die Kooperation resultiert daraus, dass weder rein marktliche noch rein hierarchische Regelungsformen zur Aufgabenerfüllung geeignet sind. Die Doppelnatur des Begriffes, der sich „*sowohl auf eine Handeln regelnde Struktur als auch auf den Prozess der Regelung beziehen*“ kann (Mayntz 2004:15), erfordert eine Konkretisierung für den jeweiligen Forschungskontext.

ist. Das größte Forschungsfeld widmet sich der Frage nach nationalen und europäischen Identitäten (Orchard 2002). Menéndez-Alarcón (2004) untersucht die sozialen Repräsentationen der EU in drei Staaten und geht der Frage nach, wie kulturelle Identitäten im Zusammenhang mit diesen Repräsentationen reproduziert werden. Shore (2000) konzentriert sich in seiner anthropologischen Betrachtung auf die Konstruktion der EU als ein kulturelles Projekt der EU-Eliten. Ebenfalls thematisiert wird die Schaffung einer europäischen Identität durch die EU-Kulturpolitik (Sassatelli 2002). Für Janssen und Sibom (2000:15) schließlich bezieht sich die kulturelle Dimension der europäischen Integration vor allem auf den Bildungsbereich. Eine neuere Publikation der Historiker Wienand / Wienand (2010) schließlich behandelt die bereits genannten sowie weitere zentrale Aspekte der kulturellen Integration Europas in interdisziplinärer Perspektive. Zu diesem Zweck werden Aspekte wie „Zivilgesellschaft und Öffentlichkeit“, „Einheit und Vielfalt“, „Sprache, Erinnerung und Identität“ sowie europäische Eliten und Kulturen dargestellt. Die Betrachtungsebene ist hierbei hauptsächlich die europäische Ebene bzw. die Ebene der Nationalstaaten.

In Bezug auf die bestehenden Lücken der (politikwissenschaftlichen) Integrationsforschung lässt sich somit festhalten, dass erstens die Forschungen zur sozialen und zur kulturellen Integration sehr spärlich sind¹³. Zweitens neigen die meisten politikwissenschaftlichen Arbeiten dazu, Integrationsprozesse als unumkehrbar anzusehen. Die Schwierigkeiten der Integration und auch die Möglichkeit des Scheiterns der Integration bzw. der Wiederbelebung nationalstaatlichen Denkens und Handelns sollten jedoch eine stärkere Berücksichtigung finden (Flora 2000:152; Janssen und Sibom 2000:12). Drittens schließlich wird die regionale Ebene bei vielen Ansätzen ausgeblendet und stattdessen nur die Ebene des Nationalstaates oder der EU behandelt.

Alle drei Aspekte – die kulturelle Dimension, die regionale Perspektiven und die Möglichkeit des Scheiterns – finden in dieser Studie Berücksichtigung. Dabei werden zwei Ansätze aus den Theorien zur europäischen Integration rezipiert und fließen in die Modellentwicklung ein: Erstens die Governance-Ansätze (Multi-Level Governance und Neo-Institutionalismus) auf Grund ihres aktorsbetonten Blickwinkels und die Einbeziehung der regionalen Ebene. Zweitens der Transaktionalismus Karl W. Deutschs, da

¹³ Die Übergänge zwischen der kulturellen und der sozialen Dimension der Integration sind häufig fließend.

Kooperationsbeziehungen im deutsch-polnischen Grenzraum. Zur Rolle kultureller und anderer Grenzen

er die Prozessdimension der Integration in Form von Austausch- und Kommunikationsprozessen betont und gleichzeitig die Möglichkeit des Scheiterns von Integrationsprozessen berücksichtigt.

Ebenfalls aufgegriffen wird die Anregung von Peter Flora (2000), die Arbeiten des norwegischen Politologen Stein Rokkan stärker als bislang geschehen für die europäische Integrationsforschung fruchtbar zu machen¹⁴. Rokkan entwickelte ein Makromodell als Versuch, die Diversität Europas aus der Geschichte heraus verständlich zu machen. Sein primäres Interesse galt den Unterschieden zwischen den Nationalstaaten. Die Arbeiten Rokkans sind insbesondere auch deshalb interessant, weil sie eine analytische Annäherung an das Konzept der kulturellen Grenzen ermöglichen.

2.1.2 Kultur als Bestandteil politikwissenschaftlicher Erklärungsmodelle

Der Begriff der Kultur ist zum einen äußerst breit gefasst¹⁵, zum anderen hat er keine unabänderliche Bedeutung, sondern muss immer im jeweiligen Entstehungskontext gesehen werden. Moebius (2009) unterscheidet vor diesem Hintergrund für die Kulturosoziologie zwischen vier verschiedenen Kulturbegriffen, die auch in einer chronologischen Abfolge zu sehen sind. Am ältesten ist der normative Kulturbegriff, der „Kultur“ vor allem in Abgrenzung zur „Zivilisation“ definiert. Hierauf folgte ein totalitätsorientierter Kulturbegriff, nach dem „Kultur“ alles beinhaltet, was über die Natur hinausgeht und in Opposition zu dieser gesehen wird. Eine bestimmte Kultur wird allen Angehörigen einer Nation zugeschrieben, daher kann eine solche Sichtweise leicht zu einer „nationalistischen Verengung des Kulturbegriffs“ führen (Moebius 2009:18).

Seit Mitte des 20. Jahrhunderts trat drittens ein differenzierungstheoretischer Kulturbegriff in Erscheinung, der besonders beeinflusst wurde durch den Strukturfunktionalismus Talcott Parsons'. In einer solchen Perspektive bildet

„Kultur (...) dann lediglich ein Subsystem unter vielen (neben Recht, Ökonomie, Politik, Religion, etc.) innerhalb einer funktional ausdifferenzierten Gesellschaft“ (Moebius 2009:19).

¹⁴ Einige wenige weitere Autoren beziehen sich auf Rokkan, beispielsweise Caramani (2003b), Bach (2008) und Ferrara (2006).

¹⁵ Kroeber und Kluckhohn (1952) nennen in ihrer vielzitierten Bestandsaufnahme allein über hundert verschiedene Definitionen von „Kultur“. Sie unterscheiden zwischen deskriptiven, historischen, normativen, psychologischen, strukturellen und generischen Definitionen.

Aktuelle Kulturtheorien schließlich, die seit dem *cultural turn* in Erscheinung getreten sind, basieren auf einem bedeutungs- und wissensorientierten Kulturbegriff in der Tradition von Ernst Cassirer, Edmund Husserl und den wissenschaftstheoretischen Strömungen der Hermeneutik und des Pragmatismus.

„Zentral für diesen Kulturbegriff ist die Annahme, dass weder die kulturellen Codes und Sinnsysteme, noch die Praktiken, mit denen die symbolische Ordnung entweder ausgedrückt, realisiert oder (re-)produziert wird, eine überzeitliche Dauer oder universell gültige Merkmale aufweist“ (Moebius 2009:19).

Die Politikwissenschaft bewegte sich lange Zeit in der Tradition des differenzierungstheoretischen Kulturbegriffs, wobei Fragestellungen nach kulturellen Aspekten nur eine Nebenrolle im politikwissenschaftlichen Forschungsprogramm spielten und noch immer spielen. In den 1950er Jahren wurde in den Sozialwissenschaften die Frage diskutiert, wie Einstellungen und Werte sich auf den „Fortschritt“ auswirkten. „Kultur“ wurde in dieser an den Naturwissenschaften orientierten Forschungstradition definiert als eine Konfiguration von Normen und Werten, die einer bestimmten Gruppe zu Eigen ist. Eine solche Definition von Kultur findet sich etwa bei Talcott Parsons (1973:34)¹⁶. Dieser definierte Kultur als ein Bedeutungssystem („*system of meaning*“). In seiner Theorie der Handlungssysteme unterschied Parsons zwischen drei Systemen: Erstens dem Persönlichkeitssystem, d.h. den Handlungsorientierungen und Motivationen von einzelnen Akteuren, zweitens dem sozialen System, das durch Interaktionsprozesse zwischen Akteuren entsteht und drittens dem kulturellen System als Bedeutungssystem, das sowohl die Handlungsorientierungen der Akteure als auch die Interaktionen im sozialen System beeinflusst (Parsons und Shils 1951:7f).

In dieser Tradition steht auch die politische Kulturforschung, lange Zeit der einzige Bereich der Politikwissenschaft, der explizit mit dem Kulturbegriff arbeitete. Diese Fachrichtung wurde begründet und maßgeblich geprägt von Gabriel Almond und Sidney Verba (1963) und ihrer vergleichenden Studie zur „*Civic Culture*“ in fünf verschiedenen Ländern.

¹⁶ Die Definition des Soziologen Parsons hat zahlreiche spätere, auch politikwissenschaftliche, Kulturdefinitionen maßgeblich beeinflusst und auch diese Arbeit stützt sich auf den Parsons'schen Kulturbegriff.

Sie definierten politische Kultur als

“the specifically political orientations - attitudes toward the political system and its various parts, and attitudes toward the role of the self in the system. (...) It is a set of orientations toward a special set of social objects and processes” (Almond und Verba 1963:13).

In Deutschland entwickelte sich die politische Kulturforschung aus der Rezeption von Almond und Verba und deren behaviouristischer und als „geschichtslos“ kritizierter Forschung (Berg-Schlösser und Schissler 1987:13-6). Politische Kulturforschung in dieser Perspektive bezeichnet

„die ‚subjektive Dimension‘ der gesellschaftlichen Grundlagen politischer Systeme. Diese umfasst die Gesamtheit aller politisch relevanten individuellen Persönlichkeitsmerkmale, latente, in Einstellungen und Werten verankerte Prädispositionen zu politischem Handeln – auch in ihren symbolhaften Ausprägungen – und hieraus abgeleitetes politisches Verhalten“ (Berg-Schlösser 2004:8).

Das vorrangige Instrument der politischen Kulturforschung ist die Einstellungsforschung, die meist mit Hilfe von quantitativen Erhebungen durchgeführt wird. Seit den 70er und 80er Jahren weitete die politische Kulturforschung den Blick auf die Nachbar-disziplinen wie die Soziologie, die Ethnographie und die Literaturwissenschaften und eignete sich deren theoretische und methodische Annahmen an¹⁷. Der Preis hierfür war allerdings ein Verlust von methodischer und theoretischer Verbindlichkeit. Nach der deutschen Einheit und verstärkte sich das Interesse an politischer Kulturforschung wieder, da die Werte und Einstellungen der Ostdeutschen im Wandel von einer Diktatur zu einem demokratischen System einen interessanten Forschungsgegenstand darstellten (Schirmer 2002:17, 23; Sontheimer und Bleek 1999:178; Niedermayer 2005).

Gleichzeitig sorgten in den 90er Jahren international vor allem zwei Autoren dafür, das Kulturkonzept zurück auf die politikwissenschaftliche und die politische Agenda zu bringen: Zum einen Samuel Huntingtons kulturalistische Arbeiten, die von einem stark vereinfachten Kulturkonzept ausgingen. Huntington definierte Kultur als „a set of traits“, das eine Gruppe (Zivilisation) von einer anderen unterscheidet. er gelangte so

¹⁷ Ein solcher erweiterter Blickwinkel kommt beispielsweise in den Arbeiten von Karl Rohe zum Tragen, der politische Kultur als „die für eine soziale Gruppe maßgebenden Grundannahmen über die politische Welt und damit verknüpfte operative Ideen“ definiert. Sie stellt also „so etwas wie einen mit Sinnbezügen gefüllten politischen Denk-, Handlungs- und Diskursrahmen dar, innerhalb dessen sich das Denken, Handeln und öffentliche Reden politischer Akteure vollzieht“ (Rohe 1994:1).

zu seiner These des „*clash of civilizations*“ und der daraus abgeleiteten Aussage, dass die wichtigsten bevorstehenden Konflikte kultureller Art seien (Huntington 1996, 1993). Die Hauptkritik an Huntingtons Werk betrifft die Tatsache, dass Kultur als statische Variable gesehen wird, die Differenzierungen innerhalb der Gruppen und Kontakte zwischen den Gruppen nicht genügend berücksichtigt (Wedeen 2002:715).

Zum anderen sind die Arbeiten Robert Putnams (1995, 1993) zu nennen, die auf einer breiten empirischen Basis beruhen. In seiner Studie über zivilgesellschaftliche Traditionen in Italien (Putnam u.a. 1993) wendete er einen institutionalistischen Blickwinkel auf Kultur an. Darin und in seinen Folgearbeiten prägte er den Begriff des „Sozialkapitals“, definiert als

“features of social organization such as networks, norms, and social trust that facilitate coordination and cooperation for mutual benefit” (Putnam 1995:67).

Neben Putnam betonten auch andere Ansätze des Neo-Institutionalismus die Rolle von Kultur als Erklärungsfaktor sozialer Realität. Das Argument zugunsten eines neuen Institutionalismus wurde zuerst von March und Olsen (1984) formuliert. Sie forderten, kollektives Handeln stärker in den Fokus der politikwissenschaftlichen Analyse zu rücken. Die hierauf folgende Wiederbelebung des Studiums von Institutionen in der Politikwissenschaft erfolgte durch verschiedene analytische Ansätze¹⁸. Eine besonders prominente Rolle kommt dem Kulturbegriff im soziologischen Neo-Institutionalismus zu. Aus dessen Sicht sind Institutionen definiert als

“soziale Regeln, die das organisationale Geschehen in zeitlicher Perspektive dauerhaft (sie gelten lange), in sozialer Hinsicht verbindlich (Akteure halten sich daran) und in sachlicher Hinsicht maßgeblich (die Institution ist für ein Phänomen bedeutend) beeinflussen“ (Senge und Hellmann 2006:17f).

Institutionen entstehen in dieser Sichtweise nicht nur zur effizienten Aufgabenerfüllung, sondern sind auch kulturelle Praktiken. Charakteristisch für den soziologischen Neo-Institutionalismus ist ein sehr weit gefasster Institutionen-Begriff, der nicht nur formelle Regeln, Prozeduren und Normen umfasst, sondern auch Symbol-Systeme, kognitive Skripte und moralische Leitprinzipien, also die Bedeutungssysteme, die menschliches

¹⁸ Hall und Taylor (1996) unterscheiden zwischen einem historischen, einem *rational choice* und einem soziologischen Neo-Institutionalismus. Andere Autoren gehen gar von bis zu sechs „*New Institutionalisms*“ aus: einem normativen, einem *rational choice*, einem historischen, einem empirischen, einem internationalen und einem gesellschaftlichen („*societal*“) institutionalism (Peters 2005:19f). Für eine Rahmentheorie *politischer* Institutionen vergleiche Göhler (1997; 1994).

Handeln leiten. Durch einen solchen weiten Institutionenbegriff wird analytisch die Trennung zwischen „Institutionen“ und „Kultur“ verwischt, bis hin zur Tendenz, „Kultur“ als „Institutionen“ zu konzeptualisieren. Neben der schwierigen Abgrenzung zwischen Kultur und Institutionen ist der soziologische Neo-Institutionalismus aus Sicht der Politikwissenschaft zu „blutleer“, da er Machtfragen und Interessenkonflikte ausblendet (Hall und Taylor 1996:21ff).

Seit dem *cultural turn* rückt die Schnittmenge aus Macht bzw. Politik und Kultur stärker in den Mittelpunkt der Politikwissenschaft. Das Kulturelle tritt dabei als nicht kontrolliertes tradiertes Handlungsmuster auf, das nicht exakt greifbar ist und somit das Wissen um das umschreibt, was vor der Aneignung des (z.B. politischen) Wissens bereits besteht (Holtz und von Dahlern 2010:12). Politikwissenschaftliche Ansätze, die vom kulturwissenschaftlichen Programm¹⁹ beeinflusst wurden, betonen die individuelle und subjektive Dimension von Kultur. Sie betrachten gesellschaftliche Phänomene weniger als unverrückbare Tatsachen, sondern vielmehr als bedingt durch die Deutungen und Auslegungen der Akteure. Zu diesen Ansätzen zählt etwa Wedeens (2002) Forderung, Kultur als „semiotische Praktiken“ zu begreifen, d.h. als Praktiken zur Schaffung von Bedeutung („*meaning*“). Dazu zählt ebenfalls der Ansatz, den Zusammenhang zwischen Kultur und Politik aus einer konstruktivistischen Perspektive heraus zu beleuchten (Holtz und von Dahlern 2010). Kultur wird somit von einigen Wissenschaftlern als neues Forschungsparadigma betrachtet. Lichbach (2009) nennt „Kultur“ neben „Rationalität“ und „Stuktur“ gar als eines der drei Paradigmen der vergleichenden Politikwissenschaft und ordnet den drei Paradigmen verschiedene zentrale Begrifflichkeiten zu:

¹⁹ Schwelling (2004:13f) führt aus, dass das Programm der Kulturwissenschaften sich nicht exakt eingrenzen lässt. Dennoch lassen sich einige Gemeinsamkeiten identifizieren. Erstens werden gesellschaftliche Realitäten weniger als Tatsachen, sondern vielmehr als Deutungen von Akteuren begriffen. Zweitens sind Symbole, Sprache und Rituale die bevorzugten Gegenstände kulturwissenschaftlicher Analyse. Drittens wird ein weiter Kulturbegriff verwendet, der Kultur als „*Inbegriff aller menschlichen Arbeits- und Lebensformen*“ begreift. Viertens schließlich erfolgt eine Hinwendung zu interpretativen Methoden.

Tabelle 1: Drei Paradigmen der vergleichenden Politikwissenschaft

Rationality	Culture	Structure
Bargaining	Identity	Regime
Collective action	Difference	Capitalism
Credible Commitment	Membership	State
Incomplete Information	Boundaries	Society

Quelle: Lichbach 2009

Auch wenn sich der Mainstream der Politikwissenschaft noch weitgehend unbeeindruckt vom *cultural turn* zeigt (Holtz und von Dahlern 2010:13) hat dennoch „Kultur“ in den vergangenen Jahren stärkeren Eingang in politikwissenschaftliche Erklärungsmodelle gefunden. Allerdings fehlt es noch an empirischer Unterfütterung dieser neueren theoretischen Programme.

An diesem Punkt setzt die vorliegende Arbeit an und bedient sich hierfür des Konzepts der kulturellen Grenzen. Die gewählte Fragestellung nach kulturellen Grenzen in der deutsch-polnischen Kooperation legt eine Konzeptualisierung von „Kultur“ aus differenzierungstheoretischer Perspektive nahe. Es wird davon ausgegangen, dass bestimmte historisch bedingte kulturelle Unterschiede zwischen Deutschen und Polen bestehen, deren Auswirkungen auf die grenzübergreifende Kooperation sich empirisch erheben lassen. Als theoretische Grundlage wird dabei auf Talcott Parsons zurückgegriffen und dessen Arbeiten im Theorieteil näher ausgeführt. Gleichzeitig findet auch das kulturwissenschaftliche Programm Berücksichtigung, das dem Akteursbezug und die subjektive Dimension von „Kultur“ betont.

2.1.3 Arbeiten zu Grenze und grenzübergreifender Kooperation

Die Kategorie der Grenze eignet sich dafür, den Blick auf die europäische Integration zu schärfen. Mit ihrer Hilfe können

„komplexe Prozesse innerhalb Europas klarer reformuliert werden“ (Bös 2000:430).

Die Existenz von Grenzen bildet gleichzeitig die Voraussetzung für Integrationsprozesse, in deren Verlauf ebendiese Grenzen überwunden werden können. Grenze und Grenzregionen werden in der Geographie und der Raumplanung schon seit Anfang der

1990er Jahre erforscht²⁰. Das Thema erfreute sich in den vergangenen Jahren auch einer zunehmenden Aufmerksamkeit in der Geschichtswissenschaft²¹, der Soziologie²² sowie in der Politikwissenschaft²³.

Trotz der Beliebtheit des Themas fehlt es in den allermeisten Fällen an einer theoriegeleiteten, analytischen Betrachtung des Konzepts der Grenze. Auch Eigmüller und Vobruba (2006) stellen in ihrem Werk „Grenzsoziologie“ fest, dass zwar verschiedene Autoren die Bedeutung von Grenzen für die (soziologische) Forschung betonten, aber der Begriff bis heute kaum thematisiert und analytisch bearbeitet wurde. Als „Grundlagen der Grenzsoziologie“ werden Arbeiten des Soziologen Georg Simmel, des Politikwissenschaftlers Stein Rokkan und des Historikers Hans Medick angeführt.

Im Gegensatz zu den wenigen theoretischen Grundlagen findet sich eine Fülle von sozialwissenschaftlichen Arbeiten zur Praxis der Grenze. Im Mittelpunkt stehen dabei die Überschreitung oder gar die Überwindung von Grenzen durch grenzübergreifende Kooperation. Diese wurde, sowohl für den deutsch-polnischen als auch für andere Grenzräume, bereits von zahlreichen Autoren mit unterschiedlichem disziplinärem Hintergrund beschrieben und erforscht. Einige dieser Beiträge untersuchen Grenzen und Grenzregionen im Allgemeinen und ordnen sich damit ein in die Diskurse zu Globalisierung bzw. zur Herausbildung von länderübergreifenden Großregionen, die unter dem Stichwort *New Regionalism*²⁴ diskutiert werden (Anderson und O'Dowd 1999). Eine solche Herangehensweise ermöglicht auch eine interregional vergleichende Perspektive, z.B. zwischen europäischen und amerikanischen Grenzgebieten (Witt 2003: 1-30; Blatter 2000).

Eine zweite Gruppe von Arbeiten thematisiert die grenzübergreifende Zusammenarbeit vor dem Hintergrund des europäischen Einigungsprozesses. Diese Arbeiten beziehen

²⁰ Für diese Ansätze wird häufig der Begriff der Grenzraumforschung verwendet. Im Mittelpunkt der Betrachtung stehen meist territoriale Grenzen.

²¹ Für einen Überblick siehe hierzu Duhamelle u.a. (2007), Francois u.a. (2007) sowie Gehler und Pudlat (2009).

²² Vergleiche hierzu etwa Schroer (2009) oder Vobruba/Eigmüller (2007).

²³ Vergleiche Anderson und Bort (1998). Daneben spielt es eine Rolle im Kontext der Aufhebung von Grenzen oder „Entgrenzung“ (Kohler-Koch 1998).

²⁴ Der „*New Regionalism*“ erfreut sich seit den späten 1980er Jahren zunehmender Beliebtheit und richtet den Fokus auf den informellen, nicht-hegemonialen und multi-dimensionalen Charakter der neu entstehenden regionalen Interaktionen und Prozesse (Acharya 2002:21).

sich dabei auf neuere Theorien der europäischen Integration wie den Multi-Level Governance-Ansatz oder den Neo-Institutionalismus. Hervorzuheben sind hier insbesondere die Arbeiten von Perkmann (1999; 2003; 2005), von Church und Reid (1999) sowie von Klein-Hitpaß u.a. (2006). Sie alle sind von einer neo-institutionalistischen Theorieperspektive geprägt. Unter einem solchen Blickwinkel können Institutionen in verschiedener Weise konzeptualisiert werden, so auch als (grenzübergreifende) Politiknetzwerke. Gerade im grenzübergreifenden Kontext und dem damit verbundenen Mangel an formellen Institutionen sind Netzwerke oft die einzig mögliche Form von Institutionen. Gleichzeitig können grenzübergreifende Kooperationen unter diesem Blickwinkel auch als Prozesse der Institutionenbildung betrachtet werden.

Andere Arbeiten verwenden einen Governance-Ansatz, um die grenzübergreifende Zusammenarbeit zu untersuchen (Blatter 2004); (Deppisch 2007); (Gualini 2003). Daneben existieren Arbeiten, die den Sozialkapital-Ansatz von Putnam auf Grenzregionen übertragen und die Möglichkeiten der Entstehung einer transnationalen Zivilgesellschaft in solchen Regionen untersuchen (Rippl u.a. 2009). In keiner dieser Arbeiten werden jedoch kulturelle Grenzen als relevante Kategorie behandelt. Dabei haben auf die Bedeutung kultureller Faktoren für die grenzübergreifende Kooperation bereits verschiedene Autoren hingewiesen²⁵.

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass die Überwindung von (territorialen) Grenzen durch grenzübergreifende Kooperation empirisch gut erforscht ist. Nicht empirisch erforscht sind hingegen kulturelle Grenzen. Weiterhin fällt auf, dass zwar die Überwindung von Grenzen ausführlich betrachtet wird, kaum jedoch deren Wirkung erforscht wird. Dies hängt sicherlich ursächlich damit zusammen, dass, drittens, eine analytische und theoretische Fundierung des Grenzbegriffs bislang kaum stattgefunden hat.

Die Darstellung des Forschungsstandes verdeutlicht, dass einerseits die bereits vorliegenden Arbeiten im Bereich der Grenzforschung ein Theoriedefizit aufweisen. Gleichzeitig wurde deutlich, dass im Bereich der kulturellen Integration ein Empiriede-

²⁵ So betont etwa Krätke (1998; 1999), der wirtschaftliche Integrationsprozesse und Unternehmenskooperationen im deutsch-polnischen Grenzgebiet untersucht, die Bedeutung endogener Faktoren, die zu Kommunikationsschranken und einem Millieu „geringen Vertrauens“ geführt hätten. Blatter, der vergleichende Studien zu grenzübergreifender Institutionenbildung in Südwestdeutschland und den USA durchgeführt hat, misst ideellen Faktoren ebenfalls eine große Bedeutung zu. Somit müssten die „bisher in der Literatur zur grenzüberschreitenden Zusammenarbeit vorherrschenden funktionalen und rationalistischen Erklärungsmuster (...) modifiziert werden“ (Blatter 2000:275).

fizit zu konstatieren ist. Beide Defizite werden in dieser Arbeit aufgegriffen. Ihr Beitrag besteht also zunächst darin, eine theoriegeleitete Definition des Begriffs der kulturellen Grenzen zu erarbeiten. Für dieses Ziel werden die Arbeiten Stein Rokkans fruchtbar gemacht. Der Hauptnutzen von Rokkans Werk besteht dabei in seiner historisch begründeten, mehrdimensionalen Betrachtung von Grenzen, die er nach politisch-administrativen, wirtschaftlichen und kulturellen Grenzen unterscheidet. Neue Erkenntnisse können weiterhin erwartet werden, da diese Untersuchung zum ersten Mal die Frage nach der Rolle kultureller und anderer Grenzen mit dem Konzept der Integration verknüpft und beides empirisch unterfüttert. Hierzu wird ein Modell mittlerer Reichweite entwickelt, das sich auf die bereits erwähnten Arbeiten von Rokkan, Parsons, Deutsch sowie neuere Ansätze der europäischen Integrationstheorie stützt. Die Anforderungen an ein solches Modell werden im Folgenden diskutiert und anschließend in Beziehung zur Fallstudienmethodik und dem Forschungsdesign der Arbeit gesetzt.

2.2 Methodik und Forschungsdesign

2.2.1 Methodische Anforderungen an ein Modell mittlerer Reichweite

Die Arbeiten von Parson, Rokkan und Deutsch, die in dieser Studie aufgegriffen werden, bewegen sich auf einer Makro-Ebene. Diese Theorien weisen ein hohes Abstraktionsniveau auf und stellen ein allgemeines Analyseinstrumentarium zur Verfügung. Allerdings bergen sie hierdurch bei empirischer Anwendung die Gefahr der Überdehnung („*stretching*“). Dem gegenüber steht das empirisch erhobene, lokal verankerte und kontextbezogene Wissen der durchgeführten Fallstudien. Somit ergibt sich eine Lücke oder mangelnde Deckungsgleichheit zwischen dem, was die Makro-Theorien erklären und dem, was in den qualitativen Fallstudien erhoben wird. Diese Lücke können Theorien mittlerer Reichweite schließen. Hierunter versteht man Theorien, die Elemente aus allgemeinen Theorien kombinieren und diese auf einen bestimmten Forschungsbereich anwenden (Caterino und Schram 2006:255f; Jahn 2006). Der Begriff der Theorie mittlerer Reichweite wurde von Robert K. Merton entwickelt, um sich gegen Parsons' abstrakte und empirisch schwer handhabbare Systemtheorie abzugrenzen (Esser 2002).

Merton (1949:5) definiert die „*theories of the middle range*“ als

„theories intermediate to the minor working hypotheses evolved in abundance during the day-by-day routines of research, and the all-inclusive speculations comprising a master conceptual scheme from which it is hoped to derive a very large number of empirically observed uniformities of social behaviour“.

Jahn (2006:270) beschreibt den Nutzen solcher Theorien wie folgt:

„Theorien mittlerer Reichweite versuchen, die Nachteile von allgemeinen Theorien auszugleichen und konzentrieren sich deshalb auf bestimmte Funktionen von spezifischen Institutionen, Prozessen oder auch Gruppen von Ländern. Damit wird natürlich die Universalität der Erklärungskraft aufgegeben. Die theoretischen Aussagen sind nicht mehr allgemein gültig, sondern beziehen sich auf die untersuchten Aspekte. Im Gegenzug sind Theorien mittlerer Reichweite jedoch für den untersuchten Forschungsbereich präziser“.

Ziel dieser Untersuchung ist es demnach, bestehende Ansätze zu einer Theorie mittlerer Reichweite zur Rolle von kulturellen und anderen Grenzen auf regionaler Ebene zu verknüpfen. Darüber hinaus wird der Zusammenhang zwischen Grenzen und Integrationsprozessen beleuchtet. Der Anwendungsbereich bezieht sich auf grenzübergreifende deutsch-polnische Kooperationen und wird an Hand von drei Fallbeispielen überprüft.

Jede Theorieentwicklung in den Sozialwissenschaften erfordert auch die Positionierung zum Verhältnis zwischen System- und Handlungstheorien. Diese werden hier nicht als sich gegenseitig ausschließende Konzepte gesehen, sondern können gewinnbringend kombiniert werden. Systemtheorien wie die von Parsons eignen sich zwar für die Analyse von Strukturen, sie blenden aber Interessen, Machtstrukturen und Akteurshandeln aus. Handlungstheorien hingegen fokussieren auf Akteure und deren Interessen und Motivationen, ohne jedoch die ermöglichenden oder restringierenden Strukturen und Kontexte zu thematisieren. Die angestrebte Synthese zwischen System- und Akteurstheorien kann auf verschiedene Weise hergestellt werden:

„System- und Handlungstheorien stehen dann nicht in paradigmatischer Konkurrenz, wenn sie durch Struktur-, Kultur- und institutionentheoretische Konzepte zu einem synthetischen Ansatz vernetzt werden“ (Merkel 1999:107).

Als Brücke zwischen Strukturen und Akteuren dienen also solche Theorien und Konzepte, die Spielräume für Akteurshandeln und Formen der Handlungskoordination

thematisieren²⁶. In das hier zu entwickelnde Modell mittlerer Reichweite fließen zwei dieser Ansätze ein. Rokkans makrosoziologische Strukturanalysen verweisen auf Pfadabhängigkeiten der Entwicklung und zeigen Handlungskorridore für das Akteurshandeln auf. Für die Handlungskoordination in Interaktionssituationen bietet sich ein Governance-Ansatz an. Hierzu wird auf ein Modell von Münch (2004:139ff) zurückgegriffen, der vier verschiedene Formen der Handlungskoordination unterscheidet: Kompromiss, Konflikt, Synthese und Wettbewerb²⁷.

Ein rein deduktiver Prozess der Theorie- und Modellentwicklung birgt jedoch die Gefahr von „blinden Stellen“, wie Jahn (2006:253) anschaulich beschreibt:

„Indem Theorien den Weg durch das Dickicht der empirischen Welt weisen, machen sie auch blind für Aspekte, die die Theorie nicht berücksichtigt“.

Die notwendige Erweiterung des Blickwinkels ergibt sich durch die Empirie. Das entwickelte Modell wird daher angewendet auf und modifiziert durch die empirischen Fallstudien. Der Vorteil von Fallstudien liegt darin, dass sie induktiv neue Variablen und Hypothesen generieren können (George und Bennett 2005:20).

2.2.2 Methodik der Fallstudien

Die in dieser Arbeit durchgeführten Fallstudien sind methodisch in den Kontext der qualitativen Sozialforschung einzuordnen. Als solche müssen sie gewissen Gütekriterien für die qualitative Forschung genügen²⁸. Hier wurden die von Steinke (2000) entwickelten Kernkriterien der qualitativen Forschung weitgehend²⁹ berücksichtigt. Steinkes Kriterium der intersubjektiven Nachvollziehbarkeit kann durch eine Darstellung des

²⁶ In der deutschsprachigen Forschungslandschaft wird gerne auf das von Mayntz und Scharpf (1995) entwickelte Konzept des „Akteurszentrierten Institutionalismus“ (AzI) als Forschungsheuristik zurückgegriffen. Der AzI betrachtet institutionelle Faktoren als Handlungskontext, der stimulierend, ermöglichend oder restringierend für (korporative) Akteure wirken kann, nicht aber deren Handeln determiniert. Institutionen sind im AzI gleichzeitig abhängige und unabhängige Variablen, wobei der Begriff der Institution relativ eng gefasst ist und vor allem Regelungsaspekte betont. Institutionelle Regelungen begründen eine wechselseitige Erwartungssicherheit und machen so *„soziales Handeln über die Grenzen persönlicher Beziehungen hinaus überhaupt erst möglich“* (Mayntz und Scharpf 1995:47).

²⁷ Ausführlicher siehe unten, S. 48.

²⁸ Die Frage nach Gütekriterien zur Bewertung qualitativer Forschung wird unterschiedlich beantwortet. Ein erster Ansatz versucht, die aus der quantitativen Forschung bekannten Kriterien Objektivität, Reliabilität und Validität zu übernehmen, teilweise ergänzt z.B. um das Kriterium der Glaubwürdigkeit. Ein zweiter Ansatz lehnt in der Tradition der Postmoderne für die qualitative Forschung jegliche Gütekriterien ab. Der dritte Ansatz, dem auch in dieser Arbeit gefolgt wird, entwickelt eigene Gütekriterien für die qualitative Forschung.

Forschungsprozesses erfüllt werden. Dem Kriterium der Indikation – d.h. der Angemessenheit – des Forschungsprozesses wird hier durch eine Explizierung des Forschungsdesigns begegnet. Das Kriterium der empirischen Verankerung ist durch die Begründung von Hypothesen und Theorien im Datenmaterial erfüllt. Weitere Kriterien betreffen die Kohärenz der im Forschungsprozess entwickelten Theorie und die Relevanz der Arbeit, d.h. ihren pragmatischen Nutzen.

Ergänzend zu den Kriterien Steinkes wird verschiedentlich die Triangulation als ein methodenangemessenes Gütekriterium betrachtet (Mey und Breuer 2008). Dabei bedeutet Triangulation die „*Betrachtung eines Forschungsgegenstandes von (mindestens) zwei Punkten aus*“ (Flick 2004:11). Unterschieden wird in der Regel zwischen Datentriangulation, Forschertriangulation, Theorietriangulation und Methodentriangulation, wobei hier die zwei letztgenannten Verfahren zum Einsatz kommen. Darüber soll das Kriterium der Konsistenz der einzelnen Fallstudien im Sinne einer internen Validität erfüllt werden (Blatter u.a. 2007:136).

Das gewählte Forschungsdesign basiert auf der Durchführung dreier Fallstudien. Die Meinungen darüber, wie Fallstudien definiert sind und was sie leisten können, gehen nicht nur zwischen den verschiedenen sozialwissenschaftlichen Disziplinen, sondern auch innerhalb der Politikwissenschaft auseinander (Blatter u.a. 2007:121f). Für manche Autoren sind nur Einzelfallstudien „richtige“ Fallstudien, für andere umfassen sie wenige, vergleichbare Fälle. Ebenfalls nicht eindeutig beantwortet wird die Frage, ob Einzelfallstudien und vergleichende Fallstudien der gleichen oder einer unterschiedlichen Forschungslogik folgen. Weiterhin sorgt die Frage für Uneinigkeit, was eine qualitativ hochwertige Fallstudie ausmacht. Sollen und können Fallstudien Kausalitäten aufdecken? Welchen Beitrag können sie zur Theoriebildung leisten? In anderen Disziplinen als der Politikwissenschaft trifft man auch auf die Auffassung, Fallstudien als Narrationen zu begreifen, deren Güte sich durch „Dichte“ (Geertz 1997) bemisst. Eine Unterscheidung in explorative, kausale und deskriptive Fallstudien (Yin 1994) schließlich versucht Fallstudien zu typisieren.

Diese Arbeit orientiert sich größtenteils an den Ausführungen von George und Bennett (2005) und ihrem Ansatz des fokussierten, strukturierten Fallstudienvergleichs. Struktu-

²⁹ Als weniger relevant wurden Steinkes Kriterien der Limitation (Grenzen des Geltungsbereiches der Theorie aufzeigen) oder der reflektierten Subjektivität, also der Eignung des Forschers betrachtet.

riert bedeutet, dass die Forscherin Fragen zum Forschungsgegenstand vorab formuliert und diese Fragen an jeden Fall gleichermaßen stellt, um die Datenerhebung zu strukturieren. Hierdurch wird ein systematischer Vergleich bzw. eine Kumulation der Erkenntnisse ermöglicht. Fokussiert ist der Vergleich deswegen, weil nur bestimmte Aspekte eines (historischen) Falls beleuchtet werden. Der Vergleich bezieht sich dabei sowohl auf Vergleiche zwischen den Fällen als auch auf Analysen innerhalb der Fälle (George und Bennett 2005:67).

Wie für jede Methode ergeben sich auch für die der Fallstudien gewisse Restriktionen. Die Forscherin muss daher Entscheidungen treffen, wie mit diesen Restriktionen umgegangen werden kann. Einer der häufigsten Kritikpunkte an Fallstudien ist das Problem der Induktion und die Frage, inwieweit vom Besonderen auf das Allgemeine geschlossen werden kann. Die Induktion als ein Grundsatz der qualitativen Forschung wird an dieser Stelle nicht in Frage gestellt. Allerdings erfolgt eine Induktion nur auf analytischer Grundlage und nur für den eingegrenzten Geltungsbereich des theoriebasierten Modells mittlerer Reichweite.

Ein zentrales Dilemma von Fallstudien liegt darin begründet, dass zwischen der internen Validität der Fallstudien und dem Versuch der Generalisierung ein Spannungsfeld besteht, das eine Entscheidung in die eine oder andere Richtung erfordert:

"Case study methods involve a trade-off among the goals of attaining theoretical parsimony, establishing explanatory richness, and keeping the number of the cases to be studied manageable" (George und Bennett 2005:31).

In der vorliegenden Arbeit wird diesem Spannungsfeld dadurch begegnet, dass die Darstellungen von Fällen das Dargestellte

"als ein konkretes Besonderes erscheinen (lassen), das über sich selbst hinausweist auf ein abstraktes Allgemeines (ein Begriff, eine Norm, eine Regel, ein Habitus, eine Fallstruktur)" (Süßmann u.a. 2007:19).

Nach dieser Logik hat die anschauliche Darstellung zunächst Vorrang vor der begrifflichen Explikation, d.h. eine Fallstudie ist oft facettenreich, ambivalent und differenziert. Dieser Facettenreichtum sollte sich im Forschungsprozess widerspiegeln, da er ein wichtiger Teil des Erkenntnisprozesses ist. Die begriffliche Explikation und auch der Versuch einer Generalisierung können somit erst in einem zweiten Schritt erfolgen. Eine solche Einschätzung stimmt auch mit dem von *George und Bennett* (2005:91-5) genannten Ablauf einer Fallstudie überein: Zunächst werden innerhalb der

Kooperationsbeziehungen im deutsch-polnischen Grenzraum. Zur Rolle kultureller und anderer Grenzen

Fälle deskriptive Erklärungen für den Ausgang eines Ereignisses gefunden und diese erst in einem zweiten Schritt in analytische Erklärungen überführt.

2.2.3 Forschungsdesign der Arbeit

Die Fälle in dieser Arbeit bilden die drei deutsch-polnischen Kooperationsprojekte „Translokal“, „EDON“ und „Deutsch-Polnische Berufsausbildung“ (DPBA). Diese drei Fälle wurden mit Hilfe eines qualitativen Samplings ermittelt und mussten drei Kriterien genügen: Erstens sollten deutsche und polnische Partner in der Projektstruktur vertreten sein, zweitens eine Förderung durch die EU erfolgen und drittens die Dauer der Kooperation mindestens drei Jahre betragen. Die Fälle wurden deswegen ausgewählt, weil sie als „Extremfälle“ betrachtet wurden, d.h. bei ihnen wurde eine erfolgreiche kulturelle Grenzüberwindung vermutet. Hiermit wurde der Forderung Rechnung getragen, dass das Forschungsziel das zentrale Kriterium für die Fallstudienauswahl bilden sollte (Blatter und Clement 2000:176).

Als wichtigste Methode der Datenerhebung dienten leitfadengestützte Experteninterviews mit Kernakteuren eines jeden Projektes. Leitfadengestützte Experteninterviews als Mischform zwischen episodischem und problemzentriertem Interview werden häufig in der Politikwissenschaft eingesetzt. Sie dienen dazu, auf der Basis von bereits vorhandenem theoretischem und empirischem Vorwissen

„Hintergrundinformationen über Sachverhalte und Geschehnisse, aber auch Informationen über Handlungsmotive und Kooperationsbereitschaften und Einschätzungen über Entwicklungen und Veränderungen“ (Blatter u.a. 2007:65)

zu erheben.

Dabei interessiert im Gegensatz zu anderen Interviewformen wie etwa dem narrativen oder biographischen Interview beim Experteninterview

„nicht die Gesamtperson (...), d.h. die Person mit ihren Orientierungen und Einstellungen im Kontext des individuellen oder kollektiven Lebenszusammenhangs. Der Kontext, um den es hier geht, ist ein organisatorischer oder institutioneller Zusammenhang, der mit dem Lebenszusammenhang der darin agierenden Personen gerade nicht identisch ist“ (Meuser und Nagel 1991:442).

Die Auswahl der Expertinnen und Experten erfolgte mit Blick auf die spezifische Fragestellung. Sie wurden als Repräsentanten eines institutionellen Zusammenhangs sowie den damit verbundenen Aufgaben und den daraus gewonnenen Erfahrungen angesprochen. Der Expertenstatuts ist somit ein relationaler (Meuser und Nagel

1991:443f). Auf Grund der vergleichenden Anlage der Untersuchung waren die Interviews zu einem gewissen Grad standardisiert, d.h. den Befragten wurden dieselben Fragen³⁰ gestellt, um die Vergleichbarkeit der Antworten zu erhöhen. Die Interviews wurden mit Zustimmung der Befragten digital aufgezeichnet und anschließend transkribiert.

Ergänzend wurden außerdem von Dritten im Rahmen der Projekte erstellte Dokumente wie z.B. Sitzungsprotokolle zum besseren Verständnis des Kontextes hinzugezogen, ohne diese allerdings einer systematischen Inhaltsanalyse zu unterziehen. In einem Fall erfolgte darüber hinaus eine teilnehmende, offene Beobachtung anlässlich mehrerer Projekttreffen³¹. Die Beobachtung als Form der Datenerhebung generiert eine andere Art von Wissen als Experteninterviews. Während Interviews Wissen und Wahrnehmungen abfragen, ermöglicht es die Beobachtung, zu einer Einschätzung der Interaktion in einer Gruppe zu gelangen. Diese Daten haben einen Prozesscharakter und beschreiben das Handeln der Akteure.

Die Auswertung der erhobenen Daten erfolgte in Anlehnung an die qualitative Inhaltsanalyse nach Mayring (2003), deren Ziel die Analyse von Kommunikation unter Beachtung eines systematischen, regel- und theoriegeleiteten Vorgehens ist. Texte werden mit Hilfe eines ex-ante entwickelten Analyserasters auf relevante Informationen hin untersucht, dem Analyseraster zugeordnet, paraphrasiert und relativ unabhängig vom Text weiterverarbeitet. Der Text selbst ist somit nicht Untersuchungsobjekt, vielmehr sind die darin enthaltenen Informationen relevant. Das Verdienst der qualitativen Inhaltsanalyse liegt darin, dass die Formalisierung des Verfahrens und das resultierende einheitliche Kategorienschema die intersubjektive Überprüfbarkeit erhöhen und den Vergleich von verschiedenen Fällen erleichtern. Das gesamte vorhandene Material wird gleichberechtigt einbezogen (Mayring 2003).

An dem von Mayring vorgeschlagenen Ablauf wird häufig das geschlossene Kategoriensystem kritisiert und auch die Verwendung von Paraphrasen gilt als nicht notwendig (Gläser/Laudel 2007:84f; Blatter et al. 2007:416f). Daher schlagen Gläser und Laudel

³⁰ Kleinere Personalisierungen wurden vorgenommen, hauptsächlich in Bezug auf die Funktion der Befragten im Projekt. Ein Muster des Gesprächsleitfadens findet sich im Anhang. Darüber hinaus wurde der Leitfaden ins Polnische übersetzt und einige Interviews auf Polnisch durchgeführt.

(2007) ein Verfahren vor, das sich zwar an der qualitativen Inhaltsanalyse nach Mayring anlehnt, diese aber in einigen Punkten modifiziert. Dabei werden die Vorteile, die deren systematisches, regelgeleitetes Verfahren mit sich bringt, beibehalten und versucht, ihre Schwächen zu umgehen. Die Datenanalyse, die auch in dieser Disseration angewendet wurde, umfasste folgende Schritte:

- 1) Vorbereitung der Extraktion durch ein Suchraster mit Hilfe der theoretischen Vorüberlegungen. Das Suchraster war offen und konnte während der Analyse verändert werden;
- 2) Extraktion, Lesen des Datenmaterials, Auswahl von relevanten Informationen und Zuordnung zum Suchraster;
- 3) Aufbereitung der Daten, d.h. Zusammenfassen von Informationen und Korrektur von Redundanzen;
- 4) Auswertung der Daten mit dem Ziel, die Forschungsfrage zu beantworten.

Entsprechend der qualitativen Methode wurde der Forschungsprozess nicht als linearer Ablauf verstanden, sondern als

„durchgehende wechselseitige Bezugnahme von Theorie und Empirie während des gesamten Forschungsprozesses“ (Blatter u.a. 2007:137).

Das angewendete theoretische Modell wurde also im Verlauf der Empirie verfeinert und wenn nötig modifiziert.

Nach der Auswertung der drei Fallstudien wurden diese einem strukturierten, fokussierten Vergleich unterzogen. Beichelt (2005) unterscheidet zwischen einem „klassischen“ und einem „kulturalistischen“ Vergleich. Der kulturalistische zeichnet sich gegenüber dem klassischen Vergleich durch „eine geringere wissenschaftliche Rigidität“ aus. Er ist fallzentriert statt modellzentriert und wird in dynamischen Umwelten („Kultur“) statt in stabilen Umwelten („Kontext“) durchgeführt. Sein Ziel ist die Erstellung von Hypothesen in Bezug auf die untersuchten Fälle. Die Variablen können fall- und kulturspezifisch interpretiert werden. Beichelt (2005:231) fasst die Unterschiede entsprechend der folgenden Tabelle zusammen:

³¹ Bei den anderen beiden Fallstudien war eine solche Beobachtung nicht möglich, da ein Projekt bereits abgeschlossen war und das andere zum Zeitpunkt der Erhebung „ruhte“, da keine Fördermittel zur Verfügung standen.

Tabelle 2: Klassischer versus kulturalistischer Vergleich

Klassischer Vergleich	Kulturalistischer Vergleich
Modellzentriert	Fallzentriert
Stabile Umwelt (begriffliche Fassung: Kontext)	Dynamische Umwelt (begriffliche Fassung: Kultur)
Erstellung allgemeingültiger Hypothesen	Erstellung von Hypothesen im Hinblick auf die untersuchten Fälle
Funktionale Äquivalenz der Variablen in allen untersuchten Fällen („harte Variablen“)	Fallspezifische Bedeutung von Variablen („weiche Variablen“)

Quelle: Beichelt (2005:231)

Die Fragestellung nach kulturellen Grenzen legte einen kulturalistischen Vergleich nahe. Dieser diente auch dazu, analytische Erklärungen zu finden und auf deren Grundlage Rückschlüsse für das konkrete theoriebasierte Modell zu ziehen, das im nun folgenden Kapitel entwickelt wird.

3 Analyserahmen

Theorien sind notwendig, um geordnete Beobachtungen über soziale Phänomene vornehmen zu können. Dabei liegen jeder Theorie bestimmte Annahmen über die relevanten Akteure und Strukturen sowie deren Verhältnis zu Grunde (Rosamond 2000:4). Jede Theorie weist daher blinde Flecken auf, die jedoch durch eine Triangulation verschiedener Ansätze sichtbar gemacht werden können. Wie bereits eingangs beschrieben, liegt bislang keine einzelne Theorie zu kulturellen Grenzen im Kontext der europäischen Integration vor, die sich auf den Forschungsgegenstand anwenden ließe. Stattdessen existieren verschiedene theoretische Ansätze, die einzelne Elemente, wie beispielsweise die Begriffe „Kultur“, „Grenze“ und „Integration“ besser verstehen helfen. Ziel dieser Arbeit ist es daher, die existierenden Theorien zu einem dem Forschungsgegenstand angemessenen Modell mittlerer Reichweite zu verknüpfen. Als Ausgangspunkt dient dabei das in der Einleitung skizzierte Grundmodell, das im Verlauf dieses Kapitels schrittweise weiter ausdifferenziert wird.

Das Kapitel beginnt mit einer Schilderung von relevanten theoretischen Ansätzen und deren Nutzen für eine Theorie kultureller Grenzen. Als erster theoretischer Ansatz wird die Theorie der allgemeinen Handlungssysteme von Talcott Parsons herangezogen. Sie dient zur Bestimmung eines systemischen und intersubjektiven Kulturbegriffs. Danach werden die Arbeiten von Stein Rokkan rezipiert, die eine analytische und mehrdimensionale Betrachtung von Grenze ermöglichen. Anschließend erfolgt eine Betrachtung des Integrationsbegriffs von Karl W. Deutsch. Dieser definiert Integration als Erreichen eines Gemeinschaftssinns und betont somit die Prozessdimension von Integration. Viertens und letztens finden neuere Ansätze der europäischen Integrationstheorie Berücksichtigung. Ihr Nutzen besteht zum Einen darin, die regionale, d.h. die subnationale, Perspektive zu beleuchten, und zum Anderen, die Akteursperspektive stärker in den Blick zu rücken.

Im Anschluss an die theoretischen Grundlagen erfolgt die Entwicklung eines Modells mittlerer Reichweite für den Forschungsgegenstand. Dieses beginnt mit einer Definition der zentralen Begriffe „kulturelle Grenzen“ und „kulturelle Integration“ an Hand der theoretischen Grundannahmen. Anschließend erfolgt die Überführung des theoretischen Vorwissens in das Modell. Dieses Modell wird abschließend durch ein Kategorienschema operationalisiert, das auf die Fallstudien angewendet werden kann.

3.1 Verwendete theoretische Ansätze

3.1.1 Kultur: Talcott Parsons

Die Frage nach kulturellen Grenzen und deren Überwindung setzt mehrere begriffliche Klärungen voraus. Zuallererst stellt sich die Frage, wie „Kultur“ definiert ist und wie sie sich auf Strukturen und das Handeln der Akteure auswirkt. Für das zu entwickelnde Modell wird der differenzierungstheoretische Kulturbegriff Talcott Parsons' rezipiert und anschließend in einer der Fragestellung angemessenen Weise modifiziert. Für Parsons war Handlung ohne System nicht möglich, erst eine Kombination von bestimmten systemischen Komponenten ermöglichte demnach überhaupt Handlungen (Baecker 2002:19). Vor diesem Hintergrund beschäftigte er sich mit einer allgemeinen Theorie von Handlungssystemen. Parsons unterschied darin drei³² Konfigurationen von Handlungssystemen: Das Persönlichkeitssystem, das soziale System und das kulturelle System (Parsons 1937, 1951).

Nach der Theorie der Handlungssysteme ist jede Handlung motiviert durch die Handlungsorientierung (*orientation of action*) der individuellen oder kollektiven Akteure. Eine Handlungsorientierung besteht, vereinfacht gesagt, darin, zwischen bestehenden Alternativen auszuwählen. Die Auswahl oder Handlungsorientierung bezieht sich auf verschiedene Orientierungsobjekte (*objects of orientation*), die entweder sozialer (Personen) oder nicht-sozialer Natur sind. Ein Handlungssystem besteht aus der „organisierten Pluralität“ von Handlungsorientierungen (Parsons und Shils 1951:4ff). Handlungssysteme treten in drei Konfigurationen auf: Das Persönlichkeitssystem (*personality*) ist definiert als organisiertes System der Handlungsorientierungen oder Motivationen eines individuellen Akteurs. Soziale Systeme entstehen durch die Handlungen mehrerer Akteure in einer gemeinsamen Situation und in einem Prozess der Interaktion. Gesellschaften sind ein Sonderfall eines sozialen Systems und definiert als „*empirically self-sufficient social systems*“. Eine Gesellschaft verfügt somit in sich selbst über die nötigen Ressourcen für einen dauerhaften Bestand; dies schließt jedoch nicht aus, dass sie mit anderen Gesellschaften in Beziehung steht. Beispiele für Gesellschaften sind die Nationalstaaten (Parsons/Shils 1961:19).

³² In seinen späteren Arbeiten unterschied er als Viertes noch den „Verhaltensorganismus“ (Parsons 1986:14). Diese vierte Konfiguration wird als nicht maßgeblich für die vorliegende Arbeit angesehen und daher hier nicht berücksichtigt.

Die dritte Konfiguration bilden kulturelle Systeme. Die Besonderheit von kulturellen Systemen liegt in ihrem Doppelcharakter: Sie sind einerseits in die Handlungsorientierungen von Akteuren eingebunden und bieten gleichzeitig eine Orientierungsleistung für soziale Systeme. Dies ist möglich, da kulturelle Systeme sich durch Artefakte und Symbolsysteme³³ manifestieren. Das wichtigste³⁴ kulturelle Symbolsystem sind Wertorientierungen, die durch ihre evaluative Funktion – eine Einteilung in „richtig“ oder „falsch“ – zwischen verschiedenen Überzeugungen oder Ansprüchen vermitteln können (Parsons und Shils 1951:4-8, 166). Diese Vermittlungsfunktion kultureller Systeme zeigt sich in der konkreten Interaktionssituation oder – mit Parsons – dem sozialen System. Eine Interaktion zwischen *Ego* und *Alter* stellt den einfachsten Fall einer solchen Situation dar³⁵. In diesem Fall stellen beide Personen für die jeweils andere ein Objekt der Handlungsorientierung dar, mit dem bestimmte Erwartungen an die Handlungssituation verknüpft werden. Kultur im Sinne eines gemeinsamen Symbolsystems vermittelt zwischen den unterschiedlichen Erwartungen:

„When (...) actions, gestures, or symbols have more or less the same meaning for both ego and alter, we may speak of a common culture existing between them, through which their interaction is mediated” (Parsons und Shils 1951:105).

Dadurch, dass beide Personen derselben Kultur angehören, schreiben sie Handlungen und Symbolen eine ähnliche Bedeutung zu und dies wiederum erleichtert den Abgleich von Erwartungen. Daraus lässt sich die Schlussfolgerung ableiten, dass in der grenzübergreifenden oder interkulturellen Kommunikation dieser Abgleich erschwert ist, da nicht auf gemeinsame, kulturell bedingte Sinnzuweisungen zurückgegriffen werden kann.

³³ Münch (2004:58) nennt etwa als Beispiele für Symbolsysteme „*Sprache, die Bibel, literarische Werke, Kunstwerke, wissenschaftliche Errungenschaften, Architektur, Zeitungen, Lebensstil, Filme, Theater, Kneipen, Restaurants, „Tante-Emma-Läden“, Supermärkte, Sportveranstaltungen, Parkanlagen, Straßen und Häuser*“.

³⁴ Daneben existieren expressive Symbolsysteme (z.B. Kunststile) und Systeme von Ideen und Überzeugungen.

³⁵ Die Interaktion zwischen *Alter* und *Ego* ist gleichzeitig der einfachste Fall eines sozialen Systems.

Kulturelle Systeme lassen sich jedoch intrinsisch von einem Handlungssystem zu einem anderen transportieren. Diese Übertragung erfolgt von einer Person zur anderen durch Lernen und von einem sozialen System auf ein anderes durch Diffusion (Parsons und Shils 1951:159). Lernen ist in diesem Fall definiert nicht als bloße kognitive Ansammlung von Informationen, sondern als Erwerb neuer „Orientierungsmuster“ (*patterns of orientation*), i.e. „*new ways of seeing, wanting, and evaluating*“. Der wohl wichtigste Lernmechanismus zur Aneignung von kulturellen Systemen sind interpersonalisierte Generalisierungen. Kulturelle Systeme sind nicht exklusiv, d.h. eine Person oder eine Gesellschaft kann über mehrere kulturelle Subsysteme verfügen (Parsons und Shils 1951:12, 162, 73). Schließlich ist festzuhalten, dass kulturelle Systeme niemals individuell und stets langfristig sind. Sie

"bilden also strukturell sehr stabil verankerte Systeme des Handelns" (Parsons 1986:16).

Übertragen auf die Fragestellung nach kulturellen Grenzen und kulturellen Integrationsprozessen im grenzübergreifenden Kontext lassen sich vier entscheidende Punkte zum Parson'schen Kulturbegriff festhalten, die Einfluss auf die Konzeption des Modells und der Empirie nehmen. Erstens beeinflusst das kulturelle System sowohl das Persönlichkeits- als auch das soziale System. Grenzübergreifende Kooperationen können als soziale Systeme begriffen werden, in denen (mindestens) zwei kulturelle Systeme aufeinander treffen. Die verschiedenen kulturellen Systeme beeinflussen sowohl die Handlungen der Akteure als auch ihre Interaktion, also das soziale System.

Zweitens hat Kultur eine Vermittlungsfunktion in Interaktionssituationen und beim Abgleich von Erwartungen. Gemeinsame Werteorientierungen, also ein gemeinsames kulturelles System, dienen auch der Lösung von Konflikten. Durch unterschiedliche kulturelle Systeme, die in der grenzübergreifenden Zusammenarbeit aufeinander treffen, wird somit der Abgleich von Erwartungen erschwert. Aus dieser Annahme ergeben sich verschiedene Fragen an die Empirie: Kommt es zu Missverständnissen und Konflikten auf Grund von verschiedenen Symbolsystemen? Existieren gemeinsame oder verbindende Werte? Kommt es zu unterschiedlichen Deutungen des gleichen Symbolsystems durch die Akteure?

Drittens betont Parsons die Bedeutung des Lernens für die Übertragung von kulturellen Systemen von einer Person auf eine andere. Basierend auf dieser Annahme kann also interkulturelle Kompetenz definiert werden als der Erwerb von alternativen

Orientierungsmustern durch Lernen. Für die Empirie ergeben sich aus dieser Annahme Fragen nach den Voraussetzungen und den Formen interkultureller Kompetenzentwicklung. Für die Theorie und die Modellentwicklung schließlich ergibt sich der Schluss, dass „Kultur“ keineswegs ein rein systemisches Konzept ist, sondern auch die individuelle Perspektive, also die Akteure und deren Interpretationen, eine wichtige Rolle spielen.

Viertens und letztens weisen die Arbeiten Parsons' auf die langfristige Perspektive hin, unter der kulturelle Systeme betrachtet werden müssen. Für die empirische Betrachtung bedeutet dies zum einen, dass kulturelle Grenzen zwischen Deutschland und Polen auch 20 Jahre nach der Grenzöffnung noch deutlich nachzuweisen sein sollten. Zum anderen finden die Prozesse der kulturellen Grenzüberwindung und der kulturellen Integration nur längerfristig, womöglich gar über mehrere Generationen statt. Die Empirie dieser Arbeit gibt also nur einen Ausschnitt aus längerfristig ablaufenden Prozessen wieder.

Der Mehrwert von Parsons' allgemeiner Handlungstheorie für diese Arbeit liegt, zusammenfassend gesagt, in ihrer Betrachtung von Kultur als systemischem Konzept, das sowohl Einfluss auf die Akteure und ihre Wertvorstellungen als auch auf konkrete Interaktionssituationen hat. Die „*grand theory*“ Parsons' erklärt jedoch weder Pfadabhängigkeiten und historische Entwicklungskontexte, noch die Motivationen von Akteuren, deren Interessen und Machtverhältnisse. Sie bedarf daher der Ergänzung durch solche Ansätze, die stärker historische und handlungstheoretische Aspekte berücksichtigen.

3.1.2 Grenze: Stein Rokkan

Für eine historische Herleitung von Grenzen lassen sich die Arbeiten³⁶ des norwegischen Sozialwissenschaftlers Stein Rokkan gewinnbringend auswerten. Sein Hauptinteresse galt den Differenzierungsprozessen, die zur Entstehung der westeuropäischen Nationalstaaten mit den entsprechenden Grenzbildungen führten. Rokkan wählte für seine Forschungen einen historisch-vergleichenden Ansatz und entwickelte zahlreiche, immer wieder überarbeitete und variierte Modelle, die die Unterschiede in

³⁶ Stein Rokkan selbst starb, bevor er seine Pläne für ein einheitliches Werk verwirklichen konnte. Peter Flora kommt das Verdienst zu, die zahlreichen Einzelarbeiten Rokkans zu einer „Theorie“ kombiniert zu haben. Dieses Werk wurde von ihm gleichzeitig mit einer Einführung und Interpretation versehen. Die Zitation „Rokkan 2000“ verweist also gleichzeitig auf Schriften von Rokkan selbst (ab Seite 123) sowie auf die Einführung von Flora (bis Seite 122).

der historischen Entwicklung der europäischen Länder erklären sollten (Rokkan 1980:128). Seine Typologie der europäischen Nationalstaaten ordnete er entlang einer Ost-West-Achse (wirtschaftliche Ressourcenausstattung der Zentren) und einer Nord-Süd-Achse (kulturelle Voraussetzungen für die Nationenbildung) an. Hierdurch wollte er Erklärungen finden für „*das große Paradoxon der europäischen Entwicklung*“, welches darin bestand, dass

„die stärksten und dauerhaftesten Systeme an der Peripherie des alten Imperiums entstanden, während das Kernland, die italienischen und deutschen Territorien, bis ins 19. Jahrhundert hinein fragmentiert und zersplittert blieben“ (Rokkan 1973:79)

Die Bedeutung von Rokkans Werk für diese Disseration liegt vor allem in seinem historischen Ansatz, der die Pfadabhängigkeit von Entwicklung berücksichtigt, sowie in seiner mehrdimensionalen Betrachtung von Grenzen. Grenzen können auf zweierlei Art definiert werden: Einerseits als territoriale, andererseits als soziale Phänomene³⁷. Im völkerrechtlichen Sinne sind Grenzen definiert als:

„Linie(n) zur Unterscheidung staatlicher Hoheitsräume bzw. zur Trennung zwischen Staatsgebiet und staatsfreiem Raum“ (Rausch 1998).

Diese Definition betont den intersubjektiven und systemischen Charakter von Grenzen. Grenzen werden hier verstanden als territoriale Staatsgrenzen, die durch entsprechende Institutionen geschützt und bewacht werden. Grenzen in dieser Lesart bilden Kontextvariablen einer empirischen Untersuchung. Die Grenzüberwindung durch Personen, Waren oder Dienstleistungen ist hier ein konkreter Vorgang, der sich in irgendeiner Weise physisch, d.h. territorialräumlich, manifestiert.

Im Gegensatz hierzu können Grenzen auch als rein soziale Phänomene definiert werden, die nicht notwendigerweise eine räumliche Ausprägung aufweisen müssen. Für Georg Simmel etwa entstehen

„soziale Abgrenzungen (...) erst durch Handlungen, Interaktionen und Kommunikationen der Menschen. (...) Erst indem sich Menschen durch ihr Handeln,

³⁷ Auf diese beiden Bedeutungen im Sinne von „*borders*“ und „*boundaries*“ wurde bereits eingangs hingewiesen. Manchmal findet man „*frontier*“ als dritten Begriff, im Sinne einer Grenzzone variabler Ausdehnung auf beiden Seiten der „*border*“ (Anderson und O'Dowd 1999:594). Der Begriff stammt aus der Zeit der Erschließung unbesiedelter Gebiete, die „*frontier*“ bildete dabei die „Vorhut eines entstehenden Gemeinwesens“. Im Zuge der Nationalstaatenbildung überwog die Funktion der Grenze als Linie. Durch die zunehmende Aufhebung von Grenzen durch Globalisierungs- und Europäisierungsprozesse wird die „*frontier*“-Dimension im Sinne einer Kontaktzone wieder wichtiger (Rausch 1998). Die Begriffsverwendung erfolgt jedoch häufig synonym zu „*border*“.

ihre Sprache und Kommunikation auf die Grenze beziehen, wird diese zur Grenze im sozialwissenschaftlichen Sinne" (Berthoin Antal und Quack 2006:14).

Diese Definition betont den Konstruktcharakter von Grenzen: Sie entstehen erst dadurch, dass man sie als solche behandelt, also erst durch die Deutungen und Interaktionen der Akteure. Betont wird somit die subjektive und individuelle Dimension von Grenzen.

Rokkans Definition von Grenzen bezieht sich hauptsächlich auf die Ebene des Nationalstaates, geht jedoch über die rein territorial definierten Staatsgrenzen hinaus. Für ihn ist der Raum („*space*“) eines politischen Systems definiert durch Territorialität und Mitgliedschaft. Die Markierung dieses Raumes erfolgt demnach durch zwei Arten von Grenzen: Den sozialen Grenzen („*social boundaries*“) der Mitgliedschaft und den territorialen Grenzen („*territorial boundaries*“) eines Staates (Rokkan 2000:85f). Die Grenzen eines Mitgliedsraumes ergeben sich durch die Zugehörigkeit bzw. Nicht-Zugehörigkeit zu einer Gruppe. In dieser Definition ist somit sowohl der systemische und intersubjektive Charakter von territorialen als auch der individuelle und subjektive Charakter von sozialen Grenzen bereits angelegt. Im Prozess der Nationalstaatenbildung im Europa des 16. bis 18. Jahrhunderts wurden Territorialität und Mitgliedschaft miteinander verbunden:

„Der Nationalstaat verschmolz das Konzept der Bürgerschaft allmählich mit dem der territorialen Identität. Alle Bewohner eines Territoriums wurden derselben Autorität unterworfen und konnten innerhalb des durch diese Autorität definierten Systems Bürgerschaftsrechte erwerben“ (Rokkan 2000:137).

Das Resultat einer erfolgreichen Konsolidierung der europäischen Nationalstaaten und ihrer Strukturierung im Inneren waren Grenzziehungen nach Außen. Gemeinsame Strukturen, die ein System territorialer Kontrolle wie einen Nationalstaat gegenüber anderen Systemen abgrenzen, entstehen durch funktionale Differenzierungsprozesse. Rokkan nennt, in Anlehnung an Parsons (1966) drei grundlegende Prozesse der Differenzierung: Erstens eine ökonomische Differenzierung, zweitens eine militärisch-bürokratische Differenzierung und drittens eine kulturelle Differenzierung (Rokkan 2000:126-9). Staatsbildungsprozesse sind der militärisch-bürokratischen Dimension zuzuordnen, im Unterschied dazu erfolgen Nationsbildungsprozesse vor allem durch kulturelle Differenzierung. Während der Entstehung der westeuropäischen Nationalstaaten im 16. und 17. Jahrhundert bestand eine Wechselwirkung zwischen Staats- und Nationenbildung. Dies führte dazu, dass sich kulturelle und politisch-administrative

Grenzziehungen wechselseitig verstärkten und lange Zeit größtenteils deckungsgleich waren. Rokkan unterscheidet somit zwischen politischen, kulturellen und wirtschaftlichen Systemen und den entsprechenden Grenzziehungen. Alle drei Systeme verfügen über eine territoriale Dimension,

„aber nur das politische System ist letztlich in der Lage, ein Territorium effektiv zu kontrollieren. Dehnt sich das wirtschaftliche System (z.B. Städteneetze) oder das kulturelle System (z.B. Kirchen) über das territoriale politische System hinaus, so entstehen spezifische Probleme der Grenzkontrolle“ (Rokkan 2000:23).

Durch Grenzüberschreitungen im kulturellen und im wirtschaftlichen Bereich entstehen wiederum neue Grenzbildungen. Die Grenze bei Rokkan ist somit ein dynamisches Konzept, das bestimmt ist durch eine Wechselwirkung von Grenzbildung und Grenzüberschreitung. Durch Grenzüberwindung kommt es zu neuen Grenzbildungen nach außen. Auch interne Kommunikationsbarrieren können als Grenzen konzeptualisiert werden (Rokkan 2000:279). Diese dynamische Konzeptualisierung von Grenzen bei Rokkan basiert auf der Rezeption von Albert O. Hirschmans (1970) *„exit, voice und loyalty-Modell“*³⁸.

Die Überwindung von Grenzen läuft nicht konfliktfrei ab, da mit Grenzen bestimmte Funktionen verbunden sind. Im Kontext der europäischen Integration oder der Globalisierung von Handelsbeziehungen wird häufig der limitierende Charakter von Grenzen betont: Sie unterbinden den Austausch, verlangsamen ihn durch Pass- und Zollkontrollen oder stellen ein Verkehrshindernis dar. Daneben haben Grenzen aber auch eine schützende Wirkung. Sie sichern den Frieden und vermeiden Streit um Territorien. Drittens schließlich haben Grenzen eine *„formgebende Kraft“*. In dieser Funktion sind sie notwendig für die Gruppenbildung und –zugehörigkeit oder für die Unterscheidung (Abgrenzung) und Benennung von Dingen (Demandt 1990:19ff). Grenzen sind also geradezu notwendig, nicht zuletzt für den kulturellen Zusammenhalt einer Gesellschaft, wie Schlögel (2003:137) zum Ausdruck bringt:

³⁸ Deutsch: Abwanderung und Widerspruch. Dieses Modell beschreibt drei grundlegende Reaktionen auf die Verschlechterung von Leistungen eines Unternehmens oder einer Organisation: Abwanderung (*exit*), Widerspruch (*voice*) und Loyalität (*loyalty*). In Rokkans Interpretation dieses Modells bezieht sich Loyalität auf Strukturen und Prozesse, die den Erhalt bestehender Systeme sicherstellen. Widerspruch bezeichnet die Kommunikation zwischen den Teilelementen eines Systems, also systemimmanente Prozesse, und Abwanderung steht für Wandel und *„das Überschreiten einer festen Grenze“*. Widerspruch und Abwanderung können somit konzeptualisiert werden als eine *„Dialektik von Ordnung und Bewegung, von Grenzbildung und Grenzüberschreitung“* (Rokkan 2000:131).

„Noch nie ist ein Loblied auf die Grenze gesungen worden, obwohl klar ist, dass es Kultur ohne Respektierung von Grenzen und eine Kultur der Grenze nicht geben kann“

Auf Grund dieser Funktionen können Grenzüberschreitungen einerseits emanzipatorisch wirken, aber auch zum Identitätsverlust beitragen (Berthoin Antal und Quack 2006:18).

Auch Rokkan bemerkte, dass

„ein Bedürfnis nach Ziehung sozialer Grenzen überall dort entsteht, wo physische Barrieren zerbrochen sind (Rokkan 2000:331).“

Die Kategorie der Unsicherheit und des Konflikts ist somit in der Dynamik von Grenzen und deren Überwindung angelegt.

Die kulturelle Dimension von Grenzen ist in Rokkans Werk an einigen Stellen näher ausgearbeitet. Kulturelle Differenzierung erfolgt bei Rokkan in großem Maße durch Identität, d.h. die Akkumulation von Einstellungen und Vorurteilen, die durch das kulturelle Umfeld geprägt sind:

„These patterns of orientation³⁹ provide the individual with an identity and offer him a standard by which he may interpret the world and to which he may adjust his reactions“ (Rokkan und Urwin 1983:67f).

Es handelt sich also hierbei um ein differenzierungstheoretisch geprägtes Konzept von kulturellen Grenzen, die jedoch gleichzeitig Einfluss auf die individuelle Ebene der Akteure ausüben. Diese Konfigurationen sind langfristiger Natur. Rokkan unterscheidet mindestens vier Komponenten von Identität:

- 1) Mythos: Der mythische Aspekt von Identität äußert sich als Glaube („*set of beliefs*“). Der historisch wichtigste Mythos ist die Religion, in jüngerer Zeit tritt der Nationalismus als eine Art „Zivilreligion“ (Eric Hobsbawm) hinzu;
- 2) Symbol: Der symbolische Aspekt von kultureller Prägung bezeichnet das expressive Element und damit die Weitergabe zwischen Personen und Generationen. Das primäre expressive Element von Kultur ist die Sprache;
- 3) Geschichte: Die Geschichte eines Territoriums prägt die Identitäten seiner Bewohner, auch unabhängig von der offiziellen Geschichtsschreibung;

³⁹ Nicht von ungefähr erinnert die Terminologie hier an Parsons, auf den sich Rokkan an verschiedener Stelle bezieht. Für Parsons war Lernen (im Sinne einer Übertragung eines kulturellen Systems von einer Person auf eine andere) definiert als Erwerb neuer Orientierungsmuster („*patterns of orientation*“). Siehe dazu auch oben, S.322.

- 4) Institutionen: Ein Netzwerk von Behörden („*agencies*“) sorgt für die Umsetzung einzelner Aspekte von Identität, etwa durch eigene Gesetze, Privilegien, Erziehungs- und Steuersysteme (Rokkan und Urwin 1983:67f).

Rokkan konzentriert sich in seinen Ausführungen zur kulturellen Dimension von Grenzen (Rokkan und Urwin 1983:68; Rokkan 2000:210ff, 55) vor allem auf die Sprache, die ein zentrales Kriterium für die Mitgliedschaft in einer Gruppe und somit für auch für Identität darstellt. Doch auch die anderen drei Aspekte von Identität, von deren Wirksamkeit ebenfalls ausgegangen wird, eignen sich für eine empirische Erhebung.

Die Anwendung von Rokkans historischen Modellbildungen auf das Themenfeld der kulturellen Grenzen im deutsch-polnischen Kontext erfolgt unter bestimmten Prämissen. In der Rokkan'schen Argumentation lässt sich der europäische Einigungsprozess

„als ein Prozess des Abbaus interner und des Aufbaus externer Grenzen verstehen. Dabei handelt es sich primär um rechtliche Grenzziehungen“ (Rokkan 2000:117).

Rokkan selbst hat sich jedoch kaum mit dem europäischen Einigungsprozess befasst. Er entwickelte seine Modelle zu einer Zeit, als die nationalstaatlichen Grenzen noch wesentlich undurchdringlicher waren als heute. Darüber hinaus ist, anders als beim Prozess der Nationalstaatsbildung, der gewisse Standardisierungsprozesse voraussetzte, die Heterogenität oder Diversität eines der wichtigsten Begründungsmerkmale Europas. Auch durch den europäischen Einigungsprozess wird diese Diversität nicht vollständig abgebaut werden, sondern gilt als erhaltenswertes Gut (Flora 2000:161-5; Garton Ash 2007). Zweitens beschränkte sich Rokkans Modell auf Westeuropa und klammerte Mittel- und Osteuropa bewusst aus⁴⁰. Die Eigenheiten dieser Region müssen daher als besondere, historisch bedingte Kontextbedingungen beachtet werden⁴¹. Als dritte wichtige Einschränkung ist zu nennen, dass Rokkans Analysen makrostruktureller Art waren und nicht die Akteursperspektive berücksichtigten. Vielmehr war es seine Intention, den Kontext so genau wie möglich darzustellen, um hierdurch eine angemessene

⁴⁰ Wie Caramani (2003b:21ff) ausführt, nahm die Entwicklung Mitteleuropas an vier „critical junctures“ einen völlig anderen Verlauf als die Entwicklung der westeuropäischen Staaten: 1) Die verspätete Nationalstaatsbildung im Schatten der drei großen Imperien Habsburg, Russland und Preußen; 2) die Gegenreformation; 3) die Undurchlässigkeit gegenüber den napoleonischen Reformen und 4) die sozialistischen Regierungen nach dem 2. Weltkrieg. Für die deutsch-polnische Grenze ist besonders der vierte Punkt relevant.

⁴¹ Siehe dazu auch Kapitel 3.3.

Perspektive auf die Akteure und deren Handlungsrahmen zu eröffnen (Mjoset 2000:392).

Trotz dieser Einwände liefern Rokkans Arbeiten einen wichtigen Beitrag für die theoriegeleitete Modellentwicklung und die Empirie dieses Forschungsvorhabens. Ihr Hauptnutzen besteht in der historisch hergeleiteten, mehrdimensionalen Betrachtung von Grenze. Zum einen wird hierdurch die Pfadabhängigkeit und Langfrist-Perspektive von Grenzbildungen betont, die historisch über längere Zeit im Prozess der Nationalstaatenbildung entstanden sind. Hieraus ergibt sich die Notwendigkeit einer historischen Einordnung des Untersuchungsgebiets und der deutsch-polnischen Grenze, wie sie zum Abschluss des Kapitels „Analyserahmen“ vorgenommen wird. Zum anderen bilden die regionale Geschichte und Identität eine Kategorie für die empirische Datenerhebung.

Zweitens ist die Betrachtung von Grenze als mehrdimensionales Konzept hilfreich, das eine politisch-administrative, eine wirtschaftliche und eine kulturelle Dimension aufweist. Im Rahmen dieser Arbeit interessiert insbesondere die kulturelle Dimension, die vor allem an Hand der Kategorie „Identität“ erfasst wird. Die von Rokkan identifizierten vier Komponenten von Identität – Mythos, Symbol, Geschichte und Institutionen – bilden wichtige Anhaltspunkte für die empirische Erhebung. Im Rahmen der grenzübergreifenden Kooperation zwischen Deutschen und Polen erscheinen insbesondere die Sprache bzw. die Überwindung der Sprachbarriere sowie die (regionale) Geschichte relevant. Nach beiden Punkten wurde in den Experteninterviews explizit gefragt⁴².

Drittens bleibt festzuhalten, dass „Grenze“ als dynamisches und prozessorientiertes Konzept zu begreifen ist. Durch Personen oder Medien kommt es zu Grenzüberschreitungen und diese wiederum führen zu neuen Grenzbildungen. Dieser Prozesscharakter von Grenzen muss auch in die Modellentwicklung einfließen.

⁴² Darüber hinaus wurde allgemein nach der Rolle von Kommunikationsgewohnheiten und Werten in der Zusammenarbeit gefragt. Die Gesprächspartner hatten also die Möglichkeit, weitere Aspekte von Identität zu benennen. Der Aspekt der Religion spielte laut Rokkan vor allem im Prozess der Nationalstaatenbildung eine Rolle. Er wurde nicht explizit erhoben, da seine Rolle für die grenzübergreifende Zusammenarbeit als eher gering angesehen wurde, eine Einschätzung, die sich durch die Empirie bestätigte. Vergleiche dazu auch den Fragebogen im Anhang.

In der Dialektik von Grenzbildung und Grenzüberschreitung ist viertens eine Dimension von Konflikt und Unsicherheit angelegt. Konflikte entstehen vor allem deshalb, weil Grenzen ihrer Schutzfunktion beraubt werden. Als Hauptgründe für territoriale Spannungen nennt Rokkan kulturelle Distanz und sowie ökonomische Konflikte im Wettbewerb um Ressourcen. Die Konfliktdimension von Grenzen ist sowohl für die Theorieentwicklung als auch für die Empirie relevant.

Der eher strukturell angelegte Rokkan'sche Grenzbegriff muss jedoch um eine handlungstheoretische Dimension erweitert werden. Diese basiert auf der eingangs zitierten Annahme von Simmel, dass Grenzen erst durch das Handeln und die Deutungen von Akteuren entstehen können. Kulturelle Grenzen sind also auch ein individuelles, d.h. in und durch die einzelnen Akteure wirksames Konzept. Darüber hinaus verfügen Grenzen über eine subjektive Dimension, da sie teilweise erst durch die Deutungen von Akteuren überhaupt entstehen. Diese subjektive Dimension gilt voraussichtlich für kulturelle Grenzen in höherem Maße als für wirtschaftliche und für politisch-administrative Grenzen. Auch die Multidimensionalität von kulturellen Grenzen fließt daher in das zu entwickelnde theoretische Modell ein.

3.1.3 Integration I: Karl W. Deutsch

Der Begriff der „Integration“ bezeichnet ein mehrdimensionales Konzept. Er kann sich gleichermaßen auf einen Zustand, einen Prozess und eine normative Zielgröße beziehen. Im Kontext dieser Arbeit wird Integration als ein Prozess verstanden, der durch grenzübergreifende Kooperation befördert wird. (Kulturelle) Integrationsprozesse, so die Annahme weiter, führen zum Abbau von (kulturellen) Grenzen. Eine der Grundannahmen dieser Arbeit lautet, dass Integrationsprozesse nicht den Abbau von Differenz, sondern die Reduzierung von Distanz voraussetzen. Auf dieser Grundlage erfolgte daher die Auswahl von geeigneten Integrationstheorien: Gesucht wurden solche Ansätze, die nicht notwendigerweise von einem Abbau von Differenz oder von einem Ende der Nationalstaaten als Integrationsmerkmal ausgingen. Diesen Kriterien genügte die transaktionalistische Integrationstheorie Karl W. Deutschs sowie neuere Integrationstheorien mit einem Governance-Ansatz, die im folgenden Kapitel behandelt werden.

Die transaktionalistische Perspektive betont besonders die Konzepte der Gemeinschaft⁴³ und der Kommunikation⁴⁴. Eine Gemeinschaft

“consists of people who have learned to communicate with each other and to understand each other well beyond the mere interchange of goods and services“ (Deutsch 1966:91).

Austausch- und Kommunikationsprozesse spielen dabei eine zentrale Rolle für die Gemeinschaftsbildung. Sie sind sozusagen der „Kitt“, der Gemeinschaften zusammenhält:

“Processes of communication are the basis of the coherence of societies, cultures, and even of the personalities of individuals” (Deutsch 1966:87).

Jede menschliche Kooperation benötigt ein gewisses Maß an Kommunikation. Je ausgeprägter die Zusammenarbeit ist, desto größer ist der Bedarf an „*ergiebigere, verschiedenartige, rascher und akkurater Kommunikation*“ (Deutsch 1966a:91). Kommunikationsmuster sind kulturell bedingt. Eine Gemeinschaft verfügt über komplementäre Kommunikationsgewohnheiten und –einrichtungen. Diese ermöglichen eine effektivere und breitere Kommunikation mit Mitgliedern der eigenen Gemeinschaft als mit solchen einer anderen Gemeinschaft (Deutsch 1966:96f).

Die erstrebenswerte Art der Gemeinschaft war für Deutsch die Sicherheitsgemeinschaft. Dieser war es im historischen Rückblick gelungen, Krieg oder die Erwartung von Krieg innerhalb ihrer Grenzen für einen längeren Zeitraum abzuschaffen. Eine solche Sicherheitsgemeinschaft ist definiert als *“a group of people which has become ‘integrated’”*. Integration, so die Definition weiter, bedeutet das Erreichen eines Gemeinschaftssinns („*sense of community*“) und die Etablierung von Institutionen und Praktiken, die stark genug sind, um für längere Zeit die Erwartung eines friedlichen Wandels aufrecht zu erhalten. Integration ist somit definiert als das Übertreten einer Schwelle, jenseits derer Krieg keine politische Option mehr darstellt. Diese Schwelle besteht jedoch aus einer „*ziemlich breiten Übergangszone*“ und kann in beide Richtungen überschritten werden, also auch wieder zurück in Richtung Desintegration (Deutsch u.a. 1957:32f).

⁴³ Diese wird mit Ferdinand Tönnies abgegrenzt von der „Gesellschaft“.

⁴⁴ Alternativ findet auch der Begriff der Transaktionen Verwendung, z.B. in „Der Nationalismus und seine Alternativen“ (Deutsch 1972).

Den Gemeinschaftssinn als zentrales Integrationsmerkmal macht Deutsch an mehreren Kriterien fest:

“The kind of sense of community that is relevant for integration (...) turned out to be rather a matter of mutual sympathy and loyalties, of ‘we-feeling’, trust, and mutual consideration; of partial identification in terms of self-images and interests; of mutually successful predictions of behaviour, and of cooperative action in accordance with it – in short, a matter of a perpetual dynamic process of mutual attention, communication, perception of needs, and responsiveness in the process of decision-making” (Deutsch u.a. 1957:36).

Diese Definition von Gemeinschaftssinn betont also solche Eigenschaften, die ein zielgerichtetes und gemeinsames Handeln in einer Gruppe erleichtern. Sie lassen sich in drei Kategorien unterteilen, die allerdings in enger Beziehung zueinander stehen: Erstens sind Eigenschaften aufgezählt, die unter dem Begriff der Empathie zusammengefasst werden können, wie gegenseitige Anteilnahme („*sympathy*“) und Berücksichtigung („*consideration*“). Zweitens handelt es sich um Eigenschaften, die der Reduktion von Unsicherheit und Komplexität dienen wie Vertrauen⁴⁵ und die Abschätzung zukünftigen Verhaltens. Drittens schließlich sind Kriterien genannt, die sich auf die Stärkung eines Gruppengefühls beziehen wie ein „Wir-Gefühl“, Loyalitäten und eine teilweise Identifikation mit der Gruppe und ihren Zielen.

Der Integrationsbegriff, wie er im Konzept der Sicherheitsgemeinschaft zum Tragen kommt, bedeutet nicht zwangsläufig, dass aus zwei oder mehr Teilstücken eine Einheit entsteht. Die Forschergruppe um Deutsch unterschied vielmehr zwischen zwei Arten von Sicherheitsgemeinschaften, den amalgamierten und den pluralistischen Sicherheitsgemeinschaften. Die ersteren setzen eine formale Verschmelzung von vormals getrennten Institutionen voraus. Der zweite Typ von Sicherheitsgemeinschaften kann auch mit getrennten Institutionen bestehen und erweist sich somit für diese Untersuchung als das weiterführende Konzept. Drei Bedingungen müssen erfüllt werden, damit pluralistische Sicherheitsgemeinschaften entstehen können. Diese Bedingungen bilden somit für Deutsch die Voraussetzungen für erfolgreiche Integrationsprozesse:

- 1) Die Kompatibilität von Werten der politisch relevanten Schichten: Diese kann auch in der bewussten Übereinkunft bestehen, nicht-kompatiblen Werten ihre politische Signifikanz zu nehmen;

⁴⁵ Die Benennung dieser Kategorie erfolgte in Anlehnung an Luhmann (2000), der Vertrauen als Mechanismus zur Komplexitätsreduktion bezeichnet.

- 2) Die Kapazität zur politischen Reaktion (*responsiveness*): Voraussetzung hierfür sind funktionierende politische Institutionen und etablierte politische Gewohnheiten. Diese gewährleisten, dass Nachrichten nicht nur übermittelt, sondern auch verstanden und in den Entscheidungsprozess eingezogen werden;
- 3) Die gegenseitige Vorhersehbarkeit des zukünftigen Verhaltens (*mutual predictability of behavior*): Die Grundlage der Fähigkeit, das Verhalten der anderen Teilnehmer oder Einheiten vorauszusehen, basiert auf Vertrautheit (Deutsch u.a. 1957:46-67).

Der Wert von Deutschs Werk für diese Arbeit liegt darin, einen prozessorientierten und dynamischen Integrationsbegriff zu bieten. Darüber hinaus findet sich im Konzept der pluralistischen Sicherheitsgemeinschaft ein Integrationsbegriff, der nicht die Abschaffung der Nationalstaaten voraussetzt. Der theoretische und empirische Nutzen lässt sich zu drei Punkten verdichten: Erstens betont Deutsch die Bedeutung von Kommunikationsprozessen für die Kooperation. Mit Intensivierung der Zusammenarbeit wächst der Bedarf an Kommunikation. Da Kommunikationsmuster jedoch kulturell bedingt sind, fällt die Verständigung mit Mitgliedern der eigenen Gemeinschaft leichter als mit denen einer fremden Gemeinschaft. Darüber hinaus werden, zweitens, sowohl Merkmale als auch Rahmenbedingungen von Integrationsprozessen genannt. Als Voraussetzungen für Integrationsprozesse sieht Deutsch die Wertekompatibilität, Kapazitäten zur politischen Reaktion und die Vorhersehbarkeit des Verhaltens. Wichtigstes Anzeichen für gelungene Integrationsprozesse ist das Erreichen eines Gemeinschafts-sinns, den Deutsch an mehreren Indikatoren festmacht. Die genannten Aspekte werden bei der Variablendefinition für das Forschungsdesign berücksichtigt und in den Fallstudien erhoben. Drittens ergibt sich als forschungspraktische Anforderung, dass auch Aspekte der Desintegration berücksichtigt werden müssen und nicht durch Fragestellung und Forschungsdesign von vorneherein ausgeblendet werden dürfen.

Eine Kritik, die am Transaktionalismus geübt wird, lautet, dass seine Annahmen nur schlecht zu messen sind – Deutsch bevorzugte quantitative Messdaten – und die Klarheit über Kausalmechanismen fehlt. Weiterhin kritisiert wird die Grundannahme, dass erhöhte Transaktionen und verbesserte Kommunikation automatisch zu einem

kognitiven Wandel und einem höheren Maß an Kommunikation führen⁴⁶. Vielmehr könnten solche Prozesse auch zu Indifferenz führen oder folgenlos bleiben (Peters 1993:47f; Rosamond 2000). Trotz dieser berechtigten Einwände bieten Deutschs Kategorien wertvolle Hinweise zur Operationalisierung des Integrationsbegriffs. Seine Maßstabsebene waren jedoch Nationalstaaten und die internationalen Beziehungen. Eine Berücksichtigung der regionalen Ebene sowie einen stärkeren Akteursbezug liefern hingegen neuere europäische Integrationstheorien, die nun ergänzend hinzugezogen werden.

3.1.4 Integration II: Die Governance-Perspektive

Die neueren Theorien der europäischen Integration gehen davon aus, dass die EU als ein hybrides Gebilde *sui generis* betrachtet werden kann, sie also weder ein politisches System, noch eine internationale Organisation ist. Im Fokus der Betrachtung stehen nicht mehr nur die supranationale und die nationale sondern auch die subnationale Ebene. Darüber hinaus nehmen diese Theorien eine akteursorientierte an Stelle der bis dahin vorherrschenden staatszentrierten Perspektive ein (Rosamond 2000:110; Knodt und Große Hüttmann 2005). Beide Aspekte – regionale Ebene und Akteursorientierung – bilden sinnvolle und notwendige Ergänzungen zu den Theorien von Parson, Rokkan und Deutsch.

Im Multi-Level Governance-Ansatz (MLG) steht die Rolle von Regionen⁴⁷ als administrative Einheiten in der *polity* der EU im Mittelpunkt (Marks 1992, 1993). Der Ansatz unterscheidet sich von älteren, staatszentrierten Betrachtungsweisen der EU durch die Annahme, dass

⁴⁶ In der Sozialpsychologie spricht man hier von der Kontakthypothese. Hiermit wird „die Auffassung bezeichnet, dass Kontakte zwischen Menschen das wechselseitige Verstehen und damit das friedliche Zusammenleben fördern. Es wird weiter unterstellt, dass das Kennenlernen des anderen Fehlerperzeptionen und Vorurteile abbaue und zu einem besseren Verständnis führe.“ In dieser einfachen Form trifft die Kontakthypothese nicht zu, da engere Kontakte auch zu einer Verfestigung von Vorurteilen führen oder Feindschaften verstärken können (Nicklas 2006:115).

⁴⁷ Der Begriff der Region ist in den Sozialwissenschaften nicht eindeutig definiert. Im Kontext der europäischen Integration wird „Region“ oft gleichgesetzt mit administrativen Einheiten unterhalb der nationalstaatlichen und oberhalb der lokalen Ebene, also beispielsweise den Bundesländern. In grenzübergreifender Perspektive richtet sich der Blick meist auf die sogenannten Euroregionen, die zum regionalpolitischen Instrumentarium der Europäischen Kommission zählen (siehe auch unten, 6749ff). Ein solches administrativ-institutionelles Verständnis von Region wird jedoch für diese Arbeit nicht übernommen, sondern vielmehr Region definiert als „ein Raum (...), der im Sinne eines sozialen Kontextes zu verstehen ist und dessen Ausdehnung nur mit Bezug auf seine Funktionen und deshalb immer wieder neu zu bestimmen ist“ (Benz u.a. 1999:11).

„European integration is a polity-creating process in which authority and policy-making influence are shared across multiple levels of government – subnational, national and supranational“ (Marks u.a. 1996:342).

Der Multi-Level Governance-Ansatz geht von drei Prämissen aus: Erstens sind die Entscheidungskompetenzen in der EU auf mehrere Ebenen verteilt und werden nicht nur von staatlichen Akteuren ausgeübt; zweitens erleiden die mitgliedstaatlichen Regierungen einen „*signifikanten Verlust an Kontrolle*“ durch die Entscheidungen auf supranationaler Ebene. Drittens schließlich sind politische Entscheidungen „*interconnected*“, d.h. eine klare Trennung zwischen Innen- und Außenpolitik ist nicht mehr möglich (Marks u.a. 1996:346f). Ein weiteres wichtiges Anliegen des Ansatzes ist die Einnahme einer akteurszentrierten Perspektive, in der die einzelnen Akteure als Teilnehmer an der Entscheidungsfindung konzeptualisiert werden (Marks u.a. 1996:384).

Basierend hierauf geht der MLG-Ansatz davon aus, dass Regionen als eigenständige Akteure unter Umgehung der nationalen Ebene direkt mit der EU interagieren. Die Nationalstaaten werden dabei nicht obsolet, sondern müssen sich lediglich in eine Mehrebenen-Dynamik einpassen (Rosamond 2000:111). Eine zweite Annahme lautet, dass die EU die Verbindung zwischen Territorium und Identität – also die weitgehende Deckungsgleichheit von politisch-administrativen und kulturellen Grenzen – auflöst. Sie bietet einen neuen, supranationalen Schauplatz, der seinerseits Identifikationsangebote macht und gleichzeitig die Interessenartikulation und Konfliktaustragung von subnationalen Akteuren und Interessengruppen ermöglicht (Chrysochoou 2001:109). Auch auf der regionalen Ebene entstehen, angeregt durch die EU-Regionalpolitik, neue Identifikations- und Artikulationsmöglichkeiten als Alternative zu denen der Nationalstaaten. Eine zentrale Bedeutung kommt hierbei den Akteuren auf der regionalen Ebene zu und der Frage, wie sie sich innerhalb des Mehrebenenrahmens der EU bewegen.

Für das Verständnis kollektiven Handelns sowie der Koordination mehrerer Akteure in einer Interaktionssituation erweisen sich Institutionen als ein zentrales Konzept. Die Erkenntnis, dass Institutionen relevant sind („*institutions matter*“) hat sich durch den Neo-Institutionalismus in den verschiedenen sozialwissenschaftlichen Disziplinen und so auch in der Europaforschung durchgesetzt (Rosamond 2000:113). Hierbei dominieren zwei Sichtweisen darauf, inwieweit Institutionen das Verhalten von Akteuren beeinflussen: Der „*rational choice*“-Ansatz geht davon aus, dass Akteure bestimmte Präferenzen haben und auf dieser Basis strategische, kalkulierte Entscheidungen treffen.

Institutionen beeinflussen Verhalten dadurch, dass sie die Sicherheit über das aktuelle und zukünftige Verhalten anderer Akteure verändern können (Hall und Taylor 1996:7) Im Gegensatz hierzu betont der Kultur-Ansatz, dass das Verhalten von Akteuren nicht streng strategisch-rational erfolgt, sondern von einem bestimmten Blick auf die Welt geprägt ist. Die Akteure greifen auf bekannte Verhaltensmuster oder Routinen zurück, um ihre Ziele zu erreichen. Handeln basiert demnach nicht nur auf Kalkül, sondern auch auf der Einschätzung einer Situation. In dieser Interpretation haben Institutionen die Funktion, moralische oder kognitive Orientierungsmuster für Handlungen und deren Interpretation zu liefern (Hall und Taylor 1996:8).

Gemeinsam ist beiden Ansätzen die Beobachtung, dass Institutionen Handeln insoweit beeinflussen, als sie die Erwartungen an das Handeln Dritter strukturieren (Hall/Taylor 1996:23). Sie haben damit eine ähnliche vermittelnde Funktion wie kulturelle Systeme, sind aber nicht so langfristig angelegt wie letztere. Institutionen weisen sowohl eine Struktur- als auch eine Akteursdimension auf. Peters (2005:156) nennt als das grundlegende Paradoxon von Institutionen, dass sie von Akteuren gebildet werden, aber gleichzeitig das Handeln eben dieser Akteure einschränken.

Im grenzübergreifenden Kontext müssen sich Institutionen meist erst noch entwickeln, um vermittelnd wirken zu können. Gleichzeitig findet in grenzübergreifenden Kooperationen zielgerichtetes Handeln statt, es muss also eine Art der Handlungskoordination erfolgen. Formen der Handlungskoordination in konkreten Interaktionssituationen, die ein zielgerichtetes Handeln ermöglichen, lassen sich unter dem Begriff der Governance zusammenfassen. Mit Münch (2004:139ff) werden in dieser Arbeit vier Formen der Handlungskoordination unterschieden: Kompromiss, Konflikt, Synthese und Wettbewerb. Kompromissbildung bedeutet, dass sich die Akteure ihrer eigenen Interessen und der Interessen anderer bewusst sind und in Verhandlungen treten, um einen fairen und für alle Seiten akzeptablen Kompromiss zu finden. Konflikt bedeutet, dass ein Sieg des Einen eine Niederlage des Anderen impliziert. Bei der Konfliktaustragung handelt es sich somit um einen Kampf um die Macht. Synthese als dritte Form der Handlungskoordination bedeutet, unterschiedliche Interessen und Perspektiven durch Synthese zu überwinden. Bei dieser Synthese handelt es sich somit um eine von allen als richtig und gerecht empfundene Lösung, also letztlich um Werte und um Wahrheitsfindung. Der Wettbewerb um (politische) Einflussnahme schließlich beinhaltet, dass alle Akteure ihren Nutzen maximieren wollen und ihre Beziehungen im Netzwerk als ein

wechselseitiges Geben und Nehmen betrachten. Die Gewinnsumme gilt als vergrößerbar, durch Kooperation kann also Mehrwert erzeugt werden.

Kultur, Institutionen und Governance sind somit drei Formen der Handlungskoordination und als solche Bindeglieder zwischen Akteuren und Strukturen, die sich in ihrer zeitlichen Wirkung unterscheiden: Kultur ist ein langfristig wirksames Konzept, Institutionen bieten einen mittleren Zeithorizont während Governance als unmittelbar wirksames Konzept für die konkreten Interaktionssituationen betrachtet werden kann. Demnach können alle drei Konzepte für die Empirie in unterschiedlicher Weise operationalisiert und für die Fallbeispiele untersucht werden.

Die verwendeten theoretischen Ansätze, die Erklärungen, die sie liefern sowie ihre Lücken sind in der folgenden Tabelle zusammengefasst:

Tabelle 3: Verwendete theoretische Ansätze im Überblick

Ansatz	Erklärt	Lücken
Talcott Parsons: Allgemeine Theorie der Handlungssysteme	- Kultur als systemisches Konzept, das Akteure und Interaktionssituationen beeinflusst	- Pfadabhängigkeiten / historische Entwicklung - Handlungstheoretische Dimension (Motivationen/ Interessen von Akteuren) - Machtverhältnisse
Stein Rokkan: Makromodell der politischen Entwicklung Europas	- Grenze als mehrdimensionales, dynamisches Konzept - historisch bedingte Pfadabhängigkeiten	- Handlungstheoretische Dimension - (Machtverhältnisse: Determinismus)
Karl W. Deutsch: Transaktionalismus	- Integration als prozessorientiertes, dynamisches Konzept - Desintegration als Möglichkeit	- Handlungstheoretische Dimension - Subnationale Ebene
Neuere Integrationstheorien: Die Governance-Perspektive	- Integration aus akteursorientierter Perspektive - Rolle der regionalen Ebene - Formen d. Handlungskoordination	- Grenze und Kultur als Dimensionen der europäischen Integration

Quelle: Eigene Darstellung

3.1.5 Kulturelle Grenzen, Integration, Kooperation: Begriffsdefinitionen

Bevor mit der Entwicklung eines Modells begonnen wird, müssen zunächst die zentralen Begriffe der kulturellen Grenzen und der kulturellen Integration analytisch eingegrenzt und definiert werden. Wie bereits ausgeführt, handelt es sich bei „Grenzen“ um ein mehrdimensionales Konzept. Sie können erstens mit Rokkan unterteilt werden in kulturelle, wirtschaftliche und politisch-administrative Grenzen. Zweitens sollen in dieser Arbeit kulturelle Grenzen darüber hinaus unterschieden werden nach

1) Ihrem Geltungsbereich:

Sie können somit als intersubjektive Kategorie im Sinne einer Eigenschaft einer bestimmten Gruppe oder als subjektive Interpretation von Individuen konzeptualisiert werden;

2) Ihrer Ebene:

Kulturelle Grenzen können sowohl als individuelle Kategorie, d.h. als Handlungspraktiken oder Einstellungen von einzelnen Akteuren oder systemisch als gemeinsames Merkmal einer Gruppe analysiert werden.

In dieser Hinsicht unterscheiden sich kulturelle Grenzen sowohl von politisch-administrativen als auch wirtschaftlichen Grenzen, die beide hauptsächlich als intersubjektives und systemisches Konzept zu verstehen sind. Durch die Unterscheidung in subjektiv – intersubjektiv und individuell – systemisch ergeben sich vier Dimensionen von kulturellen Grenzen, die in verschiedenem Maße für die empirische Untersuchung relevant sind.

Die systemische und intersubjektive Dimension von kulturellen Grenzen zeigt sich vor allem in der Sprache als expressivem Symbol sowie in den Institutionen wie beispielsweise Bildungseinrichtungen. Darüber hinaus können auch die Geschichte sowie kollektive Werteorientierungen und Normen einer Gesellschaft mit Einschränkungen unter einer solchen Perspektiven operationalisiert werden. Unter diesem Blickwinkel bilden kulturelle Grenzen wichtige Kontextvariablen der Untersuchung: Sie zeigen auf, welche kulturellen Grenzen in den Kooperationsprojekten vorhanden sind und im Rahmen einer erfolgreichen Integration überwunden werden könnten.

Die systemische und subjektive Dimension von kulturellen Grenzen zeigt sich hingegen dort, wo Mitglieder einer anderen Gemeinschaft mit subjektiven, nicht auf eigenen

Erfahrungen beruhenden Deutungszuweisungen belegt werden. Der wichtigste Ausdruck hiervon sind Stereotype, nach Walter Lippmann

“eine erkenntnisökonomische Abwehreinrichtung gegen die notwendigen Aufwendungen einer umfassenden Detailerfahrung“ (Orłowski 2003:272).

Stereotype bilden also eine zweite in der Empirie zu berücksichtigende Kategorie von kulturellen Grenzen⁴⁸.

Die beiden anderen Dimensionen von kulturellen Grenzen bewegen sich auf der individuellen Ebene. Beide Dimensionen tragen der eingangs zitierten Annahme von Simmel Rechnung, dass Grenzen erst durch das Handeln und die Deutungen von Akteuren entstehen können. Intersubjektiv wahrnehmbare kulturelle Grenzen auf individueller Ebene zeigen sich durch die Verhaltensweisen einzelner Akteure, die durch gesellschaftliche Normen und Werte geprägt sind. Diese Dimension kultureller Grenzen manifestiert sich in der grenzübergreifenden Projektzusammenarbeit beispielsweise durch unterschiedliche Vorstellungen zu Arbeitsabläufen. Sie lässt sich mit Hilfe von Fragen nach konkreten Interaktionssituationen empirisch erheben.

Die vierte und letzte Dimension von kulturellen Grenzen ist individuell und subjektiv. Sie trägt der Tatsache Rechnung, dass kulturelle Grenzen möglicherweise durch die Deutungen von Akteuren überhaupt erst entstehen. Sie betrifft somit die Bedeutungen, die einzelne Akteure kulturellen Grenzen zuweisen. Diese vierte Kategorie ist am schwierigsten empirisch zu erheben und kann mit der in dieser Arbeit gewählten Methodik nur mit Einschränkungen berücksichtigt werden.

In dieser Arbeit besteht zwischen kultureller Grenzüberwindung und Integration ein enger logischer Zusammenhang. Folglich wird Integration in Bezug auf Grenzen definiert. Es wird angenommen, dass die Überwindung von Grenzen ein wichtiger Bestandteil von Integrationsprozessen ist. Grundlage und Anwendungsbeispiel für den hier dargestellten Integrationsbegriff sind grenzübergreifende Kooperationen. Der Abbau von internen und Aufbau von externen Grenzen (Rokkan), der Prozess der Gemeinschaftsbildung (Karl W. Deutsch) oder eine grenzübergreifende Institutionenbildung betonen unterschiedliche Aspekte von Integration. Gemeinsam ist ihnen, dass sie sich

⁴⁸ Kollektive Bedeutungszuweisungen („Labels“) und deren Verfestigung als Stereotype beeinflussen nach Axelrod (1984:146f) die Erwartungen der Handelnden bereits bevor die eigentliche Interaktion beginnt.

mit der dieser Arbeit zu Grunde liegenden Annahme vereinbaren lassen, dass Integration ein Abbau von Distanz und nicht zwangsläufig auch ein Abbau von Differenz ist.

Bedingung und Vorstufe einer Integration sind regelmäßige Kommunikationsprozesse und die Herausbildung von Governance-Prozessen zur Handlungskoordination und zur Problemlösung. Mit Münch (2004:139ff) wird zwischen vier solcher Modi unterschieden: Kompromiss, Konflikt, Synthese, Wettbewerb⁴⁹. Dabei beinhalten der Kompromiss und die Synthese Aushandlungsprozesse, die immer auch kulturell verankert sind, während Konflikt und Wettbewerb auf einem Kalkül-Ansatz basieren und daher relativ kulturunspezifisch sind. Die vier Modi der Handlungskoordination gelten für jede Interaktionssituation. Die Besonderheit grenzübergreifender Zusammenarbeit liegt jedoch darin, dass durch bestehende kulturelle Grenzen die Orientierungsleistung entfällt oder eingeschränkt ist, die durch ein gemeinsames kulturelles System vollbracht wird. Die Voraussehbarkeit des Verhaltens des Anderen und damit auch die Problemlösungsfähigkeit, besonders die Fähigkeit zu Kompromiss und Synthese, sind daher zunächst vermindert, können aber durch (interkulturelle) Lern- und Verständigungsprozesse vergrößert werden. Durch solche Lernprozesse kommt es zur Explizierung und als Folge möglicherweise zur Überschreitung von kulturellen Grenzen.

Lernprozesse und Grenzüberschreitungen verweisen auf den bereits mehrfach herausgestellten Prozesscharakter von Integration. Sie können dazu beitragen, eine Kooperation oder Governance-Struktur zu institutionalisieren. Eine Institutionalisierung beinhaltet einen Grenzabbau oder eine Grenzüberwindung im Inneren der Kooperation und einen Grenzaufbau bzw. eine gemeinsame Abgrenzung nach Außen. Kulturelle Integration wird daher verstanden als eine Institutionalisierung der Kooperation im Sinne einer Gemeinschaftsbildung nach Karl W. Deutsch. Als Indikatoren für eine Gemeinschaftsbildung nennt Deutsch gegenseitige Anteilnahme („*sympathy*“) und Berücksichtigung („*consideration*“), Vertrauen, die Fähigkeit zur Abschätzung zukünftigen Verhaltens sowie die Entwicklung eines „Wir-Gefühls“ und Loyalitäten sowie eine teilweise Identifikation mit der Gruppe und ihren Zielen⁵⁰.

Hierauf aufbauend wird für den Kontext dieser Arbeit die Heuristik abgeleitet, dass eine kulturelle Integration in mehreren aufeinander aufbauenden Schritten erfolgt, zwischen

⁴⁹ Siehe dazu auch oben, S. 49.

denen die Übergänge fließend sind (siehe auch Abbildung 2). Der erste Schritt besteht in der Wahrnehmung und der Explizierung von Merkmalen der eigenen und der anderen Kultur (Grenzwahrnehmung). Der zweite Schritt besteht in der Verständigung über kulturelle Unterschiede, damit verbundene Lernprozesse und in der Folge dem Abbau kultureller Distanz (Grenzüberwindung)⁵¹. Der dritte und letzte Schritt besteht in der Erreichung eines Gemeinschaftssinns. Dieser ist gekennzeichnet durch die Aushandlung von gemeinsamen Wertesystemen (oder die Einigung auf ein „agree to disagree“), und die Abgrenzung der Gruppe gegenüber der Umwelt (Grenzbildung nach Außen). Es handelt sich hierbei um langfristig angelegte Prozesse. Die erhobenen Fälle bilden einen Ausschnitt hieraus ab, indem sie aufzeigen, inwieweit und unter welchen Umständen Integrationsprozesse angestoßen wurden.

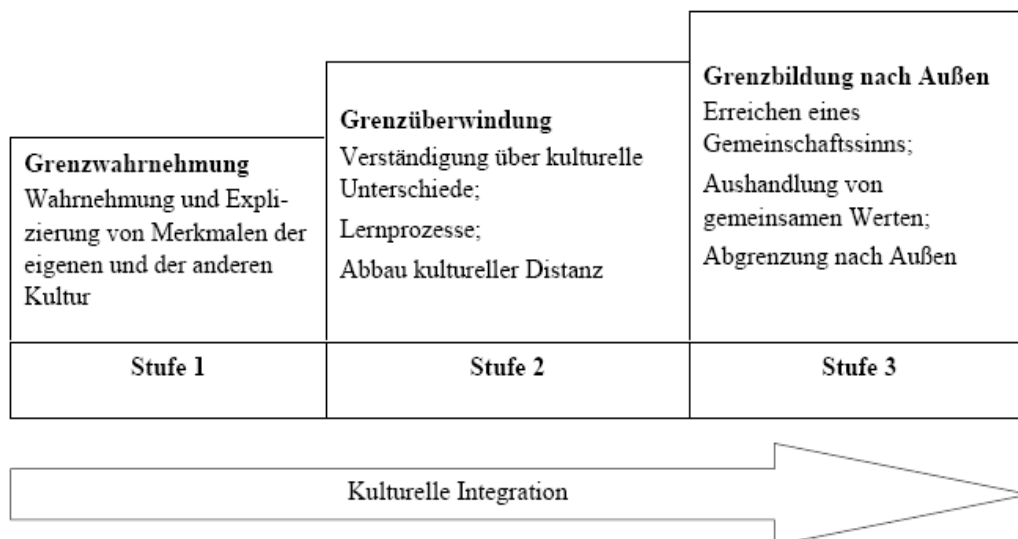


Abbildung 2: Drei Stufen der Integration

(Eigene Darstellung)

Abschließend steht eine Definition der dritten Variable „Kooperation“ aus. Der Kooperationsbegriff spielt sowohl in verschiedenen theoretischen Konzepten als auch als praktischer Begriff eine Rolle. Einer der bekanntesten politikwissenschaftlichen Kooperationsbegriffe wurde von Axelrod (1984) entwickelt. Sein Modell basiert auf einem unter einem *rational choice*-Paradigma entwickelten Kooperationsbegriff und lässt sich

⁵⁰ Siehe dazu auch oben, S. 45ff.

Kooperationsbeziehungen im deutsch-polnischen Grenzraum. Zur Rolle kultureller und anderer Grenzen verkürzt durch die Formel „*Tit for Tat*“ oder „Wie Du mir, so ich Dir“ wiedergeben. Auch in den internationalen Beziehungen kommt der Kooperationsbegriff zum Tragen. Hier wird Kooperation häufig als ein erstes oder zweites Stadium von Integrationsprozessen verstanden, wie auch etwa bei Karl W. Deutsch (Jahn 1993). In der Europafor- schung besteht ein Zusammenhang zwischen kooperationstheoretischen Ansätzen und dem Multi-Level Governance-Ansatz (Wolf 1996).

Für die Fragestellung dieser Arbeit wird der Begriff der Kooperation verwendet als eine mehr oder weniger stark institutionalisierte Form des grenzübergreifenden Kontakts. Erst das Vorhandensein von solchen Kooperationsformen ermöglicht überhaupt die empirische Datenerhebung und somit die Beantwortung der Fragestellung. Kooperation ist somit zunächst eine anwendungsbezogene Variable, an deren Beispiel die anderen beiden Variablen der kulturellen Grenzen und der kulturellen Integration auf ihre Wirkung hin untersucht werden. Aus theoretischer Perspektive steht der hier verwendete Kooperationsbegriff in engem Zusammenhang mit dem der Governance, verstanden als eine zielgerichtete, d.h. aufgabenbezogene und netzwerkförmige Kooperation von öffentlichen und privaten Akteuren.

3.2 Kulturelle Grenzen und Integrationsprozesse: Operationalisierung und Modell

Das nun zu entwickelnde Modell kultureller Grenzen und kultureller Integration basiert einerseits auf dem Basismodell aus der Einleitung⁵² und zum anderen auf den Begriffs- definitionen zu kulturellen Grenzen und kultureller Integration. Gegenüber dem Basis- modell wurden die drei Hauptbegriffe „Kulturelle Grenzen“, „Kooperation“ und „Integration“ weiter ausdifferenziert. Darüber hinaus wurde der einleitend geäußerte Kausalmechanismus „Kooperation führt zu Integration“ dahingehend modifiziert, dass „Desintegration“ im Sinne einer Verfestigung von bestehenden oder der Entstehung neuer Grenzen als weitere Kategorie und ebenfalls denkbare Ergebnis eingeführt wurde.

⁵¹ Stufe 1 und Stufe 2 basieren auf Generalisierungen, die jedoch nach Parsons der wichtigste Lernmecha- nismus zur Aneignung von kulturellen Systemen sind (Parsons und Shils 1951:12).

⁵² Siehe oben, S. 66.

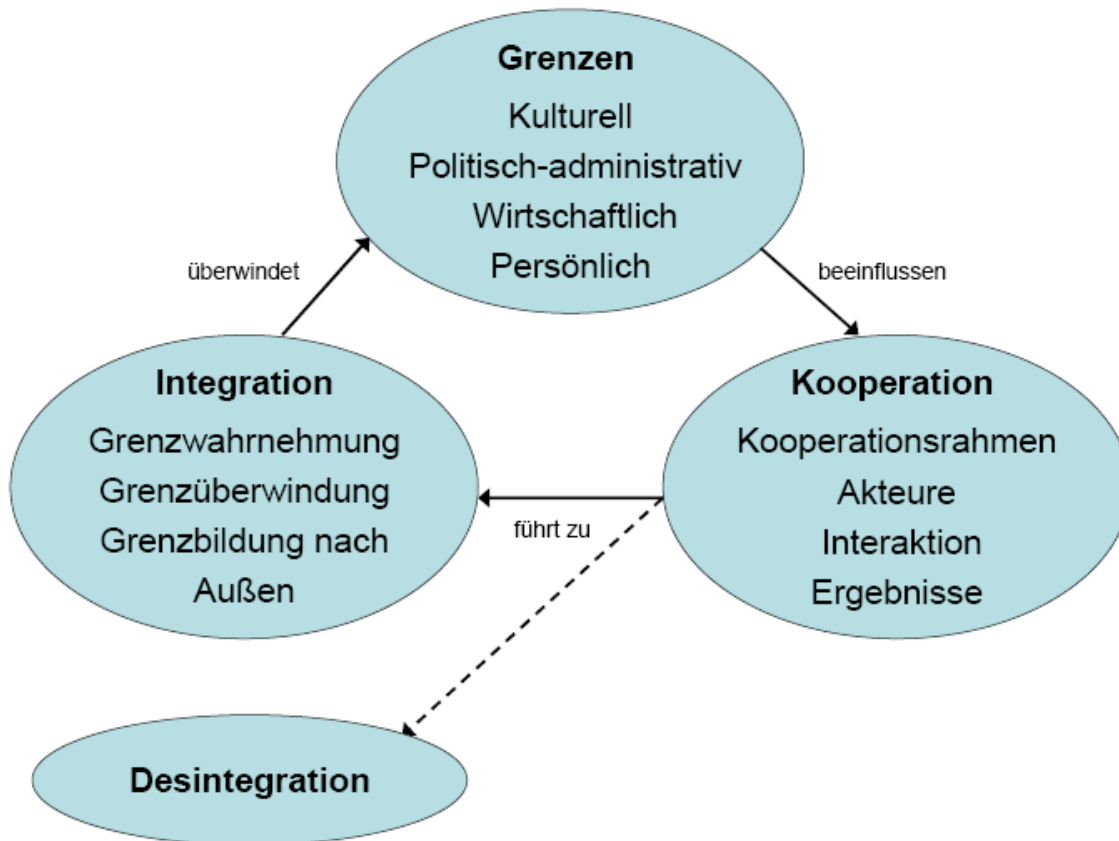


Abbildung 3: Untersuchungsmodell

Quelle: Eigene Darstellung

Die Überführung dieses Modells in eine Untersuchungsheuristik erfolgt mit Hilfe verschiedener Variablen und ihnen zugeordneten Indikatoren, die sich im Grad ihrer Messbarkeit unterscheiden. Sie bilden die Grundlage für die empirische Erhebung.

Tabelle 4: Variablen und Indikatoren einer Untersuchungsheuristik

Hauptvariable	Variablen	Indikatoren
Kooperation	Kooperationsrahmen	- Anlass (Zielsetzung, Handlungsdruck) - Rahmenbedingungen (Finanzierung, Projektdauer) - Interaktionsrahmen (Organisation des Austauschs, Häufigkeit der Treffen, etc.)
	Zielsetzung	- Projektziele - Persönliche Ziele - Veränderung der Zielsetzung
	Akteure	- Schlüsselakteure - Interessenlagen und Motivation
	Governance	- Koordinationsmodi (Konflikt, Konsens, Wettbewerb, Synthese) - Problemlösungsfähigkeit
	Institutionalisierung	- Geplante zukünftige Zusammenarbeit
Grenze	Grenzen als Kontext	- Politisch-administrative Grenzen - Kulturelle Grenzen (Sprache, Religion, Geschichte, Werteorientierungen) - Dynamik von Grenzen
	Grenzen in der Kooperation	- Politische Grenzen - Wirtschaftliche Grenzen - Kulturelle Grenzen (Sprache, Geschichte, Normen und Werte, Institutionen, Stereotype, Verhaltensweisen, Arbeitsabläufe, persönliche Grenzen)
	Bezugsebene	- Regional - National - Europäisch
Integration	Grenzwahrnehmung	- Wahrnehmung und Explizierung von Merkmalen der eigenen Kultur - Wahrnehmung und Explizierung von Merkmalen der anderen Kultur - Thematisierung von Grenzen
	Grenzüberwindung	- Verständigung über kulturelle Unterschiede - Lernprozesse - Fähigkeit zur Problemlösung - Entwicklung von gemeinsamen Regeln - Bindungen und Kontakte
	Grenzbildung nach Außen	Entstehung eines Gemeinschaftssinns (Sympathie, Loyalitäten, „Wir-Gefühl“, Vertrauen, gegenseitige Relevanz, Vorhersehbarkeit des Verhaltens Außenwirkung des Projekts

Kooperationsbeziehungen im deutsch-polnischen Grenzraum. Zur Rolle kultureller und anderer Grenzen

Quelle: Eigene Darstellung

3.3 Kontextbedingungen deutsch-polnischer Kooperation

Bevor die entwickelte Untersuchungsheuristik auf die Fallstudien angewendet wird erfolgt zunächst eine Beschreibung von Kontextbedingungen der grenzübergreifenden Kooperation zwischen Deutschen und Polen. Unter dem Aspekt von Grenzen als Kontextvariablen werden politisch-administrative und kulturelle Grenzen betrachtet sowie die Dynamik von Grenzveränderungen innerhalb der EU beleuchtet. Das Kapitel beginnt mit einem Abriss zur Geschichte der deutsch-polnischen Grenzregion von 1945 bis 1989. Hier wird zunächst die Entwicklung der politisch-administrativen Grenze diskutiert und anschließend auf Wirtschaft und Bevölkerung sowie regionale Identitäten eingegangen. Es folgt ein Kapitel zur Grenzöffnung 1989 und die sich daraus ergebenden Konsequenzen. Abschließend wird die Einbindung der Region in die europäische Union diskutiert sowie die Möglichkeiten zur Grenzüberwindung, die sich hieraus ergeben.

3.3.1 Grenzziehung: Die Geschichte der Region von 1945 bis 1989

Die Oderregion war historisch gesehen lange Zeit kein kohärenter oder streng abgegrenzter Raum. Auf Grund ihrer leichten Überschreitbarkeit bildete die Oder niemals eine „natürliche Grenze“. Vielmehr trafen sich dort

„die Peripherien übernationaler dynastischer Zusammenhänge: der Piasten, der Luxemburger, der Hohenzollern, der Habsburger. Die Oderregion orientiert sich geistig, kulturell, politisch an Zentren außerhalb der Region: Prag, Wien, Krakau, Stockholm, Berlin, Warschau. (Erst) das 19. und vor allem das 20. Jahrhundert „nationalisiert(en)“ den Strom bis zur Unkenntlichkeit“ (Schlögel 2007:42).

Für Rokkan (2000:236) war das deutsch-polnische Grenzgebiet mit seinen wechselnden Grenzen eine „Pufferzonen-Peripherie“, in der Deutsche und Slawen aufeinander trafen. Pufferzonen-Peripherien sind definiert als „Territorien, die dem Gegendruck von zwei gewichtigen Blöcken ausgesetzt sind“. Durch den „Eisernen Vorhang“ wurde

„die Pufferzone zwischen Ost und West (...) für Jahrzehnte stabilisiert, allerdings auf Kosten einer deutlichen Einschränkung der Bewegungsfreiheit über die Grenzen hinweg“ (Rokkan 2000:271).

Bestimmte historische Konstanten der Region sind auch während der Zeit des „Kalten Krieges“ erhalten geblieben, wie beispielsweise die periphere Lage, die geringe Bevölkerungsdichte und eine mangelnde Industrialisierung. Das wichtigste Ereignis für die Region war jedoch die veränderte Grenzziehung nach dem Zweiten Weltkrieg,

daher liegt der Schwerpunkt dieses Kapitels auf der Zeit seit 1945. Durch das Potsdamer Abkommen wurde die deutsch-polnische Grenze entlang der Oder und der Lausitzer Neiße festgesetzt⁵³. Eine jahrhundertalte Kontaktzone verwandelte sich somit innerhalb kurzer Zeit in einen zunächst streng abgeschotteten und kontrollierten Grenzraum. Der Charakter dieser Grenze prägte auch die gegenseitige Wahrnehmung von Deutschen und Polen. Es lassen sich verschiedene Phasen unterscheiden, in denen sich die Funktionen und auch die Durchlässigkeit der Grenze veränderten (Nothnagle 1999:59; Schultz 1999:21f, 31).

Obwohl die DDR mit dem Görlitzer Vertrag vom 6.7.1950 die Oder-Neiße-Grenze anerkannt hatte, diente diese bis Mitte der 50er Jahre vor allem der Abschottung zwischen der DDR und der Volksrepublik Polen. Ende der 50er und Anfang der 60er Jahre wurde die militärische Sicherung langsam abgebaut, aber dennoch waren die jeweiligen Beziehungen der beiden Länder zur Sowjetunion wichtiger als die zum Nachbarland. Eine staatlich verordnete Freundschaft prägte die Beziehungen zwischen der DDR und Polen, private Kontakte waren nicht erwünscht und auch eine Beschäftigung mit den Kriegserfahrungen erfolgte nicht. Stattdessen übernahm die SED-Propaganda die polnische Geschichtsversion der „wiedergewonnenen Gebiete“⁵⁴ im Westen (Nothnagle 1999:73f). Auf polnischer Seite war die deutsche Vergangenheit des polnischen Westens und Nordens ebenfalls tabu. Erst mit der Ostpolitik Willi Brandts wurde die öffentliche Sprache weniger agitatorisch (Jajesniak-Quast und Stokłosa 2000:11ff). Am Neujahrstag 1972 wurde die Grenze zwischen der DDR und Polen für knappe neun Jahre geöffnet, bis die DDR im Oktober 1980 auf Grund der politischen Entwicklungen in Polen das Abkommen über den pass- und visafreien Grenzverkehr kündigte. Die Grenze öffnete sich erst wieder nach dem Fall der Berliner Mauer.

Als Folge des Zweiten Weltkriegs und der Westverschiebung Polens kam es auf beiden Seiten der Grenze zu einem weitgehenden Bevölkerungsaustausch. Bereits ca. 50% der

⁵³ Gleichzeitig fielen die polnischen Ostgebiete an die Sowjetunion und die polnische Ostgrenze wurde nach Westen an den Bug verschoben.

⁵⁴ Diese Formulierung verweist auf eine Diskussion, die seit Beginn des 20. Jahrhunderts in Polen geführt wird, um eine „piastische“ oder eine „jagellionische“ Ausdehnung der polnischen Grenzen. Die Piasten herrschten zwischen 966 und 1370 über Polen. Ihr Stammland lag in Schlesien und unter ihrer Herrschaft wies Polen seine größte Westausdehnung auf, zeitweise bildete die Oder die deutsch-polnische Grenze. Die Jagellionen herrschten im Anschluss bis 1572 und in ihre Zeit fällt die polnische-litauische Union. Der Begriff der „wiedergewonnenen Gebiete“ bezieht sich also auf ein piastisches Geschichtsbild, wonach Schlesien und Pommern polnisches „Kernland“ sind (Urban 2003:50f).

deutschen Bewohner der ehemals deutschen Ostgebiete hatte ihre Heimat auf der Flucht vor der Roten Armee verlassen. Die Zurückgebliebenen wurden von der polnischen Armee vertrieben oder zwangsausgesiedelt. Es durften nur die so genannten „Autochtonen“ bleiben, die polnische Wurzeln aufweisen konnten und bereit waren, die polnische Staatsbürgerschaft anzunehmen. Daher kamen die Neusiedler auf der deutschen Seite der Oder meist aus den ehemals deutschen Ostgebieten und brachten von dort ihre Regionalkultur mit. Dies galt auch für die Neusiedler auf der polnischen Seite, die oft aus den nun an Russland gefallenen polnischen Ostgebieten, den „*Kresy*“, stammten⁵⁵. Sie wurden von der polnischen Regierung dazu animiert, sich im polnischen Westen anzusiedeln (Halicka 2006:248f).

Auf beiden Seiten scheiterte der Versuch, die Neusiedler in die Landwirtschaft zu integrieren, die sich als nicht aufnahmefähig genug erwies. Statt dessen erfolgte auf beiden Seiten der Grenze die Bevölkerungsintegration über „*eine zweite, sozialistische Industrialisierung*“ (Jajesniak-Quast und Stokłosa 2000:10). In Deutschland geschah dies durch das Eisenhüttenkombinat bei Fürstenberg (Eisenhüttenstadt), das Petrochemische Kombinat in Schwedt, das Chemiefaserkombinat in Guben und das Halbleiterwerk in Frankfurt (Oder). Auf der polnischen Seite erfolgte eine Industrialisierung in den späten 60er und frühen 70er Jahren, Schwerpunkte waren die Schwerindustrie, der Bergbau und die chemische Industrie. Die Industrie der Grenzregion war auf beiden Seiten sehr stark auf den sowjetischen Markt ausgerichtet, daher waren später auf beiden Seiten ähnliche Probleme des Transformationsprozesses zu beobachten.

Wichtige Unterschiede auch innerhalb des sozialistischen Systems bestanden allerdings in Bezug auf die Wirtschaftsordnung. Am deutlichsten erkennbar waren diese im Agrarsektor, bedingt durch den massiven Widerstand polnischer Bauern gegen die Kollektivierung der Landwirtschaft. Dagegen wurden Brandenburg und Mecklenburg als das „*klassische Land der ostelbischen Gutsherrschaft*“ (Schultz 1999:43) sehr stark von der Bodenreform geprägt, die Enteignungen waren hier besonders umfangreich. Auch beim privaten Sektor in Gewerbe und Industrie wurden Unterschiede deutlich: Während auf der deutschen Seite dieser Sektor zunehmend abnahm oder „ausgetrocknet“ wurde und

⁵⁵ Sehr anschaulich beschreibt dies *Tina Veihelmann* an Hand des bereits bekannten Dorfes Aurith/Urad: Die Neusiedler Auriths kamen meist aus Schlesien, „*sie bauten gemeinsam ein schlesisches Dorf*“. Das polnische Urad wurde vor allem mit Familien besiedelt, die östlich des Bugs oder in den Bergen heimisch gewesen waren (Anschläge.de und Veihelmann 2006:29f).

bis Anfang der 70er Jahre kaum noch existent war, verlief die Entwicklung in Polen umgekehrt, so dass sich bis in die 80er Jahre ein neuer Sektor der Privatwirtschaft etabliert hatte (Schultz und Nothnagle 1999:14-7).

Die Region ist somit auf beiden Seiten der Grenze geprägt von Kontinuitätsbrüchen, die die Entstehung einer gewachsenen Grenzregion als Kontaktzone verhinderten. Durch die Westverschiebung der Grenze verschwand das traditionelle deutsch-polnische Grenzgebiet. Während der 40-jährigen Nachbarschaft zwischen der Volksrepublik Polen und der DDR konnten sich nur wenige Merkmale einer Grenzregion im Sinne einer Kontaktzone herausbilden (Lisiecki 1996b:11). Vielmehr sind die regionalen Identitäten in der Region beeinflusst von den Entwicklungsbrüchen, vor allem von dem fast vollständigen Bevölkerungsaustausch als Konsequenz des Zweiten Weltkrieges. Als Folge der Verschiebung der polnischen Grenzen wurde

„die Oderregion als Grenzregion ein fast geschichtsloser Raum“. Es gab keine kulturellen und sprachlichen Gemeinsamkeiten und *„keine gemeinsame Bindung an Tradition und Kultur der Region“* (Schultz und Nothnagle 1999:9).

Eine Besonderheit dieser Grenzregion liegt weiterhin darin, dass eine Integration der umgesiedelten Bevölkerung in das soziale Umfeld erst sehr spät stattfand. Auch nach dem Görlitzer Vertrag herrschte weithin die *„Psychologie des gepackten Koffers“*. Auf der deutschen Seite der Grenze lag der Anteil der Umgesiedelten an der Gesamtbevölkerung zwischen 43,6% (Mecklenburg), 24,4% (Brandenburg) und 17,2% (Sachsen) der Bevölkerung. Sie galten zunächst als *„Ostdeutsche auf Zwangsurlaub“*. Als sich abzeichnete, dass die Situation dauerhaft war, wurden sie als

„'Habenichtse, Pack, Gesocks, Gesindel' oder (...) 'Polacken' beschimpft“ (Lisiecki 1996a:100f).

Hinzu kam auf deutscher Seite der Grenze das Gefühl, am Ende der Welt zu leben. Die andere Seite des Flusses wurde, auch durch die jahrelange Abschottung, lange Zeit nicht wahrgenommen. Diese Einschätzung der eigenen Situation und das fehlende Wissen über den Nachbarn behinderten lange die Herausbildung einer (positiven) regionalen Identität (Mobiles Beratungsteam Eurokomm 2005:28f).

Auch auf der polnischen Seite der Oder herrschte das Gefühl von Instabilität vor sowie die Hoffnung, in die alte Heimat zurückkehren zu können. Die Wahrnehmung der eigenen Situation als Provisorium führte zu mangelnder Integration und einer relativ

Kooperationsbeziehungen im deutsch-polnischen Grenzraum. Zur Rolle kultureller und anderer Grenzen hohen Mobilität der Bewohner (Brencz 1999:101f; Morhard 2001:158). Hinzu kam, dass der „Wilde Westen“⁵⁶ („dziki zachód“) Polens einen äußerst schlechten Ruf hatte:

„Orte wie Shubice oder Gubin nannte man früher in Polen Umsiedler- und Verbanntenstädte“ (Lisiecki 1996b:14).

Unter den Neusiedlern herrschte eine breite kulturelle Vielfalt. Die größten Gruppen bildeten die Umsiedler aus Zentral- und Großpolen, Aussiedler aus den polnischen Ostgebieten und die „Autochtonen“. Zwischen den Neuangesiedelten kam es häufig zu Konflikten. Die Ostpolen galten als rückständig, die Zentralpolen wurden als „Deutsche“ beschimpft. Gleichzeitig war die nationale Homogenität eines der wichtigsten Ziele der polnischen Politik in den Nachkriegsjahren. Die Erinnerung an die alte Heimat und ihre Traditionen war folglich nur im Familienkreis möglich (Halicka 2006:254-7). Es bestand somit eine Art kulturelles Vakuum. Dieses wurde noch verstärkt durch die Spuren des deutschen Kulturerbes, die überall in Schlesien, Pommern und Ostpreußen präsent waren. Die Neusiedler kamen in ein „Fremdenland“:

„Alles dort war fremd: die Landschaft, die Ästhetik und die symbolische Schicht der Bebauung, das kulturelle Gewebe, die Formen und der Grad ihrer Industrialisierung sowie die landwirtschaftliche Bewirtschaftung. Ja – auch ihre regionale Geschichte“ (Zybura 2003:145).

Die polnische Politik war darum bemüht, eine Entgermanisierung und Polonisierung dieser Gebiete durchzuführen. Hierzu gehörte es auch, die materiellen Zeugnisse der deutschen Vergangenheit, wie beispielsweise Inschriften und Denkmäler, aber auch Friedhöfe und Kirchen demonstrativ abzulehnen bzw. zu entfernen oder sich anzueignen⁵⁷ und bewegliche Denkmäler nach Zentralpolen zu verbringen (Zybura 2003:146ff). Die Steine aus den von den Deutschen verlassenen Städten und Dörfern wurden für die „nationale Aufgabe“ des Wiederaufbaus Warschaus verwendet (Anschläge.de und Veihelmann 2006:33). Beiderseits der Oder, jedoch in Polen noch stärker als in

⁵⁶ Diese Bezeichnung bezieht sich auf die obere und die mittlere Oder und das Gebiet östlich davon. Sie rührt aus der Zeit unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg. Sie „steht für das Chaos und das Recht des Stärkeren, die in dieser Zeit vorherrschten. Sie steht aber auch für die unbegrenzten Möglichkeiten eines Neuanfangs, für den Enthusiasmus der Gründerjahre“ (Halicka 2006:249).

⁵⁷ In Urad entschied man sich für die erste Variante: „Ich kann mich noch gut an die alte protestantische Kirche erinnern, die hier stand. Und daran, dass man sie verfallen ließ. Lieber richteten die Leute aus dem Dorf ein katholisches Kirchlein in einem Bauernhaus ein, statt die Messe in dieser alten Kirche zu halten“ (Anschläge.de und Veihelmann 2006:45).

Deutschland, lebte man also lange Jahre in einer Art Provisorium. Gleichzeitig verhinderte die geschlossene Grenze einen Kontakt mit der anderen Seite.

Erst in den kurzen Jahren der offenen Grenze zwischen 1972 und 1980 konnten sich ein kleiner Grenzverkehr und Anfänge einer Grenzregion im Sinne eines Kontaktraumes entwickeln. Der Kontakt entstand auch durch die polnischen Arbeitspendler, die in den ostdeutschen Industriestädten wie Schwedt und Eisenhüttenstadt arbeiteten. Gleichzeitig aber führte die Grenzöffnung zu neuen Ängsten und Stereotypenbildungen, beispielsweise gegenüber den „alles leer kaufenden Polen“ (Schultz 1999:26). Diese Stereotypen wurden teilweise von der DDR-Regierung instrumentalisiert, um freiheitliche politische Einflüsse aus Polen abzuwehren.

3.3.2 Grenzöffnung und Transformation nach 1989

Mit dem Systemwandel in Polen und der deutschen Einheit änderten sich die Rahmenbedingungen grundlegend. Die mit der Grenze verbundenen institutionellen Barrieren sowie Asymmetrien wurden schrittweise abgebaut. Mit dem Grenzvertrag⁵⁸ zwischen Deutschland und Polen vom 14.11.1990 erkannte das wiedervereinigte Deutschland die polnische Westgrenze an. Der Grenzvertrag kann in seiner Wirkung nicht überschätzt werden. Er markiert

„einen entscheidenden Wendepunkt in den deutsch-polnischen Beziehungen, da das Konfliktpotential aus dem für die polnische Seite so wichtigen Bereich der Grenzfrage herausgenommen werden konnte“ (Morhard 2001:89).

Der Nachbarschaftsvertrag⁵⁹ vom 17.6.1991 schaffte die Visumpflicht für deutsche und für polnische Bürger ab.

Der Transformationsprozess verlief auf beiden Seiten der Grenze sehr unterschiedlich. Die DDR durchlief durch den Beitritt zum Geltungsbereich des Grundgesetzes einen Prozess, der durch die sofortige Übernahme von Institutionen der Bundesrepublik und einen vollständigen Elitentausch gekennzeichnet war. In Polen hingegen erfolgte der Übergang von der Volksrepublik zur Republik Polen unter Einbeziehung der alten Eliten und der Reformprozess dauerte deutlich länger als in der DDR. Durch die

⁵⁸ Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Polen über die Bestätigung der zwischen ihnen bestehenden Grenze vom 14. November 1990.

⁵⁹ Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Polen über gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit vom 17. Juni 1991.

raschen und umfangreichen Finanzhilfen für die neuen Bundesländer wurde das Wohlstandsgefälle zwischen beiden Ländern verstärkt. Gemeinsam ist jedoch beiden Bevölkerungsgruppen ein weit verbreitetes negatives Verhältnis gegenüber dem neuen „fremden“ Staat. Dies resultiert in den neuen Bundesländern aus dem Gefühl des Verlustes der eigenen Staatlichkeit und in Polen aus einer jahrhundertealten Tradition des Misstrauens gegenüber „*dem Staat, der als die Verkörperung von Fremdbestimmung erschien*“ (Wolff-Powęska 2003:383).

Neben dem Transformationsprozess, der eine gravierende Änderung der Lebensumstände bedeutete, rief auch die Grenzöffnung neue Ängste hervor. Die Polen fürchteten, die Deutschen wollten ihr Land aufkaufen⁶⁰ und die Deutschen empfingen die Polen mit „Deutschland den Deutschen“ und „Polacken raus“. Die lokalen Zeitungen beschäftigten sich vor allem mit den negativen Folgen der Grenzöffnung wie Staus, Diebstähle und Schwarzarbeit (Deutschland) oder Aggression gegen einreisende Polen, fehlende Suche nach den Tätern und allgemeine Unfreundlichkeit der Deutschen (Lisiecki 1996a:103).

Diese Beispiele zeigen die Bedeutung von Stereotypen, also pauschal einer bestimmten Bevölkerungsgruppe zugeschriebenen Eigenschaften, für die gegenseitige Wahrnehmung. Stereotype werden in dieser Arbeit als eine Form von kulturellen Grenzen konzeptualisiert⁶¹. Es zeigte sich, dass mit der Aufhebung der harten politisch-administrativen Grenze und damit auch dem Verlust von deren Schutzfunktion andere Grenzen, in diesem Fall Stereotype, stärker hervortraten. Die Wirkungsmacht von Stereotypen darf auch bei wohlmeinenden Promotoren der Zusammenarbeit nicht unterschätzt werden. Stereotype greifen auch da, wo Lücken im Bild des anderen durch Verallgemeinerungen gefüllt werden (Mobiles Beratungsteam Eurokomm 2005:75f). Gängige Stereotype schreiben den Polen zu, dass sie „*schmuggeln*“⁶² und „*klauen*“,

⁶⁰ Hinter dieser Befürchtung steckt das wirkungsmächtige Stereotyp vom „Deutschen Drang nach Osten“ (vergleiche dazu auch *Lemberg* (2003)). Ein vergleichbar hatnäckiges Stereotyp auf deutscher Seite ist das von der „polnischen Wirtschaft“ (vergleiche *Orłowski* (2003)).

⁶¹ Siehe oben, S. 49.

⁶² Auch wenn es sich hierbei um unzulässige Verallgemeinerungen handelt war der Schmuggel nach der Maueröffnung nichts Ungewöhnliches in Westpolen. Ein Dorfbewohner aus Urad, dem geteilten Dorf an der Oder, erinnert sich an die Zeit kurz nach dem Mauerfall, als „*die Deutschen vor lauter Überraschung noch nicht heraus hatten, wie man die Grenze bewacht. (...) Jeder konnte Biznesmen werden in der goldenen Zeit.*“ Oder eine andere Aussage: „*Früher hat ganz Urad geschmuggelt. Also - fast ganz Urad. Heute leben nur noch eine Handvoll Familien davon.*“ (Anschläge.de und Veihelmann 2006:73f).

Kooperationsbeziehungen im deutsch-polnischen Grenzraum. Zur Rolle kultureller und anderer Grenzen während Deutsche angeblich „*herrisch*“ und „*überheblich*“ sind (Lisiecki 1996a:97f). Diese sind modifiziert noch immer da wirksam, wo die Nachbarn als Bedrohung des eigenen Besitzstandes erlebt werden (Schultz 1999:24-8; Morhard 2001:156f).

Eine Befragung von Lisiecki (1996a), die dieser 1992 in Gubin, Guben, Słubice und Frankfurt / Oder durchführte, zeigte die Nachwirkungen der historischen Erfahrungen und der antideutschen Propaganda. Der polnischen Redewendung „*Jak świat światem nie będzie Niemiec Polakowi bratem*“ (So lange die Welt besteht, wird der Deutsche nie des Polen Bruder sein) stimmten damals zwei Drittel der polnischen Befragten zu. In den deutschen Schwesterstädten, wo das Sprichwort unbekannt ist, stimmte immerhin noch ein gutes Drittel dieser Aussage zu.

Trotz der Wirkungsmächtigkeit der Stereotypen zeichnen sich Veränderungen in der gegenseitigen Wahrnehmung und Wertschätzung ab. Diese dürften darauf zurückzuführen sein, dass durch die Grenzöffnung eigene Erfahrungen zu einem differenzierteren Bild der anderen Seite beitrugen. In Polen hat sich beispielsweise seit 1990 die Meinung zu einer Aussöhnung zwischen Deutschen und Polen grundlegend geändert: Während 1990 noch 50% der Polen der Meinung waren, eine solche sei unmöglich, waren 2006 nur noch 16% dieser Meinung (Centrum Badania Opinii Społecznej 2006).

Deutschland ist für viele Polen ein relativ gut bekanntes Land, sie verbinden damit eindeutige Assoziationen wie Sicherheit und Ordnung oder Wohlstand:

„Die Polen schätzen die Kompetenz der Deutschen (...) sehr hoch ein, zweifeln ihre moralischen Fähigkeiten jedoch an. [Die Deutschen] gelten als gute Arbeiter ohne Seele“ (Falkowski 2002).

Die Sympathiewerte für die Deutschen sind niedriger als für die anderen Länder Westeuropas, aber größer als für die Osteuropas. Die Sympathiewerte nehmen mit sinkendem Alter (und fehlender Kriegserfahrung) zu. Eine Umfrage mit repräsentativer Stichprobe im November 2005 ergab, dass Deutschland von polnischer Seite als einer der wichtigsten Kooperationspartner in wirtschaftlicher und politischer, aber auch in militärischer Hinsicht angesehen wird (Instytut Spraw Publicznych 2005:3f).

Dennoch herrscht in regelmäßigen Abständen Irritation über die deutsche Polen-Politik, die als „Versöhnungskitsch“ oder politische Absichtserklärungen an Stelle einer wahren Partnerschaft interpretiert wird. Als prominenteste Beispiele hierfür gelten die Ostsee-Pipeline und die Bagatellisierung der Rolle Erika Steinbachs sowie der Vertriebenenorganisationen in Deutschland. Für Misstrauen sorgt auch die Debatte um das geplante

Zentrum für Vertreibungen in Berlin und damit einhergehende Befürchtungen, die Vertreibungen der Deutschen und die deutsche Schuld würden relativiert (Buras 2006).

Umgekehrt zählten die Polen Anfang 1990 zu den unbeliebtesten Völkern, in Westdeutschland noch mehr als in Ostdeutschland (Lisiecki 1996a:100). Negative Stereotype prägten auch hier lange Zeit die Wahrnehmung. Zwei im November 2000 und April / Mai 2006 durchgeführte Umfragen zeigen jedoch, wie sich dieses Bild wandelt: Der Aspekt der Rückständigkeit, der lange die Wahrnehmung der Deutschen von Polen bestimmte, tritt in den Hintergrund. Vielmehr werden nun stärker die wirtschaftlichen und politischen Dynamiken des Nachbarlandes wahrgenommen. Diese veränderte Wahrnehmung ist möglicherweise eine Folge des EU-Beitritts der Polen. Darüber hinaus zeichnet sich ab, dass direkte Kontakte mit Polen zu einer höheren Sympathie und besseren Akzeptanz beitragen (Falkowski und Popko 2006).

In der Grenzregion ist die Wahrnehmung teilweise weniger von der nationalen Politik als von der unmittelbaren Lebenswelt geprägt. Der direkte Kontakt im Alltag kann zu einer differenzierten Wahrnehmung, aber auch zu einer Bestätigung alter Vorurteile führen⁶³. Als Anknüpfungspunkte für die grenzübergreifende Kooperation bestehen teilweise noch Kontakte aus der Zeit der offenen Grenze zwischen den „*Pionieren der deutsch-polnischen Aussöhnung*“ (Jajesniak-Quast und Stokłosa 2000:16). Ebenfalls erwähnenswert sind die zahlreichen Regionalbewegungen, die nach 1989 in Polen entstanden, vor allem in den ehemals deutschen Gebieten. Sie bilden einen wichtigen Teil der kulturellen Transformation Polens und sind als ein Versuch zu werten, die fremde Kultur zu verstehen und in einen Bezug zur eigenen Lebenswelt zu bringen. Diese Bewegungen sind eng mit der Natur- und Kulturlandschaft verbunden (Traba 2003). Zentral für die Herausbildung einer Identität als Region in der Mitte Europas dürfte auch ein Generationenwechsel sein. Darüber hinaus bietet die europäische Union eine transnationale Identifikationsmöglichkeit und stellt im Rahmen ihrer Regionalpolitik Mittel zur Verfügung, um Grenzen durch Kooperation abzubauen.

⁶³ Hierzu wieder Beispiele aus Aurith: Teilweise fahren die Bewohner zum Einkaufen nach Polen und kommentieren: *"Wir mögen auch, dass die Leute nicht solche Bürokraten sind wie hier."* Ein anderer Dorfbewohner hingegen sieht keinen Anlass dafür, die Grenze zu überqueren: *"Die Polen, die alten Kaschuben. Ne, da muss ich nich hin, zu den Polen"* (Anschläge.de und Veihelmann 2006:57).

3.3.3 Grenzüberwindung im Kontext der Europäischen Union?

Die Mitgliedschaft der fünf neuen Bundesländer in der EU erfolgte durch die Deutsche Einheit. Auch Polen bemühte sich schon früh um Einbindung in die westliche Staatengemeinschaft. Das Assoziierungsabkommen (Europaabkommen) wurde am 16.12.1991 unterzeichnet und trat zum 1.2.1994 in Kraft, der handelspolitische Teil des Abkommens bereits zum 1.3.1992. Somit waren die Rahmenbedingungen geschaffen, um formelle Beitrittsverhandlungen aufnehmen zu können. Einen Antrag auf Beitritt zur EU stellte Polen im April 1994, im März 1998 begannen die offiziellen Beitrittsverhandlungen mit Polen und vier anderen mittel- und osteuropäischen (MOE) Staaten. Im April 1999 trat Polen der NATO bei. Die Beitrittsverhandlungen mit der EU wurden auf dem Europäischen Rat in Kopenhagen erfolgreich abgeschlossen, ein Beitrittsreferendum im Juni 2003 durchgeführt, bevor Polen zum 1.4.2004 gemeinsam mit neun weiteren Staaten Mitglied der EU wurde (Pieper 2006:339). Damit verbunden waren einige Übergangsregelungen, besonders die Freiheit von Personen und Dienstleistungen betreffend, die jedoch spätestens 2011 auslaufen. Ein weiterer wichtiger Integrationsschritt erfolgte durch den Beitritt Polens zum Schengen-Raum, der zum 21.12.2007 erfolgte. Somit verschwand

„durch den Wegfall der Grenzkontrollen das Phänomen der Grenze weitgehend aus dem Alltag“ (Bußmann 2005:30).⁶⁴

Auch die europäische Regionalpolitik ist bestrebt, die Integration von Grenzräumen zu fördern bzw. die Auswirkungen von Grenzen abzumildern. Das Ziel des wirtschaftlichen und sozialen Ausgleichs wurde 1986 erstmals in die Einheitliche Europäische Akte aufgenommen und im Maastrichter Vertrag als Kohäsionsziel verankert (Pieper 2006:83). Die Regionalpolitik der Europäischen Union kann daher als Versuch betrachtet werden, die periphere Lage der Gebiete an den alten oder neuen EU-Außergrenzen auszugleichen bzw. einer weiteren Peripherisierung entgegenzuwirken.

Ein zentrales Instrument der Kommission ist das INTERREG-Programm. Dieses wurde 1990 ins Leben gerufen und sollte helfen, bestehende Barrieren zu beseitigen und die Integration des gemeinsamen Marktes zu fördern. Für die Unterstützung der

⁶⁴ Mit der Schaffung von weitgehender Freizügigkeit waren jedoch neue Probleme verbunden. Noch immer markiert die deutsch-polnische Grenze ein starkes Wohlstandsgefälle. Der Wegfall von Grenzkontrollen und ihre leichte Überwindbarkeit sorgten auch für einen drastischen Anstieg der Kriminalitätsrate im Grenzraum. Besonders betroffen hiervon waren Eigentumsdelikte (Klesmann 2008).

Reformprozesse in Mittel- und Osteuropa wurde bereits im September 1989 das PHARE-Programm (*Poland and Hungary – Aid for Restructuring of the Economies*) aufgelegt. In den Jahren 1994 bis 1999 diente das Sonderprogramm PHARE CBC (*cross-border cooperation*) der Förderung von grenzübergreifenden Aktivitäten im Grenzgebiet. Aus der Finanzierung aus verschiedenen Fonds – INTERREG für die Mitgliedstaaten und PHARE CBC für die Beitrittskandidaten – ergaben sich teilweise erhebliche Abstimmungsprobleme. Gleichzeitig lehnt die EU eine echte Mitwirkung von Nicht-Mitgliedstaaten an der Regionalpolitik ab, insofern war die Osterweiterung der EU ein wichtiger Schritt zur Beseitigung dieser Asymmetrie.

Auch in der Förderperiode 2007-2013 bilden die Regionalfonds der EU eine wichtige Einnahmequelle für beide Staaten. Polen erhält in diesem Zeitraum insgesamt Mittel in Höhe von € 67,3 Mrd., davon € 731 Mio. für die territoriale Kooperation. Deutschland erhält Fonds im Gesamtwert von €26,3 Mrd., davon €851 Mio. für die territoriale Kooperation (European Commission 2008).

Verantwortlich für die Umsetzung der Regionalpolitik sind in Ostdeutschland die Länder und in Polen die Wojewodschaften, die beide nach dem politischen Systemwechsel etabliert wurden. In der DDR wurde am 17.5.1990 durch die DDR-Verfassung die kommunale Selbstverwaltung wiedereingeführt und per Gesetz vom 22.7.1990 die 1952 abgeschafften Länder wieder begründet (Morhard 2001:141). Auch in Polen wurde die kommunale Selbstverwaltung per Gesetz vom 8.3.1990 wieder eingeführt. Mit der Verwaltungsreform zum 1.1.1999 wurde die Zahl der Wojewodschaften von 49 auf 16 reduziert, deren Selbstverwaltung eingeführt und die Kreis-ebene festgeschrieben (Bußmann 2005:26).

Eine Besonderheit des polnischen Systems besteht in einer Art Doppelung auf regionaler Ebene. Die Regierungsverwaltung übt der Wojewode aus, der von der Zentralregierung nach parteipolitischen Kriterien eingesetzt wird und beträchtlichen Einfluss auf die Gelder für die Selbstverwaltung hat. Der Selbstverwaltung der Wojewodschaft wiederum steht ein Marschall vor. Die Aufgabenverteilung zwischen beiden, auch bei der Verteilung der EU-Mittel, gestaltet sich häufig als schwierig. Darüber hinaus ist es aus kommunistischer Zeit immer noch Usus, dass die Behörden Druck von politischen Parteien erfahren (Grosse 2006:151-9; Pieper 2006:169; Raciborski 2005:186-95; Garsztecki 2005).

Als grenzübergreifende Institutionen spielen die „Euroregionen“ eine gewisse Rolle im deutsch-polnischen Grenzgebiet; häufig obliegt ihnen auch die Verwaltung eines Teils der INTERREG-Mittel. Diese grenzübergreifenden Einrichtungen entstanden nach Unterzeichnung der „Römischen Verträge“ 1957 zunächst in den westeuropäischen Grenzregionen. Ziel war es, die Entwicklung der peripher gelegenen Regionen zu befördern und Vorurteile in der Bevölkerung abzubauen. Seit Anfang der 90er Jahre wurden auch in Mittel- und Osteuropa Euroregionen gegründet, acht allein an der deutsch-tschechischen und deutsch-polnischen Grenze (Jurczek 2006). Die Arbeitsgemeinschaft europäischer Grenzregionen nennt vier Eigenschaften von Euroregionen: Es handelt sich um einen Verband von Kommunal- und Regionalbehörden mit einem ständigen Sekretariat und eigenen Mitteln. Der Verband ist gemeinnützig im Sinne des jeweiligen nationalen Rechts und basiert auf zwischenstaatlichen Abkommen, meist unter der Beteiligung von Gebietskörperschaften. Das Aufgabengebiet der Euroregionen umfasst die grenzübergreifende Zusammenarbeit, wobei die regionale Entwicklung, Tourismus und der Kulturbereich im Mittelpunkt stehen (Europäisches Parlament 2005)⁶⁵.

Im deutsch-polnischen Grenzgebiet existieren heute vier solcher Euroregionen: Von Nord nach Süd sind dies die Euroregion Pomerania mit Sitz in Szczecin (Stettin)⁶⁶, die Euroregion Pro Europa Viadrina⁶⁷ mit Sitz in Frankfurt/Oder und Gorzów Wielkopolski

⁶⁵ Der Europarat verabschiedete am 21. Mai 1980 ein Rahmenabkommen über die grenzübergreifende Zusammenarbeit zwischen Gebietskörperschaften und schuf damit eine wichtige allgemeine Grundlage. Die Übertragung von Hoheitsrechten an bilaterale oder suprationale Institutionen war allerdings nach diesem Abkommen nicht möglich. Daher traten in den 1990er Jahren weitere Vereinbarungen hinzu. Als wegweisend gilt hierbei das sogenannte „Karlsruher Abkommen“. Das „Übereinkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland, der Regierung der Französischen Republik, der Regierung des Großherzogtums Luxemburg und dem Schweizerischen Bundesrat, handelnd im Namen der Kantone Solothurn, Basel-Stadt, Basel-Landschaft, Aargau und Jura, über die grenzüberschreitende Zusammenarbeit zwischen Gebietskörperschaften und örtlichen öffentlichen Stellen“ wurde am 23. Januar 1996 unterzeichnet. Es ermöglicht u.a. direkte Kooperationsvereinbarungen zwischen Gebietskörperschaften (ohne Beteiligung der nationalen oder regionalen Ebene) sowie die Schaffung von grenzüberschreitenden örtlichen Zweckverbänden (vgl. http://www.espaces-transfrontaliers.org/de/publikationen/karlsruher_uebereinkommen.pdf; letzter Abruf 20.4.10.). Zwischen Deutschland und Polen steht ein adäquater Vertrag bislang noch aus (Kohlisch 2008:21f, 52; Bußmann 2005).

⁶⁶ Bestehend aus polnischen Gemeinden, überwiegend aus der Wojewodschaft Zachodniopomorskie (Westpommern), deutschen Gemeinden, Städten und Landkreisen aus Mecklenburg-Vorpommern plus zwei brandenburgischen Landkreisen sowie Gemeinden der schwedischen Provinz Skåne (Schonen). Siehe auch www.pomerania.net.

⁶⁷ Mitglieder der Euroregion sind Kreise und Gemeinden aus Brandenburg und dem nördlichen Teil der Wojewodschaft Lubuskie (Lebus). Siehe auch www.euroregion-viadrina.de.

(Landsberg an der Warthe), die Euroregion Spree-Neiße-Bober⁶⁸ mit Sitz in Guben / Gubin und die Euroregion Neiße⁶⁹ mit Sitz in Zittau, Liberec (Reichenberg) und Jelenia Góra (Hirschberg). Die europäische Union bietet somit einen rechtlichen und den finanziellen Rahmen für die transnationale Zusammenarbeit. Die Euroregionen fördern Projekte, die der regionalen Entwicklung dienen, unter hauptsächlich aus den Bereichen Infrastrukturvorhaben, Aus- und Weiterbildung, Arbeitsmarktförderung und Kultur. Für kleinere Vorhaben aus der Bevölkerung, beispielsweise Schüler- und Vereinsaustausche, gemeinsame Feste usw. steht ein eigener Fonds zur Verfügung, der sogenannte „*Small Projekt Funds*“. Allerdings sind viele der Projekte eher kurzfristig angelegt. Bei den drei Fallstudien der empirischen Untersuchung wurde jedoch Wert darauf gelegt, dass eine regelmäßige Zusammenarbeit von Kernakteuren über einen Zeitraum von mehreren Jahren erfolgt. Nur so können die langfristig ablaufenden Prozesse von Grenzüberwindung und Integration überhaupt erfasst und analysiert werden.

⁶⁸ Bestehend aus Kommunen, Wirtschafts- und Sozialpartnern, Vereinen und Verbänden, Bildungsträgern und Privatpersonen aus dem brandenburgischen Spree-Neiße-Kreis sowie Städten und Gemeinden und Kreisen aus dem südlichen Teil der Wojewodschaft Lubuskie (Lebus). Siehe auch www.euroregion-snb.de.

⁶⁹ Die Euroregion besteht aus den beiden sächsischen Landkreisen Görlitz und Bautzen, zahlreichen Städten und Gemeinden Nordböhmens sowie Städten, Gemeinden und Landkreisen aus der Wojewodschaft Dolnośląskie (Niederschlesien). Siehe auch www.neisse-nisa-nysa.org.

4 Fallstudien

Die drei Projekte TRANSLOKAL, EDON und deutsch-polnische Berufsausbildung wurden deswegen als Fallstudien ausgewählt, weil bei ihnen aus der Außenperspektive eine erfolgreiche kulturelle Grenzüberwindung vermutet wurde. Die drei Fallstudien werden zunächst als Einzelfallstudien durchgeführt und anschließend einem fokussierten strukturierten Vergleich unterzogen⁷⁰. Die Gliederung der Fallstudien ergibt sich aus dem Analysemodell und den daraus entwickelten Indikatoren. Sie folgt dabei den drei Kernbegriffen „Kooperation“, „Grenzen“ und „Integration“.

Ein erster Teil der Fallstudien fragt daher nach der Ausgestaltung der Kooperation, insbesondere nach Anlass, Rahmenbedingungen, Interaktionsprozessen und Zielsetzungen. Ebenfalls relevant für die Kooperation sind die Akteure mit ihren Interessen und Motivationen. Für die konkreten Interaktionssituationen innerhalb der untersuchten Projekte wird nach den vier bereits bekannten Koordinationsmodi Konflikt, Konsens, Wettbewerb und Synthese unterschieden. Abschließend erfolgt eine Darstellung von Projektergebnissen und die Frage nach der Institutionalisierung der Kooperation.

Der zweite Teil der Fallstudien fragt nach kulturellen und anderen Grenzen, die für die Kooperation relevant sind. Dabei werden zunächst Grenze und Grenzlage als Kontextvariablen geschildert, wie sie sich für die beteiligten Akteure darstellen. Hierauf erfolgt eine Erläuterung der zentralen Frage, welche Grenzen (politisch, wirtschaftlich und kulturell) sich wie auf die Kooperation auswirken. Abschließend wird der Aspekt betrachtet, welche Bezugsebenen (regional, national, europäisch) für die Kooperation relevant sind. Sie können als Indikator sowohl für neue Grenzziehungen als auch für Grenzüberwindungen gesehen werden.

Der dritte und abschließende Teil jeder Fallstudie ist der Frage nach sich abzeichnenden kulturellen Integrationsprozessen gewidmet. Hierfür dienen das entwickelte Drei-Stufen-Modell kultureller Integrationsprozesse⁷¹ als Bezugspunkt. Die erste Stufe betrifft die Wahrnehmung von Merkmalen der eigenen und der fremden Kultur sowie

⁷⁰ Siehe dazu auch oben S. 24.

⁷¹ Siehe dazu auch Abbildung 2, S. 54

die Thematisierung von bestehenden (kulturellen) Grenzen. Hierauf folgt zweitens eine Einschätzung, inwieweit in den Projekten Verständigungen über kulturelle Unterschiede und interkulturelle Lernprozesse stattgefunden haben. Ebenfalls zu diesem Komplex mit dem Stichwort „Grenzüberwindung“ zählen Fragen nach gemeinsamen Regeln, Routinen und Abläufen, die sich innerhalb der Projekte entwickelten sowie Bindungen und Kontakten, die zwischen den Akteuren entstanden sind. Abschließend wird untersucht, inwieweit eine Grenzbildung nach Außen erfolgt ist.

Für die Fallstudien wurden 19 Experteninterviews mit insgesamt 22 Experten⁷² geführt, die im Zeitraum Mai bis September 2008 stattfanden. Darüber hinaus dienten Projektdokumentationen, Sitzungsprotokolle, Zeitungsartikel und Internetseiten als zusätzliche Informationsquellen. In einem Projekt, der Deutsch-Polnischen Berufsausbildung, erfolgte zudem die teilnehmende Beobachtung bei einigen Sitzungen⁷³.

⁷² Drei dieser Interviews wurden als Doppelinterviews durchgeführt. Unter den 21 Gesprächspartnern waren 4 Polen und 18 Deutsche. Davon entfielen sechs Personen auf das Projekt TRANSLOKAL, acht Personen auf das Projekt EDON und sieben Personen auf das Projekt Deutsch-Polnische Berufsausbildung.

⁷³ Hierzu zählen zwei Arbeitsgruppensitzungen und eine Weihnachtsfeier im November/Dezember 2008. Die gewählte Rolle der Forscherin entsprach der der „Beobachterin als Teilnehmerin“ (*observer as participant*). Man unterscheidet meist zwischen vier verschiedenen Stellungen des Beobachters: *complete participant*, *participant as observer*, *observer as participant* und *complete observer*. Als ethischste Variante gilt dabei die „*observer as participant*“-Variante, da sich die Gruppenmitglieder der Beobachtung bewusst sind und daher kontrollieren können, wie viele Informationen sie preis geben (Kawulich 2005).

4.1 Fallstudie 1: Projekt TRANSLOKAL in Guben / Gubin

Guben und Gubin ist neben Görlitz/Zgorzelec und Frankfurt (Oder)/Ślubice die dritte geteilte Stadt an der deutsch-polnischen Grenze. Guben gehört zum brandenburgischen Spree-Neiße-Kreis, während Gubin im Landkreis Krosno Odrańskie (Wojewodschaft Lubuskie) liegt. Vor dem Zweiten Weltkrieg war Guben ein Zentrum der Tuch- und Hutproduktion. Durch das Potsdamer Abkommen wurde die Stadt in einen deutschen und einen polnischen Teil geteilt. Der historische Stadtkern, der nach dem Krieg zu 90% zerstört war, lag östlich der Neiße im heutigen Gubin und ist heute größtenteils eine begrünte Brachfläche. Auf der deutschen Seite befanden sich vor allem Industriebetriebe und kommunale Einrichtungen. Das kulturelle Zentrum der Stadt bildete eine Neißeinsel, auf der sich das im und nach dem Zweiten Weltkrieg zerstörte Theater befand (Deutsch-Polnische Gesellschaft Brandenburg 2001:9ff; Geßler und Konieczny 2004).

Beide Städte entwickelten sich seit dem Zweiten Weltkrieg unabhängig voneinander. Ähnlich wie in anderen Grenzstädten erfolgte im Rahmen der DDR-Strukturplanung die gezielte Ansiedelung von Industrie. Im Gubener Fall war dies der Bau des Chemiefaserwerks ab 1960, der für ein Anwachsen der Einwohnerzahl von etwa 25.000 auf über 37.000 im Laufe von 20 Jahren sorgte. 1961 wurde Guben in Wilhelm-Pieck-Stadt umbenannt. Zur Zeit der offenen Grenze zwischen 1972 und 1980 pendelten zahlreiche polnische Arbeiterinnen in das Chemiefaserwerk auf deutscher Seite. Der kleine Grenzverkehr kam mit der Ausrufung des Kriegsrechts in Polen im Jahre 1981 zum Erliegen (TRANSLOKAL 2004).

Die heutige Situation ist in beiden Städten gekennzeichnet durch eine weitgehende Deindustrialisierung, verbunden mit starkem Bevölkerungsverlust durch Abwanderung⁷⁴. Eine Kooperation der beiden Städte erfolgte schon sehr bald nach dem politischen Wechsel von 1989. Die Städte Guben, Gubin und Laatzten unterzeichneten am 19.1.1991 und damit noch vor der Einführung des visafreien Verkehrs für Polen eines der ersten deutsch-polnischen Partnerschaftsabkommen. Eine wichtige Rolle für die Entwicklung grenzübergreifender Kontakte kam den Kirchen zu, und auch die beiden

⁷⁴ Guben erlangte darüber hinaus unrühmliche nationale und internationale Bekanntheit, als hier 1999 der Algerier Farid Guendoul nach einer Hetzjagd durch rechtsradikale Jugendliche verblutete.

Krankenhäuser arbeiten seit 1991 eng zusammen (Stokłosa 2003:245-52). Weitere breitenwirksame grenzüberschreitende Aktivitäten sind das gemeinsame Stadtfest „Frühling an der Neiße“ (seit 1992) und die Europaschule Marie und Pierre Curie, die 1992 als Zusammenarbeit zwischen den beiden damaligen Bürgermeistern und dem brandenburgischen Bildungsministerium gegründet wurde. Die Abwasserbehandlungsanlage, die mit umfangreicher Finanzierung aus PHARE-Mitteln der Europäischen Union erfolgte, gilt als Modellprojekt für ein grenzübergreifendes Joint Venture.

Die Zusammenarbeit der beiden Städte wurde 1996 mit dem Projekt Eurostadt Guben / Gubin intensiviert. Dem zu Grunde lagen die Idee der gemeinsamen räumlichen Entwicklung der beiden Städte sowie die Schaffung von Investitionsplänen. 1998 erfolgte die Erarbeitung eines Gemeinsamen Räumlichen Strukturkonzepts. Im Jahre 2000 beteiligte sich die Eurostadt Guben / Gubin als dezentrales Projekt an der Expo 2000 in Hannover. Von 2002 bis 2003 nahm Guben / Gubin als Doppelstadt an dem vom Bundesministerium für Bildung und Forschung finanzierten Forschungsverbund „Stadt 2030“ teil (Deutsch-Polnische Gesellschaft Brandenburg 2001:14; TRANSLOKAL 2004, o.J.).

Ein Projekt beider Städte mit überregionaler Ausstrahlung bilden die Planungen zum Wiederaufbau der Gubener Stadtkirche, deren Ruine im Zentrum von Gubin steht, als deutsch-polnisches Kulturzentrum⁷⁵. Zu diesem Zweck haben sich ein deutscher Förderverein und eine polnische Stiftung gegründet, die Benefizveranstaltungen wie etwa Konzerte der Musikschulen initiiert. Zudem finden regelmäßig „Arbeitseinsätze“ von Gubener und Gubiner Bürgern statt, um die Trümmer wegzuräumen. Auch die Internationale Bauausstellung (IBA) Fürst-Pückler-Land 2000 bis 2010 beschäftigte sich in zwei von insgesamt 25 Projekten mit Guben / Gubin. Sie griff dabei bereits vor Ort bestehende Initiativen auf und unterstützte diese⁷⁶.

⁷⁵ Der Initiative wurden im März 2010 von der Euroregion Spree-Neiße-Bober Fördermittel in Höhe von €1,2 Mio. zugesagt, zusätzlich stellt das Warschauer Kulturministerium Mittel in Höhe von 400.000 Złoty (etwa €100.000) für den Wiederaufbau zur Verfügung. (Engelhardt 2010). Die Sanierung des Turmes begann im Februar 2011 beginnen. Siehe auch www.stadtkirchegubin.de, letzter Aufruf am 19.06.2012.

⁷⁶ Es handelt sich hierbei konkret um die IBA-Projekte 22 (Gubener Wolle – Neisseinsel – Haus Wolf) und 23 (Gubener Hauptkirche). Telefonat mit dem Projektkoordinator am 13.8.2008 sowie auch <http://www.iba-see2010.de/de/projekte.html> (letzter Zugriff 19.06.2012).

4.1.1 Ausgestaltung der Kooperation

4.1.1.1 Kooperationsrahmen

Innerhalb dieses lokalen Kontexts ist die folgende Fallstudie zu sehen. Das Projekt „Transfernetzwerk zum Aufbau lokaler Fähigkeiten in der grenzübergreifenden Entwicklung“ (TRANSLOKAL) wurde zwischen Sommer 2004 und Herbst 2006⁷⁷ durchgeführt. Neben Guben, das die Projektleitung innehatte, und Gubin (Region 1) kamen weitere Projektpartner aus Niederösterreich und der Slowakei (Region 2). Das Projekt verstand sich als Anschlussprojekt an das Programm „Stadt 2030“, in dem Guben und Gubin eine gemeinsame Leitbildentwicklung betrieben hatten (TRANSLOKAL 2006). Gleichzeitig erhielt das Projekt jedoch eine „*neue Qualität*“ durch die Einbindung von Partnern aus Österreich und der Slowakei [TR3]⁷⁸.

Als Kooperationsanlass wurde somit von mehreren Akteuren die Weiterführung und Umsetzung der Erkenntnisse aus dem Projekt „Stadt 2030“ genannt. Hierdurch sollte gleichzeitig eine gewisse Kontinuität in der Zusammenarbeit gewahrt und die begonnene Vernetzung der Verwaltungen fortgeführt werden [TR1; TR2; TR3; TR4]. Ebenso wurden die Probleme beider Städte, wie die hohe Arbeitslosigkeit, Abwanderung der Bevölkerung und der demographische Wandel sowie die daraus resultierende Notwendigkeit zur Kooperation, aufgeführt. Zentral war natürlich auch die Tatsache, dass ein passendes Förderprogramm der Europäischen Union bereit stand [TR4, TR5].

Die Zielstellung von TRANSLOKAL war es, die grenzübergreifende Kooperation der lokalen Verwaltungen zu intensivieren und effizienter zu gestalten (Schwartz 2004). Die Grenznahe sollte als Standortfaktor begriffen und Möglichkeiten gefunden werden, um Ressourcen gemeinsam zu nutzen. Das Projekt wurde von einem Team externer Experten entwickelt, das die Handlungsbedarfe systematisch auf der Basis des Vorläuferprojektes „Stadt 2030“ identifizierte. Damit verbunden waren teilweise recht ehrgeizige Zielsetzungen, die sich kaum innerhalb der kurzen Projektlaufzeit realisieren

⁷⁷ Die Förderung erfolgte im Rahmen des EU-Programms „Grenzübergreifende Initiativen zugunsten von kommunalen und regionalen Behörden in den an Beitrittsländer angrenzenden EU-Regionen“.

⁷⁸ Die Abkürzungen TR1 bis TR6 stehen für die in diesem Projekt durchgeführten Interviews. Wenn aus der Formulierung heraus erschlossen werden kann, um welchen Interviewpartner es sich handelt, wird als Quelle TRx angegeben. Eine Liste der durchgeführten Interviews findet sich im Anhang.

ließen. So sollte die Zusammenarbeit der beiden Städte auf einer systematischen und themenbezogenen Grundlage organisiert werden, um somit

„die ganze Zufälligkeit der Zusammenarbeit raus(zu)nehmen. Also bis (...) wir im Jahre 2000 angetreten sind, haben die sich grenzübergreifend immer befeiert irgendwie, mal Gastgeschenk hier, Flagge dort, (...) das war sozusagen (...) sporadisch (...). Und wir wollten das auf einen systematischen Grund stellen“ [TR1].

Die Entwicklung einer systematischen Zusammenarbeit sollte auch dazu dienen, längerfristig *„Ansiedlungskonkurrenzen zu vermeiden oder abzubauen“* und die Städte dazu zu befähigen, potenzielle Investoren gemeinsam zu betreuen [TR1]. Hierfür musste jedoch ein Umdenken erfolgen und das bis dahin herrschende *„180-Grad-Denken (...) mit dem Rücken zum Fluss“* [TR6] überwunden werden. Als längerfristige Vision wurde hierbei die *„Entwicklung zu einer gemeinsamen Doppelstadt“* genannt [TR4].

Das Projekt unterteilte sich in vier Aktionen, die an die bereits identifizierten Problemstellungen und Aufgaben für die Städte und die Region anknüpften:

- 1) Aktion 1: Technische Infrastruktur / grenzübergreifendes Umweltmanagement;
- 2) Aktion 2: (Weiter-) Bildung und Qualifizierung;
- 3) Aktion 3: Regionales Flächenmanagement und grenzübergreifende Standortinformation;
- 4) Aktion 4: Gemeinsames Kulturerbe und regionale Identität.

Für jede dieser Aktionen wurden mehrere thematische Workshops durchgeführt. Darüber hinaus fanden im Rahmen des Gesamtprojekts zwei Werkstattforen zu *„grenzübergreifenden Standortpotenzialen“* statt, um den Wissenstransfer zwischen den beiden Regionen zu organisieren (Schwartz 2004).

Das Projekt TRANSLOKAL konnte auf bereits institutionalisierten Treffen wie gemeinsamen Stadtratssitzungen und gemeinsamen Ausschusssitzungen aufbauen, die *„wieder belebt“* wurden, um Ergebnisse und Zwischenstände des Projektes zu präsentieren [TR4]. Daneben ergab sich der Rahmen für die formellen Interaktionssituationen im Projekt TRANSOKAL aus der Aufgabenstellung und den damit verbundenen Workshops. Mindestanforderung waren sechs offizielle Veranstaltungen pro Aktion in zwei Jahren, in manchen Themenfeldern wie beispielsweise Bildung fanden jedoch deutlich mehr Veranstaltungen statt [TR2].

Zur Vor- und Nachbereitung der offiziellen Veranstaltungen trafen sich die Kernakteure des Projektteams plus stellvertretende Bürgermeister beider Städte möglichst monatlich. Darüber hinaus erforderte die Vor- und Nachbereitung der Workshops zahlreiche informelle Treffen, ergänzt durch Telefonate und Emails. Die beiden Hauptprojektverantwortlichen, die Projektleiterin aus Guben und ihr Pendant auf polnischer Seite, trafen sich jede Woche oder jede zweite Woche in einer der beiden Städte und hatten dazwischen Kontakt per Mail oder Telefon. Im Rahmen des Projektes kam es so fast täglich zu grenzübergreifenden Kontakten [TR4, TR5].

Die Kommunikationsabläufe wurden eher flexibel gehandhabt:

„Kommunikationsregeln hat entweder der Tag geschrieben oder das Projekt. Es war ja notwendig, um bestimmte Dinge zu dokumentieren, dass man eben Kontakte per Email oder wie auch immer durchführt, um einfach eine Schriftform zu wahren, ansonsten hat eben das Leben die Kontakte geschrieben. Wenn eben der Telefonhörer da war, dann ist der eben genommen worden, oder wie auch immer, also ich denke mal, das war ganz verschieden“ [TR4D].

Besonders positiv erwähnt wurden zwei Anlässe oder Interaktionssituationen im Projekt: Zum einen die Projektbörse im Bereich Bildung, da sie in einer sehr lebendigen und freundlichen Atmosphäre stattfand. Zahlreiche Aufführungen und Darbietungen von Kindern und Jugendlichen trugen maßgeblich dazu bei, diese lockere Atmosphäre herzustellen [TR2D]. Zum anderen erleichterten die Treffen mit den Projektpartnern in Österreich und der Slowakei das bessere Kennenlernen der Gubener und Gubiner Gruppe. Anlass hierfür bot beispielsweise ein Projekttreffen, zu dem die Gubener und Gubiner gemeinsam mit einem VW-Bus anreisten. Die Fahrt scheint dafür gesorgt zu haben, einen persönlichen Kontakt aufzubauen und sich abseits des Alltagsgeschäfts zu begegnen. Es kam bei diesen Anlässen, beispielsweise beim Abendessen, zu privaten Gesprächen, die in mehreren Interviews positiv hervorgehoben wurden [TR1, TR3, TR5].

4.1.1.2 Akteure

Die Besonderheit des TRANSLOKAL-Projektes lag darin, dass es von einem dreiköpfigen Berliner Projektteam konzipiert und begleitet wurde. Die Städte schätzten das Arbeitsaufkommen als zu hoch ein, um es mit eigenem Personal zusätzlich zu dessen bereits bestehenden Aufgaben bewältigen zu können. Auch inhaltlich fühlten sich die Städte mit der Durchführung eines solchen Projektes überfordert. Das Projektteam wurde somit als externer Motor eingestellt, um eine kontinuierliche und

intensive Zusammenarbeit zu gewährleisten. Sowohl das Projektteam als die Projektkoordinatorin, für die bei der Stadt Guben eigens eine Stelle geschaffen wurde, waren bereits mit dem Projekt „Stadt 2030“ betraut gewesen. Projektteam und Projektkoordinatorin zeichneten für die Antragstellung verantwortlich. Für die Kommunikation wurde darüber hinaus eine zweisprachige Mitarbeiterin eingestellt. Auf polnischer Seite war ein Mitarbeiter der Stadtverwaltung im Umfang von etwa einer halben Stelle freigestellt für die Koordination. Dieser Mitarbeiter sowie die Koordinatorin der Stadt Guben waren die beiden wichtigsten Akteure für die grenzübergreifende Kooperation. Sie hielten die Kommunikation mit der anderen Seite aufrecht und vermittelten die Projektergebnisse in ihre jeweilige Verwaltung. Regelmäßig wurde auch beiden Stadtverordnetenversammlungen Bericht über den Projektfortschritt erstattet [TR1, TR2, TR3, TR4].

Darüber hinaus waren punktuell die Bürgermeister und in größerem Maße die Stellvertretenden Bürgermeister beider Seiten in das Projekt eingebunden. Die Zusammenarbeit war dabei geleitet von dem Bemühen, sich stets *„auf Augenhöhe“* [TR3] zu begegnen. Das hieß für die konkrete Zusammenarbeit, dass, wenn der Gubener Bürgermeister anwesend war, auch der Gubiner Amtskollege erschien und umgekehrt. Die Projektstruktur war darüber hinaus gekennzeichnet durch eine Art *„Pärchenbildung“* der Akteure. Die beiden Vizebürgermeister arbeiteten zusammen, genauso wie die beiden Projektkoordinatoren. Die Vorteile dieser parallelen Strukturen lagen darin, dass jeder der Verantwortlichen stets seinen Ansprechpartner kannte und *„jeder wusste, was er zu tun hatte“* [TR4]. Die Zusammenarbeit funktionierte auch deswegen gut, weil unterschiedliche Typen von Akteuren vertreten waren: Der Typ des Pragmatikers war genau vertreten wie der des *„Intellektuellen“* des *„Querdenkers“* oder des *„Motivators“*. Insgesamt waren auf polnischer Seite weniger Personalkapazitäten vorhanden, was aber auch damit zusammenhing, dass die Projektleitung und die damit verbundenen Personalmittel von der deutschen Seite gestellt wurden [TR1, TR2, TR3, TR4].

Eines der Projektziele war es, den Kontakt zwischen relevanten Verwaltungsstellen mit ihrem jeweiligen Pendant auf der anderen Seite der Grenze herzustellen. Zu diesem Zweck analysierte und verglich das Projektteam unter anderem die Organigramme der deutschen und der polnischen Seite, um die Verwaltungen gezielt und auf Basis ihrer Zuständigkeiten zusammenzubringen. Darüber hinaus identifizierte die Projektleitung weitere relevante Akteure für das jeweilige Themenfeld und versuchte, diese systematisch einzubinden. Die fachliche Leitung lag bei den externen Beratern, die die

Kooperationsbeziehungen im deutsch-polnischen Grenzraum. Zur Rolle kultureller und anderer Grenzen

Aufgabenfelder unter sich aufteilen, so dass klare Zuständigkeiten für jedes Aufgabenfeld herrschten [TR1, TR2; TR4]. Die Einbindung der externen Berater wurde als positiv bewertet, sie fungierten als

„Spiegel von außen, als gutes oder schlechtes Gewissen“. Außerdem sorgten sie dafür, „manche Dinge vielleicht etwas anders zu sehen oder zu hinterfragen“ [TR3].

Die Erfahrungen mit deutsch-polnischer Kooperation reichten bei manchen der interviewten Kernakteuren zurück bis Anfang der 90er Jahre, andere kamen erst durch das Projekt Stadt 2030, das im Jahr 2002 startete, dazu.

Im Unterschied zu den rührigen und engagierten Projektbeteiligten war die Motivation zur Mitarbeit in der Stadtverwaltung sehr unterschiedlich ausgeprägt:

„Die Deutschen ließen sich da nicht so richtig motivieren, entweder sie waren motiviert (...) oder sie waren es generell gar nicht und haben gedacht, das belastet mich nur noch in meiner eigentlichen Arbeit“ [TR4].

Das Engagement war demnach auf Gubener Seite sehr unterschiedlich, bei einer Mitarbeiterin der Stadtverwaltung hätten die Projektverantwortlichen *„fast mit dem Bürgermeister drohen“* müssen, um sie zum Erscheinen zu bewegen.

Die Beweggründe zur Zusammenarbeit, die von den interviewten Schlüsselakteuren genannt wurden, lassen sich unterteilen in persönliche und fachliche Motive. Die persönlichen Motive waren zunächst pragmatischer Art und lagen vor allem darin begründet, dass die Mitglieder des Projektteams sowie die eigens dafür eingestellten Mitarbeiterinnen der Stadtverwaltung ihr Einkommen (teilweise) aus Projektmitteln bezogen. Das Projekt TRANSLOKAL sicherte also ihren Arbeitsplatz und bot gleichzeitig die Chance, sich beruflich weiterzuqualifizieren. Darüber hinaus waren auch altruistische Motive zu erkennen, die sich in dem Wunsch äußerten, die Zusammenarbeit der beiden Kommunen weiter zu unterstützen:

„Wir wollten einfach die Städte weiter voranbringen“ und die Zusammenarbeit *„auf einen systematischen Grund stellen“* [TR1].

Ein Akteur äußerte zusätzlich, dass er sich aufgefordert fühlte, angesichts der EU-Osterweiterung

„an dieser prekären deutschen Grenze etwas Hilfestellung zu leisten“ und fühlte hierdurch seine *„Abenteuerlust“* geweckt [TR6].

Daneben waren natürlich sachlich-pragmatische Motive im Sinne einer Aufwertung des Wirtschaftsstandorts sehr stark präsent. Dabei trat

„der deutsche Partner (...) verhältnismäßig offensiv (auf), weil er frühzeitig erkannt hat, (...) dass das seine einzige Chance ist, aus dem Standort noch was zu machen, wenn er mit der polnischen Seite was zusammen macht“ [TR2].

Seitens der Stadt Guben bestand nach Aussage der Interviewpartner ein starkes Interesse an einem Anschlussprojekt zur Stadt 2030-Förderung. Vor allem das Thema Bildung und Ausbildung stieß angesichts bevorstehender Schulschließungen und eines prognostizierten Facharbeitermangels auf großes Interesse. Die Vernetzung von Schule und Wirtschaft war ebenfalls ein wichtiges Thema, beispielsweise mit Bezug auf den drohenden oder bereits bestehenden Facharbeitermangel. Die Gubiner Seite betonte, dass die Lösung wirtschaftlicher Probleme und die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit ein ausschlaggebendes Motiv gewesen sei. Auch das Lernen von der anderen Seite und den dort gefundenen Lösungen wurde als Motiv genannt [TR2, TR3, TR5].

4.1.1.3 Interaktion und Entscheidungsfindung

Die Interaktion der Akteure im Projekt und die zielgerichtete Entscheidungsfindung werden unter einem Governance-Blickwinkel analysiert. Mit Münch (2004:139ff) wird hierbei unterschieden zwischen den vier Koordinationsarten Konflikt, Wettbewerb, Konsens und Synthese. Die ersten beiden Koordinationsmodi sind relativ kulturunabhängig und basieren auf Kalkül-Überlegungen. Die beiden letztgenannten Arten hingegen beruhen auf Aushandlungsprozessen. Sie sind daher einerseits eher anfällig für interkulturelle Verständigungsschwierigkeiten, sind jedoch notwendige Governance-Modi für eine zielführende Kooperation mit gemeinsamen Ergebnissen. Für das TRANSLOKAL-Projekt ergaben sich drei Faktoren, die Einfluss auf den Koordinationsmodus hatten. Erstens war dieser abhängig vom thematischen Bereich der Zusammenarbeit, zweitens von den beteiligten Akteuren und drittens von den organisatorischen Rahmenbedingungen der Kooperation.

Der maßgebliche Aspekt für die gewählte Koordinationsform war die Vertragsrelevanz. Je verbindlicher und finanziell spürbarer das Resultat der Kooperation, desto schwerer fiel es, Synthese oder Kompromiss als Koordinationsform anzuwenden

„Wenn es wirklich auch um vertragsrelevantes und finanziell wirksames Kooperieren geht, dann wird es ernst“ [TR2].

In Bezug auf die thematische Ausrichtung der Zusammenarbeit von TRANSLOKAL ließ sich folglich beobachten, dass die Koordinationsform des Wettbewerbs am stärksten in der Aktion „Gewerbeflächenmanagement“ auftrat. Hier wurde das Eigeninteresse beider Kommunen sichtbar, potentielle Investoren auf „ihre“ Seite zu ziehen [TR1, TR2]:

„Also (...) bei solchen Geschichten, wo es dann konkret wird, wo und an welcher Stelle machen wir was, dann setzten so die lokalpolitischen (Befindlichkeiten) (...) ein und jeder versucht natürlich, das dann auf seine Seite zu ziehen und den anderen zu überzeugen, dass es eigentlich nur bei ihm geht und nirgendwo anders“ [TR3D].

Eine solche Ansiedelungskonkurrenz ist in der interkommunalen Kooperation innerhalb eines Staates durchaus üblich und daher auch bei einer grenzübergreifenden Kooperation zu erwarten. Die Zielsetzung des TRANSLOKAL-Projektes bestand darin, die Zusammenarbeit

„auf eine, in Führungsstrichen, „objektivere“ Ebene zu heben, also eine klare Diskussion darüber (zu führen), welche Flächen sind wofür geeignet. (...) (So kann man), wenn dann diese tatsächlich schwierigen politischen Fälle kommen (...) auf etwas zurückgreifen (..), was Mal Common Sense war“ [TR2].

Die Gewerbeflächen sollten gemeinsam vermarktet werden, da hierin der einzig gangbare Weg gesehen wurde, in der europäischen Standortkonkurrenz zu bestehen. Diese Bemühungen wurden allerdings nur teilweise von Erfolg gekrönt und es gelang nicht, das äußerst ambitionierte Ziel im Projektverlauf zu realisieren. Teilweise scheinen die Städte dieses Vorhaben regelrecht sabotiert zu haben, indem die zugeteilten Aufgaben nicht erfüllt wurden [TR4, TR6]. Eine mögliche Auflösung des Grundkonflikts zeigte sich nur dann, wenn es gelang, eine Win-Win-Situation herzustellen. In einem Interview wurde ein nicht realisiertes Beispiel angeführt, wonach ein Investor die Eröffnung eines Werkes in Guben plante und gleichzeitig eine gewisse Anzahl an polnischen Arbeitskräften einstellen wollte. Unter diesen Bedingungen wäre eine Kompromiss-Lösung möglich gewesen:

„Also da war es dann relativ egal, das Werk hätte wahrscheinlich (in Guben) gestanden, die Arbeiter wären teilweise aus Polen gekommen, da gibt es dann wieder keine Probleme“ [TR3D].

Von einem Fall wurde berichtet, in dem die deutsche Seite über ihren Schatten sprang und sich um eine Synthese bemühte, um dann von der polnischen Seite enttäuscht zu werden:

„Da (...) kam beispielsweise ein Investor, der wollte in die Region. Da hatte der Gubener Bürgermeister in Potsdam (...) gesagt: Pass mal auf, wenn wir den nicht nach Brandenburg kriegen, dann soll er eben auf die polnische Seite gehen. Und die Polen sagten dann, ja gut, der kann hier bei uns. Und dann war es nicht möglich, dem eine halbwegs adäquate Fläche hinzustellen, da gibt es dann keinen Wasseranschluss und so weiter und so fort. Alles Sachen, die aber vorher nie so auf dem Tisch lagen“ [TR2:D].

Durch solche Aktionen wurde die Zusammenarbeit wieder zurückgeworfen und mühsam aufgebautes Vertrauen zerstört.

Der Bereich Flächenmanagement war eindeutig am konfliktrträchtigsten, in den beiden Aktionsbereichen Bildung und Umwelt kam es teilweise zu Konflikten, während im Themenbereich Kultur eher die Koordinationsform der Synthese vorherrschte [TR2]. Im letztgenannten Bereich stellte es sich so dar, dass man nach Synergieeffekten suchte und die kulturelle Vielfalt als Argument für regionales Marketing verwenden wollte [TR1]. Im Bereich der Kommunalwirtschaft und der Müllverbringung hingegen kam es zu einem „gewissen Gerangel“, das sich nur beruhigte, weil die Verbringung von Müll über die Grenze noch nicht möglich war. Darüber hinaus wollte die deutsche Seite hier einen Kompetenzvorsprung geltend machen, stieß damit aber auf Widerstand:

„Dann musste man schon aufpassen, dass man den anderen nicht unterbuttert. Also wir haben immer so die Mentalität gehabt, Kommunalwirtschaft, da sind wir Euch ja ein paar Jahre voraus, wenn's darum geht, dann machen wir das, dann stellen wir den Arbeitsgruppenleiter, den Verantwortlichen und so weiter. Da musste man schon aufpassen, dass die Polen da nicht verschnupft werden“ [TR3].

Einen weiteren ausschlaggebenden Faktor für die Governance-Prozesse im Projekt bildeten die beteiligten Akteure. Im Fall von TRANSLOKAL lag ein Hauptgrund für Konflikte darin begründet, dass die beiden (damals amtierenden) Bürgermeister⁷⁹ erhebliche Kommunikationsprobleme hatten und kein gutes persönliches Verhältnis pflegten [TR6]:

„Vieles steht und fällt damit, wie die beiden Bürgermeister zueinander stehen, ob die Chemie stimmt oder nicht“ [TR4].

Es kam häufiger zu Auseinandersetzungen der beiden zu tagespolitischen Themen. Zu der nicht vorhandenen gegenseitigen Sympathie traten eine fehlende Sensibilität und

⁷⁹ Der damals amtierende Gubiner Bürgermeister wurde bei den polnischen Kommunalwahlen im Oktober 2006 durch den einen Anfang 30-jährigen Nachfolger abgelöst und somit ein Generationenwechsel eingeleitet.

mangelndes Verständnis für die Belange der anderen Seite hinzu [TR2, TR6]. Diese Situation führte auch dazu, dass zwischen den beiden Bürgermeistern kein Vertrauensverhältnis entstehen konnte und somit Kompromiss und Synthese als Koordinationsformen erschwert wurden [TR2, TR3, TR6].

Abgesehen von der Ebene der Bürgermeister fanden die Zusammenkünfte der Projektakteure in einer gelösten, von Sympathie geprägten Atmosphäre statt. Lösungen wurden häufig durch Kommunikationsprozesse gefunden, es herrschte also die Koordinationsform des Kompromisses und der Synthese vor. Die Kommunikation und auch die Umsetzung von Entscheidungen wurden dadurch erleichtert, dass die relevanten Personen sich bereits seit mehreren Jahren kannten. Von besonderer Bedeutung hierfür waren die privaten Kontakte, die beispielsweise bei den gemeinsamen Reisen in die Slowakei oder nach Österreich geknüpft wurden [TR3, TR5]. Insbesondere von polnischer Seite wurde die Bedeutung dieser informellen und persönlichen Kontakte betont.

Die Hauptverantwortung für die Problemlösung lag bei der Projektkoordinatorin. Diese hatte es sich zum Ziel gesetzt, mit ihrem polnischen Ansprechpartner die Probleme „*direkt, offen und so schnell wie möglich*“ zu lösen. Gegen Ende der Zusammenarbeit wandte sich auch ihr polnischer Ansprechpartner immer häufiger mit Problemen direkt an sie. Zwischen beiden herrschte ein Vertrauensverhältnis und sie versuchten, die Probleme gemeinsam „*am Tisch*“ zu klären und nicht auf die nächsthöhere Ebene zu verlagern [TRx].

Projektteam und Projektmitarbeiter von TRANSLOKAL versuchten auf dieser Basis auch, zwischen den Bürgermeistern zu vermitteln. Hierzu gehörte es, Treffen zwischen den beiden anzuregen, wenn die Kommunikationsprobleme und „*Spielchen*“ dazu führten, dass die Bürgermeister wechselseitig die gemeinsamen Termine absagten. Solche Vermittlungsversuche fanden häufig im Vorlauf zu den offiziellen Veranstaltungen statt, um eine Entscheidungsgrundlage zu schaffen. Allerdings ließen sich diese persönlichkeitsbezogenen Konflikte auch dann lösen, sobald gegenseitige Abhängigkeiten oder ein beiderseitiger Nutzen vorhanden waren:

„Also dann haben sie wieder irgendwas gefunden, wo sie sich gegenseitig brauchten und dann ging das weiter“ [TR2].

Die Bereitschaft zum Kompromiss oder zur Synthese bei den Akteuren steht und fällt somit auch mit dem Angewiesensein auf den Partner.

Schließlich hatten auch der organisatorische Rahmen und der Projektstatus eine Bedeutung für den Governance-Modus. Von den Akteuren in TRANSLOKAL wurden mehrere relevante Faktoren genannt. Eine entscheidende Rolle spielte, in welcher Phase sich die Kooperation befand. In der Startphase des Projektes war es zunächst notwendig, unterschiedliche Erwartungen abzugleichen. Diese Startphase war gekennzeichnet von einem „reinen Abtasten“. Anfangs ging gerade die polnische Seite von falschen Erwartungen aus und dachte, das Projekt sei mit einem konkreten finanziellen Nutzen für sie verbunden [TR2, TR4]. Eine solche Angleichung von Erwartungen – als Vorstufe zum Kompromiss oder zur Synthese – braucht jedoch Zeit.

Zweitens erleichterte ein flexibles Projektmanagement das Finden von einvernehmlichen Lösungen. In TRANSLOKAL äußerte sich dies darin, dass die offizielle Ebene nur dann eingebunden wurde, wenn sie für gemeinsame Festsetzungen notwendig war. Waren hingegen Absprachen auf Arbeitsebene gefragt, so wurde die offizielle Seite ausgeblendet. Hiermit verbunden war der Anspruch „auf Augenhöhe zu verhandeln“ und sicherzustellen, dass sich keine Seite „untergebuttert“ fühlte [TR3, TR4]. Eine solche Vorgehensweise erleichtert Lösungen durch Kompromiss und Synthese, während Dominanzbestrebungen einer Seite eher zu Konflikten führen.

Drittens spielte die Formulierung der Projektziele eine wichtige Rolle. Diese Ziele durften nicht zu ehrgeizig formuliert sein, da sie sonst die Gefahr der Überfrachtung bargen:

„Es ist dann immer auch Hoffnung damit verbunden, dass man Synergien schaffen kann durch Kooperation, aber die Gefahr der Überfrachtung von Erwartungen ist eben auch immer gegeben. (...) Wenn man das so überfrachtet, zu viel erwartet, dann kommt nachher die Enttäuschung“ [TR6].

Wichtig war vielmehr, im Projekt „was Kleineres, aber Greifbares“ [TR1] zu organisieren, wie beispielsweise einen Tag der offenen Tür. Gemeinsames Tun und gemeinsame (greifbare) Erfolge können so als konkrete Umsetzungen von Synthese- oder Kompromissleistungen erfahren werden.

4.1.1.4 Ergebnisse der Kooperation

Bei den Ergebnissen der Zusammenarbeit im Projekt TRANSLOKAL, die im Folgenden dargestellt werden, lässt sich unterscheiden zwischen konkreten und indirekten Ergebnissen. Als konkretes Ergebnis sind zunächst Kooperationsverträge zwischen den deutschen und den polnischen Kitas zu nennen. Dieser Kontakt entstand aus der Aktion 4 „Kulturerbe“ heraus. Im Kita-Bereich bestanden vorher schon Kontakte, heute hat als

Resultat von TRANSLOKAL jeder Kindergarten in Guben einen Partnerkindergarten in Gubin. Hier wurde insbesondere das Engagement der Erzieherinnen hervorgehoben, die Projektstage und gegenseitige Besuche organisierten und so dafür sorgten, dass die Aktion zum „Selbstläufer“ wurde. Auch zwischen den Musikschulen wurden Verabredungen über eine gemeinsame Konzertreihe getroffen [TR1, TR2, TR3].

Im Bereich Flächenmanagement lag als Ergebnis ein ausgearbeiteter Vertrag zur Nutzung und Anwendung eines kommunalen Standortinformationssystems vor, der allerdings aus finanziellen Gründen nicht umgesetzt wurde. Positiv wurde vermerkt, dass im Rahmen von TRANSLOKAL erstmals ein Datenabgleich stattgefunden habe. Ansonsten war dieser Bereich, wie bereits geschildert, am stärksten von Konflikt und Wettbewerb dominiert [TR2, TR4].

Die Zusammenarbeit im Bereich „Infrastruktur und Umweltmanagement“ erbrachte vor allem im Bereich der erneuerbaren Energien greifbare Resultate in Form von zahlreichen Kontakten. Die Stadt Guben war hierbei insbesondere an den Möglichkeiten von Wasserkraftwerken interessiert und erhoffte sich neue Erkenntnisse von den Polen, die in diesem Bereich über ein umfassenderes Know How und die entsprechenden Anlagen verfügten. Die polnische Seite verwies als Erfolg auf ein Konzept zur Abfallwirtschaft in den Landkreisen Krosno Odrańskie und Spree-Neiße, das von der Euroregion finanziert wurde. Hieraus ergaben sich zahlreiche Antworten auf die Frage nach neuen Investitionsmöglichkeiten für Guben und Gubin. Mittelfristig sollte auch eine gemeinsame Energiekonzeption für beide Städte vorliegen [TR3; TR5].

Im Bildungsbereich wurde ein Projektantrag "Regionale Beschäftigungs- und Qualifizierungsinitiative" unter INTERREG IIIA eingereicht, der aber von der Investitionsbank des Landes Brandenburg (ILB) abgelehnt wurde. Eine Initiative „Schule und Wirtschaft“ kann zumindest teilweise auf TRANSLOKAL zurückgeführt werden und ist auch heute für die Stadt Guben angesichts des bevorstehenden und schon spürbaren Facharbeitermangels ein Thema. Hier wird versucht, Schüler und lokale Unternehmen in Kontakt zu bringen, um so über die vorhandenen Arbeitsplätze und künftigen Anforderungen zu informieren. Diese beiden letztgenannten Arbeitsbereiche wurden in ihrer Wirkung positiv eingeschätzt. Hier entstanden aus TRANSLOKAL heraus konkrete Impulse für die Akteure vor Ort. Eine Fortführung der Zusammenarbeit in diesen Bereichen war geplant, unabhängig von TRANSLOKAL und unabhängig von Fördermitteln [TR2, TR3, TR4].

Kooperationsbeziehungen im deutsch-polnischen Grenzraum. Zur Rolle kultureller und anderer Grenzen

Darüber hinaus können weiche Faktoren als Ergebnisse der Kooperation angeführt werden. So ergaben sich neben den fachbezogenen Kontakten zwischen den Programm-beteiligten Kontakte und Bindungen, Vertrauen wurde aufgebaut. Auch nach Beendi-gung des Projektes bestanden einige private Kontakte zwischen Deutschen und Polen weiter. Anschaulich beschrieben wurde auch, wie sich dieser Effekt in der Zusammen-arbeit zeigte:

„Während der ersten Workshops (hat man sich) noch sehr distanziert gegenüber gesessen (...), allein schon von der Sitzordnung her, da saß eben die eine Seite, hier saß die andere Seite. Das war am Ende des Projektes ganz anders, da hat man sich schon vorher verabredet gehabt, oder man blieb ein bisschen länger sitzen, und man hat gemerkt, Frau X hätte sich dann zerreißen können, um zu dolmetschen“ [TR3].

Der intensive und regelmäßige Kontakt mit Polen war nach Ablauf des Projektes „Tagesgeschäft“ in Guben.

Zwischen den Kernakteuren des Projektes hatte sich im Laufe der Jahre ein tragfähiges, vertrauensvolles Verhältnis entwickelt, das die Verschlechterung des deutsch-polnischen Verhältnisses, die lokalen Konflikte zwischen den Bürgermeistern und die neuen Aufgaben, die mit dem EU-Beitritt auf die polnische Seite zukamen, ausgleichen konnte [TR1]. Dies führte auch dazu, dass von polnischer Seite das Projekt weiter durchgeführt wurde, obwohl durch den EU-Beitritt andere Aufgaben dringender waren:

Ich hatte immer am Ende das Gefühl, die (Polen) machen das (Projekt) nur noch, weil wir uns gut verstehen, (...) (im) Projektteam“ [TR2].

In gewisser Weise scheint TRANSLOKAL zur regionalen Identitätsbildung und zur Klärung von Positionen beigetragen zu haben. Das „180-Grad-Denken“, das am jewei-ligen Flussufer endet, konnte durch das Projekt ein Stück weit aufgelöst werden [TR6]. Die Bewertungen zum Beitrag von TRANSLOKAL zu einer lokalen Identitätsbildung gehen etwas auseinander:

„Das Projekt hat noch mal bestätigt, dass beide Städte ihre Identität haben und sich damit identifizieren, obwohl es mal eine Stadt war (...). Sie fühlen sich miteinander verbunden und merken, dass sie zusammenarbeiten müssen, um sich gemeinsam zu entwickeln. Um gemeinsam diese Identität zu bilden“ [TR5].

Ein anderer Interviewpartner sieht die Situation etwas pessimistischer und spricht von

„einer negativen Identitätsbildung (...). Indem man sagt, wir haben kein gemeinsames Verständnis, das ist auch eine Identität [TR2].

Eine lokale Verankerung des Projektes war gewährleistet durch die durchgeführten Workshops und Konferenzen, in deren Rahmen die Einbindung von verschiedenen Bevölkerungsgruppen erfolgte. Insgesamt waren so circa 200 Akteure⁸⁰ am Projekt beteiligt, die teilweise nur an einer, teilweise an mehreren Veranstaltungen teilnahmen. Sie kamen aus den unterschiedlichsten Bereichen, neben Politik und Verwaltung beispielsweise aus den städtischen Unternehmen (Energieversorgung und Abfallwirtschaft), aus Schulen und Kindergärten, dem Bereich der Wirtschaftsförderung und den Kulturinstitutionen. Diese Tatsache wurde auch von den Projektverantwortlichen als positiv bewertet [TR5]. Der Vorschlag, eine weitergehende Beteiligung der lokalen Bürgerschaft durch eine Art Stadtforum zu ermöglichen, scheiterte jedoch zunächst am Widerstand der polnischen Seite [TR3]⁸¹.

Um die Projektergebnisse richtig einzuordnen, stellt sich auch die Frage nach der Zielerreichung und nach der Modifikation der Ziele im Projektverlauf. Die Hauptzielsetzung des Projektes war es ja, die Verwaltungskooperation zwischen Guben und Gubin zu befördern und zu intensivieren. Die Einschätzungen hierzu waren eher positiv. Es wurde geäußert, dass sich zu brennenden Themen das Vorgehen über den „kurzen Weg“ verbessert habe [TR1] und „dass man schneller aufeinander zurückgreift bei Fragen“ [TR2]. Das Verhältnis sei nun weniger von „Befindlichkeiten“ geprägt, sondern bewege sich mehr auf einer sachlichen Arbeitsebene,

„weg von der Befeuerung hin zum echten Arbeiten, dass man sich gegenseitig auch mal Fehler eingesteht, die man auf deutscher Seite gemacht hat“ [TR1].

Außerdem hätten die beiden Städte gegen Ende des Projektes begriffen, sich eher als eine Einheit dazustellen und auf eine gemeinsame Entwicklung zu setzen [TR5]:

„Es ist ja ein Unterschied, ob ich sage, ich habe hier so eine niedergehende Stadt am Rande von etwas mit 17.000 Einwohnern, oder ob ich sage: Wir haben 34.000 Einwohner, wir sind nach Cottbus die größte Stadt der Region. (...) Das haben wir immer nicht verstanden, warum das so lange braucht, bis das ankommt, und das kam erst wirklich zum Schluss, dass man in den öffentlichen Reden mal so was als Element gehört hat“ [TR1].

⁸⁰ Diese Zahl ergibt sich durch die Auswertung von Teilnehmerlisten, die auf www.translokal.net hinterlegt sind (letzter Abruf: 19.06.2012).

⁸¹ Mittlerweile scheint dieser Widerstand aufgegeben worden zu sein, möglicherweise auch bedingt durch den Wechsel der Gubiner Verwaltung 2006. Zwischen März 2009 und Januar 2010 wurden vier Stadtforen in Guben / Gubin durchgeführt (http://www.guben.de/gubin/sf_aktuell.html; Abruf am 23.03.2010).

Auch das Ziel, eine Wissensgrundlage für mögliche (künftige) Kooperationsfelder zu schaffen, wurde erreicht. Durch die Workshops verfügten die beteiligten Akteure nach Projektablauf über ein deutlich umfangreicheres Wissen darüber, welche Projekte grenzüberschreitend realisiert werden könnten [TR2]. Aus diesem neuen Wissen heraus wurden bestimmte Bereiche der Zusammenarbeit mit Projektablauf nicht mehr weitergeführt, da bei ihnen keine Perspektive gesehen wurde.

Daneben konnten persönliche Ziele einiger Schlüsselakteure erfüllt werden, vor allem eine weitere berufliche Qualifizierung. Das Ziel des „*etwas bewegen wollen*“ wurde als teilweise erfolgreich beschrieben, wenn auch mit der Einschränkung, dass hierzu ein wirklich „*sehr langer Atem*“ notwendig sei. Ferner wurden das durch das Projekt verbesserte Fachwissen und eine neue Problemsicht hervorgehoben [TR1, TR2, TR3, TR4, TR5].

4.1.1.5 *Institutionalisierung der Zusammenarbeit*

Eine zukünftige Zusammenarbeit zwischen den beiden Städten war in mehreren Bereichen geplant, wie die Darstellung der Projektergebnisse ergab. Das wesentliche Hindernis für Fortführung der Kooperation lag jedoch in der mangelnden Kontinuität von Akteuren und der fehlenden Institutionalisierung von Strukturen der grenzübergreifenden Kooperation in Guben und Gubin. Dies folgte auch aus der Besonderheit des Projektdesigns mit einem Projektteam als externem Motor [TR1]. Mit Ablauf des Projektes endeten die Verträge der externen Berater. Die für das Projekt eingerichteten Stellen bei der Stadt Guben, einschließlich der Dolmetscherin, liefen ebenfalls aus. Hierdurch endete die systematische Organisation der Zusammenarbeit. Hinzu kam ein weitgehender Wechsel in der Stadtverwaltung auf polnischer Seite⁸². Diese Fluktuation führte dazu, dass von den interviewten sechs Personen zum Zeitpunkt der Datenerhebung nur noch eine in ihrer alten Funktion tätig war.

Eine Folge hiervon war auch, dass das Wissen über Projektakquise und –management zusammen mit den Personen den Städten Guben und Gubin verloren ging. Die Bereitschaft der Städte, ein neues vergleichbares Projekt alleine, ohne externe Expertise, zu stemmen wurde angezweifelt:

⁸² In Polen herrscht eine viel stärkere personelle Fluktuation innerhalb der Verwaltung der als in Deutschland. „*Wenn in Polen Kommunalwahlen stattfinden, und da hat regelmäßig die stärkste Fraktion gewechselt, dann ist die halbe Stadtverwaltung verändert worden*“ [TRx].

„Ich weiß nicht, ob die Städte sich da rantrauen würden“ [TR1].

Angesichts dieser schwierigen Situation steht und fällt die Kooperation mit dem Engagement der Akteure vor Ort:

„ Und das ist auch schon der Knackpunkt bei allen Projekten, die wir angeschoben haben (...): Es läuft natürlich nur, wenn die, die eigentlich dafür verantwortlich sind (...), das selbst wollen und sich selbst engagieren. Sie können wir eine Zeit lang mit betreuen und begleiten, (aber) wir können das natürlich nicht ein Leben lang. (...) Wenn so ein Projekt beendet ist (...) und keine weiterführende Sache wie ein Koordinationsbüro daraus entstanden ist, dann ist die Gefahr groß, dass die Dinge auch wieder einschlafen“ [TR4].

Letztendlich liegen hier auch die Grenzen eines externen Motors. Ein Projekt entfaltet nur dann dauerhafte Wirkungen, wenn Erkenntnisprozesse vor Ort stattfinden:

„Auf Dauer kann man den Leuten ihr Heil nicht anquatschen. (...) Man kann's ihnen nicht von außen antragen, wenn sie's nicht wirklich begreifen, und das Begreifen ist langsam, da braucht man also einen sehr langen Atem“ [TR1].

Neben dem Engagement der relevanten Akteure wurde darüber hinaus ein Koordinierungsbüro zur Unterstützung der grenzübergreifenden Aktivitäten oder eine anders geartete Trägerstruktur für notwendig befunden. Allerdings scheiterte dies an den fehlenden finanziellen Mitteln [TR4]. Finanzielle Restriktionen schienen auch besonders auf Gubiner Seite eine Rolle zu spielen, beispielsweise wenn es darum ging, einen notwendigen Eigenanteil für EU-geförderte Projekte aufzubringen [TR1].

Trotz mangelnder personeller Kontinuität und fehlender Ressourcen hatten jedoch Festlegungen in gewisser Weise Bestand. Einmal getroffene Arbeitsergebnisse und Absprachen wurden auch nach dem personellen Wechsel auf polnischer Seite nicht grundsätzlich in Frage gestellt. Dennoch mussten bestimmte Routinen sich unter neuen personellen Voraussetzungen erst wieder etablieren und eine Beziehung zwischen den relevanten Gesprächspartnern hergestellt werden:

„Aber das sind so Dinge, (...) was vorher eigentlich vier Jahre lang überhaupt kein Problem war, muss man sich jetzt wieder ein Stück weit erarbeiten“ [TRx].

4.1.2 Kulturelle und andere Grenzen

4.1.2.1 Grenze als Kontext

Die Bedeutung der deutsch-polnischen Grenze als Kontext für die Kooperation in TRANSLOKAL lässt sich unter den drei Aspekten „Regionale Identität“, „Auswirkungen nationaler Politik auf das Grenzgebiet“ und „Veränderung von Grenzen“ betrachten. In Bezug auf die regionale Identität wurde in einem Interview auf die ähnliche Geschichte auf beiden Seiten der Grenzregion verwiesen, die geprägt war von einem weitgehenden Bevölkerungsaustausch, so dass *„künstlich eine Bevölkerung geschaffen wurde“*. Dies sei in beiden Städten *„markant zu spüren“* und lasse sich beispielsweise bei runden Geburtstagen erkennen: Bei den Gratulationen der Stadtverwaltung zu 70., 80. oder 90. Geburtstagen gebe es kaum jemanden, der in Guben geboren sei [TRx]. Auch die Haltung der *„gepackten Koffer“* habe gerade auf Gubiner Seite noch bis in die jüngere Vergangenheit hineingewirkt und *„Traumatisierungen“* im Umgang mit der Vergangenheit der Stadt seien auf beiden Seiten zu spüren [TR6].

Neben diesen trennenden Elementen wurden jedoch auch verbindende Elemente genannt. In Bezug auf die Beziehungen zwischen Gubener und Gubiner Bevölkerung wird hier das Chemiekombinat in Guben angeführt, in dem zur Zeit der offenen Grenze zwischen der DDR und der Volksrepublik Polen 1.200 bis 1.500 polnische Chemiearbeiterinnen angestellt waren. Hieraus entstanden Familiengründungen, die noch heute nachwirken [TR6]. Als weiteres verbindendes Element zwischen den Kernakteuren wurde die Zugehörigkeit zu einer (relativ jungen) Generation genannt sowie die gemeinsame Erfahrung der Grenzöffnung und der Transformation. Diese Parallelen in den Lebensläufen wurde als verbindendes Element wahrgenommen [TRx].

Der Einfluss nationaler Politik ist in der Grenzregion durchaus spürbar, wenn auch die Einschätzungen darüber auseinander gehen. Der Einfluss der Politik in Warschau oder Berlin

„betrifft die Stadtverwaltung selber weniger, weil entweder man kann miteinander oder man kann's nicht, ob da jetzt Kaczyński in Warschau sitzt oder wer auch immer ist eigentlich völlig egal. Das ist ja der kleine Dienstweg, wenn man so will“ [TRx].

Dennoch wirkte beispielsweise die Regierung der Brüder Kaczyński⁸³ sich lokal auf die Grenzregion aus. Ein Gesprächspartner hatte den Eindruck,

„dass, insbesondere an der Grenze, die Zollbeamten, der polnische Grenzschutz doch (...) etwas drastischer umgegangen sind, in der Art der Arbeit, der Tonlage und so weiter. Also da denke ich, hat man schon gemerkt, dass es von oben durchgestellt wurde, (...) wir sind Polen, wir haben hier eine Grenze und diese Grenze wird wie auch immer geschützt oder vor Ungemach bewahrt. Das war bis hier zu spüren, definitiv“ [TR3].

In einem anderen Interview wurde geäußert, dass die nationale Politik durchaus Einfluss auf die Kooperation gehabt habe. Je nach tagespolitischen Themen, beispielsweise wenn das Zentrum für Vertreibungen diskutiert wurde, sei das Klima *„ein bisschen merkwürdig“* geworden [TR1]. Deswegen hatte es sich TRANSLOKAL zum Ziel gesetzt, eine Basis für die lokale Kooperation auf Arbeitsebene zu etablieren, um die lokale Politik von nationalen Befindlichkeiten abzukoppeln.

Die Wirkung der Grenze und das Verhältnis der beiden Städte veränderten sich deutlich mit dem EU-Beitritt Polens. Zuvor bestehende Asymmetrien wurden abgebaut, wie auch aus einem Interview hervorgeht:

„Also das hat unheimlich viel geändert, wie man sich gegenüber saß. Die polnische Seite saß plötzlich auf gleicher Augenhöhe, was wirklich ein ganz angenehmes Gefühl war, in der Diskussion“ [TR2].

Dies brachte, so der Gesprächspartner weiter, auch ein verändertes Rollenverhalten bzw. eine selbstbewusstere Kommunikation der polnischen Partner mit sich. Gleichzeitig führte der EU-Beitritt Polens jedoch dazu, dass die polnische Verwaltung mit der Implementation der EU-Strukturpolitik beschäftigt war, so dass der grenzübergreifenden Kooperation eine geringere Priorität eingeräumt wurde.

Der Beitritt Polens zum Schengener Abkommen im Dezember 2007 bildete einen weiteren Meilenstein. Gleichzeitig eröffnete dieses Datum neue Möglichkeiten für die Implementation von Projekten und wurde in die konkreten Planungen der Städte einbezogen. Der Bau der neuen Fußgängerbrücke über die Neiße beispielsweise wurde

⁸³ Hierunter wird die Zeit zwischen Juli 2006 und Oktober 2007 verstanden, in der Lech Kaczyński Präsident und sein Bruder Jarosław gleichzeitig Ministerpräsident war.

Kooperationsbeziehungen im deutsch-polnischen Grenzraum. Zur Rolle kultureller und anderer Grenzen bewusst verschoben, um keinen Grenzposten mehr errichten zu müssen [TR4]⁸⁴. Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass die deutsch-polnische Grenze als Kooperationskontext zwar von den Akteuren nicht ausgeblendet wurde, aber auch keine besonders bedeutsame Rolle für die Kooperation spielte.

4.1.2.2 Grenzen in der Kooperation

Grenzen bilden jedoch nicht nur Kontextvariablen der Analyse, sondern haben auch direkte Auswirkungen auf die Zusammenarbeit. Die Rolle von Grenzen in Bezug auf die Kooperation wird unterschieden nach drei verschiedenen Arten von Grenzen: Erstens wirtschaftlichen Grenzen, zweitens politisch-administrativen Grenzen und drittens kulturellen Grenzen⁸⁵. Als kulturelle Grenzen werden an dieser Stelle einerseits die intersubjektiven und systemischen Grenzen wie Sprache und Geschichte beleuchtet. Darüber hinaus bilden die persönlichen Erfahrungen der Akteure und auch die sie beeinflussenden Stereotype einen weiteren Typ von kulturellen Grenzen, die für die Kooperation relevant sind.

Wirtschaftliche Grenzen spielten im Projekt eine eher untergeordnete Rolle. Dennoch markiert die deutsch-polnische Grenze auch heute noch, trotz einer Angleichung der Lebensverhältnisse im Rahmen der polnischen Transformation, ein großes Wohlstandsgefälle. Die Gemeinden in Polen sind deutlich schlechter mit Finanzmitteln ausgestattet als die in Deutschland. Daher fehlten den polnischen Partnern teilweise die finanziellen Mittel zur Umsetzung von Projektideen und auch die notwendigen Eigenmittel für die Ko-Finanzierung von EU-Projekten waren teilweise nur schwer aufzubringen [TR1, TR6]. In Guben wurden die finanziellen Engpässe manchmal als mangelnder Wille interpretiert:

„Oft wird denen von der deutschen Seite, (...) vorgehalten, (...) die wollen nicht, dabei können sie gar nicht, weil sie gar nicht mit den Finanzmitteln ausgestattet sind“ [TR2].

⁸⁴ Dennoch kam es im Nachgang zu Meinungsverschiedenheiten zwischen polnischen und den deutschen Partnern, die sich um fehlende Baugenehmigungen oder Fragen der Zuständigkeit für die Wartung drehten (Lausitzer 2008).

⁸⁵ Dabei sind nicht nur die kulturellen Grenzen im engeren Sinne kulturspezifisch. Vielmehr beeinflusst „Kultur“, verstanden als Symbolsystem, sowohl die Akteure und ihre Einstellungen als auch die Ausgestaltung des politisch-administrativen und des wirtschaftlichen Systems.

Der geringe Handlungsspielraum der polnischen Gemeinden verweist auf die vorhandenen politisch-administrativen Grenzen. Diese wurden, einschließlich der rechtlichen Rahmenbedingungen, als die „entscheidenden Hemmnisse“ der Kooperation angesehen [TR2]. Zur Zeit des TRANSLOKAL-Projektes gab es

„im öffentlichen Recht keine Rechtsgrundlage für die Vertragsfähigkeit deutscher Kommunen mit polnischen Kommunen“ [TR6].

Für andere Grenzgebiete Deutschlands mit seinen Nachbarländern regelt das sogenannte Karlsruher Übereinkommen⁸⁶ die entsprechenden rechtlichen Anforderungen. Zwischen Deutschland und Polen besteht kein vergleichbares Abkommen, so dass direkte Verträge auf lokaler Ebene bis vor kurzem nicht möglich waren. Abhilfe verspricht hier das Instrument des „Europäischen Verbunds für territoriale Zusammenarbeit“ (EVTZ)⁸⁷, das zum 1. August 2006 durch eine entsprechende Richtlinie des Europäischen Rates und des Europäischen Parlaments geschaffen wurde. Hinzu kommt, dass auf Grund des unterschiedlichen Staatsaufbaus sowie der Zuständigkeiten und der Implementierung von Politik bestimmte Kooperationsformen nicht möglich sind. So wurden beispielsweise im Bildungsbereich sowohl die Struktur als auch die Zuständigkeiten und Inhalte als zu unterschiedlich für grenzübergreifende Projekte angesehen [TR2].

Am stärksten wurden die politisch-administrativen Grenzen jedoch in Zusammenhang mit dem polnischen Zentralismus und der mangelnden kommunalen Selbstverwaltung wahrgenommen. Formell sind der Gubiner und der Gubener Bürgermeister gleichrangig und treten auch dementsprechend auf. Allerdings verfügt nach Darstellung der Akteure ein polnischer Bürgermeister über deutlich weniger Kompetenzen als sein deutsches Pendant und ist stark „von übergeordneten Entscheidungen“ (auf der Ebene des Kreises, der Wojewodschaft oder der Zentralregierung) abhängig. Dieses Problem wurde jedoch von polnischer Seite, zumindest auf der offiziellen Ebene, nicht thematisiert wegen des damit verbundenen Gesichtsverlusts. Die Gubener Seite interpretierte die fehlenden polnischen Ressourcen oder Kompetenzen als mangelnden Willen zur Zusammenarbeit [TR1, TR2, TR6]. Als undiplomatischen, aber zielführenden Lösungsweg wählte die deutsche Seite die direkte Ansprache der Wojewodschaft:

⁸⁶ Siehe auch oben, S. 66.

⁸⁷ Das Instrument des EVTZ spielt in der zweiten Fallstudie zum „EDON“ eine wichtige Rolle, daher wird darauf später noch näher eingegangen (siehe unten 107h 49).

„Dann kümmern wir uns gar nicht mehr um die lokalen Partner, sondern dann gehen wir gleich eine Ebene höher. Wenn die hier unten sowieso nichts zu entscheiden haben, was sollen wir dann mit denen reden. Und dann fuhr eben der deutsche Bürgermeister auch gleich nach Zielona Góra“ [TR2].

Diese Problematik wurde auch von polnischer Seite thematisiert:

„Den Deutschen schienen manche Probleme sehr einfach lösbar zu sein, aber wegen der polnischen Gesetze war das wirklich sehr kompliziert und umgekehrt. Wenn wir darüber redeten, wenn wir beispielsweise dachten, dass etwas auf der deutschen Seite sehr schnell umgesetzt werden sollte, dann sagte die deutsche Seite auch „Nein“ und verwies auf rechtliche Vorschriften. Man bewegt sich immer in einem gesetzlichen Rahmen“ [TRx].

Hinzu kam, zumindest zum damaligen Zeitpunkt, ein Gefühl der Benachteiligung Gubins, da die Stadtverwaltung und die Kreisverwaltung von Krosno Odrańskie unterschiedliche parteipolitische Mehrheitverhältnisse hatten. Aus diesen Gründen wurden sie oder fühlten sich bei der Mittelbewilligung übergangen [TR2].

Die stärkere Hierarchie in Polen kam jedoch nicht nur im polnischen Staatsaufbau zur Geltung, sondern zeigte sich auch als kulturelle Grenze im Sinne von Normen und Werten während der Projektzusammenarbeit:

„Es war immer ganz verstärkt spürbar, dieses hierarchische Denken, dieser hierarchische Aufbau (in Polen). Es durfte nur der was sagen, der auch befugt war, was zu sagen.“ [TR4].

Im Gegensatz dazu wurde es als in Deutschland üblich betrachtet, dass sich der Zuständige äußerte, unabhängig von der Hierarchiestufe. Gleichzeitig zeigten sich auf deutscher Seite auch Unterschiede zwischen West- und Ostdeutschen, wobei bei letzteren das Denken in Hierarchien als stärker wahrgenommen wurde [TR4, TR6].

Eine weitere im Projekt wirksame kulturelle Grenze war erwartungsgemäß die Sprachbarriere. Im Fall von TRANSLOKAL wurden alle offiziellen Veranstaltungen simultan gedolmetscht und hierfür ein entsprechendes Budget bereitgestellt, ein Resultat der Erfahrungen aus dem Projekt „Stadt 2030“. Eine zentrale Rolle für das Tagesgeschäft der Verständigung kam der polnischen Muttersprachlerin zu, die als Sprachmittlerin bei der Stadt Guben angestellt war. Sie war vor allem bei kleineren Arbeitstreffen, Brief-, Email- und Telefonkontakt unverzichtbar [TR4].

Der zuständige Mitarbeiter der Stadtverwaltung Gubin lernte zudem Deutsch, so dass einfachere Verständigungsprozesse, z.B. per Mail, gegen Ende des Projektes direkt und ohne Sprachmittler möglich waren. Auch der damalige stellvertretende Bürgermeister in

Gubin sprach gut Deutsch, so dass eine Unterhaltung mit diesen beiden zentralen polnischen Ansprechpartnern möglich war und auch in Anspruch genommen wurde. Die Projektleiterin auf der deutschen Seite eignete sich überdies im Projektverlauf Grundkenntnisse der polnischen Sprache an, die dazu ausreichten, beispielsweise Emails zu lesen. Von polnischer Seite wurde auf die Mitarbeiter der Euroregion in Gubin verwiesen, die fließend deutsch sprachen [TR1, TR2, TR3, TR4, TR5].

Das Englische spielte im EU-Kontext des Projektes, z.B. bei der Verständigung mit den Partnern in der Slowakei, eine wichtige Rolle. Auf der lokalen Ebene hingegen konnte nicht vorausgesetzt werden, dass die Verwaltungsmitarbeiter Englisch sprechen, vor allem die älteren nicht. Die polnischen Verwaltungsmitarbeiter sprachen zudem eher Deutsch als Englisch. Auf informeller Ebene hingegen verständigten sich die Kernakteure in einem kreativen Sprachmischmasch aus Deutsch, Englisch und Polnisch [TR1; TR3; TR4].

Die Frage nach der Rolle der Geschichte im Kooperationsprozess als weitere Art kultureller Grenze ergab, dass diese im Vorläuferprojekt ausdrücklich thematisiert worden war und für die aktuelle Projektzusammenarbeit kein Hindernis darstellte [TR1; TR2]. Hierbei scheint sich durchaus eine gewisse Gelassenheit auf polnischer Seite eingestellt zu haben:

„Das ging dann ja so weit, dass der deutsche Bürgermeister sagte: Und dann bin ich der erste Bürgermeister der gemeinsamen Stadt. (...) Vor vier, fünf Jahren wäre das nicht gegangen. Das wurde dann natürlich mit einer Ironie (...) gesagt (...), aber da ist natürlich (...) ein großes Quäntchen Wahrheit drin gewesen in seinem Denken. Aber die polnische Seite hat das schon so auch mitgenommen und hat es dann eigentlich nicht (...) als revanchistisches, sondern einfach als Ausdruck des aktuellen Konkurrenzdenkens gesehen. Also die haben das nicht in Zusammenhang gebracht mit: die Deutschen wollen sich jetzt den Teil da wiederholen, sondern nee, so ist er eben, (...) also aus der Gegenwartsdiskussion heraus.“ [TR02D:74]

Diese Einschätzung wurde auch von einem polnischen Gesprächspartner bestätigt:

„Wir haben über Geschichte geredet, aber im politischen Kontext. Wir haben zum Beispiel nicht die Zeit des Zweiten Weltkriegs erwähnt oder so was, weil wir glaubten, die Geschichte ist Geschichte und es kommt nicht darauf an, was war, sondern dass wir, trotz dem, was war und basierend auf dem, was war, zusammenarbeiten können. Man kann nicht immer in die Vergangenheit schauen. Die Vergangenheit ist sehr wichtig, aber wir müssen immer an die Zukunft denken.“ [TRx]

Somit hat die Gegenwart die Geschichte als Bezugspunkt der gegenseitigen Wahrnehmung innerhalb des Projektes abgelöst. Hierfür muss vor allem auf der polnischen Seite

Kooperationsbeziehungen im deutsch-polnischen Grenzraum. Zur Rolle kultureller und anderer Grenzen

eine erhebliche mentale Veränderung erfolgt und ein gewisses Maß an Grundvertrauen über die Jahre gewachsen sein⁸⁸.

Die am Projekt beteiligten Akteure stießen auf Grund ihrer spezifischen persönlichen Erfahrungen und Biographien an Grenzen oder konnten diese im Lauf der Projektzusammenarbeit überwinden. Eine solche Grenzüberwindung erfolgte oft durch externe Impulse. So waren beispielsweise die Bewohner von Guben und Gubin für bestimmte lokale Probleme „betriebsblind“ und wurden erst durch das externe Beraterteam auf diese Probleme und potenzielle Lösungen hingewiesen: Dies wurde als hilfreich empfunden, auch deshalb,

„weil man sonst eigentlich ein bisschen diese lokale Brille auf hat, diese Scheuklappen, und nicht rechts und links kuckt, und da eigentlich viele Inputs bekommt, manche Dinge vielleicht etwas anders zu sehen oder zu hinterfragen, wie auch immer“ [TRx].

Darüber hinaus ergaben sich durch die Konstellation aus drei externen Beratern aus Berlin, die allesamt Westdeutsche waren, sowie den lokalen (ostdeutschen) Akteuren verschiedene Sichtweisen unter den deutschen Akteuren [TR4].

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass kulturelle Grenzen im Projekt TRANSLOKAL zwar eine gewisse Rolle spielten, aber kein gravierendes Hindernis darstellten. Viel stärker spürbar in der Projektzusammenarbeit waren die politisch-administrativen Grenzen.

4.1.2.3 Bezugsebene

Sowohl die Region als auch die Europäische Union stellen alternative Identifikationsangebote zum Nationalstaat dar. Als solche haben sie das Potenzial, die Prägekraft nationalstaatlicher Grenzen zu abzubauen. Die regionale Ebene spielte im TRANSLOKAL-Projekt vor allem als administrative Ebene eine Rolle. Die Einbindung der regionalen Ebene erschien gerade auf der polnischen Seite auf Grund des zentralistischen Staatsaufbaus sinnvoll. Aus der Analyse von Kooperationsmöglichkeiten im Projekt zeigte sich, dass sich

⁸⁸ Zur Stellenwert der Geschichte in der polnischen Gesellschaft schreibt Jaworski (2003:114): „In Polen stellte sich Geschichte seit dem 19. Jahrhundert fast ohne Unterbrechung als ein Medium kollektiver Selbstverständigung dar und als ein Filter, durch den auch die Gegenwart wahrgenommen und beurteilt wurde. (...) Wenn man also den Deutschen nach 1945 zu Recht eine ‚Flucht aus der Geschichte‘ unterstellt hat, so könnte man analog dazu im Falle Polens von einer ‚Flucht in die Geschichte‘ sprechen.“

„ganz viele Sachen eben lokal nicht lösen lassen und dass sich natürlich der lokale Ansatz auch sehr schnell erschöpft“ [TR2].

Daher erfolgte auf polnischer Seite die Zusammenarbeit mit dem Landkreis sowie mit der Euroregion. Zur Thematik der Akquirierung von europäischen Fördermitteln wurden darüber hinaus das Marschallamt und das Wojewodschaftsamt eingebunden [TRx]. Auch von deutscher Seite bzw. seitens der Projektkoordination erfolgte die gezielte Ansprache der Wojewodschaftsverwaltung, wenn deren Unterstützung und Kompetenzen für gewisse Themen notwendig waren [TR2].

Als weiterer Grund für die Einbindung der regionalen Ebene wurde genannt, dass man so eine gewisse Unabhängigkeit von den *„persönlichen Kooperationsumfeldern“* erlangen konnte. Hiermit war vor allem der latente Konflikt zwischen den beiden Bürgermeistern gemeint. Daher versuchte man, ein regionales Entwicklungskonzept zu propagieren, *„um sozusagen unter dem Label TRANSLOKAL Regionalpolitik zu machen“* [TR2]. Auch im konfliktträchtigen Bereich des Flächenmanagements erhoffte man sich von einer regionalen Perspektive Lösungen für die festgefahrene Situation [TR6].

Die europäische Ebene wurde ebenfalls an verschiedener Stelle thematisiert. Einerseits erzeugen die europäische Integration und der damit verbundene Abbau von Grenzen und deren Schutzfunktion einen gewissen Handlungsdruck [TR6]. Andererseits bietet die EU finanzielle Anreize zur grenzübergreifenden Kooperation. So ermöglichte die Förderung durch die EU auch die Fortsetzung des „Stadt 2030“-Projekts, die passende Ausschreibung kam hierfür zur rechten Zeit [TR4]. Das Projekt war mit einem Gesamtfördervolumen von über €1 Mio. von einer erheblichen finanziellen Größenordnung für die beiden Städte [TR3].

Auch in Guben und Gubin wurde das Potenzial der europäischen Fördermittel gesehen. Die gemeinsame Entwicklung der beiden Städte wurde vor dem Hintergrund der EU und ihrer (finanziellen) Möglichkeiten betrachtet. Diese Programme müssten für die lokale Entwicklung genutzt werden und bewirkten lokal *„sehr deutliche Effekte“* [TR5]. Die EU spielte also hauptsächlich in Bezug auf die bereitgestellten Fördermittel eine Rolle in dem Projekt.

4.1.3 Integrationsprozesse

Die Integrationsprozesse im Projekt TRANSLOKAL werden auf der Grundlage des im Theorieteil entwickelten Drei-Stufen-Modells der kulturellen Integration diskutiert⁸⁹. Es geht davon aus, dass der erste Schritt einer erfolgreichen Integration in der Wahrnehmung und Explizierung von kulturellen Unterschieden besteht (Grenzwahrnehmung). Erst in einem zweiten Schritt kann es dann zu Verständigungen über kulturelle Unterschiede und zu Lernprozessen kommen. Auf dieser Basis können innerhalb eines Projektes gemeinsame Regeln, Routinen und Abläufe entwickelt werden (Grenzüberwindung). Der dritte und letzte Integrationsschritt besteht in der Entstehung eines Gemeinschaftssinns und einer damit verbundenen Abgrenzung nach Außen (Grenzaufbau). Integrationsprozesse sind nur in längerfristiger Perspektive zu betrachten, die drei Fallbeispiele bilden hingegen nur einen kurzen Zeitraum von einigen Jahren ab. Daher können die in ihnen wirksamen Integrationsprozesse nicht abschließend bewertet, sondern nur auf bestehende Tendenzen untersucht werden.

4.1.3.1 Grenzwahrnehmung

Die Wahrnehmung und Explizierung von Merkmalen der eigenen und einer fremden Kultur ist nur dann möglich, wenn regelmäßiger Kontakt mit Vertretern einer anderen Kultur stattfindet. Außerdem erfordert sie eine differenzierte Wahrnehmung des Gegenübers, seiner Ziele und seiner Besonderheiten. In der deutsch-polnischen Kooperation wurde lange Zeit eine symbolische Politik⁹⁰ betrieben, die keine Grenzwahrnehmung und keine echte Auseinandersetzung mit der anderen Seite erforderte:

„Die Zusammenarbeit war zunächst einmal gekennzeichnet gewesen durch Symbolpolitik im besten Sinne. Ich sage das jetzt gar nicht abwertend, sondern das gehörte in die Zeit, sich als freundliche Nachbarn gegenüber zu stehen, sich gegenseitiges Wohlwollen zu versichern“ [TR6].

TRANSLOKAL war mit dem Anspruch angetreten, die reine Symbolpolitik zu überwinden und die sachbezogene Zusammenarbeit der Städte zu fördern. Dementsprechend konnte von den Akteuren ein gewisses Maß an Grenzwahrnehmung erwartet werden. Thematisiert wurden beispielsweise Unterschiede im Kommunikations- und Interaktionsverhalten zwischen Deutschen und Polen. Hier wurden die

⁸⁹ Siehe Abbildung 2, S. 54

⁹⁰ Vergleiche hierzu exemplarisch Edelman (1976) sowie Sarcinelli (1987).

unterschiedlichen Formen der Anrede genannt, die in Polen üblicherweise aus „Herr“ oder „Frau“ plus Titel oder „Herr“ oder „Frau“ plus Vorname besteht [TR1, TR4]. Die in Deutschland übliche Anrede „Herr“ oder „Frau“ plus Nachname gilt als unhöflich. Gerne wird auch in Polen ein Titel verliehen, der nicht unbedingt real vorhanden sein muss, z.B. ein Referent als Herr Professor bezeichnet. Versuche der deutschen Seite, dies richtig zu stellen, wurden zur Kenntnis genommen, aber hatten keine langfristige Wirkung [TR6]. Als weiterer Aspekt wurde genannt, dass die Polen ihre Veranstaltungen liebevoller ausgestalteten und versuchten, einen schönen und angenehmen Rahmen zu schaffen. Hierbei wurde auch auf Details geachtet, wie z.B. Blumenschmuck. Die deutsche Seite hingegen ging nüchterner an die Treffen heran und achtete vor allem darauf, dass die Technik funktionierte und der Ablauf eingehalten wurde [TR4].

Auch bei den Verhaltensweisen zeigten sich Unterschiede, die die Interviewten als kulturell bedingt einordneten. Hierzu zählte beispielsweise, dass von polnischer Seite am Anfang jeder Sitzung ein gewisser Austausch von Höflichkeiten erwartet wurde. Auf Grund einer Neigung der polnischen Seite, solche Zusammenkünfte zu „zelebrieren“ habe man darauf achten müssen,

„dass man überhaupt zu irgendeinem Ergebnis kommt vor lauter Austausch von Freundlichkeiten“ [TR6].

Manche Verhaltensweisen sorgten hingegen für Irritation oder ein „gegenseitiges Schulterzucken“. Als unangemessen empfand die deutsche Seite Handyklingeln und Telefonieren während der Sitzungen oder ein häufiges Verlassen der Arbeitstreffen durch die polnischen Beteiligten. Beispielsweise kam es anlässlich eines Projekttreffens dazu, dass wichtige Akteure aus der Gubiner Verwaltung den Sitzungssaal verließen, um in einem Nebenraum die Tagespolitik zu besprechen. Sie mussten von der Dolmetscherin davon überzeugt werden, dass ein solches Verhalten unangemessen war [TR1].

Im Ablauf des Projektes erwies sich die deutsche Seite als „angespannter“, „organisierter“ und „fixierter auf das Ergebnis“, wohingegen die polnische Seite „entspannter“ gewesen sei [TR4]. Allerdings lag die Projektleitung auf deutscher Seite, die darauf achten musste, dass die formalen Anforderungen des Projektes erfüllt wurden. Dennoch zeigten sich im Projektverlauf unterschiedliche Vorstellungen von Abläufen und Ordnung:

„Wenn (auf deutscher Seite) so ein Projekt initiiert wird, dann muss das ablaufen wie ein Planspiel, wie ein Verwaltungsakt (...), während die polnische Seite da sicher auch eine Ordnung drin hat, eine Grundordnung im Projektverlauf“ [TR3].

Daneben war der Grad der Formalisierung und die Bevorzugung von schriftlicher oder mündlicher Kommunikation unterschiedlich: Die Protokolle erledigte, auch auf Grund der Rolle als Leadpartner, die deutsche Seite. Sie bereitete auch entsprechend viele schriftliche Materialien vor, wie Tagesordnungen, Einladungen und Arbeitsmaterialien. Die Polen hingegen legten sehr viel mehr Gewicht auf die mündliche Kommunikation. Auf deutscher Seite sorgte dies zunächst für Irritationen, es entstand der Eindruck, dass die polnische Seite „total unvorbereitet“ zu den Sitzungen erschien [TR4]. Zu diesem Eindruck hat sicherlich die Tatsache beigetragen, dass

„Protokolle manchmal erst in der Sitzung gelesen wurden. Während wir uns vorbereitet haben und das Komma gesucht haben, das möglicherweise nicht stimmt, hat man gemerkt, dass ein Briefkuvert erst in der Sitzung aufgerissen wurde, dann fingen die an zu lesen“ [TR3].

Auch dass die polnische Seite teilweise ihren formalen Verpflichtungen nicht nachkam, z.B. Stundenzettel auszufüllen, sorgte für Irritation und Unverständnis [TR1]. Allerdings hat sich die deutsche Seite scheinbar mit diesen Unterschieden arrangiert:

„Man muss sich darauf einstellen, dass eben, wenn die polnische Seite sagt: Morgen neun Uhr kommt das Protokoll, dann kommt es vielleicht übermorgen um neun Uhr oder übermorgen um fünfzehn Uhr. Es kommt dann, aber nicht zu der Zeit (...). Aber darauf stellt man sich halt ein und damit muss man dann auch umgehen“ [TR3].

Versucht man nun, diese konkreten kulturellen Grenzen in der Kooperation auf eine abstraktere Ebene zu heben, so zeigt sich, dass ihnen unterschiedliche Wertauffassungen zu Grunde liegen. Für die deutsche Seite war Verlässlichkeit und das Einhalten von Absprachen der höchste Wert, sicherlich auch der Rolle als Projektleitung geschuldet. Dementsprechend war die Organisation besser und die Ergebnisfixierung höher. Auf polnischer Seite hingegen war die Herangehensweise offener und spontaner [TR2, TR4], Verabredungen wurden teilweise „ein bisschen weicher gehandhabt“ [TR1].

Gleichzeitig stellte es für die polnische Seite einen hohen Wert dar, die Form zu wahren und einen Gesichtsverlust zu vermeiden [TR2]. In dem Bemühen, auf die Erfüllung der Absprachen zu achten, wurde dieser Wert von den deutschen Partnern nicht immer respektiert. Dies zeigte sich darin, dass die polnische Seite

„(sich) extrem über diese Unhöflichkeit und Rüpelhaftigkeit der Deutschen aufgeregt (hat). Also der Wert, eine gewisse Form zu wahren, (wurde nicht respektiert) (...) auch wenn eigentlich allen klar ist, dass der polnische Bürgermeister das nur sagt, um den Gesichtsverlust zu vermeiden. Das haben die schon ihren deutschen Kollegen immer angekreidet.“ [TR2]

Ein weiterer Punkt, der in Bezug auf unterschiedliche Mentalitäten und Werte thematisiert wurde, war die stärkere Hierarchie in Polen. In der Zusammenarbeit äußerte sich dies dahingehend, dass der jeweils ranghöchste Vertreter das Wort führte. Diese Verhaltensweise wurde auch dann beibehalten, wenn rangniedrigere, aber fachlich kompetentere Personen anwesend waren. In diesem Fall hielten sich die Fachleute mit Äußerungen zurück, weil sie sich nicht befugt fühlten zu antworten [TR4]. Umgekehrt stieß aber auch die deutsche, eher teamorientierte Herangehensweise bei den Polen auf Irritationen:

„Da hat man schon gemerkt, dass die Polen manchmal große Augen bekommen haben, wie denn jetzt eine Mitarbeiterin im Projekt anfängt, ihren Chefs zu erklären, wie das jetzt gemacht wird“ [TR3].

Die Wahrnehmung von kulturellen Eigenheiten und kulturellen Grenzen führt, wie aus den oben zitierten Beispielen deutlich wurde, teilweise zu Unverständnis und Irritationen. Dieses „Nicht-Verstehen“ oder „Schulterzucken“ kann zweierlei Reaktionen bei den beteiligten Akteuren hervorrufen: Erstens kann es zu Resignation oder Frustration, Abschottungstendenzen und einem Beharren auf der eigenen Perspektive führen. Es kommt dann zu keiner weiteren Integration oder gar zur Desintegration im Sinne einer Verfestigung der bestehenden oder dem Aufbau neuer Grenzen. Zweitens jedoch kann das Unverständnis zur Kommunikation und Verständigung über die bemerkten kulturellen Unterschiede und Grenzen führen. Dieser zweite Fall stellt die zweite Stufe des Integrationsmodells, die Grenzüberwindung dar.

4.1.3.2 Grenzüberwindung

Die Beteiligten am TRANSLOKAL-Projekt verfügten teilweise über langjährige Erfahrung in der deutsch-polnischen Zusammenarbeit. Darüber hinaus arbeiteten die Schlüsselakteure über mehrere Jahre zusammen, so dass es im Laufe dieser Zeit zu interkulturellen Lernprozessen kam und die Akteure interkulturelle Kompetenz erwerben konnten. Das Verhalten der jeweils anderen Seite konnte besser eingeschätzt werden als zuvor [TR3]. Die von den (deutschen) Akteuren geschilderten Lernprozesse betrafen zunächst formale Kriterien im Umgang miteinander, beispielsweise die korrekte Anrede, die Etikette, der Austausch von Höflichkeiten zu Beginn eines Treffens und *„dass man, wenn man eine Verabredung mit einer Dame hat, gefälligst Blumen mitzubringen hat“* [TR6].

Schließlich scheint durch das Projekt die Empathie und auch das Verständnis für die jeweils andere Seite gewachsen zu sein: Durch die langjährige Zusammenarbeit habe man die *„Denkweisen und Mentalitäten“* besser kennengelernt und teilweise *„Gewohnheiten und Bräuche“* übernommen [TR5]. Dieser Erkenntnisgewinn wird in den beiden folgenden Zitaten deutlich:

„Obwohl wir so eng (...) zusammen leben mit den Polen, gab es für mich immer im Laufe des Projektes an jeder Stelle Aha-Effekte. (...) Also dieser Lernprozess über das alltägliche Leben des Anderen, das war definitiv innerhalb dieses Projektes für alle Beteiligten denke ich ständig auf der Tagesordnung“ [TRx].

Oder von der anderen Seite her:

„Ich habe gelernt, nicht nur auf Polnisch zu denken, weil es zu verschiedenen Thematiken verschiedene Sichtweisen auf der deutschen Seite gab“ [TRx].

Von polnischer Seite wurde gar geäußert, dass die Denkweise der Menschen in den Grenzgebieten ganz ähnlich sei. Auf die Frage nach unterschiedlichen Mentalitäten äußerte der Gesprächspartner, hier keine Unterschiede zu sehen. Dies führte er auf seine langjährige Erfahrung in der grenzübergreifenden Kooperation zurück, durch die er die Gewohnheiten der deutschen Seite kennengelernt und teilweise übernommen habe und umgekehrt. Diese positive Einschätzung gipfelte in der Aussage,

„dass es manchmal einfacher war, sich mit einem Deutschen zu verstehen als mit einem Polen“ [TRx].

Das bessere Kennenlernen der anderen Seite führte auch zu einem „*Abbau von Befindlichkeiten*“ [TR3] und zu einer reibungsloseren Zusammenarbeit im Projekt. So wusste zum Beispiel die deutsche Projektleitung zum Schluss ganz gut, wie sie mit der polnischen Hierarchie umzugehen hatte: Wenn Absprachen auf Arbeitsebene notwendig waren, dann wurde ein möglichst informeller Kreis gewählt. Wenn es hingegen darauf ankam, verbindliche Absprachen zu treffen, dann wurden auch die offiziell Verantwortlichen eingebunden [TR4]. Hinzu gehörte auch, dass die Projektverantwortlichen lernten, welche Art der Ansprache für welche Akteure angemessen war. Wollte man beispielsweise die Wojewodschaft mit ins Boot holen, so musste man einen persönlichen Termin vereinbaren, um eine Einladung auszusprechen. Einladungen per Post hingegen blieben wirkungslos [TR2].

Auch die handlungsleitenden Motive bestimmter Akteure erschlossen sich im Laufe der Kooperation. So war es beispielsweise ein Lernprozess für das Projektteam zu verstehen, dass der polnische Bürgermeister aus Gründen des Gesichtverlustes nicht zugeben wollte, wo die Grenzen seiner Kompetenzen lagen. Diese Erkenntnis versuchte es auch dem Gubener Bürgermeister zu vermitteln und zu erklären, „*warum der (Gubiner Bürgermeister) so tickt*“ [TR2].

Gleichzeitig wurde auf der polnischen Seite ein Lernprozess beobachtet, was die formellen Verfahren, die Dokumentation und die Protokolle im Projekt angeht:

„Zum einen haben sie (die Polen) immer die Augenbrauen hochgezogen, wenn es hieß, es gibt ein Protokoll (...). Wo sie gesagt haben, um Gottes Willen, so viel Papier, so viel Bürokratismus, da mussten sie sich aber daran gewöhnen und haben aber am Ende eigentlich unumwunden eingestanden, (...) dass sie es als hilfreich erachtet haben“ [TR4].

Voraussetzung für all diese Entwicklungen scheint jedoch gewesen zu sein, dass ein persönlicher oder „*zwischenmenschlicher Kontakt*“ [TR1] entstanden war und Vertrauen aufgebaut wurde. Erst auf dieser Basis konnten sich die geschilderten Entwicklungen vollziehen. Dieser persönliche Kontakt hatte sich in Guben und Gubin nicht auf der Ebene der politischen Entscheidungsträger (Bürgermeister), wohl aber auf der Arbeitsebene des Projektteams etabliert:

„Es gibt dann ja den Punkt, wo man auf so eine andere persönliche Ebene kommt, (...) wo man dann auch miteinander handelt. (...) Wir hatten das mit dem Herrn x (Mitarbeiter der polnischen Stadtverwaltung, d.V.), wo der einem dann auch mal sagte: So könnt Ihr das nicht machen“ [TR2].

Mit dem besagten Mitarbeiter habe man „*ganz kollegial und offen*“ reden können, und dieser habe erklärt, „*wo die impliziten Grenzen sind*“ [TR6]. Durch die langjährige Zusammenarbeit eines festen Kerns von Beteiligten entstand somit ein „*direkter Draht*“ der Kommunikation, der eine Verständigung ohne Dolmetscher möglich machte, in einer kreativen Sprachmischung aus Deutsch, Polnisch und Englisch [TR1]. Im Zuge des besseren Kennenlernens kam es auch zur Angleichung von Verhaltensweisen der Projektbeteiligten. So sei die deutsche Seite „*lockerer geworden*“, während die polnische Seite auch stärker „*strukturelle Dinge*“ eingebracht habe [TR4].

Gleichzeitig gelang es während des Projektes, eine gemeinsame Problemsicht zu entwickeln. Diese resultierte aus einem umfassenderen Wissen über die andere Seite und die damit verbundene Erkenntnis, dass auf beiden Seiten der Grenze ähnliche Probleme herrschen. Eine gemeinsame Problemsicht scheint durch die Einbeziehung der externen Berater aus Berlin und die hierdurch erfolgte Perspektivenerweiterung befördert worden zu sein [TR5]. Auf der Basis des guten persönlichen Verhältnisses auf Arbeitsebene konnte als nächster Schritt auch eine gemeinsame Problemlösung angegangen werden. Dabei wurde die Kommunikation auf Arbeitsebene bevorzugt. Hier wurde versucht, eine gemeinsame Lösung zu finden und diese dann in die jeweilige Verwaltung und die höheren Hierarchiestufen zu vermitteln. Einige, nicht aber alle Probleme konnten so gelöst werden. Zu diesem sachorientierten, vertrauensvollen Umgang auf Arbeitsebene passt auch, dass teilweise eigene Fehler und Problem eingeräumt wurden [TR1, TR4].

4.1.3.3 *Grenzbildung nach Außen*

Zusammenfassend lässt sich also festhalten, dass die Kernakteure von TRANSLOKAL zum Projektende hin bereits in einigen Bereichen kulturelle Grenzüberwindungen erzielt hatten. Inwieweit daraus ein Gemeinschaftssinn im Sinne Karl W. Deuschs entstanden ist, lässt sich nur schwer beurteilen. Als Indikatoren für einen Gemeinschaftssinn dienen gegenseitige Anteilnahme, Loyalitäten, ein „Wir-Gefühl“, Vertrauen, gegenseitige Relevanz und eine Vorhersehbarkeit des Verhaltens.

Dass eine gewisse Sympathie unter den Kernakteuren vorhanden war, geht aus den bisher zitierten Interviewpassagen hervor. Ein Interviewpartner äußerte gar die Einschätzung, die Zusammenarbeit gegen Ende der Projektlaufzeit erfolge von polnischer Seite nur aus reiner Gefälligkeit, denn eigentlich sei die polnische Seite mit den notwen-

Kooperationsbeziehungen im deutsch-polnischen Grenzraum. Zur Rolle kultureller und anderer Grenzen
digen Angleichungen nach dem EU-Beitritt vollauf beschäftigt gewesen [TR2]. Hierin
zeigt sich auch eine gewisse Loyalität.

Ob ein „Wir-Gefühl“ entstanden ist, lässt sich aus den Interviews schwerlich ablesen.
Was hingegen mehrfach anklang war das Vertrauensverhältnis, das unter den Projekt-
verantwortlichen entstanden war. Die gegenseitige Relevanz der Städte Guben und
Gubin und ihrer Probleme hat sich durch das Projekt nicht verändert, wohl aber deren
Wahrnehmung durch die lokalen Akteure. Die Entwicklung einer gemeinsamen
Problemsicht wurde mehrfach als Resultat der Kooperation benannt. Und auch die Vor-
hersehbarkeit des Verhaltens hat sich verbessert, wie sich etwa im Umgang des Projekt-
teams mit den Bürgermeistern zeigt. Eine Grenzbildung nach Außen, als Folge eines
entstandenen Gemeinschaftssinns, ließ sich nicht erkennen.

Entscheidend ist jedoch, dass all diese Faktoren akteursgebunden sind und der Großteil
der zentralen Akteure sich nach Ablauf des Projektes anderen Aufgaben zuwandte. Es
lässt sich daher konstatieren, dass innerhalb des Projektes beachtliche Erfolge im
Bereich der kulturellen Grenzüberwindung zwischen den Akteuren erzielt wurden.
Inwieweit diese allerdings auch strukturelle und somit dauerhafte Konsequenzen vor
Ort haben, lässt sich im Rahmen dieser Arbeit nicht beantworten.

4.1.4 Zusammenfassende Bewertung

Zusammenfassend lassen sich mehrere Faktoren hervorheben, die in Bezug auf die
Rolle von kulturellen und anderen Grenzen im Projekt TRANSLOKAL entscheidend
waren. Die Projektstruktur sah externe Berater für das Projektmanagement vor. Diese
wurden von den Akteuren vor Ort ausdrücklich gelobt. Durch eigens eingestellte
Projektverantwortliche wurde sichergestellt, dass die lokalen Akteure nicht durch das
Projektmanagement überlastet wurden. Gleichzeitig erfüllten die Externen eine wichtige
Rolle, da sie eine Sichtweise von Außen und eine damit verbundene Perspekti-
venerweiterung in das Projekt einbrachten und überdies als Moderatoren und Vermittler
fungierten. Die Berater selbst waren in der Beurteilung ihrer Rolle und der Erfolge des
Projektes deutlich kritischer. Die Erfolge des Projektes lassen sich jedoch ohnehin nur
einer langfristigen Perspektive erkennen. So wurden zahlreiche Impulse, die durch
TRANSLOKAL erfolgten, erst Jahre später aufgegriffen oder umgesetzt. Eine Beson-
derheit der Akteursstruktur lag ferner darin, dass eine „Pärchenbildung“ auf der jeweils

Kooperationsbeziehungen im deutsch-polnischen Grenzraum. Zur Rolle kultureller und anderer Grenzen

gleichen Hierarchieebene erfolgte, so dass eindeutige Ansprechpartner und Zuständigkeiten vorhanden waren.

Eine weitere Erkenntnis betrifft die Interaktionsprozesse im Projekt. Entscheidend für kulturelle Integrationsleistungen ist, dass regelmäßige Begegnungen zwischen den Akteuren auf Arbeits- und Alltagsebene stattfinden. Dabei muss vor Ort die Möglichkeit zur Sprachmittlung gegeben sein, beispielsweise durch zweisprachige Mitarbeiter, die schnell und unbürokratisch eingesetzt werden können. Eine besondere Bedeutung kommt informellen Veranstaltungen und Treffen zu, beispielsweise gemeinsamen Busfahrten, Abendessen oder Festen. Diese wurden von den Akteuren als zentral erachtet, um ein Vertrauensverhältnis zu schaffen und Barrieren abzubauen.

Darüber hinaus scheint das Alter der Beteiligten eine gewisse Rolle zu spielen. Die Zugehörigkeit zu einer Generation, gemeinsame Erfahrungen und die Abwesenheit von Kriegserfahrungen scheinen sich positiv auf die Zusammenarbeit auszuwirken. Die Interviewten waren bis auf eine Ausnahme zum Projektzeitpunkt schätzungsweise zwischen Ende Zwanzig und Mitte Vierzig.

Die wichtigsten Charakteristika der Fallstudie TRANSLOKAL sind in der folgenden Tabelle zusammengefasst:

Tabelle 5: Charakteristika der Fallstudie TRANSLOKAL

Variable	Ausprägung in TRANSLOKAL
Kooperationsrahmen	- lokale Ebene - systematische Projektentwicklung
Zielsetzung	- themenorientierte Zielsetzung
Akteure	- externes Projektteam - „Pärchenbildung“ - überschaubarer Kreis von Kernakteuren - jüngere Generation
Interaktion und Entscheidungsfindung	- klare Aufgabenverteilung der Akteure - formelle und informelle Interaktion (anlassbezogen) - Governance-Modus: themenabhängig
Ergebnisse	- Kooperationsverträge - Kontakte - Impulse für die zukünftige Zusammenarbeit
Institutionalisierung	- nein; fehlende Ressourcen
Grenzen	- Bezug auf Grenzlage und regionale Identität - politisch-administrative Grenzen am wichtigsten
Integration	teilweise, personengebunden

4.2 Fallstudie 2: Projekt EDON

Die zweite Fallstudie ist ebenfalls im Bereich der grenzübergreifenden interkommunalen Kooperation angesiedelt, erstreckt sich aber anders als TRANSLOKAL über einen räumlich wesentlich ausgedehnteren Bereich. Diese Fallstudie wurde ausgewählt, weil sie aus der externen Perspektive als äußerst erfolgreich und findig in der Akquirierung verschiedener Fördermittel erschien und aus dieser Tatsache auf eine erfolgreiche Integrationsleistung geschlossen wurde. Der „Eurodistrict Oderland-Nadodrze“ besteht aus 25 Gebietskörperschaften⁹¹, die zusammen über 50 Kommunen vertreten. Das Gebiet des EDON erstreckt sich über ca. 3000 km² im dünn besiedelten deutsch-polnischen Grenzgebiet und hat etwa 180.000 Einwohner (siehe Abbildung 4). Die Arbeitslosenquote ist auf beiden Seiten hoch, mit einem hohen Prozentsatz von Langzeitarbeits-

⁹¹ Es handelt sich hierbei um die Gemeinden und Ämter Bad Freienwalde, Banie, Barlinek, Barnim-Oderbruch, Boleszkowice, Cedynia, Chojna, Dębno, Dobigniew, Golzow, Kostrzyn, Lebus, Letschin, Märkische Schweiz, Mieszkowice, Moryń, Myślibórz, Neuhardenberg, Nowogródek Pomorski, Oderberg, Seelow, Seelow-Land, Strausberg, Trzciansko-Zdrój und Wriezen.

Kooperationsbeziehungen im deutsch-polnischen Grenzraum. Zur Rolle kultureller und anderer Grenzen lösen⁹². Die Region ist beiderseits der Grenze von Abwanderung betroffen. Das Oderbruch beispielsweise hat seit 1990 etwa 10% seiner Einwohner verloren (Röhring 2008).



Abbildung 4: Mitgliedsgemeinden des EDON
(Stand: August 2006)

⁹² Bez Granic - Ohne Grenzen (2007): "Newsletter Monatsausgabe 2/2007."
<http://www.bezgranic.net/index.php?m=35#>, letzter Zugriff am 12.09.2008

Die deutschen Städte des EDON liegen im Landkreis Märkisch-Oderland und können, bis auf Strausberg, der Kulturlandschaft des Oderbruchs zugerechnet werden. Sie zählen zum nördlichen Teil des Oderbruchs, dem so genannten Niederbruch. Dieses wurde im Jahre 1746 bis 1753 durch umfangreiche Maßnahmen wie ein neues Flussbett, Eindeichungen und Abzugskanäle auf Veranlassung Friedrichs des Großen trockengelegt. Zur Bestellung des Landes erfolgte die Gründung von 43 neuen Kolonistendörfern und die Ansiedelung von 1.300 Familien, vor allem aus der Pfalz, aus Schwaben und aus Polen (Fontane 2003:42ff). In Folge der Trockenlegung und weiterer, auch durch den technologischen Fortschritt bestimmten Maßnahmen zur Perfektionierung des Hochwasserschutzes entstand im Oderbruch eine „Kulturlandschaft hoher Eigenart“ (Röhring 2008:118). Das Oderbruch verfügt über somit eine eigenständige, historisch begründete regionale Identität.

Historisch zählten auch die in Flussnähe gelegenen polnischen Gemeinden zum Oderbruch. Die übrigen polnischen Städte und Gemeinden liegen in der Kulturlandschaft der Neumark, dem einstmals östlichsten Teils Brandenburgs. Diese historische Region hörte nach dem Zweiten Weltkrieg auf zu existieren und bestand durch den fast vollständigen Bevölkerungsaustausch⁹³ auch nicht in Erinnerungen der Bewohner fort. Hierdurch erfolgte eine

„jähre Unterbrechung einer Jahrhunderte dauernden kulturellen Kontinuität (...). Infolge der Neubesiedlung entstand in der ‚Ziemia Lubuska‘⁹⁴ eine neue Gesellschaft“ (Halicka 2008:48).

Die Neuankömmlinge kamen aus verschiedenen Teilen Polens und brachten ihre eigenen Kulturen mit. Dies geschah jedoch in einer Zeit, als die Politik der Volksrepublik Polen auf die Schaffung einer homogenen sozialistischen Gesellschaft bedacht war. Nicht selten war die Pflege von Traditionen aus der alten Heimat verboten.

„Dies führte zum Schwinden vieler regionaler Traditionen und der Ausbildung einer Gesellschaft, die regionale Wurzeln zugleich verlor und nie hat bilden können“ (Halicka 2008:58).

⁹³ Vor 1945 lebte nur in wenigen Orten eine polnische Bevölkerungsminderheit. Während des Zweiten Weltkrieges wurden zahlreiche polnische Zwangsarbeiter hier eingesetzt (Halicka 2007:64).

⁹⁴ Auch wenn sich diese Aussage auf die Wojewodschaft Lubuskie bezieht, so kann sie doch auch für die weiter nördlich gelegenen Gemeinden des EDON übernommen werden.

Erst nach der politischen Wende und somit in der dritten Generation der Neusiedler wurden eine Beschäftigung mit der regionalen Geschichte und der familiären Herkunft und somit Ansätze für eine regionale Identitätsbildung möglich. Auch die administrative Zugehörigkeit der Region änderte sich durch mehrere polnische Verwaltungsreformen. Seit der Reform von 1999 gehört der südliche Teil zur Wojewodschaft Lubuskie (Lebuser Land) und der nördliche Teil zur Wojewodschaft Zachodniopomorskie (Vorpommern) (Musekamp 2008).

Die grenzübergreifende Zusammenarbeit in diesem Raum ist unterschiedlich entwickelt. Bilaterale Städtepartnerschaften bestehen teilweise schon sehr lange, beispielsweise zwischen Strausberg und Dębno seit 1978. Kontakte zwischen dem Landkreis Märkisch-Oderland, in dem alle deutschen Gemeinden liegen, und den benachbarten polnischen Landkreisen bestehen seit 1999. Es existieren Kooperationsvereinbarungen mit dem Kreis Gorzów (seit 1999), dem Kreis Słubice (seit 2000) und dem Kreis Myślibórz (seit 2004)⁹⁵. Ein wichtiges Ereignis für das verstärkte Nachdenken über die grenzübergreifende Zusammenarbeit markiert das Oderhochwasser von 1997. Hier rückte die Notwendigkeit der Zusammenarbeit beim Katastrophen- und Umweltschutz in den Vordergrund, es entstand ein Bewusstsein dafür, dass gewisse Probleme nur gemeinsam gelöst werden können [ED2; ED5⁹⁶]. In diesem Kontext ist die folgende Fallstudie zum EDON zu sehen.

4.2.1 Ausgestaltung der Kooperation

4.2.1.1 Kooperationsrahmen

Der „Eurodistrict Oderland – Nadodrze“ ging aus dem im Juni 2003 gestarteten EU-Projekt „Bez Granic“ (dt.: ohne Grenzen) hervor, das im Rahmen der grenzübergreifenden Zusammenarbeit kommunaler Verwaltungen von der EU gefördert wurde. Unter diesem Dach fand die erste deutsch-polnische Verwaltungskonferenz mit Beteiligung von sechs polnischen und acht deutschen Gemeinden am 27./28. Mai 2004 in Wriezen statt. Das Treffen mündete in der „Wriezener Erklärung“, einer rechtlich nicht bindenden Willensbekundung zur künftigen Zusammenarbeit. Nach Auslaufen von „Bez

⁹⁵ Vergleiche www.maerkisch-oderland.de, letzter Zugriff am 6.05.2010.

⁹⁶ Die Ankürzungen ED1 bis ED8 verweisen auf die in dieser Fallstudie durchgeführten Interviews. Um die Anonymität der Interviewpartner zu wahren, werden Interviews, die Rückschlüsse auf den Interviewten zulassen, mit EDx gekennzeichnet.

Granic“ einigten sich im Juni 2005 20 Vertreter kommunaler Körperschaften darauf, künftig als „Initiative Eurodistrict Oderland-Nadodrze“ weiter zusammenzuarbeiten. Der EDON hatte zum Zeitpunkt der Datenerhebung im Juni 2008 25 Mitglieder, davon 12 auf deutscher und 13 auf polnischer Seite. Es handelte sich um ein Netzwerk ohne juristischen Status oder finanzielle Konsequenzen für die Kommunen. Nach Auslaufen der Förderung für das Projekt BorderCrossing im Mai 2008 waren der EDON und seine verschiedenen Teilprojekte⁹⁷ nicht mehr finanziert [ED1]. Seitdem fand auch keine Öffentlichkeitsarbeit, wie beispielsweise die Pflege der Webseiten, mehr statt.

Für die Gründung des Eurodistrictes scheinen vor allem pragmatische und wirtschaftliche Überlegungen ausschlaggebend gewesen zu sein. Durch den EU-Beitritt Polens wurde das Bewusstsein für einen gemeinsamen Wirtschaftsraum gestärkt:

„Wirtschaftlich gesehen waren wir hier ein Raum, der Osten Ostdeutschlands und der Westen Polens waren eigentlich so die vergessenen Räume [ED1].

Zweitens äußerten die Akteure, dass Einsicht in die Notwendigkeit der Zusammenarbeit bestand. Die Erkenntnis, dass eine grenzübergreifende Kooperation notwendig und ein Kirchturmdenken nicht zielführend waren, hatte sich bei den Akteuren größtenteils durchgesetzt [ED3]. Die nachbarschaftliche Zusammenarbeit wurde dabei pragmatisch bewertet:

„So ist das Leben, den Nachbarn kann man sich nicht aussuchen. (...) Es ist der Sinn der Nachbarschaft, dass Nachbarn zusammenarbeiten müssen“ [ED7].

Drittens hatten die Akteure erkannt, dass die Probleme auf beiden Seiten der Grenze ganz ähnlich gelagert waren und nur gemeinsam gelöst werden konnten. Die Ausgangssituation war auf beiden Seiten der Grenze geprägt von Abwanderung vor allem der jungen und gut ausgebildeten Bevölkerung, eine hohe Arbeitslosigkeit und fehlende Infrastruktur. Auch die Notwendigkeit eines gemeinsamen Katastrophen- und Brandschutzes erschloss sich spätestens seit dem Oderhochwasser von 1997 [ED1; ED2; ED5; ED7].

⁹⁷ Zwischen Juni 2005 und Mai 2008 war das INTERact-Projekt „BorderCrossing“ verantwortlich für die Weiterentwicklung des EDON-Netzwerks und die Vorbereitung auf die neue EU-Förderprogrammperiode 2007-2013. Beteiligt waren das Amt Barnim-Oderbruch (Leadpartner) sowie die drei polnischen Projektpartner Dębno, Kostrzyn und Mieszkowice. Zum 1.7.2005 startete außerdem das zweijährige EQUAL-Projekt „Zukunft Oderland-Neumark (Polen)“, das die touristische und wirtschaftliche Entwicklung der Region voranbringen sollte. Projektträger war die Deutsch-Polnische Regionalentwicklung EWIV (Europäische WirtschaftsInteressen Vereinigung) mit Sitz in Neulewin. Der EDON wurde auch als Dach bezeichnet, unter dem verschiedene Projekte abliefen [ED1].

Die Ziele des EDON bestanden hauptsächlich darin, die wirtschaftliche Entwicklung der Region zu befördern und hierfür europäische Fördermittel zu beziehen⁹⁸. Es konnte auf bereits bestehende Strukturen der grenzübergreifenden Kooperation in Form von bilateralen Städtepartnerschaften zurückgegriffen werden. Diese Partnerschaften sollten in einen breiteren Kontext gesetzt und die bis dato eher lose Kooperation intensiviert werden, indem

„aus einer losen Interessengemeinschaft (...) eine Interessengemeinschaft wird, die Ziele verfolgt“ [ED5].

Ein weiteres Ziel war die Erzeugung von kritischer Masse bzw. die Bündelung von Kräften. So hoffte man, die periphere Lage auszugleichen und sich bei den zuständigen regionalen, nationalen und europäischen Stellen besser Gehör verschaffen zu können:

„Sie können mir glauben, dass 240.000 Menschen, die in der Region leben, eher Gehör finden sowohl in Warschau als auch in Berlin oder in Potsdam oder Stettin oder Zielona Góra, als wenn jede Kommune für sich alleine kämpft“ [ED1].

In diesem Zusammenhang war es auch ein Ziel, „Lobbyarbeit zu leisten“ ob „in Potsdam oder in Berlin oder in Warschau oder in Brüssel“ [ED2]. Eng hiermit verbunden war erneut die Aussicht auf europäische Fördermittel, um die strukturellen Defizite der Region bearbeiten zu können.

Die Beförderung einer gemeinsamen Region und eines gemeinsamen Wirtschaftsraumes wurde ebenfalls als Zielsetzung genannt. Durch den EU-Beitritt Polens war eine Abkehr vom „180-Grad-Denken“ oder vom „Kirchturmdenken“ notwendig geworden. Einen wichtigen Wirtschaftszweig für die Region bildet der Tourismus, dessen Attraktivität sich ebenfalls durch eine Kooperation steigern lässt. Hier wurde versucht, die Grenzlage als einen Standortvorteil zu vermarkten und beispielsweise einen gemeinsamen Veranstaltungskalender einzurichten [ED6].

Gerade auch angesichts der häufig wechselnden kommunalen Ansprechpartner auf polnischer Seite stellte der EDON den Versuch dar, die Zusammenarbeit zu institutionalisieren und von Einzelakteuren unabhängiger zu gestalten. In diesem Kontext sind die Bemühungen um die Gründung eines „Europäischen Verbands für territoriale Zusammenarbeit“ zu sehen, die als wichtiges Kooperationsziel genannt wurde [ED1, ED6].

⁹⁸ Ein Interviewpartner nannte auch ganz direkt als Hauptziel des EDON „die Verteilung von EU-Mitteln unter den Gemeinden“ [ED7].

Die rechtlichen Rahmenbedingungen für die Gründung eines EVTZ setzt eine Verordnung⁹⁹ des Europäischen Rates und des Europäischen Parlaments, die am 1. August 2006 in Kraft trat. Sie ermöglicht die Gründung eines grenzübergreifenden Zweckverbandes mit eigener Organisationsstruktur und einem gemeinsamen Haushalt. Er kann von Behörden auf regionaler oder lokaler Ebene gegründet werden, ohne dass eine formelle zwischenstaatliche Ratifizierung notwendig wäre (Kohlisch 2008:52; Fischer 2008)¹⁰⁰.

Ein EVTZ bietet einerseits eine Institutionalisierung der Zusammenarbeit und ermöglicht es, geschlossen aufzutreten, gleichzeitig liefert er eine Antwort auf die verschärften Förderkriterien der EU [ED3]¹⁰¹. Es handelt sich somit weniger um eine inhaltliche, als vielmehr um eine organisatorische oder institutionelle Zielvorgabe zur Lösung von noch näher zu definierenden „gemeinsamen Problemen“ [ED7]. Bei der Auswertung der Interviews im EDON fiel auf, dass sämtliche Akteure sich in Bezug auf konkrete Ziele eher bedeckt hielten und auf recht allgemeine Ziele verwiesen. Ein Akteur äußerte, dass der EDON als Grundlage dienen sollte, die eigenen Anliegen und Projekte verwirklichen zu können [ED5].

Die wichtigste Plattform des EDON bildeten die drei bis vier Mal pro Jahr stattfindenden Regionalkonferenzen. Darüber hinaus traf sich der achtköpfige Vorstand zwischen den Regionalkonferenzen zur Vor- und Nachbereitung. Für die inhaltliche und thematische Zusammenarbeit wurden drei Arbeitsgruppen in den Bereichen Wirtschaft / Tourismus, Verkehr / Infrastruktur sowie Bildung / Kultur / Jugend gegründet. Für die Organisation und Koordination war eine Geschäftsstelle in Neulewin zuständig, die aus „BorderCrossing“-Mitteln finanziert wurde. Aus dieser Struktur heraus ergaben sich auch die formellen Interaktionssituationen innerhalb des EDON [ED3, ED4].

Zu den Regionalkonferenzen waren alle Mitglieder des EDON geladen, also die Bürgermeister und Amtsdirektoren sowie ihre Mitarbeiter für die internationale

⁹⁹ Vgl. Amtsblatt der Europäischen Union L210/19: Verordnung (EG) Nr. 1082/2006 des Europäischen Rates und des Parlaments vom 5. Juli 2006 über den europäischen Verbund für die territoriale Zusammenarbeit (EVTZ).

¹⁰⁰ Die Verordnung musste anschließend von den Mitgliedstaaten in nationales Recht umgesetzt werden. Die entsprechende Verordnung war zum Zeitpunkt der Datenerhebung im Juli 2008 von der brandenburgischen Seite ratifiziert worden, von der Zentralregierung in Warschau hingegen noch nicht [ED4].

¹⁰¹ Hierzu zählen das Leadpartner-Prinzip sowie die gemeinsame Durchführung, Planung und Finanzierung von Projekten.

Zusammenarbeit. Als externe Teilnehmer waren beispielsweise die Euroregionen, das Marschallamt und die brandenburgische Landesregierung sowie die Landkreise angesprochen. Die Konferenzen bestanden aus einem internen Teil nur für Mitglieder, in dem auch strittige Punkte diskutiert wurden, und einem für die Allgemeinheit offenen Teil [ED1; ED3; ED5]. Sie wurden komplett simultan gedolmetscht und fanden mehr oder weniger abwechselnd auf deutscher und auf polnischer Seite statt. Damit war durchaus auch ein pädagogischer Anspruch verbunden:

„Einfach um auch wirklich alle Mitglieder zu zwingen, dass sie auch mal in das andere Gebiet fahren“ [ED4D].

Darüber hinaus tagte der Vorstand normalerweise zwei Mal zwischen den Regionalkonferenzen. Die Beschlüsse, die auf den Regionalkonferenzen angenommen werden sollten, wurden in der Regel auf den Vorstandssitzungen vorbereitet. Der Vorstand war auch dafür zuständig, die relevanten Themen aus den einzelnen Gemeinden aufzugreifen und bei Interesse für die Gemeinschaft in die Regionalkonferenzen einzuspeisen [ED2; ED4; ED5]. Zur Einstimmung auf die Vorstandssitzungen fanden teilweise Treffen nur zwischen den deutschen oder nur zwischen den polnischen Kommunen statt. Hierbei schienen die polnischen Kommunen besser organisiert oder auch flexibler gewesen zu sein:

“Die (Polen) schaffen das schnell mal, sich zu treffen, die (Satzung) durchzusprechen und dann kommt eine klare Ansage in der Vorstandssitzung. Bei uns ist es immer noch ein bisschen ruhiger, gemütlicher“ [ED4].

Die drei Arbeitsgruppen, die im Dezember 2005 ins Leben gerufen worden waren, trafen sich anfangs recht häufig, schätzungsweise acht Mal pro Jahr, um eine Liste mit prioritären und INTERREG IVA-fähigen Projekten zu erstellen. Sie wurden vom Projektbüro in Neulewin gemanagt und trafen sich abwechselnd in Deutschland und in Polen. An den Arbeitsgruppen nahmen nicht nur kommunale Partner, sondern auch Akteure aus Wirtschaft und Gesellschaft teil, z.B. aus den Bereichen Jugend, Soziales oder Tourismus. Zum Zeitpunkt der Datenerhebung im Juni 2008 waren die Arbeitsgruppen kaum aktiv, da zu dieser Zeit noch keine INTERREG-Mittel vergeben wurden. Die Arbeitsgruppen erstatteten regelmäßig dem Vorstand und den Regionalkonferenzen Bericht über den Fortschritt ihrer Arbeit [ED1; ED2D; ED3].

Die Kommunikationsabläufe im EDON waren auf Grund der großen Teilnehmerzahl und der unterschiedlichen Persönlichkeiten nicht einheitlich und erforderten einen

Kooperationsbeziehungen im deutsch-polnischen Grenzraum. Zur Rolle kultureller und anderer Grenzen

erheblichen Koordinationsaufwand. Da sich herausgestellt hatte, dass nicht alle Teilnehmer ihre Emails beantworteten, wurden die relevanten Informationen je nach Akteur unterschiedlich zugestellt. Manche Teilnehmer erhielten Informationen per Mail, andere per Fax, weitere wurden telefonisch kontaktiert. Bei wieder anderen bot sich, zumindest wenn Entscheidungen anstanden, ein persönliches Gespräch an [ED3].

Die Atmosphäre im EDON schien zwar wohlwollend, aber eher formell zu sein. Dies geht etwa aus den Äußerungen hervor, dass man sich seine „gegenseitige Achtung“ zeigte und auf der gleichen Hierarchieebene befand [ED4]. Die „gegenseitige Wertschätzung“ äußerte sich unter anderem in der „Anerkennung des Amtes, in Anerkennung der Aufgaben“ [ED8]. Auch die Vorstandssitzungen wurden beschrieben als

„keine offene(n) Versammlung(en), wo man so spricht, es ist schon alles sehr formell“ [ED4].

In diesem Rahmen galt es daher, diplomatisch vorzugehen:

„Ich kann einem Amtskollegen nicht unbedingt sagen, das hast Du jetzt verkehrt gemacht, (...) das sind ja alles Persönlichkeiten mit eigenen Emotionen und Empfindlichkeiten“ [ED4].

Informelle Interaktionssituationen wurden kaum thematisiert, lediglich ein Interviewpartner beschrieb eine gemeinsame Bootsfahrt auf der Oder. Auch hier war die Stimmung anfangs noch „ein bisschen kühl“, lockerte sich dann aber auf der Rückfahrt deutlich auf, vor allem bei den polnischen Partnern [ED1]. Gelegentlich klang in den Interviews an, dass darüber hinaus weitere informelle Treffen, wie beispielsweise eine Busfahrt nach Brüssel oder ein gemeinsames Biertrinken stattfanden, allerdings scheinen diese auf einige wenige Gelegenheiten und Akteure beschränkt gewesen zu sein [ED1, ED7]. Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass die informellen oder auch direkten Kontakte nur in geringem Ausmaß vorhanden waren. Die formellen Interaktionsanlässe waren ebenfalls eher selten. Die meisten grenzübergreifenden Kontakte schienen über die Geschäftsstelle zu laufen. Einige Akteure äußerten gar, ausschließlich über die Geschäftsstelle Kontakt mit der anderen Seite zu haben, der direkte Kontakt beschränkte sich bei ihnen auf die offiziellen Treffen [ED4; ED5, ED8].

Anders stellte sich die Situation dar, wenn man die Kontakte der jeweiligen Partnergemeinden betrachtet, vor allem, wenn eine gemeinsame Projektumsetzung geplant war. Zwischen den Kommunen existierten zahlreiche, auch dezentral organisierte Kontakte

der Vereine, Schulen oder Kitas der Partnergemeinden, die unabhängig vom EDON liefen [ED8].

4.2.1.2 Akteure

Die 25 Gemeinden und Ämter wurden auf den Regionalkonferenzen von ihren Bürgermeistern und Amtsdirektoren vertreten. Diese beschäftigten sich also mit der deutsch-polnischen Kooperation als Teil ihrer – oder zusätzlich zu ihren – sonstigen Amtsaufgaben. Der EDON verfügte über einen Vorstand, der anfangs aus sechs und später aus acht Personen¹⁰² bestand und paritätisch mit Deutschen und Polen besetzt war. Die beiden Vorstandsvorsitzenden¹⁰³ dienten für ihre jeweilige Seite als zentrale Ansprechpartner.

Das Projektmanagement übernahm bis Mai 2008 ein aus „Border Crossing“ finanziertes Koordinierungsbüro. Dieses bereitete die Vorstandssitzungen und die Regionalkonferenzen vor. Besetzt war die Geschäftsstelle mit einem Büroleiter, dem ein zweisprachiger Projektmanager¹⁰⁴ sowie mehrere halbjährlich wechselnde ABM-Kräfte zur Seite standen. Das Büro sorgte für die Intensivierung der Kooperation und eine Verfestigung der Strukturen. Ein hauptamtliches Projektbüro wurde als notwendig für die Zusammenarbeit erachtet, da es den Bürgermeistern nicht möglich war, neben ihren sonstigen Aufgaben ein solches Projekt zu leiten. Dabei wurde auch geäußert, dass ein einziger zweisprachiger Projektmanager für ein Projekt dieser Größenordnung nicht ausreichte [ED3, ED8].

Die Projektentwicklung erfolgte in drei Arbeitsgruppen, die von unterschiedlichen Personen geleitet wurden. Die größeren Gemeinden entsandten zu den Arbeitsgruppen häufig Verwaltungsmitarbeiter, während die Bürgermeister kleinerer Gemeinden selbst an den Treffen teilnahmen. Darüber hinaus waren auch Akteure aus jeweils relevanten

¹⁰² Bestehend aus Dr. Andrzej Kunt (Bürgermeister von Kostrzyn nad Odrą), Dr. Frank W. Ehling (Amtsdirektor des Amtes Barnim-Oderbruch, bis Juni 2008), Michael Böttcher (Bürgermeister von Letschin), Piotr Downar (Bürgermeister von Dębno), Jan Maranda (Bürgermeister von Moryń), Hans Peter Thierfeld (Bürgermeister von Strausberg), Dr. Grit Brinkmann (Amtsdirektorin von Neuhausen, seit Dez 07) und Zygmunt Siarkiewicz (Bürgermeister von Barlinek, seit Dez 07).

¹⁰³ Dies waren bis zum Zeitpunkt der Datenerhebung Dr. Andrzej Kunt, Bürgermeister von Kostrzyn, und Dr. Frank Ehling, Amtsdirektor des Amtes von Barnim-Oderbruch. Dr. Ehling wurde im Juni 2008 abgewählt.

¹⁰⁴ Dieser Projektmanager wurde vor Ablauf der vereinbarten Zeit entlassen. Das Verfahren und die Gründe für die Entlassung scheinen wenig transparent gewesen zu sein [ED3, ED4].

Kooperationsbeziehungen im deutsch-polnischen Grenzraum. Zur Rolle kultureller und anderer Grenzen

Gesellschaftsbereichen, z.B. Jugend und Soziales oder Tourismus eingeladen [ED3; ED5; ED6].

Die Motivationen und Interessenlagen der beteiligten Akteure ließen sich nicht immer genau ermitteln. Das zentrale Motiv zur Zusammenarbeit bestand jedoch darin, Projekte zu akquirieren, die der eigenen Kommune wirtschaftlich nutzen, sei es nun eine Fährverbindung, eine Brücke oder neue Radwege [ED1, ED7]¹⁰⁵. Ebenfalls genannt wurde das Motiv, gemeinsame Interessen zu definieren, wie beispielsweise die Entwicklung eines naturnahen Tourismus [ED5]. Der EDON sollte also dazu genutzt werden, alleine nicht zu verwirklichende Projekte umzusetzen:

„Ich bin überzeugt, dass EDON der Stadt xxx hilft, ihre großen Projekte zu realisieren. Ich bin überzeugt, dass dieses Instrument des EVTZ sehr nützlich sein wird. Wenn wir es schaffen, das zu umzusetzen, dann haben wir ein gemeinsames deutsch-polnisches Instrument, um unsere gemeinsamen Projekte zu realisieren.“ [ED7].

Das Engagement der beteiligten Gemeinden war unterschiedlich hoch. Die Bereitschaft sich zu engagieren wurde als höher eingeschätzt, wenn eigene Projekte als förderfähig anerkannt worden waren [ED6]. Es zeigte sich, dass einige Akteure als Motoren der Zusammenarbeit fungierten, während andere erst noch motiviert werden mussten:

„Es gibt dort welche, die sehr engagiert sind und wirklich auch sehr viele Ideen haben, ein Teil der Mitglieder laufen aber eher mit, die auch, glaube ich, noch nicht ganz so den Sinn sehen“ [ED4].

Die Motivationsleistung einiger Kernakteure bestand darin, die weniger überzeugten Kommunen vom Nutzen der Kooperation zu überzeugen [ED1, ED2]. Dabei mussten sie wohl teilweise auch gegen bestehende Vorurteile antreten:

„Ich kann nicht mit einer Einstellung reingehen, das mit den Polen wird sowieso nichts. Das darf man einfach nicht machen, weil, irgendwo verrät man diese Einstellung, die Polen haben ja eine ganz feine Antenne dafür“ [ED1].

Neben diesen wirtschaftlich motivierten Beweggründen wurden idealistische Motive genannt: Außer dem Motiv, „etwas Gutes zu tun“ und „rühmliche deutsch-polnische“ Geschichte schreiben zu wollen wurde auch der Wunsch geäußert, „miteinander (zu) leben und arbeiten“. Ein weiteres verwandtes Motiv bildete der Verweis auf

¹⁰⁵ Ein Interviewter äußerte, für ihn seien alle Projekte „im Sinne des deutsch-polnischen Dialogs“ gleichwertig, es hätte keine Eifersucht gegeben und man habe „jedem jedes Projekt (...) gegönnt“ [TR8]. Ein dermaßen selbstloses Zusammenarbeiten scheint schwer vorstellbar zu sein.

den europäischen Gedanken und die Idee des „*Zusammenlebens in Europa ohne Grenzen*“. Ebenfalls in diese Kategorie einordnen lässt sich der Wunsch, „*Grenzen (zu) überwinden*“, sowohl im persönlichen Bereich als auch physisch durch Infrastruktur; hier fühlte man sich als hauptamtliche Kommunalbeamte auch „*in der Pflicht*“ [ED1, ED2, ED5].

Gleichzeitig gaben einzelne Interviewpartner persönliche Motive an. Die Zusammenarbeit bereitete „*unwahrscheinlichen Spaß*“ trotz der „*erheblichen Mehrbelastung*“. Es handelte sich beim EDON um ein „*spannendes Projekt*“. Die zahlreichen Kontakte, auch mit der polnischen Seite, gestalteten die Arbeit sehr attraktiv und der Austausch bot die Möglichkeit, Neues zu lernen. Daneben wurde jedoch auch Kritik an den Entscheidungsträgern geäußert: Bei manchen Partnern bestand anscheinend ein Interesse daran, die geschaffenen, eigenen Förderstrukturen aufrecht zu erhalten [ED1, ED2, ED3, ED4].

4.2.1.3 *Interaktion und Entscheidungsfindung*

Angesichts der Größe des Projektes und der Vielzahl der Akteure im EDON steht zu erwarten, dass sich eine zielgerichtete Entscheidungsfindung als schwierig erwies. Ein wesentliches Merkmal der Zusammenarbeit im EDON, das in mehreren Interviews zum Ausdruck kam, war eine gewisse Asymmetrie zwischen den Akteuren. Diese entstand dadurch, dass die deutschen Partner schon länger in der EU waren und sich daher mit den Förderstrukturen besser auskannten. Die polnische Seite äußerte, von den Deutschen in Bezug auf die Verwaltung von EU-Projekten lernen zu wollen. Dabei hätten sich die deutschen Partner stets hilfsbereit gezeigt und versucht, „*zu erklären und zu helfen*“. Ferner erwiesen sie sich in Bezug auf Probleme, die sich aus dem polnischen Rechtssystem ergaben, als „*sehr geduldig und verständnisvoll*“. Gleichzeitig schienen die deutschen Partner den Polen ein gewisses Misstrauen entgegenzubringen. So begleiteten sie ihre polnischen Partner auf einer Fahrt nach Warschau ins Ministerium,

„nicht um jemanden zu überzeugen, sondern damit sie (die Deutschen) selbst sehen konnten, wie es dort funktioniert und wie weit (die Gesetzgebung) vorangeschritten ist. Alles war offen gelegt“ [EDx]

Diese Asymmetrien haben auch einen Einfluss auf den Governance-Prozess, der im Folgenden an Hand der bereits bekannten Kategorien Konflikt, Wettbewerb, Konsens und Synthese untersucht wird. Das Hauptthema im EDON bestand darin, gemeinsame Ziele und Interessen zu definieren und in konkrete Projekte zu übersetzen. Um dies zu erreichen, waren die Koordinationsformen des Konsens' und der Synthese notwendig. Wie

Kooperationsbeziehungen im deutsch-polnischen Grenzraum. Zur Rolle kultureller und anderer Grenzen aus der Fallstudie zu TRANSLOKAL deutlich wurde, ist ein Abgleich von Erwartungen eine notwendige Vorstufe zu Konsens oder Synthese. Ein solcher Abgleich von Erwartungen erfordert eine offene Diskussion, in der auch konträre Meinungen zur Sprache kommen können. Wie ein Interviewpartner treffend bemerkte:

„Wo so viele Menschen zusammenarbeiten, gibt es laufend Missverständnisse und Probleme, laufend, laufend“ [ED2].

Im EDON schien jedoch die Tendenz zu bestehen, Konflikte zu unterdrücken bzw. nicht offen zu Tage treten zu lassen. Diese Herangehensweise behinderte letztendlich das Finden von gemeinsamen Lösungen, da Konflikte notwendig für einen Interessenausgleich sind.

Zum Zeitpunkt der Datenerhebung wurden einige wichtige Weichenstellungen für die Zukunft des EDON diskutiert, die den Umgang mit Konflikten illustrieren können. Die Gründung eines EVTZ war nicht unter allen Mitglieder unumstritten. Ein Gesprächspartner zeigte sich skeptisch gegenüber der diskutierten Formalisierung bzw. Institutionalisierung des EDON in Form eines EVTZ. Durch einen solchen gerate man stärker in administrative Pflichten, vor allem dann, wenn damit Beitragszahlungen verbunden seien. Dies werde seiner Einschätzung nach vor allem auf deutscher Seite kritisch gesehen. Andere Gesprächspartner wiederum nannten die Gründung eines EVTZ als vordringlichstes Ziel [ED6, ED8]. Diese unterschiedlichen Meinungen zum EVTZ wurden jedoch mehrere Monate lang nicht offen thematisiert. Dies führte dazu, dass

„Vieles, was man vorher aufgebaut hatte an ernsthaftem Interesse, so ein bisschen tot lief dadurch, dass man da mehrere Monate lang nicht so richtig weiterkam“ [ED3].

Ein weiterer Bereich, in dem die Entscheidungen *„nicht einstimmig durchgegangen“* sind, betraf die Größe und die räumliche Ausdehnung des EDON. Ursprünglich waren sowohl Mitgliederzahl als auch räumliche Ausdehnung begrenzt, diese Begrenzung wurde aber aufgehoben. Die Meinungen hierzu waren geteilt: Ein Akteur äußerte, die jetzige Zahl mit 25 Mitgliedern sei die Obergrenze, ein größerer Verbund sei *„nicht mehr handlebar“*. Für einen anderen Gesprächspartner hingegen, der auch eine Institutionalisierung des EDON kritisch sah, waren neue Mitglieder stets willkommen, denn *„je größer die Gemeinschaft, umso stärker ist sie“* [ED1; ED4; ED8].

Zum Umgang mit diesen konfligierenden Positionen wurde geäußert, man bemühe sich darum, einen *„offenen Dialog“* aufrecht zu erhalten, immer zu vermitteln und rational

mit dem Nutzen der Zusammenarbeit zu argumentieren, dies erfordere jedoch einen „ständige(n) Kampf“ [ED2, ED7]. Ein wirklich offener Dialog schien jedoch nicht zu Stande gekommen zu sein. Es bestand die ungeschriebene Regel, dass

„sich die polnische Seite nicht mit der deutschen Seite (streitet), denn wir sind Partner. Wenn es Probleme unter den Partnern auf der deutschen Seite gibt, oder auf der polnischen, dann mischt sich die andere Seite nicht ein. Das ist eine inoffizielle Regel“ [ED7].

Auf polnischer Seite wurde bei Uneinigkeit über ein Projekt diskutiert. Es bestand der Konsens, dass zuerst die inhaltliche Ausrichtung festgelegt und dann erst die Umsetzung diskutiert wurde. Gleichzeitig zeigte sich auf polnischer Seite eine größere Bereitschaft seitens der Bürgermeister, eine Entscheidung zu treffen. Auf deutscher Seite wurde ein gewisses Widerstreben kritisiert, unterschiedliche Meinungen und Streit zuzulassen. Daher wurden bestimmte strittige Themen entweder gar nicht erst auf die Tagesordnung der Regionalkonferenzen gesetzt oder man bemühte sich darum, bereits vorher in kleinem Kreis eine Lösung zu finden. Konflikte wurden also teilweise unterdrückt, um so einen Konsens, dem aber nicht alle Mitglieder gleichermaßen zustimmten, durchzusetzen [ED3, ED4, ED6].

Die fehlende Ergebnisoffenheit der Diskussion, vor allem auf deutscher Seite, führte auch dazu, dass von einmal getroffenen Entscheidungen nur sehr schwer abgerückt wurde. Außerdem wurde auf der deutschen Seite eine gewisse Intransparenz in Bezug auf die Abläufe kritisiert und angemerkt, dass der Informationsfluss noch verbessert werden könnte. Bemängelt wurde,

„dass wir über die Konferenzen, was ja die Plattform ist, doch zu wenig von dem Rundherum erfahren. Wir haben Beschlüsse gekriegt, denen wir zustimmen oder die wir ablehnen konnten und wir konnten Fragen stellen. Warum es aber dazu kam, war mir nicht bewusst“ [ED4].

Dies betraf insbesondere die Aktivitäten der Geschäftsstelle, die als „sehr undurchsichtig“ bezeichnet wurden. Entscheidungen und Maßnahmen erfolgten in enger Absprache mit einem Schlüsselakteur und wurden nur schlecht an die anderen Partner weitergegeben. Weiterhin erfolgte Kritik an der Entscheidungsfindung und am Abstimmungsmodus: Die Abstimmungen waren so gestaltet, dass den aktiven Gemeinden ein überdurchschnittliches Gewicht zukam. Ein Interviewpartner formulierte überspitzt:

„Wenn von 25 Mitgliedern nur fünf da sind und eine einfache Mehrheit entscheidet, dann können drei sagen, was los ist.“ [ED4]

Entschlüsse, die auf diese Weise zu Stande kamen, mussten dennoch von allen Mitgliedern getragen werden. Darüber hinaus war für die nicht im Vorstand vertretenen Gemeinden oft unklar, wie die Beschlüsse, die auf den Regionalkonferenzen verabschiedet wurden, zu Stande kamen [ED4].

In den bilateralen Projekten zwischen zwei Partnergemeinden bestanden ebenfalls potenzielle Interessenkonflikte auf Grund von unterschiedlichen Vorstellungen. Allerdings ist wegen der teilweise sehr vorsichtigen Wortwahl der Beteiligten schwer auszumachen, wie gravierend diese tatsächlich waren. Das folgende Beispiel handelt von einer neu zu errichtenden Fähre zwischen den beiden Gemeinden Boleszkowice und Letschin. Die deutsche Seite bevorzugte eine Fußgänger- und Fahrradfähre, die Polen hingegen favorisierten eine Autofähre ähnlich der bereits bestehenden zwischen Güstebieser Loose und Gozdowice¹⁰⁶. Die dadurch implizierten Konflikte wurden jedoch auch hier wieder nur angedeutet:

„Dann hat Letschin den Boleszkowicern das mitgeteilt, na ja, wenn Ihr meint, und so, die (Polen) sind dann zwar sehr freundlich, aber man merkt dann doch, dass sie nicht so begeistert sind von diesen Sachen“ [ED1].

Auch in diesem Zitat wird eine gewisse Asymmetrie deutlich, die deutsche Seite schien ihre Interessen durchsetzen zu wollen. Allerdings wurde nicht aufgelöst, wie in solchen Fällen eine Vermittlung oder Entscheidung erfolgte. Dies legt den Schluss nahe, dass entsprechende Vermittlungsstellen wenig oder gar nicht vorhanden waren¹⁰⁷.

Wie bereits am Fall von Guben und Gubin deutlich wurde, funktionierte die Zusammenarbeit nur dann, wenn alle Seiten für sich einen Nutzen der Kooperation sahen. Das Ziel, einen gemeinsamen Nutzen von 25 Mitgliedern zu definieren und gemeinsame Strukturen zu entwickeln, ist jedoch äußerst ambitioniert. Darüber hinaus schien es an geeigneten Persönlichkeiten zu mangeln, die über ausreichend Einfluss und interkulturelle Kompetenz verfügten, um gemeinsame Interessen zu moderieren und zu definieren [ED1, ED3]. Ein Abgleich von Interessen war größtenteils nicht erfolgt, dieser bildet aber eine wichtige Bedingung für die Governance-Formen des Kompromisses und der Synthese.

¹⁰⁶ Siehe auch das folgende Kapitel „Ergebnisse der Kooperation“. Diese Fähre ist allerdings aus verschiedenen Gründen häufig außer Betrieb und taugt daher nur bedingt zum Vorbild.

¹⁰⁷ Die zentrale und möglicherweise die einzige echte Vermittlungsinstanz war der zweisprachige Projektmanager, der aus BorderCrossing-Mitteln finanziert worden war.

Dennoch zeichnete sich im Laufe der Zusammenarbeit eine Entwicklung ab, die von der reinen Diskussion hin zur Umsetzung durch Projekte führte:

„Dass wir uns konkretere Ziele setzen und nicht mehr nur palavern. Nicht mehr nur Worthülsen ins Feld bringen und versuchen, damit Leute zu begeistern, sondern ganz konkrete Ziele definieren“ [ED5].

Ein Schritt in diese Richtung war es auch, die anfangs offenen Regionalkonferenzen in einen allgemeinen und einen internen Teil nur für Mitglieder, in dem *„kein Blatt vor den Mund genommen“* wurde, aufzuteilen [ED5]. Das offene Austragen von Konflikten und die Beseitigung der Asymmetrie zwischen den deutschen und den polnischen Partnern wären wichtige Schritte hin zu einem fairen und allen Seiten angemessenen Interessenausgleich.

4.2.1.4 Ergebnisse der Kooperation

Die Ergebnisse der Kooperation lassen sich, wie auch in der ersten Fallstudie, an Hand der Aspekte konkrete Ergebnisse, indirekte Ergebnisse, lokale Einbindung und Zielerreichung darstellen. Hinweise auf die konkreten Ergebnisse des EDON liefert eine Liste von 77 prioritären Projekten, die in den drei Arbeitsgruppen erarbeitet wurde. Hiervon entfielen 27 Projekte auf den Bereich Wirtschaft und Tourismus, 37 Projekte auf den Bereich Bildung / Kultur / Jugend und 13 Projekte auf den Bereich Verkehr / Infrastruktur¹⁰⁸. Ziel war es, solche Projekte zu entwickeln, die sich für eine INTERREG IVA-Förderung qualifizierten [ED1].

Das wichtigste bereits umgesetzte Projekt war sicherlich die Fähre „Bez Granic“ zwischen Gústebieser Loose (Gemeinde Neulewin) und Gozdowice (Gemeinde Mieszkowice). Dieses Projekt galt als ein Vorzeigeprojekt, das auch überregional für Aufmerksamkeit sorgte, da es sich immerhin um die erste deutsch-polnische Fährverbindung über die Oder handelte¹⁰⁹. Davon inspiriert bestanden Planungen für weitere Fährverbindungen: Auch zwischen Kienitz (Gemeinde Letschin) und Porzecze

¹⁰⁸ Diese Aufschlüsselung ergibt sich aus drei Dokumenten, die vom Projektbüro in Neulewin zur Verfügung gestellt wurden.

¹⁰⁹ Die wiedererrichtete frühere Fährverbindung konnte zum 20.10.2007 in Betrieb genommen werden. Die Fähre „Bez Granic“ hat eine Kapazität von bis zu 6 PKW und 20 Personen. Sie wird von der polnischen Seite betrieben. Die Finanzierung erfolgte zum Großteil durch die Euroregionen Pomerania (polnische Seite) und Pro Europa Viadrina (deutsche Seite). Allerdings kam es während der Projektumsetzung zu häufigen Terminverzögerungen, die grenzübergreifenden Absprachen verliefen nur schleppend und auch der Fährbetrieb lief nicht reibungslos [ED3]; (Gerlach 2007).

(Gemeinde Boleszkowice) sollte eine vor dem Zweiten Weltkrieg bereits bestehende Verbindung reaktiviert werden. Ebenfalls in Planung befand sich eine Verbindung zwischen Lebus und Nowy Lubusz (Gemeinde Słubice). Als zweites bereits verwirklichtes Projekt von der Liste wurde die Öffnung des Grenzübergangs Hohenwutzen – Osionów Dolny für den Busverkehr genannt [ED1], die übrigen 75 Projekte hingegen warteten noch auf ihre Umsetzung.

Ein regelmäßig stattfindendes Ereignis mit breiter Ausstrahlung waren die Feiern zum Europatag Anfang Mai, die abwechselnd in verschiedenen Mitgliedsgemeinden ausgerichtet wurden. Das erste derartige Fest fand 2006 in Mieszkowice, 2007 dann in Kostrzyn und 2008 in Barlinek statt. Anlässlich des Kostrzyner Europatages waren aus allen 20 Partnergemeinden Vereine vertreten, die das Programm bestritten. Darüber hinaus wurde die Odernixe als gemeinsames Wahrzeichen oder Wappen für die Region entwickelt und der Name „Oderland / NadOdzre“ als auf beiden Seiten akzeptierte Bezeichnung eingeführt [ED1; ED2; ED3; ED5].

Verschiedene, allerdings vertraglich nicht-bindende Vereinbarungen wurden abgeschlossen, z.B. die Willensbekundung zur Zusammenarbeit, Vereinbarungen zur Wahl des Vorstands, eine Geschäftsordnung sowie Statuten zur Gründung eines EVTZ. Darüber hinaus bestanden bei Investitionsprojekten bi- oder multilaterale Vereinbarungen zwischen den beteiligten Partnern, in der Regel zwischen den Partnergemeinden [ED1; ED3; ED8].

In den Bereich der indirekten Ergebnisse sind sicherlich die entstandenen Bindungen und Kontakte einzuordnen. Dies betraf zunächst vor allem die bereits bestehenden Kontakte zu den Partnergemeinden, die auf eine neue Ebene gehoben wurden, so

„dass sie von allgemeinen Freundschaftskontakten richtig in Arbeitsgespräche übergehen“ [ED5].

Auch der Ton gegenüber dem Bürgermeister-Pendant auf der anderen Seite wurde ungezwungener. Die Treffen hatten nach einiger Zeit der Zusammenarbeit einen weniger offiziellen Charakter als zu Anfang und konnten daher auch kurzfristiger anberaumt werden, wenn ein konkreter Anlass bestand [ED7].

Neben der Intensivierung der Kontakte zwischen den Partnergemeinden ergaben sich auch zu den anderen EDON-Gemeinden Kontakte. Hier wurde unter anderem angegeben, man verfügte nun über ein Netzwerk von Kontakten, auf das bei konkreten

Projektideen zurückgegriffen werden konnte. Von polnischer Seite wurde geäußert, dass man die deutsche Seite, deren Arbeitsweise und die Funktionsweise der deutschen Verwaltung nun besser einschätzen könne. Als besonders wichtig galt es jedoch, die Personen kennengelernt zu haben. Durch dieses bessere Kennenlernen entstanden auch Bindungen. In einem deutschen Interview wurde geäußert, dass eigene Vorurteile abgebaut und das Wissen darüber, wie mit der polnischen Seite umzugehen sei, vergrößert wurden [ED1; ED3; ED4; ED6; ED7].

Es scheint jedoch verfrüht, bereits von echten und belastbaren grenzübergreifenden Bindungen zu sprechen. Zwar wurde geäußert, das bessere Kennenlernen hätte ein „*Vertrauensverhältnis*“ entstehen lassen. Dennoch betraf dies, wenn überhaupt, nur einzelne Akteure, die einen regelmäßigen Kontakt pflegten, beispielsweise durch die Vorstandssitzungen. Auf den Regionalkonferenzen hingegen, zu denen regelmäßig neue Mitglieder hinzukamen, befand man sich immer noch in der „Kennenlern-Phase“. In Einzelfällen scheinen Bindungen zwischen den Akteuren entstanden zu sein, die auch über die offizielle Amtszeit hinaus bestehen bleiben könnten. Allerdings wurde angezweifelt, dass diese Bindungen im Falle von Problemen besonders belastbar seien, da man nicht offen über Schwierigkeiten reden konnte [ED 2; ED3; ED5; ED6; ED7].

Die grenzübergreifende Kooperation verfügte auch über eine lokale Verankerung. Die bestehenden Partnerschaften zwischen den Gemeinden fanden nicht nur auf Verwaltungsebene statt. Vielmehr wurden grenzübergreifende Aktivitäten von Vereinen, Seniorengruppen und Schülern gezielt gefördert und angeregt. Ein weiterer wichtiger Träger gesellschaftlicher Aktivität auf beiden Seite der Oder war die Feuerwehr. Die Intensität des grenzübergreifenden Kontakts schien mit Dauer der Städtepartnerschaft zuzunehmen. Abseits der Vereine und Institutionen gestaltete sich die Kontaktaufnahme aber eher schleppend. Von polnischer Seite wurde außerdem angemerkt, dass das Interesse von deutscher Seite nicht immer vorhanden war. Während beispielsweise im Kindergarten der Austausch gut funktionierte, kämen die Jugendlichen nicht mehr so gerne nach Polen [ED2; ED4; ED5; ED6].

Wie im Verlaufe der Fallstudie deutlich wurde, handelt es sich beim EDON um eine noch relativ junge oder unreife Kooperation, was bei einer Analyse der Zielerreichung berücksichtigt werden muss. Die Zielstellung des EDON lässt sich in drei zentralen Punkten zusammenfassen: Erstens die Beförderung einer gemeinsamen Region, zweitens die Erzeugung kritischer Masse, gerade in Bezug auf die Artikulation und

Interessendurchsetzung gegenüber der Landes-, Bundes- und europäischen Ebene und drittens die Akquirierung von (europäischen) Fördermitteln. Als Königsweg zur Erreichung dieser Ziele wählte der EDON die Gründung eines EVTZ. Dieses Ziel konnte wegen der bestehenden Rechtslage in Polen, möglicherweise aber auch der Skepsis einiger Mitgliedsgemeinden, bislang nicht verwirklicht werden. Dennoch wurden Schritte unternommen, um auf dem Weg zum EVTZ ein Stück weiter zu voranzukommen. Auf deutscher und auf polnischer Seite sollte jeweils ein Verein gegründet werden und diese Vereine dann miteinander eine Kooperationsvereinbarung abschließen [ED1; ED2; ED6].

Die Entwicklung einer gemeinsamen Region ist ein ambitioniertes und nur langfristig zu erreichendes Ziel. Dennoch hatte sich, so ein Interviewpartner, etwas im Denken verändert, der frühere Radius von 180 Grad, der an der Oder endete, wurde erweitert auf 360 Grad [ED2]:

Früher endete die Region an der Oder, auf beiden Seiten, und heute sind wir zu der Erkenntnis gelangt, dass wir eine Region sind“ [ED07P:7].

Auch die Interessenartikulation gegenüber den höheren administrativen Ebenen bzw. die gemeinsame Lobbyarbeit schien auf einem guten Weg zu sein, es wurde über Auftritte des deutschen EDON-Vorstandsvorsitzenden bei der Deutsch-Polnischen Regierungskommission oder im Potsdamer Landtag berichtet sowie einen Vortrag gemeinsam mit dem polnischen Kollegen auf einer Konferenz in Frankreich. Solche Auftritte fanden einerseits gemeinsam statt, andererseits war jeder der beiden zuständig für „sein“ Land. Dabei zeigten sich die zentralen Akteure durchaus stolz auf das Erreichte. In einem Interview wurde die Einschätzung geäußert, man habe durch die Initiative bereits „*rühmliche deutsch-polnische Geschichte*“ geschrieben [ED1; ED2; ED7].

Dennoch wurden auch Zweifel am Mehrwert und Nutzen des EDON geäußert. Die Struktur der Städtepartnerschaften war bereits etabliert und hier funktionierte auch die Projektentwicklung. Es wurde ein Beispiel genannt, in dem ein über den EDON bei der Euroregion eingereichtes Projekt abgelehnt wurde. Daraufhin stellte man, wie bisher auch, den Antrag wieder direkt als Gemeinde und bekam ihn auch prompt bewilligt [ED3; ED4]. Solche Begebenheiten verschärften das Legitimationsproblem, das der EDON ohnehin gegenüber einigen seiner Mitglieder hatte. Diese waren zwar Teil der Partnerschaft, allerdings von deren Zielen oder Nutzen noch nicht vollständig überzeugt.

Es wurde an verschiedener Stelle angemerkt, dass man

„das Gefühl (hat), dass noch nicht allen EDON-Mitgliedern klar ist, warum EDON geschaffen wurde.“ [ED4].

Daher wurde auch, analog zur europäischen Diskussion, ein „Eurodistrict der zwei Geschwindigkeiten“ in Erwägung gezogen, mit einem Kern von stärker institutionell aneinander gebundenen Gemeinden.

4.2.1.5 Institutionalisation

In mehreren Interviews klang an, dass sich der EDON zum Zeitpunkt der Datenerhebung an einem Scheideweg befand, was seine weitere Entwicklung betraf. Nachdem die Gründung eines EVTZ sich schwieriger gestaltete, als gedacht verflüchtigte sich der Anfangsschwung. Hierdurch trat wieder eine größere Distanz ein und es zeigte sich,

„dass auch die Bereitschaft, tatsächlich so einen EVTZ zu gründen, dass die abnahm. Die Leute kamen weniger zu den Regionalkonferenzen, an den Vorstandssitzungen (...) nahmen auch weniger Leute teil und an den Workshops.“ [ED3]

Wie bereits geschildert, wurde als Übergangslösung, bis ein EVTZ auch nach polnischem Recht möglich wäre, die Gründung je eines Vereins auf polnischer und auf deutscher Seite avisiert, die dann einen Kooperationsvertrag miteinander abschließen sollten. Gerade auf deutscher Seite schien eine Vereinsgründung jedoch nicht gewiss zu sein. Hierfür waren sieben von zwölf deutschen Mitgliedern notwendig und die Vereinsgründung musste durch die Amtsausschüsse genehmigt werden. Der kritischste Punkt betraf die notwendigen finanziellen Aufwendungen in Form eines Vereinsbeitrags. Hierdurch könnten einige Mitglieder ihr Engagement noch einmal überdenken bzw. sich zurückziehen:

„Ich denke, mit der Gründung dieser Vereine wird jetzt eine Sortierung kommen, weil jetzt Geld dran hängt“ [ED4].

Es deutete sich somit an, dass die Zusammenarbeit sich entweder mit weniger Akteuren vertieft oder dass sie mit der gleichen Anzahl von Akteuren nicht weiter institutionalisiert wird.

Darüber hinaus wurde das Projekt von einigen zentralen Akteuren geprägt und vorangetrieben. Die Abwahl des Vorstandsvorsitzenden auf deutscher Seite im Juni 2008 führte auch zu einer Umstrukturierung der Zuständigkeiten. Nun war nicht mehr das Amt

Barnim-Oderbruch sondern Dębno die geschäftsführende Gemeinde. Die Geschäftsstelle in Neulewin wurde aufgelöst, der Amtsausschuss Barnim-Oderbruch verweigerte weitere Zahlungen an den Verein Bez Granic oder die Deutsch-Polnische Regionalentwicklung (DePoRe) in Neulewin (Hendrich 2008). Beide waren eng mit der Person des alten Amtsdirektors verknüpft. Unter der Federführung von Dębno fanden weiterhin Regionalkonferenzen und Vorstandssitzungen statt, allerdings mit geringerer Intensität. Das Thema des EVTZ schien noch nicht vom Tisch zu sein, allerdings stand auch keine baldige Gründung zu erwarten¹¹⁰.

Hiermit scheint sich die Einschätzung eines Interviewpartners zu bewahrheiten, dass, ohne eine mehrjährige Anschlussfinanzierung für Projektkoordination und –management die Initiative sich „irgendwann totläuft“ [ED3D]. Ohne ausreichende finanzielle und personelle Ressourcen, so die Einschätzung eines weiteren Interviewpartners, könnte keine nachhaltige, also eine längerfristige und institutionalisierte, Kooperation gewährleistet werden.

„Die Zusammenarbeit (...) muss natürlich von irgendwoher gesteuert werden. Wenn diese Steuerung wegfällt, droht das natürlich in dem Moment, wo es sich nicht institutionalisiert hat, wieder in diese alte Kategorie zurückzufallen, sich nur zu besuchen zu verschiedenen Veranstaltungen und das war's“ [ED1].

Die Koordinierung der zahlreichen Akteure ist aufwändig, hierfür müssten mehrere Personen eigens abgestellt werden, um die einmal erreichte Kontaktintensität beizubehalten und möglichst zu steigern. Notwendig ist ebenfalls, dass in der Koordinierungsstelle beide Sprachen gesprochen werden bzw. die zentralen Akteure zweisprachig sind oder sich auf eine gemeinsame Verständigungssprache einigen, um sich über den „kurzen Draht“ verständigen zu können [ED3; ED8]. Diese Anforderungen sind bis auf weiteres nicht gegeben, daher ist mit einer Weiterführung der Kooperation allenfalls in Form eines losen Zusammenschlusses zu rechnen.

¹¹⁰ Diese Informationen wurden in einem Telefonat mit einem Vorstandsmitglied am 4.5.2010 erteilt.

4.2.2 Kulturelle und andere Grenzen

4.2.2.1 Grenzen als Kontext

Die Bedeutung der deutsch-polnischen Grenze als Kontext der Kooperation lässt sich unter den bereits aus TRANSLOKAL bekannten drei Aspekten „Regionale Identität“, „Periphere Lage“ und „Veränderung von Grenzen“ betrachten. Auf die Geschichte und Identität der Region wurde in mehreren Interviews Bezug genommen. Der deutsche Teil des EDON liegt größtenteils in der Kulturlandschaft des Oderbruchs, das über eine eigenständige, historisch begründete regionale Identität verfügt:

„Das ist schon einfach geschichtsbedingt, das Oderbruch ist das Oderbruch“ [ED4].

In der Wojewodschaft Lubuskie hingegen bildet sich erst in jüngere Zeit ein Art regionale Identität heraus.

„Noch vor 20 Jahren waren die Dörfer in der Umgebung in einem katastrophalen Zustand, weil die Menschen, die herkamen, davon überzeugt waren, dass sie nur vorübergehend hier bleiben würden, da sie ihren Besitz im Osten zurückgelassen hatten [ED7].

Die Mentalität der gepackten Koffer und das Gefühl des Provisoriums herrschten jedoch auch auf deutscher Seite vor. Durch die Vertreibungen waren die Deutschen gezwungen gewesen, sich ihre Existenz auf der anderen Seite der Oder aufzubauen, *„und dieses Müssen ist noch irgendwo in den Köpfen“ [ED5]*. Sowohl von deutscher als auch von polnischer Seite erfolgte der Verweis darauf, dass erst die jüngere Generation richtig in der Region angekommen sei. Dementsprechend könnte eine grenzübergreifende Identitätsbildung, wenn überhaupt, nur mit dieser jüngeren Generation stattfinden. Dieser fehlt die eigene Erinnerung an Kriegszerstörungen und Vertreibungen sowie an die Zeit, als die Oder als abgeschottete Grenze mit Verboten behaftet war. Hierfür bedarf es jedoch eines langen Atems und auch die Interviewpartner betrachteten die Herausbildung einer deutsch-polnischen Identität als eine Aufgabe für die kommenden beiden Generationen [ED5; ED6; ED7].

Die gemeinsame periphere Lage wurde ebenfalls als verbindendes und identitätsstiftendes Moment angeführt:

„Es war schon immer in der Geschichte so, es entstehen Grenzgebiete, und die Menschen, die in den Grenzgebieten leben, unterscheiden sich von anderen Menschen in ihrem Land. Das muss so sein“ [ED7].

Gleichzeitig erschloss sich aus der Lage an der Peripherie die Notwendigkeit, einen grenzübergreifenden gemeinsamen Wirtschaftsraum zu entwickeln. Die besten oder gar einzigen Chancen auf eine wirtschaftliche Entwicklung wurden in der grenzübergreifenden Kooperation gesehen. Der Standortnachteil der Lage an der Landesgrenze sollte zum Standortvorteil umgewandelt werden [ED2; ED6; ED7].

Auch im Gebiet des EDON stellte, ähnlich wie im Projekt „TRANSLOKAL“, der EU-Beitritt Polens einen Meilenstein in der Zusammenarbeit dar. Die Resonanz der polnischen Seite zu gemeinsamen Projekten war zu Anfang der Zusammenarbeit verhalten. Der EU-Beitritt und die damit verbundene Aussicht auf Fördergelder bildeten eine wichtige Motivation:

„Das ging erst richtig los, als Polen in der EU war und dann diese Möglichkeiten größer wurden, letztendlich auch der Finanzierung“ [ED1].

Die Einschätzungen, inwieweit durch das Schengener Abkommen die Grenze endgültig verschwunden ist, variierten. So wurde auf polnischer Seite geäußert, die Oder sei heute

„kein Problem als Grenze, sondern ein Problem als natürliche Barriere aus Wasser, die man überwinden muss“ [ED7].

Von deutscher Seite hingegen wurde zu bedenken gegeben, dass die Grenzöffnung und der damit verbundene Verlust der Schutzfunktion für Teile der deutschen Bevölkerung zu schnell kam. Die Menschen fühlten sich teilweise „*alleine gelassen*“ und seien beispielsweise durch das Schengener Abkommen, „*überfahren*“ worden [ED5].

4.2.2.2 Grenzen in der Kooperation

Bei den Auswirkungen von verschiedenartigen Grenzen auf die Kooperation im EDON wird, wie in der ersten Fallstudie auch, unterschieden zwischen wirtschaftlichen Grenzen, politisch-administrativen Grenzen und kulturellen Grenzen. Wirtschaftliche Grenzen ergaben sich durch den unterschiedlichen Entwicklungsstand der beiden Länder und große Unterschiede bei der Infrastrukturausstattung. Während die deutsche Seite sich für Radwege und naturnahen Tourismus einsetzte, war eine solche Zielsetzung in Polen der Bevölkerung nur schwer zu vermitteln. Hier bestanden „*sehr viele elementare Mängel in der Infrastruktur*“, z.B. in den Kanalisations- und Abwassernetzen oder in Form von Neubaugebieten ohne Straßenanschluss, so dass die Zielsetzung in Polen eine andere war. Die Radwege spielten allenfalls als Zusatz zu den anderen und notwendigeren Investitionen eine Rolle. Gleichzeitig wurde von deutscher Seite

beobachtet, dass die wirtschaftliche Entwicklung in Polen äußerst dynamisch war und eine sichtbare Angleichung der Lebensverhältnisse nach dem EU-Beitritt Polens viel schneller stattfand als erwartet [ED2; ED7].

Wie bereits in der Fallstudie TRANSLOKAL kam auch im EDON den politisch-administrativen Grenzen eine hohe Bedeutung zu. Da ein zentrales Ziel die Akquirierung von INTERREG-Mitteln war, spielten die Euroregionen, die für die Vergabe dieser Mittel zuständig waren, eine wichtige Rolle. Die Partnergemeinden lagen in verschiedenen Euroregionen, die deutschen Gemeinden in der Euroregion Viadrina und die polnischen Gemeinden mit Ausnahme von Kostrzyn in der Euroregion Pomerania. Die bestehenden Städtepartnerschaften im EDON orientieren sich an geographischer Nähe, fielen damit aber in den Zuständigkeitsbereich von zwei Euroregionen. In der EU-Förderperiode 2007 bis 2013 war eine Vergabe von Mitteln außerhalb der Euroregion nicht mehr ohne weiteres möglich. Der Zuschnitt der Euroregionen stellte daher eine wichtige politisch-administrative Grenze dar [ED1; ED2; ED6].

Auch die unterschiedlichen Rechtssysteme waren als politisch-administrative Grenze spürbar, insbesondere in Bezug auf die Umsetzung des EU-Rechts. Während das Gemeinschaftsrecht in Deutschland bereits implementiert war, stand Polen vor der Herausforderung, ein sich nach der Transformation immer noch veränderndes Rechtssystem gleichzeitig um Vorgaben des europäischen Rechts zu ergänzen [ED7]. Aus diesem Grund wurde auch entschieden, den Sitz eines EVTZ auf deutscher Seite einzurichten. Die Polen waren

„in der Mehrzahl der Meinung (...), das deutsche Recht ist transparenter, es ist über viele Jahre in der Europäischen Union, es ist eingeschliffen, es gibt weniger Sachen, die sich ändern als in der polnischen Gesetzgebung. Wir trauen unseren eigenen Strukturen nicht so ganz, das deutsche Recht ist überschaubarer und die Strukturen sind vorhersehbarer, verlässlicher. Also lieber das deutsche Recht.“ [ED3]

Neben dem Misstrauen in die eigenen staatlichen Strukturen zeigt sich hier auch eine gewisse Bereitschaft der polnischen Seite zum rational-pragmatisch begründeten Kompromiss.

Die mangelnde Autonomie der regionalen und lokalen Ebenen in Polen, die im TRANSLOKAL-Projekt ein zentrales Problem darstellte, wurde im EDON nur am Rande thematisiert. Es wurde bemerkt, dass auf polnischer Seite bei einer Ansage von einer übergeordneten Stelle der kommunalen Ebene die Hände gebunden waren. Größere Entscheidungen auf der polnischen Seite mussten stets auf der regionalen oder

nationalen Ebene abgesegnet werden. Die deutsche Seite neigte manchmal dazu, die unterschiedlichen Rechtssysteme zu vernachlässigen und die Tatsache, dass Polen ein Zentralstaat ist, zu ignorieren [ED1; ED4; ED8]. Möglicherweise erklärt sich dieser relativ gelassene und indifferente Umgang mit der Hierarchie auf der polnischen Seite daraus, dass der EDON sich eher in einer Zielfindungs- als in einer Projektumsetzungsphase befand. Die Grenzen auf Grund der politisch-administrativen Hierarchie werden jedoch erst dann deutlich, wenn konkrete Vorhaben umgesetzt werden sollen.

Thematisiert wurde jedoch die Hierarchie auf kommunaler Ebene, was die Stellung der Bürgermeister und Amtsdirektoren betraf. Die Position der polnischen Bürgermeister innerhalb ihrer Gemeinden wurde als relativ stark wahrgenommen:

„Der Bürgermeister dort (in Polen) ist eben der Bürgermeister, und der hat einen sehr hohen Stellenwert in der Hierarchie der Gemeinde, und wenn der Bürgermeister was anordnet, dann wird das auch durchgeführt.“ [ED5].

Die Bereitschaft, eine Entscheidung zu treffen, scheint seitens der polnischen Bürgermeister viel größer gewesen zu sein. Wenn ein polnischer Bürgermeister vom Sinn eines Projektes überzeugt war, erteilte er eine Zusage und vertraute darauf, seinen Gemeinderat später zu überzeugen und auf die notwendigen finanziellen Mittel zugreifen zu können. Die deutschen Bürgermeister und Amtsdirektoren hingegen sahen sich häufig auf Grund der Strukturen nicht in der Lage, schnelle Entscheidungen zu treffen. Sie waren viel stärker als die polnische Seite darauf angewiesen, erst die Zustimmung ihrer Gremien einzuholen [ED1; ED3].

Im Bereich der kulturellen Grenzen hatte auch im EDON die Sprachgrenze deutliche Auswirkungen auf die Kooperation. Nahezu alle Kontakte mussten gedolmetscht werden. Für die formellen Treffen wie Vorstandssitzungen und Regionalkonferenzen wurden professionelle Dolmetscher engagiert, die Arbeitsgruppentreffen wurden ebenfalls gedolmetscht. Die einzige zweisprachige Person war der im Rahmen von BorderCrossing angestellte Projektmanager. Wie zu erwarten, waren die Fremdsprachenkenntnisse asymmetrisch verteilt und die Deutschkenntnisse auf der polnischen Seite deutlich besser ausgeprägt. Bei bilateralen Treffen zwischen den Partnergemeinden sorgte meist die polnische Seite für einen Sprachmittler oder brachte einen deutschsprachigen Mitarbeiter mit:

„Also eigentlich ist die polnische Seite immer diejenige, die dafür sorgt, dass sie sich verständigen können, das finde ich immer sehr nett und entgegenkommend“ [ED8].

Teilweise sprachen die polnischen Bürgermeister auch Deutsch¹¹¹. Es bestand jedoch eine gewisse Zurückhaltung, diese Sprachkenntnisse im offiziellen Rahmen anzuwenden, möglicherweise aus Scham, die Fremdsprache falsch zu verwenden [ED1; ED7]. Im informellen Rahmen war jedoch, beispielsweise zwischen den Bürgermeistern der Partnergemeinden, eine direkte Verständigung auf Deutsch möglich:

„So persönlich am Rande, mit meinem Bürgermeister aus xxx, wenn wir dann am Stadtfest stehen und irgendwas wird erklärt, dann macht der das auch auf Deutsch“ [ED5].

Vereinzelt bestanden auch entsprechende Bemühungen auf der deutschen Seite, manch eine deutsche Gemeinde hat polnischsprachige Mitarbeiter und ein Projektpartner lernte ernsthaft Polnisch. Daher war zu informellen Anlässen und mit den richtigen Personen eine direkte, wenn auch einfache Verständigung deutsch-polnisch möglich und *„nach dem ersten oder zweiten Bier verstehen wir uns besser“* [ED1; ED5; ED7]. Allerdings war durch die unvollkommenen Sprachkenntnisse eine Verständigung über wirklich relevante Themen nicht möglich:

„Man sollte möglichst nicht über größere Politik und über Geschäfte und Wirtschaft sprechen“ [ED1].

Auch Englisch als Option der Verständigung spielte für die meisten Interviewten keine Rolle¹¹². Ein polnischer Bürgermeister gab an, er unterhalte sich mit einem deutschen Kooperationspartner auf Russisch. Der Vorteil der Verständigung in einer Fremdsprache wie Russisch oder Englisch liegt darin, dass sich die Partner auf Augenhöhe befinden. Es besteht nicht die Gefahr, dass sich nur eine – meist die polnische – Seite durch Fehler in der Sprachverwendung blamiert. Auch ein Interviewpartner bestätigte, dass es

„perspektivisch (...) für den Eurodistrict schon gut (wäre), wenn es gelingen würde, eine gemeinsame Sprache zu finden“ [ED3].

¹¹¹ Diese Sprachkenntnisse offenbarten sich manchmal erst im Laufe des Projektes: *„Als wir zurückgefahren sind, haben uns Polen über diese Region Vorträge gehalten, in Deutsch, wo wir nicht wussten vorher, dass die Deutsch können“* [ED1]. Die Gründe für diese Zurückhaltung der polnischen Seite sind nicht weiter bekannt; ein polnischer Interviewpartner gab an, er verstehe Deutsch gut, aber er schäme sich, bei offiziellen Anlässen zu sprechen.

¹¹² Die oben getätigten Aussagen gelten hauptsächlich für die Bürgermeister und Amtsdirektoren, die für diese Fallstudie interviewt wurden. Auf Ebene der Mitarbeiterinnen auf polnischer Seite wird teilweise so gut Englisch oder Deutsch gesprochen, dass eine reibungslose Verständigung möglich ist [ED3].

Die deutsch-polnische oder regionale Geschichte wurde in der Zusammenarbeit an verschiedener Stelle thematisiert. Einhellig wurde die Meinung geäußert, dass vor allem die polnische Seite sehr geschichtsbewusst sei und sich mit der (regionalen) Geschichte beschäftigte. Die Geschichte wurde als in der Region sehr präsent und sichtbar empfunden, beispielsweise in Kostrzyn (Küstrin) mit seiner zerstörten Altstadt, und wirkte auch in den Erfahrungen der älteren Generation noch nach. In den vergangenen Jahren hatte sich jedoch der Umgang miteinander entspannt und dies wirkte sich auch auf den Umgang mit der Geschichte aus. So wurde es nicht mehr als problematisch angesehen, die polnischen Orte mit ihren alten deutschen Ortsnamen zu bezeichnen. Gleichzeitig betonte aber vor allem die polnische Seite, zwar müsse man die Geschichte kennen, diese spielte aber keine Rolle in der Zusammenarbeit. Vielmehr wurde der Blick vorangig auf die Zukunft und die konkreten Projektziele gerichtet [ED1; ED5; ED6; ED7].

Grenzen auf Grund persönlicher Erfahrungen (oder Nicht-Erfahrungen) schließlich zeigten sich darin, dass teilweise noch starke Vorbehalte gegenüber den Partnern vorhanden waren. Diese kamen insbesondere in Interviews mit den deutschen Projektbeteiligten zum Ausdruck. So hatte ein Interviewpartner die Erfahrung gemacht, dass die zuständigen Stellen für grenzübergreifende Zusammenarbeit teilweise mit der Einstellung „*mit den Polen klappt es sowieso nicht*“ in die Kooperation gingen. Dies erwies sich als kontraproduktiv und wurde auf der polnischen Seite durchaus wahrgenommen. Auch das bereits geschilderte fehlende Vertrauen der deutschen Seite in die polnischen Partner liegt möglicherweise in den vorhandenen Vorbehalten begründet [ED1; ED7].

4.2.2.3 *Bezugsebene*

Für den EDON bildeten sowohl die regionale als auch die europäische Ebene wichtige Bezugspunkte der Kooperation. Auf die regionale Ebene wurde bereits in der Zielstellung des Projektes verwiesen, einen grenzübergreifenden regionalen Wirtschaftsraum zu entwickeln, „*eine Region zusammenwachsen zu lassen*“ [ED5]. Diese Region sollte auch in der Konkurrenz zu anderen europäischen Regionen bestehen können. In einem Interview wurde angesprochen, dass man sich durch eine zunehmende Mobilität der Bevölkerung allmählich dem annäherte, was in anderen Grenzregionen wie der deutsch-

Kooperationsbeziehungen im deutsch-polnischen Grenzraum. Zur Rolle kultureller und anderer Grenzen französischer bereits Normalität war. Dabei wurde bereits auf die notwendige Langfrist-Perspektive im Prozess der Identitätsbildung verwiesen [ED2; ED6].

Der Versuch einer Regionsbildung durch den EDON erfolgte in einem Raum, in dem durch die Euroregionen bereits regionale Strukturen etabliert waren. Hieraus ergab sich eine gewisse Konkurrenzsituation, die jedoch unterschiedlich eingeschätzt wurde. Die polnische Seite schien sich gut mit „ihrer“ Euroregion arrangiert zu haben. Auf deutscher Seite hingegen wurde einmal der EDON zum „*Bindeglied*“ zwischen zwei Euroregionen erklärt und ein anderes Mal der Wettbewerb zu den etablierten Strukturen ausgerufen [ED1; ED7; ED8].

Der Bezug auf die europäische Union erfolgte in erster Linie mit Blick auf die zu vergebenden Fördermittel. An verschiedener Stelle wurde auf die neuen Vergaberichtlinien für EU-Mittel 2007-2013 verwiesen. Diese erforderten unter anderem eine gemeinsame deutsch-polnische Projektentwicklung, und durch den EDON hoffte man, diese Kriterien abzudecken [ED3, ED7]:

„Die EU hat natürlich auch gesagt, okay, ihr bekommt nur Geld für verschiedenste Projekte, wenn ihr die zusammen macht, und das schweisst natürlich dann auch irgendwie zusammen“ [ED1].

Es wurde auch auf die Konzepte des „Europa der Regionen“ und eines „Europa ohne Grenzen“ verwiesen. Hiervon erwartete man sich *„natürlich auch die Teilhabe an Wohlstand und Entwicklung in Europa“* [ED2]. Auf polnischer Seite schien die Akzeptanz europäischer Projekte stärker ausgeprägt zu sein. Für die deutsche Seite hingegen wurde konstatiert, die Menschen im Oderbruch seien auf den Weg nach Europa *„noch nicht richtig mitgenommen worden“* [ED3; ED5; ED7].

Dadurch, dass die Schlüsselakteure des EDON sich selbst als Lobbyisten für ihre Region verstanden, *„die in Potsdam, Berlin, Warschau oder Brüssel gehört werden wollen“*, waren sie auf allen Ebenen der europäischen Multi-Level-Governance aktiv. Sie betrieben beispielsweise Lobbyarbeit für den EDON in Warschau, wo die notwendigen rechtlichen Rahmenbedingungen für einen EVTZ umgesetzt werden mussten. Außerdem beschwerten sie sich in Brüssel und Potsdam über die neue Vergabep Praxis der Euroregionen, wonach sich die polnischen Gemeinden neue Kooperationspartner in ihrer eigenen Euroregion suchen sollten [ED2; ED7].

4.2.3 Integrationsprozesse

Die Integrationsprozesse im EDON werden anhand der bereits bekannten drei Stufen „Grenzwahrnehmung“, „Grenzüberwindung“ und „Grenzaufbau“ untersucht. Die dem Modell zu Grunde liegende Annahme lautet, dass die Stufen aufeinander aufbauen und nicht übersprungen werden können. Diese Annahme scheint durch das Beispiel des EDON untermauert zu werden. Bei der Analyse von Integrationsprozessen muss bedacht werden, dass es sich beim EDON noch um eine relativ junge oder unreife Kooperation handelte. Erst vor kurzem wurde die Ebene der symbolischen Politik verlassen und mit der Umsetzung konkreter Projekten begonnen. Einige der Partner schienen sich jedoch immer noch auf einer Ebene zu bewegen, in der sie eine wenig institutionalisierte und unverbindliche Kooperation bevorzugten. Weiterhin gilt es zu bedenken, dass es sich um eine sehr große Projektpartnerschaft handelte, so dass Integrationsprozesse sich schwieriger gestalteten als in einer kleineren Gruppe.

4.2.3.1 Grenzwahrnehmung

Ein Interviewpartner wies berechtigterweise darauf hin, dass es sehr schwierig sei, bei einer Partnerschaft dieser Größe Merkmale zu benennen, die alle Deutschen oder alle Polen verbanden [ED3]. Dennoch geht es an dieser Stelle weniger um pauschale Aussagen, sondern vielmehr darum, die Wahrnehmung von Grenzen oder Differenz durch die Akteure darzustellen. Dabei fiel auf, dass in den Interviews insgesamt viel weniger konkrete Beispiele aufgeführt wurden als in der Fallstudie zu TRANSLOKAL. Die Antworten bewegten sich stärker auf einer allgemein-abstrakten Ebene. Außerdem unterschieden sich die Antworten danach, wie lange die Beteiligten bereits in der deutsch-polnischen Kooperation arbeiteten. Erwartungsgemäß stieg die interkulturelle Kompetenz mit zunehmender Kooperationserfahrung.

In Bezug auf die Kommunikation und Interaktion im Projekt wurde bemerkt, dass in Polen eine andere Etikette herrschte und der Umgang mit Frauen ein anderer war. Die unterschiedliche Form der Anrede auf polnischer Seite in der Form „Herr Bürgermeister“ plus Vorname wurde als Beispiel für Unterschiede angeführt. Außerdem wurde bemerkt, dass die polnische Seite bei Treffen anfangs stets besser gekleidet war. Hier passte sich die deutsche Seite mit ihrem Kleidungsstil im Laufe der Zeit an. Als weiterer Punkt wurde eine „*unterschiedliche Kultur des Feierns*“ bemerkt. Auf gemeinsamen

Festen benötigten die Deutschen erst eine Aufwärmphase, während die Polen als lockerer und fröhlicher wahrgenommen wurden [ED1; ED2; ED5; ED8].

Bei den Arbeitsabläufen kamen ähnliche Themen zur Sprache wie bereits in den Interviews zu TRANSLOKAL. Als Beispiel wurde genannt, dass in Deutschland der Fokus auf schriftlicher Verständigung lag, während auf polnischer Seite mehr Wert auf persönliche Begegnungen und mündliche Absprachen gelegt wurde. Bevor man anfangen könne, mit polnischen Partnern an einem konkreten Projekt zu arbeiten, sei zunächst eine Phase des persönlichen Kennenlernens notwendig [ED1; ED2; ED8]. Wenn diese anfängliche erste Barriere genommen sei, dann seien

„die (Polen) unwahrscheinlich ehrlich und dann haben die eine feste Bindung und dann stehen die einem auch zur Seite.“ [ED2]

In diesem Zitat kommt auch ein gewisses Grund-Mißtrauen der deutschen Seite zum Ausdruck, für dessen Beseitigung die persönliche Begegnung ebenfalls hilfreich sein dürfte.

Auch in der Einstellung zum Protokoll und seiner Einhaltung zeigten sich unterschiedliche Auffassungen. Die polnische Seite neigte dazu, Arbeiten erst in letzter Minute zu erledigen, so dass die deutsche Seite *„manchmal schon nervös“* wurden. Die Geschäftsordnung, in der alle Abläufe geregelt waren, galt ebenfalls als typisch deutsch. Aber:

„die Polen haben es willfährig über sich ergehen lassen, haben vielleicht ein bisschen geschmunzelt, (...) aber haben gesagt, wenn Ihr das so wollt, dann machen wir es auch“ [ED2].

Von polnischer Seite wurde besonders das *„spezielle Verhältnis zu Plänen“* auf der deutschen Seite hervorgehoben. Auf polnischer Seite sei es üblich, einen Plan flexibel zu handhaben und diesen auch zu ändern:

„Es gibt einen Plan oder auch nicht, und dann gibt es den nächsten“.

In Deutschland hingegen *„ist der Plan heilig“*. Die deutsche Seite beharrte sehr stark darauf, dass Pläne nicht geändert werden könnten. Hierin kam auch eine dezent geäußerte Kritik oder ein Unverständnis über die Unflexibilität der deutschen Seite zum Ausdruck [ED7].

Die höhere Flexibilität der polnischen Seite wurde von verschiedener Seite bemerkt: Die Polen seien schneller und spontaner, sie träfen sich auch kurzfristig zu Absprachen und machten dann klare Ansagen. Die deutsche Seite hingegen sei überlegter, ruhiger,

gemütlicher, aber auch langsamer [ED4; ED7]. Zum Teil war dieses Verhalten sicherlich auch auf die unterschiedlich starke Stellung der Bürgermeister gegenüber ihren Gremien zurückzuführen. Zum Teil scheint jedoch auch eine höhere Kompromissbereitschaft auf der polnischen Seite vorhanden gewesen zu sein. Diese war möglicherweise verbunden mit einer gewissen Erwartungshaltung der deutschen Partner, dass die Polen sich anzupassen und der längeren EU-Erfahrung der Deutschen zu beugen hätten.

Keine Einigkeit bestand darüber, welche der beiden Seiten direkter in der Formulierung sei. Ein Interviewpartner äußerte, die Polen seien weniger direkt im Ausdruck, gebrauchten mehr Bilder und Umschreibungen und kämen „*nicht gleich zum Kern des Problems*“. Die deutsche Seite hingegen sei direkter in der Formulierung. An anderer Stelle wurde jedoch geäußert, die polnische Seite sei direkter in Bezug auf die Benennung von Problemen, während die deutsche Seite eher dazu neige, Probleme nicht klar zu benennen oder diplomatisch zu verbrämen. Die Bereitschaft, Spannungen und unterschiedliche Meinungen zuzulassen, sei auf polnischer Seite stärker ausgeprägt [ED3; ED4].

Zu unterschiedlichen Normen und Werten ließ sich aus den Interviews fast nichts ableiten. Ein Gesprächspartner nannte einige allgemeine Werte der polnischen Seite, wie z.B. ein stärker ausgeprägtes Nationalbewusstsein, größere Religiosität, stärkerer Konservatismus und eine größere Höflichkeit gegenüber Frauen. Der Gesprächspartner selbst bezeichnete diesen Teil seiner Antwort als „*Allgemeinplätze*“ [ED02D:45]. Das Bewusstsein über verschiedene Mentalitäten wurde an mehreren Stellen deutlich, ohne dass die Gesprächspartner dies jedoch an konkreten Beispielen festmachen konnten:

„Ja, die Mentalität. Das ist schwer zu beschreiben, warum Polen anders sind.“
[ED1

oder

„Das ist eine andere Bevölkerung, das ist eine andere Mentalität, das ist ja auch gut so“ [ED2.]

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass die Grenzwahrnehmung wesentlich undifferenzierter und unkonkreter erfolgte als in der ersten Fallstudie. Darüber hinaus muss hier nach Akteuren differenziert werden, denn aus einigen Interviews ließen sich gar keine Hinweise für Grenzwahrnehmung gewinnen. Die erste Stufe des Integrationsmodells wurde also folglich von einigen Akteuren noch gar nicht, von anderen nur mit Einschränkung erreicht.

4.2.3.2 Grenzüberwindung

Die zweite Stufe, die Grenzüberwindung, ist eng verknüpft mit interkulturellem Lernen. Im EDON-Projekt überwog jedoch eher das Nicht-Verstehen, das an verschiedener Stelle deutlich wurde:

„Also manchmal sind wir auseinander gegangen, da wussten wir einfach nicht, warum da jemand sauer war. Also es kam schon mal vor. Missverständnisse“ [ED1].

Gerade auf deutscher Seite kamen häufiger Fragen auf, wie denn ein bestimmtes Verhalten der polnischen Seite zu deuten sei. Zur Auflösung dieses Unverständnisses wurde jedoch nicht der direkte Weg der Kommunikation mit den polnischen Partnern gewählt. Vielmehr erfolgte eine Bitte an den zweisprachigen Projektmanager, die Situation zu klären bzw. das Missverständnis aufzulösen. Nach dessen Ausscheiden aus dem Projekt dürfte es jedoch noch schwieriger gewesen sein, unklare Situationen aufzuklären.

Auch die polnische Seite konnte das Verhalten der deutschen Seite nicht immer verstehen. Ihr Erklärungsversuch bestand darin, sich auf Stereotype aus der Vergangenheit zurückzuziehen:

„Ja, die sind eben in der DDR groß geworden, und damit verbunden war (...) ein (...) stärkeres Obrigkeitsdenken.“ [ED3].

Für die nicht erfolgte Grenzüberwindung im EDON können mehrere Gründe angeführt werden. Erstens fanden die Interaktionen eher sporadisch statt, so dass nicht ausreichend Gelegenheiten für interkulturelles Lernen gegeben waren. Eine besondere Bedeutung kam informellen Situationen wie etwa einer gemeinsamen Busfahrt oder einer gemeinsamen Bootstour zu. Wenn diese stattfanden, waren sie erhellend, sie fanden aber zu selten statt. Zweitens fehlte es an zweisprachigen interkulturellen Mittlern, die Missverständnisse hätten aufklären können. Diese Vermittler wären jedoch notwendig gewesen, da, drittens, die Beziehungen und das Vertrauen noch nicht so gefestigt waren, dass Schwierigkeiten und Problem offen hätten angesprochen werden können. Viertens fehlte es auch an gemeinsamen Erfolgen oder dem Meistern schwieriger Situationen, an denen alle beteiligt waren:

„Ich finde, dass so ein Netzwerk, dass da auch Vertrauen dadurch entsteht, dass man mal zusammen durch ein paar schwierige Situationen geht und auch mal feststellt, Mensch, hier haben wir wirklich unterschiedliche Meinungen. (...) Und das fehlte mir dann“ [ED3].

In Einzelfällen schien es zwischen Akteuren, die bilateral schon lange zusammenarbeiten, zu kultureller Grenzüberwindung gekommen zu sein. In diesem Fall hatte sich ein „kurzer Draht“ zwischen Akteuren etabliert. Man traf sich nicht mehr nur zu konkreten Anlässen, sondern rief einfach an, wenn etwas anlag. Treffen hatten nicht mehr nur diesen „sehr offiziellen Charakter“. Dennoch wurde auch in diesen Fällen ein Dolmetscher benötigt [ED3, ED7].

4.2.3.3 Grenzbildung nach Außen

Obwohl die zweite Phase der kulturellen Integration, die Grenzüberwindung, im EDON so gut wie nicht stattgefunden hat, fanden sich Anzeichen, dass eine Grenzbildung nach Außen versucht wurde. Hierzu gehören auch Verweise auf eine Gruppensolidarität, die sich in Abgrenzung gegenüber externen Akteuren zeigte. Als Beispiel wurden die Regionalkonferenzen genannt, auf denen oft auch Vertreter aus den Ministerien zugegen gewesen seien. Diese wirkten, sowohl von deutscher als auch von polnischer Seite, „schon so wie ein Fremdkörper“. Hier wurde eine Gruppensolidarität zwischen den EDON-Mitgliedern wahrgenommen:

„Da merkt man schon, dass wir untereinander uns auch gegenseitig verteidigen, sowohl gegen diese vermeintliche Arroganz der deutschen als auch die Überheblichkeit der polnischen Behörden. Das ist auch ein Zeichen, dass wir eine eingeschworene Gruppe sind, dass wir da ein gemeinsames Ziel vertreten“ [ED2].

Hier wird also beschrieben, wie die Gruppenbildung durch die Abgrenzung gegenüber Außenstehenden gestärkt werden sollte. Auch die Lobbyarbeit, die auf den höheren Verwaltungsebenen betrieben wurde, erforderte ein geschlossenes Auftreten der EDON-Mitglieder nach Außen. Allerdings müsste dieses flankiert werden durch ein vertrauensvolles Verhältnis der Mitglieder untereinander und eine gemeinsame Zielfindung im Inneren, an denen es noch mangelte.

4.2.4 Zusammenfassende Bewertung

Die Auswahl der Fallstudie EDON erfolgte deshalb, weil vorab auf Grund einer regen Akquirierung verschiedener Fördermittel und einer aktiven Öffentlichkeitsarbeit auf erfolgreiche Integrationsleistungen geschlossen wurde. Diese Einschätzung aus der Außensicht wurde durch die Fallstudie revidiert. Die Kooperation im EDON war gekennzeichnet durch eine pragmatische und zweckrationale Argumentation nach dem Motto „was muss, das wird schon“. Das Hauptziel war die Gewinnung von europäischen Fördermitteln für die regionale Entwicklung, als Mittel zum Ziel wurde

die Gründung eines EVTZ angestrebt. Die Zielstellung war somit eher organisatorisch-formeller als inhaltlicher Art. Mit dem Finden gemeinsamer inhaltlicher Ziele wurde zwar begonnen, dies erwies sich allerdings angesichts der großen Zahl von 25 beteiligten Kommunen erwartungsgemäß als schwierig. An verschiedener Stelle wurde der Mehrwert des EDON gegenüber den bereits gut etablierten bilateralen Städtepartnerschaften hinterfragt.

Die Interaktion zwischen den Akteuren war geprägt von einer gewissen Asymmetrie, die durch die größeren EU-Erfahrungen der Deutschen legitimiert werden sollte. Die Atmosphäre wurde als eher formell beschrieben. Es fehlte an Gelegenheiten zum informellen Austausch, der äußerst wichtig für den Aufbau eines Vertrauensverhältnisses ist.

Sicherlich hat der EDON wichtige Entwicklungen angestoßen. Das Projekt befand sich jedoch im Vergleich zu den beiden anderen Fallstudien noch in der am wenigsten „reifen“ Phase. Sowohl die Zielfindung als auch der organisatorische Rahmen der Kooperation mussten noch verhandelt werden. Einige Akteure arbeiteten erst seit drei oder vier Jahren mit polnischen Partnern und mussten erst ihre Vorbehalte und Vorurteile abbauen. Das Kennenlernen von Personen und Strukturen auf der anderen Seite der Grenze kann somit als wichtigstes Resultat des EDON festgehalten werden. Es bildet eine Vorstufe zu den kulturellen Integrationsprozessen, die in dieser Arbeit untersucht werden sollten. Auf dieses Ergebnis kann jedoch, eventuell in einer anderen Akteurskonstellation, aufgebaut werden. Die wichtigsten Merkmale des EDON sind abschließend in tabellarischer Form zusammengefasst:

Tabelle 6: Charakteristika der Fallstudie EDON

Variable	Ausprägung im EDON
Kooperationsrahmen	<ul style="list-style-type: none"> - regionale Ebene - Aufbauen auf bestehenden Strukturen der Städtepartnerschaften
Zielsetzung	<ul style="list-style-type: none"> - Organisatorische Zielsetzung: EVTZ - Akquisition von Fördermitteln
Akteure	<ul style="list-style-type: none"> - Bürgermeister und Amtsdirektoren - nur wenige eigens für Projekt abgestellte Akteure - sehr großer Kreis von Akteuren - einige Motoren, einige Mitläufer
Interaktion und Entscheidungsfindung	<ul style="list-style-type: none"> - Erwartungsabgleich und Zieldefinition notwendig - Unterdrückung von Konflikten - Asymmetrie: Deutsche reklamieren Kompetenzvorsprung
Ergebnisse	<ul style="list-style-type: none"> - Fährverbindung - nicht-bindende Verträge
Institutionalisierung	<ul style="list-style-type: none"> - nein
Grenzen	<ul style="list-style-type: none"> - Bezug auf Grenzlage und regionale Identität - kulturelle Grenzen: Vorhandensein von Stereotypen - politisch-administrative Grenzen wichtig wg. Fördermitteln
Integration	<ul style="list-style-type: none"> - in Ansätzen bei wenigen Akteuren

4.3 Fallstudie 3: Deutsch-polnische Berufsausbildung im Hotel- und Gaststättengewerbe

Das dritte Fallbeispiel, die deutsch-polnische Ausbildung im Hotel- und Gaststättengewerbe, unterscheidet sich in verschiedenen Punkten von den ersten beiden Fallstudien. Erstens handelt es sich hier um eine funktional orientierte Kooperation zwischen räumlich nicht direkt verbundenen Standorten. Das Motiv der gemeinsamen Region oder auch der Grenze spielt somit eine eher untergeordnete Rolle. Zweitens muss hier unterschieden werden zwischen der Ebene der deutsch-polnischen Projektleitung und den Schülern bzw. Auszubildenden in den binationalen Klassen. Als relevant für diese Fallstudie wurde die Ebene der Projektleitung betrachtet, auch wenn sich die Antworten in den Interviews teilweise auf die Schüler bezogen. Drittens schließlich wurde die Datenerhebung nicht nur mit Hilfe von Interviews durchgeführt, sondern auch die Methode der teilnehmenden Beobachtung¹¹³ anlässlich mehrerer Projektteamsitzungen angewendet¹¹⁴. Trotz dieser Abweichungen wurde das Projekt als dritte Fallstudie behandelt, da es sich hierbei um eine über Jahre etablierte Kooperation handelt, in der Integrationsprozesse erfolgreich stattgefunden haben.

Die gemeinsame Berufsausbildung unterscheidet sich in ihrer räumlichen Ausdehnung auf der deutschen und der polnischen Seite. Auf polnischer Seite waren lediglich Akteure aus Kołobrzeg (Kolberg) und Umgebung beteiligt, während die Träger auf deutscher Seite in einem Raum zwischen Frankfurt/Oder, Bad Freienwalde und dem Berliner Stadtrand, also im gesamten IHK-Kammerbezirk Frankfurt/Oder, angesiedelt waren. Alle Kooperationspartner fallen in den Bereich der Euroregion Pomerania, was die Einwerbung von Fördermitteln erleichterte [BA1].

¹¹³ In den beiden anderen untersuchten Fällen war die teilnehmende Beobachtung leider nicht möglich. TRANSLOKAL war bereits abgeschlossen und der EDON befand sich zum Zeitpunkt der Datenerhebung in einer inaktiven Phase.

¹¹⁴ Arbeitsgruppentreffen am 6.11.08 und 5.12.08 sowie Weihnachtsfeier am 4.12.08. Ergänzend hierzu konnten zwei ausführliche Projektdokumentationen als zusätzliche Informationsquellen hinzugezogen werden (Koch 2006; 2008).

4.3.1 Ausgestaltung der Kooperation

4.3.1.1 Kooperationsrahmen

Die „Deutsch-Polnische Berufsausbildung im Hotel- und Gaststättengewerbe“ (DPBA) wurde zwischen 2003 und 2007 erstmalig durchgeführt. Ziel war es, 15 deutsche und 15 polnische Jugendliche zu den beiden, jeweils im Nachbarland anerkannten Abschlüssen „Hotelfachmann/-frau“ (Deutschland) bzw. Hoteltechniker (Polen) zu führen. Die Ausbildungszeit betrug vier statt der sonst üblichen drei Jahre. Zu Beginn der Ausbildung wurde aus je einem deutschen Auszubildenden und einem polnischen Schüler ein Paar gebildet, das die Etappen der Ausbildung gemeinsam durchlief¹¹⁵. Der deutsch-polnische Charakter der Ausbildung ergab sich dadurch, dass alle Schüler insgesamt 16 dreiwöchige Module (je acht in jedem Land) gemeinsam belegten. Darüber hinaus absolvierten die Schüler / Azubis¹¹⁶ insgesamt 16 Wochen Praktika in deutschen und polnischen Hotels (Hölscher 2008:; Koch 2006). Die restliche Ausbildung erfolgte im jeweiligen Heimatland. Der zweite und der dritte Ausbildungsjahrgang begannen 2005 und 2007.

Ein Kooperationsanlass liegt darin begründet, dass dem Tourismus ein hoher Stellenwert für die beiden strukturschwachen Regionen zukommt. Gleichzeitig wandern zahlreiche junge Leute in wirtschaftlich stärkere Regionen ab und es fehlt an qualifizierten und flexiblen Fachkräften mit Sprachkenntnissen (Koch 2006:10). Daher entstand auf deutscher Seite, maßgeblich getragen durch den ehemaligen Geschäftsführer des Berufsbildungsvereins Eberswalde (BBV), die Idee, im Landkreis Märkisch-Oderland (MOL) „so was Grenzübergreifendes zu machen“. Mit diesem Anliegen wandte man sich dann an die IHK, als relevante Stelle für die Prüfungen. Als polnischer Partner stand die „Zespół Szkół Ekonomiczno Hotelarskich im. Emilii Grierczak“ (ZSEH) in Kołobrzeg bereit [BA1].

¹¹⁵ Dabei wurden im ersten Jahr, dem sogenannten Grundbildungsjahr, vor allem Sprachkenntnisse und grundlegende Strukturen der Berufe vermittelt. Hierauf folgte ein Jahr mit dem Schwerpunkt Berufsausbildung, das dritte Jahr bezeichnete eine „betriebsnahe Phase“ während das letzte Jahr, die „betriebliche Phase“, überwiegend in den beteiligten Hotels durchgeführt wurde (Koch 2006).

¹¹⁶ Auf Grund der unterschiedlichen Systeme der beruflichen Bildung und der Einmaligkeit des dualen Systems in Deutschland haben die polnischen Jugendlichen den Status von Schülern, während die deutschen Jugendlichen reguläre Auszubildende sind.

Der Evaluationsbericht zum ersten Ausbildungsjahrgang nennt vier Zieldimensionen, die teilweise auch in den Interviews erwähnt wurden (Koch 2006:10): An erster Stelle stand das Ausbildungsziel, d.h. die Jugendlichen sollten zu zwei Abschlüssen geführt werden, dem deutschen Hotelkaufmann/-frau und dem polnischen Hoteltechniker. Dieses war das gemeinsame Ziel, das alle Akteure verfolgten, und zum Wohle der Jugendlichen zog man „an einem Strang“ [BA2, BA4]. Darüber hinaus wurden auf die regionale Entwicklung bezogene Ziele genannt. Durch die Ausbildung qualifizierter Absolventen für Hotellerie und Gastronomie sollte das vorhandene Angebot verbessert und die Tourismusbranche gestärkt werden. Ein weiterer Punkt betraf die Profilbildung der beteiligten Institutionen, sowohl in Bezug auf die Platzierung auf dem europäischen Markt als auch auf die Entwicklung neuer Angebote und Produkte. Man sah hierdurch die Möglichkeit,

„sich von den anderen Bildungsträgern abzuheben, also etwas Einmaliges zu machen, und auch die Chance, im Rahmen der Globalisierung die notwendige Mobilität und Flexibilität zu schaffen“ [BA1].

Als vierte, am wenigsten relevante Dimension wurde ein Transferziel genannt, d.h. die Übertragung des entstandenen Know-Hows in andere Regionen.

Wie die Kooperation zwischen dem BBV und der ZSEH als federführende deutsche und polnische Akteure letztendlich zu Stande kam, lässt sich nicht mehr genau rekonstruieren. Der Evaluationsbericht spricht davon, dass sie auf polnische Initiative entstand, da die polnischen Gebietskörperschaften und Kommunen mit Blick auf die EU-Osterweiterung Partner auf der anderen Seite der Grenze gesucht hätten. Die Kommunalvertreter beider Seiten hätten dann den Kontakt zwischen BBV und ZSEH vermittelt (Koch 2006:15). In den Interviews hingegen klang durch, dass der ehemalige Geschäftsführer des BBV im Bereich der internationalen Projekte sehr rührig war und die Idee für die grenzübergreifende Ausbildung hatte. Die Zusammenarbeit mit der Kolberger Schule bestand schon länger in Form von Schüleraustauschen und die beiden Leiter seien langjährige Bekannte gewesen. Die ersten Absprachen hätten dann auch auf Leitungsebene, zwischen dem ehemaligen Geschäftsführer und dem noch amtierenden Schuldirektor, die sich gut verstanden, stattgefunden. Anschließend seien weitere relevante Akteure, wie beispielsweise die Kammern, in die Diskussion miteinbezogen worden [BA1; BA2; BA3].

Eine Besonderheit des Projektes bestand sicherlich darin, dass die deutsch-polnische Kooperation ohne schriftliche Verträge begonnen wurde¹¹⁷ (Koch 2006:26). Die Grundfinanzierung erfolgte für die polnischen Schüler aus einer Hand, wie bei jeder anderen Berufsausbildung in Polen auch. Auf deutscher Seite wurden verschiedene Fördertöpfe herangezogen und ein Modell der „gleitenden Finanzierung“¹¹⁸ gewählt, d.h. mit dem Projekt begonnen, obwohl dieses noch nicht vollständig durchfinanziert war. Dies erfolgte auch aus einer gewissen „Blauäugigkeit“ heraus:

„Wir haben einfach angefangen und hatten eigentlich keine Finanzierung“ [ED1].

Der erste Ausbildungsjahrgang als Modellprojekt wurde in Polen und Deutschland durch eine feierliche Veranstaltung eröffnet, auch, um den Teilnehmern an der Ausbildungsmaßnahme die Besonderheit dieses Angebots bewusst zu machen (Koch 2006:22). Danach waren die Termine für formelle Interaktionssituationen durch den Verlauf der Ausbildung vorgegeben. Die Arbeitsgemeinschaft „Internationale Berufsausbildung“¹¹⁹ traf sich in der Regel nach Ablauf eines Moduls in demjenigen Land, in dem das Modul stattgefunden hatte. Üblicherweise waren bei diesen Treffen etwa acht bis 14 Personen anwesend¹²⁰. Pro Ausbildungsjahrgang fanden sechs bis acht Module pro Jahr abwechselnd in Deutschland und in Polen statt, bei zwei parallel laufenden Jahrgängen dementsprechend mehr. Zu diesen Gelegenheiten wurden in der Regel Absprachen zwischen den Partnern getroffen. Bei Bedarf fanden auch dazwischen Sitzungen statt, insbesondere zu Beginn des Projektes, als sich die Zusammenarbeit zwischen deutschen und polnischen Partnern erst noch entwickeln musste. Die Organisation der Sitzungen oblag der Projektkoordinatorin beim BBV [BA1; BA4].

¹¹⁷ Auf deutscher Seite existierten hingegen sehr wohl Verträge zwischen den Partnern, z.B. zwischen dem BBV als Ausbildungsträger und der Ausbildungsgemeinschaft (ABG) als Arbeitgeber der Teilnehmer. Auch zwischen ABG und Hotels existierten Verträge. Die relevanten Akteure werden im folgenden Unterkapitel näher behandelt [BA1; BA4].

¹¹⁸ Konkret wurde für den Jahrgang 2003-2007 das erste Jahr von der Agentur für Arbeit Frankfurt/Oder finanziert, das zweite und dritte Jahr durch die Ausbildungsgemeinschaft Frankfurt/Oder (ABG). Das vierte Projektjahr wurde von den Hotels übernommen. Für die beiden Folgejahrgänge, die 2005 bzw. 2007 mit der Ausbildung begannen, übernahm die ABG die Finanzierung der ersten drei Jahre, das vierte Jahr wurde durch die Hotels finanziert. Die Finanzierung für die internationalen Komponenten (Auslandsaufenthalte, Sprachunterricht, etc.) erfolgte über Anträge für deutsch-polnische Projekte, hauptsächlich aus INTERREG III/IV A-Mitteln der Euroregion Pomerania oder einer Förderung durch das Deutsch-Polnische Jugendwerk. Die Akquirierung und Verwaltung der internationalen Mittel lag in der Verantwortlichkeit des BBV (Koch 2006:9); [BA1; BA3; BA4].

¹¹⁹ Bestehend aus den Kernakteuren BBV, ZSEH, ABG, IHK sowie den beteiligten Oberstufenzentren, siehe auch das folgende Unterkapitel zu „Akteuren“.

Der Ablauf der Arbeitsgruppentagungen folgte einem bestimmten Muster: Das abgeschlossene Modul wurde in Bezug auf positive und weniger positive Aspekte, sinnvolle künftige Veränderungen sowie den Leistungsstand der Teilnehmer ausgewertet. Bei dieser Gelegenheit gaben auch die deutschen und polnischen Klassensprecher eine Rückmeldung zum Modul. Zum Abschluss der Sitzung erfolgten Terminabsprachen oder Festlegungen zu den bevorstehenden Modulen. Die Treffen wurden durch zweisprachige Mitarbeiter konsekutiv gedolmetscht [BA1; BA2].

Die Atmosphäre bei diesen Treffen war „entspannt“ und „recht locker“, trotz zahlreicher anstehender Aufgaben:

„Es wird zwar auch gearbeitet, wie es ja sein muss, aber letztendlich versucht man dann doch, viel Positives zu gewinnen für alle Beteiligten“ [BA4].

Die teilnehmende Beobachtung bei den Arbeitsgruppentreffen bestätigte diese Einschätzung. Die Atmosphäre war informell und lebhaft, aber gleichzeitig verbindlich. Kein Akteur versuchte, die anderen zu dominieren. Es wurde nur dann geredet, wenn man wirklich etwas zu sagen hatte und kein Teilnehmer sah anscheinend die Notwendigkeit, sich zu profilieren. Die jeweils redelührende Person wurde meistens von allen angeschaut und durch Körpersprache bestätigt. Es herrschte mehrfach allgemeine Heiterkeit. Teilweise verlagerten sich die Gespräche von der großen Runde in Kleingruppen und es wurde streckenweise recht wild durcheinandergeredet. Sobald allerdings Absprachen getroffen werden mussten, waren alle Akteure wieder konzentriert. Jeder schien gut vorbereitet zu sein und wusste genau, was seine Aufgaben waren. Die Teilnehmer begrüßten und verabschiedeten sich mit in Polen üblichen Wangenküssen [Protokoll vom 06.11.08 und vom 5.12.08¹²¹]. All dies weist auf Beziehungen der Akteure untereinander hin, die auf Respekt und Vertrauen beruhen.

Der deutsch-polnische Kontakt jenseits der Arbeitsgruppentreffen beschränkte sich hauptsächlich auf die Verbindung zwischen BBV und ZSEH. Hier bestand zwischen den Projektverantwortlichen täglicher Kontakt, telefonisch oder per Email. Bei schwierigen Fragen oder Problemen erfolgte ein persönlicher Besuch im Nachbarland. Die übrigen deutschen Akteure hatten keinen direkten Kontakt nach Polen, sondern stellten

¹²⁰ Dies geht aus der Auswertung der Protokolle hervor, die der Verfasserin vorliegen.

¹²¹ Diese Quellenangabe bezieht sich auf Beobachtungsprotokolle, die im Rahmen der teilnehmenden Beobachtung erstellt wurden.

diesen über den BBV her. Für interne Absprachen auf der deutschen Seite war die Projektleiterin beim BBV zentrale Anlaufstelle. Sie zeichnete auch für die Vertretung des Projektes nach Außen, beispielsweise in Form von Berichten an die Ministerien, verantwortlich. Darüber hinaus bestanden enge Kontakte zwischen den hierarchisch gleichgestellten Ebenen, also Geschäftsführung ABG – BBV oder zwischen den Projektleitern beider Institutionen [BA1; BA2; BA3]. Insgesamt war die Zusammenarbeit geprägt durch

„kurze Wege, wenn da was geklärt werden muss, dann geht das auch schnell. (...) Da hat dann jeder seinen eigenen Ansprechpartner“ [BA4].

Auffällig an der Zusammenarbeit war die häufige Gelegenheit zur Interaktion im informellen Rahmen. Diese „schönen Begebenheiten“ ergaben sich am Rande der Arbeitstreffungen, beispielsweise beim gemeinsamen Abendessen. Eine hohe Bedeutung kam gemeinsamen Feiern zu, wie etwa der Weihnachtsfeier, dem polnischen Abiball etc. Und hier standen sich die deutschen und die polnischen Partner recht nahe, denn

„feiern können wir natürlich alle, das hat sich dann auch jede Seite verdient“ [BA4].

Die häufigen informellen Interaktionen und gemeinsamen Feiern wurden als Belohnung für den großen persönlichen Einsatz aller Beteiligten gesehen [BA1; BA4].

4.3.1.2 Akteure

Träger des Projektes war ein deutsch-polnisches Ausbildungsnetzwerk, die „Arbeitsgemeinschaft Internationale Berufsausbildung“, dessen Akteure kurz vorgestellt werden. Der BBV Eberswalde, vor allem dessen ehemaliger Geschäftsführer, war maßgeblich an der Initiierung und Entwicklung des Projektes beteiligt. Nach dessen Ausscheiden wurde die Arbeit von einer Kollegin übernommen. Der BBV war zuständig für die Teile der fachpraktischen Ausbildung, die nicht von den Hotels übernommen wurden. Darüber hinaus koordinierte er die internationalen Module und die damit verbundene Finanzierung, kommunizierte mit der polnischen Seite und sorgte für die inhaltliche und organisatorische Durchführung der Ausbildungsinhalte [BA1; BA2; BA4].

Ein weiterer wichtiger Akteur war die Ausbildungsgemeinschaft Frankfurt/Oder, ein gemeinnütziger Verein, der formell als Arbeitgeber der (deutschen) Teilnehmer fungierte. In diesem Rahmen übernahm die ABG die Betreuungspflichten für die Jugendlichen und war für den Kontakt zu den ausbildenden Hotels zuständig. Die Industrie- und

Handelskammer Frankfurt/Oder zeichnete verantwortlich für die Zertifizierung der Ausbildung, die Abstimmung der Inhalte und die Prüfungen. Sie trug maßgeblich dazu bei, dass der in Deutschland übliche institutionelle Rahmen einer dreijährigen Ausbildung verlassen und eine vierjährige Ausbildung angeboten werden konnte und war sehr kooperativ beim Finden von Lösungen [BA1; BA4].

Verschiedene Hotels übernahmen Teile der fachpraktischen Ausbildung. Die Beschulung der Teilnehmer erfolgte im Oberstufenzentrum Strausberg (1. Jahrgang) bzw. in der Oberbarnimschule Bad Freienwalde (2. und 3. Jahrgang). Darüber hinaus waren die Euroregion Pomerania und das Deutsch-Polnische Jugendwerk relevante Stellen in Bezug auf die Finanzierung des Projekts [BA1].

Auf polnischer Seite wurden die Schüler an der „Zespół Szkół Ekonomiczno Hotelarskich“ (Wirtschafts- und Hotelfachschule) in Kołobrzeg ausgebildet. Träger der Schule war der Landkreis und auch auf polnischer Seite standen Hotels für die Ausbildung zur Verfügung. An der ZSEH wurden auch die deutschen Schüler während der Module in Polen ausgebildet, während die polnischen Schüler in Deutschland die Berufsschule besuchten und ihre fachpraktische Ausbildung vom BBV erhielten [BA1D].

Die Koordinationsarbeit übernahmen hauptsächlich zwei Mitarbeiterinnen, eine Projektleiterin, die das Gesamtprogramm koordinierte und als Anlaufstelle für alle deutschen Partner diente, und eine zweisprachige polnische Mitarbeiterin, die alle Kontakte mit Polen koordinierte und für die polnische Seite die zentrale Anlaufstelle war. Die beiden arbeiteten eng zusammen und teilten sich ein Büro, so dass auf diesem Wege der Informationsfluss gesichert war. Im Verhältnis zwischen BBV und ABG auf der deutschen Seite herrschte eine Art Pärchenbildung auf den verschiedenen Hierarchieebenen, wie sie so ähnlich auch im TRANSLOKAL-Projekt praktiziert wurde: Die Geschäftsführerinnen standen miteinander in Kontakt, die Projektleiter und die Finanzverantwortlichen. Dies trug dazu bei, dass die Zusammenarbeit insgesamt geprägt war durch

„kurze Wege; wenn da was geklärt werden muss, dann geht das auch schnell. (...) Da hat dann jeder seinen eigenen Ansprechpartner“ [BA4].

Vor allem auf deutscher Seite waren somit verschiedene Akteure mit unterschiedlichen Kompetenzen aktiv, die auf eine reibungslose Zusammenarbeit angewiesen waren:

„Hier sieht man auch, dass die eine Stelle ohne die andere nicht funktionieren kann“ [BA4] denn: „Wir brauchen die und umgekehrt, die brauchen auch uns“ [BA3].

Im Projekt herrschte eine klare Aufgabenverteilung zwischen den Akteuren. Dieser Eindruck bestätigte sich auch während der beobachteten Arbeitssitzungen [Protokoll vom 6.11. und 5.12.08]. Das Personal ergänzte sich, es gab sowohl Mitarbeiter mit pädagogischem Schwerpunkt als auch mit Verwaltungsaufgaben:

„Wir sind die Macher. Und die Planer sind unsere Vorgesetzten“ [BAx].

Wie in diesem Zitat schon anklingt, lief die Zusammenarbeit nicht ganz hierarchiefrei ab, es wurde an verschiedenen Stellen, sowohl in Deutschland als auch in Polen, unterschieden zwischen Leitungsebene und Mitarbeitern. Dies zeigte sich z.B. darin, dass Mitarbeiter einer Institution teilweise die Geschäftsführung siezten (Protokolle vom 6.11.08 und vom 5.12.08) [BA2]. Eine weitere Besonderheit des Projektes bestand darin, dass in jeder Institution meistens zwei (oder mehr) Mitarbeiter im Projekt arbeiteten, so dass stets Ersatzansprechpartner vorhanden waren¹²².

Die Motivation aller Akteure kann als sehr hoch gelten, hierzu zählte auch ein teilweise hoher persönlicher Einsatz und große Flexibilität in Bezug auf die Arbeitszeitgestaltung. Einige Mitarbeiter hatten jedoch zu Beginn des Projektes eine sehr pragmatische Sichtweise auf die Kooperation. Diese war von der Leitungsebene eingefädelt worden und damit musste man sich dann arrangieren, auch wenn man das Ganze *„anfangs nicht so interessant“* fand. Darüber hinaus wurde von Anderen als Motivation genannt, dass die Ausbildung *„mal was Neues“* gewesen sei. Man sei aufgeschlossen für Neues, und sehe dies als *„persönliche Herausforderung“* an, deren Bewältigung *„Spaß macht“*. Auch das Motiv, zur interkulturellen Verständigung beitragen zu wollen und Vorurteile bei den Jugendlichen abzubauen, wurde genannt. Ein weiteres Motiv war es, die Jugendlichen durch eine anspruchsvolle und neuartige Ausbildung führen zu wollen [BA1; BA2; BA3; BA4].

¹²²Diese Tatsache spiegelt sich auch darin wieder, dass drei der vier geführten Interviews Doppelinterviews waren. Diese Konstellation geht auf die Initiative der Interviewpartner zurück.

In allen Interviews kam zum Ausdruck, dass die sehr positive Entwicklung der Jugendlichen während des Projektes als Motivationsschub erlebt wurde:

„Also dass wir einfach gesehen haben, dass den Jugendlichen was ganz Wertvolles mitgegeben wird im Leben. Dass die eine Ausbildung machen, die ist absolut einmalig“ [BA1].

Aus der Zusammenarbeit mit den Jugendlichen erwuchs auch die Verantwortung, diese zu einem Berufsabschluss zu führen. Nicht zuletzt war es an den Pädagogen, die Jugendlichen zum Durchhalten der anspruchsvollen Ausbildung zu motivieren. Von allen Akteuren war eine hohe Sozialkompetenz gefordert [BA2; BA4].

Darüber hinaus kam als zusätzliche Motivation hinzu, dass die Zusammenarbeit mit den polnischen und auch mit den deutschen Partnern *„einfach Spaß gemacht“* habe [BA1].

„Also trotz viel Arbeit und investierter Zeit haben wir richtig viel Spaß. Das ist ein schönes Projekt“ [BA4].

Die beiden letzteren Faktoren waren ausschlaggebend dafür, dass das Projekt durch einen zweiten und dritten Ausbildungsjahrgang fortgesetzt wurde. Darüber hinaus wurde mehrfach betont, dass zwischen den Projektbeteiligten *„die Chemie stimmt“* [BA1; BA2].

4.3.1.3 Interaktion und Entscheidungsfindung

Diese positive Grundeinstellung zeigte sich auch bei den Governance-Prozessen im Projekt, die an Hand der bereits bekannten Kategorien Konflikt, Wettbewerb, Konsens und Synthese dargestellt werden. Eine Besonderheit der deutsch-polnischen Berufsausbildung bestand darin, dass einige grundlegende Probleme bereits vor Beginn der Ausbildung gelöst werden mussten. Mit Beginn der Ausbildung und die dadurch übernommene Verantwortung für 30 Jugendliche wurde eine sehr hohe Verbindlichkeit geschaffen. Dementsprechend war der Druck, passende Lösungen zu finden, sehr groß. Das Ausscheren aus der Kooperation oder die Exit-Option bildete daher nur die *ultima ratio*.

Die Koordinationsform des Wettbewerbs spielte in der Berufsausbildung fast keine Rolle. Durch die einvernehmliche Verpflichtung auf das Ausbildungsziel wurde innerhalb der Kooperation *„an einem Strang“* gezogen. Der Wettbewerb spielte allenfalls eine Rolle als Positionierung der eigenen Institution in der Region oder gegenüber anderen Bildungsträgern.

Für einen schwerwiegenden Konflikt sorgten zu Beginn der Kooperation die Finanzen. Bei der deutschen Projektleitung waren aus verschiedenen Projekten Außenstände in sechsstelliger Höhe aufgelaufen, die von polnischer Seite nicht gezahlt wurden. Auf deutscher Seite wurde daher ernsthaft der Abbruch aller Projekte mit Polen in Erwägung gezogen. In diesem Kontext gab es „*echte Konflikte mit den Polen*“, wobei nicht die Partnerschule in Kołobrzeg, sondern die polnischen Arbeitsämter Verursacher waren. Dieser Konflikt trat trotz bestehender Verträge auf und es musste ein internationaler Rechtsanwalt für die Lösung hinzugezogen werden. Schließlich wurde die Kooperation in den kritischen Bereichen abgebrochen und nur die Deutsch-Polnische Berufsausbildung weitergeführt. Doch auch im Bereich DPBA bestanden anfangs Probleme finanzieller Art, da Rechnungen über mehrere Monate nicht gezahlt wurden. Grund war das übliche Prozedere, wonach die polnische Schule ihre Gelder erst beim Landkreis beantragen musste. Unter diesen Umständen musste sich die Zusammenarbeit erst entwickeln¹²³ [BA1].

Ein weiterer gravierender Konflikt beruhte auf unterschiedlichen Erwartungen und Missverständnissen, möglicherweise auch auf Grund eines Dolmetscher-Fehlers. Vor Beginn des dritten Ausbildungsjahrgangs wollte sich die polnische Seite aus der Kooperation zurückziehen:

„Auf einmal hieß es, nee, wir machen nicht mehr mit, wir Polnischen. Und für uns war das wie aus heiterem Himmel“ [BA4].

Hintergrund dieses Rückzugs war es, dass die polnische Schulleitung eine gemeinsame Klasse mit Tourismus-Fachleuten ausbilden wollte, während die deutsche Seite von einem dritten Jahrgang mit Hotelfachleuten ausgegangen war. Daher erfolgte die Beantragung für den dritten Ausbildungsjahrgang von polnischer Seite nicht termingerecht, während die deutsche Seite bereits erste Vorbereitungen getroffen hatte. Als sich die deutsche Seite des Problems bewusst wurde, fuhren die Geschäftsführerinnen „von

¹²³ Von deutscher Seite versuchte man in der Konsequenz, auf den Geldfluss Einfluss zu nehmen. Relativ unproblematisch auch auf polnischer Seite waren dabei Mittel aus dem Leonardo-Programm der EU oder des Deutsch-Polnischen Jugendwerks, während die polnischen INTERREG IIIA-Mittel fast zwei Jahre lang „auf Eis“ lagen. Für den letzten Ausbildungsgang, der 2007 begann, war daher vorgesehen, dass das deutsche Projektmanagement auch die polnischen Mittel direkt erhielt. Zu diesem Zweck wurde ein Rahmenbildungsplan für die Euroregion Pomerania erarbeitet, in den die deutsch-polnische Ausbildung integriert wurde.

heute auf morgen“ nach Polen, um eine Lösung zu finden. Ziel sei es gewesen, jeden einzelnen Punkt, mit dem die polnische Seite nicht einverstanden war, zu klären. Zwar sei die polnische Schulleitung *„etwas erbost“* gewesen, aber man habe sich dann doch auf einen dritten Ausbildungsjahrgang einigen können [BA4].

Bei gravierenden Problemen und Konflikten wurde somit das direkte Gespräch gewählt und unmittelbar reagiert. Gerade zu Beginn der Kooperation, als die Zusammenarbeit sich noch entwickeln musste, fuhr die deutsche Seite häufiger auch außer der Reihe nach Polen.

„Wir haben dann auch festgestellt, dass es besser ist, nach Polen zu fahren (...) und die Dinge dann auch anzusprechen“ [BA1]

Die Tatsache, dass die Anreise mehrere Stunden in Anspruch nahm, betonte zusätzlich die Bedeutung, die dem Projekt und dem Partner beigemessen wurde. Auch die Koordination zwischen den deutschen Partnern, die allerdings nicht vor solch schwerwiegenden Problemen stand, erfolgte auf diese Weise: Es wurde der kürzeste Weg gewählt, Probleme möglichst direkt angegangen, bevor sie sich aufbauschen konnten und, wenn nötig, kurzfristig persönliche Termine anberaumt [BA1; BA4].

Diese Herangehensweise weist bereits darauf hin, dass die vorherrschenden Koordinationsformen in der deutsch-polnischen Berufsausbildung der Kompromiss und die Synthese waren. Eine Kompromissfindung beinhaltet, dass sich die Akteure ihrer eigenen Interessen und der Interessen anderer bewusst sind und in Verhandlungen treten, um einen akzeptablen Kompromiss zu finden. Synthese hingegen impliziert, dass die Partikularinteressen der Akteure überwunden werden, um eine von allen als richtig und gerecht empfundene Lösung zu finden (Münch 2004:139-145). Kompromisse wurden beispielsweise bei den Vertragsverhandlungen zwischen den Akteuren auf deutscher Seite geschlossen. Auf Grund des guten Verhältnisses der Vertragspartner und eines guten Kontaktes zueinander fiel es leicht, zu Kompromissen zu kommen. Es wurde auch darauf hingewiesen, dass die Geschäftsinteressen der Institution gewahrt werden müssen, also die eigenen Interessen nicht vernachlässigt werden dürften. Dabei müsse darauf geachtet werden,

„dass es sich nicht so sehr vermischt, dass man denkt man ist irgendwie eine große Familie“ [BA1].

Letztendlich müssten die Unternehmensinteressen immer vor den persönlichen Neigungen stehen. Hilfreich hier war es, dass vor den Beratungen zunächst interne Absprachen innerhalb der Organisation getroffen wurden [BA1; BA4].

Die Koordinationsform der Synthese spielte vor allem in Bezug auf das „Tagesgeschäft“, wie beispielsweise Modifikationen der laufenden Ausbildung, eine Rolle. Auf jeder Arbeitstagung, bei der das gerade absolvierte Modul ausgewertet wurde, erfolgte eine Rückmeldung durch die deutschen und polnischen Klassensprecher. Bei bestehenden Problemen beriet die Arbeitsgruppe, inwieweit Veränderungen umgesetzt werden können. Man sah sich den Schülern gegenüber in der Pflicht, sich ernsthaft mit ihren Problemen zu beschäftigen, ihnen eine angemessene Antwort zu geben und zu einer einvernehmlichen Lösung zu kommen [BA1].

Der Kommunikationsstil, der auf deutscher Seite gepflegt wurde, schien recht direkt und schnörkellos zu sein:

„Wir sind eben für offene Worte und dafür, die Dinge auch anzusprechen“ [BA1].

Hierzu gehörte auch, dass stets das direkte und offene Gespräch gesucht wurde, sowie die Bereitschaft, über „Befindlichkeiten“ zu sprechen. Die polnische Seite schien sich diesem Stil angepasst zu haben. Die Kommunikationswege während der Arbeitsgruppentreffen waren direkt, bei Unklarheiten wurde sofort widersprochen oder nachgehakt [BA1; Protokolle vom 6.11. und 5.12.08].

4.3.1.4 Ergebnisse der Zusammenarbeit

Das wichtigste konkrete Ergebnis der Zusammenarbeit bilden die Abschlüsse der betreuten Schüler. Im ersten Ausbildungsjahrgang, der 2007 endete, standen 30 Plätze zur Verfügung. Hiervon erlangten 28 Teilnehmer mindestens einen Berufsabschluss, zwei deutsche Teilnehmer waren vorher abgesprungen. Allerdings gelang es nicht, alle Jugendlichen zum angestrebten Doppelabschluss zu führen. Positiv erwähnt wurden insbesondere die erworbenen Sprachkenntnisse und hier vor allem die Polnisch-Kenntnisse der deutschen Teilnehmer. Darüber hinaus ergaben sich im Anschluss an die Ausbildung gute berufliche Perspektiven für die Jugendlichen. Als Folge der positiven Erfahrungen mit dem ersten Projektjahrgang wurden zwei weitere Jahrgänge begonnen, mit Projektende 2009 und 2011 [BA1; BA2; BA3; BA4].

Darüber hinaus wurden auch im Bereich der regionalen Vernetzung bzw. der Akquirierung neuer Projekte konkrete Resultate erzielt. Der Rahmenbildungsplan für die Euroregion Pomerania beispielsweise wurde ursprünglich zur besseren Kontrolle über die Finanzströme eingeführt und entwickelte sich zum zusätzlichen Kompetenzfeld des BBV. Als Resultat der Kooperation lagen ferner ausgearbeitete Verträge vor, die häufig von anderen Bildungsträgern übernommen wurden. Das Projekt war das einzige seiner Art und lieferte damit den Projektbeteiligten ein Alleinstellungsmerkmal, das diese zur Profilierung nutzen konnten [BA1; BA4].

Im Bereich der indirekten Ergebnisse verstärkten sich die Kontakte der (deutschen) Akteure untereinander. Darüber hinaus konnte der BVV seine Kontakte zu den relevanten Ministerien und Fördereinrichtungen vertiefen, „*da sind so viele wertvolle Dinge entstanden*“. Auch die Kontakte zu den ausbildenden Hotels intensivierten sich. Durch die häufigen beruflichen Kontakte ergaben sich zwischen den Akteuren auf deutscher Seite persönliche Bindungen, regelrechte Freundschaften, die sich auch auf die polnischen Partner übertrugen [BA1; BA4].

Das Projekt erzielte darüber hinaus eine gewisse Außenwirkung. Zum einen wurde es durch die brandenburgischen Ministerien mit Interesse verfolgt und unterstützt. Zum anderen erreichte es über die Auszubildenden und Schüler eine bestimmte Öffentlichkeit bei den Gästen und in den Hotels. Darüber hinaus wurden regelmäßig Themenabende veranstaltet, zu denen die Jugendlichen ihre erlernten Fertigkeiten präsentierten. Hierzu waren die Familien und die interessierte Öffentlichkeit geladen. Die Eltern kamen bei Besuchen ihrer Kinder mit der jeweils anderen Kultur in Kontakt (Koch 2008:25) [BA2; BA4].

Die Zielsetzung des Projektes war von Anfang an klar umrissen und nicht verhandelbar:

„Die Zielsetzung verändert sich nicht, weil wir ja Berufsausbildung machen. Das geht immer, Anerkennen der Abschlüsse polnisch und deutsch, das ist die Zielsetzung. Die Methoden, um bis dorthin zu kommen, die ändern sich natürlich“ [BA2].

Neben diesem Hauptziel verwiesen einige Interviewpartner auf persönliche Ziele, die erfüllt wurden. Beispielsweise festigte sich die eigene berufliche Stellung durch die verbesserten Kontakte in der Region. Durch den intensivierten Kontakt zu den übrigen regionalen Partnern ließe sich Vieles jetzt viel unkomplizierter regeln. Ebenfalls verwiesen wurde auf eine berufliche Weiterentwicklung durch das Projekt und das Erschließen

Kooperationsbeziehungen im deutsch-polnischen Grenzraum. Zur Rolle kultureller und anderer Grenzen von neuen Arbeitsbereichen. Schließlich habe man durch das Projekt das polnische Schulsystem, die „polnische Mentalität“ und ganz allgemein Land und Leute besser kennengelernt [BA1; BA2; BA3].

4.3.1.5 Institutionalisation

Die Institutionalisation des Projektes war weit vorangeschritten. Dies zeigte sich zum einen darin, dass nach dem Pilotprojekt zwei weitere Ausbildungsjahrgänge aufgelegt wurden. Zum anderen wiesen zahlreiche überstandene Krisen darauf hin, dass die Kooperation fest verankert war. Nicht zuletzt konnte ein plötzlicher Wechsel in der Geschäftsführung des BBV aufgefangen werden, durch den der Initiator des Projektes ausfiel.

Dennoch war nach Abschluss des dritten Ausbildungsjahrgangs keine weitere gemeinsame Ausbildung geplant. Hierfür gab es mehrere Gründe. Zum einen wurde geäußert, dass der Bedarf an Doppelabschlüssen im Zuge der Harmonisierung der europäischen Bildungssysteme abnehme. Zum zweiten gestaltete es sich für die deutsche Seite immer schwieriger, geeignete und motivierte Jugendliche für die zur Verfügung stehenden Ausbildungsplätze zu finden. Diese Situation verschlechterte sich zwischen dem ersten und dem dritten Jahrgang und hing mit dem Rückgang der Geburtenzahlen nach der „Wende“ zusammen. Drittens stand die ABG vor der Aufgabe, ihre eigene Abwicklung zu organisieren und wollte daher keine längerfristigen Projekte mehr anfangen. Schließlich wurde geäußert, dass die EU-Förderung dazu diene, Projekte anzuschieben, die dann irgendwann von alleine laufen sollten. Im Bereich der deutsch-polnischen Berufsausbildung könnten die Hotels in absehbarer Zeit nicht dazu bewogen werden, die Ausbildungskosten komplett zu finanzieren [BA1; BA3; BA4]. Dennoch sind durch das Projekt belastbare Kontakte zwischen den Akteuren entstanden, die zur zukünftigen Kooperation in anderen Akteurskonstellationen genutzt werden können.

4.3.2 Kulturelle und andere Grenzen

4.3.2.1 Grenzen als Kontext

Die dritte Fallstudie ist weniger durch die Grenze als räumlicher Kontext als vielmehr durch institutionelle Grenzen auf Grund der unterschiedlichen Systeme der Berufsausbildung in beiden Ländern beeinflusst. Dieser Eindruck wird auch durch die Interviews bestätigt, in denen die (Staats)-Grenze und die Lage als Grenzregion nur eine marginale

Kooperationsbeziehungen im deutsch-polnischen Grenzraum. Zur Rolle kultureller und anderer Grenzen

Rolle spielen. Lediglich in zwei Interviews klang kurz an, dass der Kontakt der Deutschen zu den Polen vor Projektbeginn hauptsächlich auf den Grenzmarkt beschränkt war [BA2; BA3].

Auch die regionale Identität spielte auf Grund der Projektstruktur kaum eine Rolle und wurde daher in den Interviews nicht thematisiert.

Abschließend lässt sich festhalten, dass das Motiv der Grenze als Kontext der Kooperation in der dritten Fallstudie eine geringere Rolle spielte als in den beiden anderen Fallstudien. Dies lag sicherlich auch daran, dass es sich um eine funktional motivierte Kooperation zwischen räumlich nicht verbundenen Partnern handelte.

4.3.2.2 Grenzen in der Kooperation

Wie bei den ersten beiden Fallstudien wurde auch hier wieder unterschieden zwischen wirtschaftlichen, politisch-administrativen und kulturellen Grenzen, die sich während der Kooperation zeigten. Dabei fiel auf, dass die meisten Grenzen bereits zu Beginn der Kooperation überwunden werden mussten und daher zum Zeitpunkt der Datenerhebung keine Rolle mehr spielten. Wirtschaftliche Grenzen etwa waren nur zu Beginn der deutsch-polnischen Berufsausbildung von Bedeutung. Da die polnische Schule ihre Gelder beim Landkreis beantragen musste, kam es anfangs zu einer verzögerten Begleichung von Rechnungen. Nach diesen Startschwierigkeiten entwickelten sich aber die finanziellen Aspekte zur Zufriedenheit aller. Die Gelder für die internationalen Module wurden ab einem späteren Projektstadium über die deutsche Seite abgewickelt [BA1].

Bei der Vergabe der INTERREG IIIA-Mittel, die eine zentrale Finanzierungsquelle¹²⁴ für die deutsch-polnische Berufsausbildung darstellten, zeigten sich sowohl wirtschaftliche als auch administrative Grenzen. Dies lag daran, dass sich in Deutschland die entsprechenden Stellen zur Mittelvergabe bereits etabliert hatten, in Polen hingegen erst noch geschaffen werden mussten.

„Die haben dann da irgendwelche Vereine gegründet oder irgendwelche Büros, sind sich da aber alle nicht so richtig grün geworden, und deswegen gab es da die Probleme auf polnischer Seite.“ [BA1]

¹²⁴ Die Berufsausbildung wurde von der Euroregion Pomerania zwischen Oktober 2005 und August 2007 mit einem Betrag von 239.218 EUR gefördert. (www.pomerania.net, letzte Abfrage am 19.6.2012).

Hinzu kam ein hoher Grad an Formalisierung auf polnischer Seite:

„Noch ein Antrag und noch ein Papier und noch ein Kreuzchen machen, und da hapert es momentan. Also dass die verantwortlichen Behörden praktisch auf einen Nenner kommen“ [BA1].

Auf deutscher Seite war man sich dessen bewusst, dass sich die Abläufe in Polen kompliziert und stark zentralisiert gestalteten. Schwierigkeiten und Verzögerungen in dieser Hinsicht wurden daher nicht dem Projektpartner angelastet, sondern deren Ursache in den hierarchischen und bürokratischen Strukturen in Polen gesehen [BA1; BA4].

Politisch-administrative Grenzen zeigten sich durch den unterschiedlichen Aufbau der Bildungssysteme, der an dieser Stelle kurz geschildert werden soll. In Deutschland unterliegt das Bildungssystem überwiegend der Verantwortlichkeit der Länder. Der Bund ist seit der Föderalismusreform von 2006 unter anderem für die außerschulische berufliche Aus- und Weiterbildung und für die Ausbildungsförderung zuständig. Das berufliche Bildungswesen ist größtenteils¹²⁵ in einem dualen System der Berufsausbildung organisiert, d.h. eine Lehre wird in Betrieb und Berufsschule absolviert. Der Abschluss befähigt zur Berufsausbildung als qualifizierte Fachkraft. Die institutionellen Zuständigkeiten liegen beim Bund (Rahmengesetzgebung und Ausbildungsförderung), bei den Ländern (Verantwortung für die berufsbildenden Schulen) und bei den Kammern (Überwachung der betrieblichen Ausbildung, Organisation überbetrieblicher Ausbildungsabschnitte und Abnahme von Prüfungen). Bei einer „klassischen“ Berufsausbildung übernehmen die Ausbildungsbetriebe den betrieblichen und die Berufsschulen den schulischen Teil der Berufsausbildung (Directorate-General for Education and Culture 2007a:24, 85f; Gukenbiehl 1998).

Ein solches Modell ist stark abhängig von der wirtschaftlichen Lage, d.h. ob genügend ausbildungswillige Betriebe vorhanden sind. Für die ostdeutschen Bundesländer mit ihrer schwierigen wirtschaftlichen Situation wurden daher seit Anfang der 90er Jahre die Ausbildungsplatzprogramme Ost durchgeführt und die Ausbildung somit staatlich gefördert. Hier setzte man zunächst auf eine außerbetriebliche Ausbildung der Jugendlichen, wobei der betriebliche Teil der Ausbildung durch Bildungsträger übernommen wurde. Seit 1996 wurde verstärkt versucht, die Jugendlichen in betriebsnahe

Ausbildungsverhältnisse im Ausbildungsverbund zwischen mehreren Betrieben zu vermitteln. Es zeichnet sich jedoch für Ostdeutschland eine Trendwende ab. Bedingt durch den demografischen Wandel, eine mangelnde Ausbildungsreife der Jugendlichen sowie eine Fehllenkung durch staatliche Programme in außerbetriebliche Formen der Ausbildung bleiben immer mehr betriebliche Ausbildungsplätze unbesetzt (Directorate-General for Education and Culture 2007a:105f; Gericke 2008:6).

In Polen hingegen ist die Berufsausbildung als schulische Ausbildung organisiert. Sie ist ein Bestandteil des Sekundarschulsystems und daher nicht betriebsgestützt, so dass sie nur wenige berufspraktische Komponenten aufweist. Die Verantwortung für die nationale Erziehungspolitik liegt beim Ministerium für Nationale Erziehung, während die Schulen dezentral verwaltet werden. Die Verantwortung für die Schulen der Sekundarstufe liegt bei den Kreisen (*powiaty*). In Polen besteht eine Schulpflicht vom Jahr des siebten Geburtstages bis zum 18. Geburtstag. Seit der Schulreform von 1999 gilt diese für die sechsjährige Grundschule (*szkoła podstawowa*) und das anschließende dreijährige Gymnasium (*gimnazjum*). Nach dem Gymnasium schließt sich ein Besuch postgymnasialer Schulen oder außerschulischer Kurse an.

Die berufliche Ausbildung findet in zwei- bis dreijährigen Berufsschulen (*zasadnicze szkoły zawodowe*) statt und endet mit einer zertifizierten Berufsausbildung. Nach deren Abschluss kann an zwei- bis dreijährigen weiterführenden Schulen die Hochschulreife (*matura*) erworben werden. Daneben besteht die Möglichkeit, in dreijährigen spezialisierten Lyzeen (*licea profilowane*) oder in 4-jährigen *technika* parallel eine Berufsausbildung und die Matura zu erwerben (Directorate-General for Education and Culture 2007b:14; Steier-Jordan 2001).

Die unterschiedlichen Ausbildungskulturen in Deutschland und in Polen spiegeln sich auch in den Profilen der beteiligten Projektträger wider, die sich gegenseitig ergänzen. Die Schule in Kołobrzeg ist eher theorieorientiert, der BBV Eberswalde eher praxisorientiert. Auch die Abläufe sind anders. In Polen ist die Ausbildung eher unterrichtsförmig angelegt, eine Unterrichtseinheit beträgt 45 Minuten, teilweise bis zu acht Einheiten am Tag. Auf deutscher Seite wird praxisbezogener unterrichtet und

¹²⁵ Daneben existieren auch rein schulische Formen der Berufsausbildung, allerdings in weitaus geringerem Umfang als in anderen europäischen Ländern.

außerschulische Lernformen erprobt, nicht zuletzt deswegen,

„weil deutsche Azubis es im Unterschied zu den polnischen Schülern nicht gewöhnt sind, über längere Zeit konzentriert Wissen aufzunehmen“ (Koch 2008:21).

Der Stellenwert der Ausbildung ist ein anderer in beiden Ländern, was sich daran zeigte, dass die deutschen Jugendlichen in erster Linie einen Zugang zum Arbeitsmarkt suchten, während die polnischen Jugendlichen sich eher weiterbilden wollten [BA2].

Auf Grund der unterschiedlichen Ausbildungsinhalte und –abläufe in Deutschland und Polen war es zu Beginn der Ausbildung notwendig, einen für alle Seiten akzeptablen Kompromiss zu finden. Dieser musste sowohl die vorgeschriebenen Inhalte berücksichtigen als auch einen separaten Schulturnus und Prüfungsrhythmus etablieren. Vor allem die IHK Frankfurt/Oder erwies sich als sehr kooperativ und kompromissbereit, um die Ausbildungsrahmenpläne miteinander zu vereinbaren und die formalen Prüfungskriterien zu erfüllen. Im Rahmen dieser Kompromissfindung traten zahlreiche Sonderregelungen in Kraft:

„Vieles (wurde) über den Haufen geschmissen, Neues entwickelt“ [BA4].

Diese Aufgabe musste bereits ganz am Anfang der Kooperation gelöst werden, bevor das Projekt überhaupt beginnen konnte. Die wichtigsten institutionellen Hürden waren somit bereits genommen und die Abläufe festgelegt, als das Projekt startete.

Die kulturellen Grenzen im Projekt betrafen vor allem die Sprachgrenze. Die Arbeitsgruppentreffen wurden konsekutiv gedolmetscht, wobei der Gastgeber den Dolmetscher stellte. Meistens war ein zweiter Dolmetscher der jeweils anderen Seite anwesend. Bei den Dolmetschern wurde auf bestehendes Personal zurückgegriffen, also Fremdsprachenlehrer und zweisprachige Mitarbeiter. Bei der teilnehmenden Beobachtung während der Arbeitstagungen zeigte sich, dass die Dolmetscherinnen das Vertrauen der Anwesenden genossen. Es wurde deutlich, dass die Dolmetscherinnen nicht alles Gesagte direkt übersetzten, sondern teilweise abwarteten und die relevanten Informationen herausfilterten [Protokoll vom 6.11.08 und vom 5.12.08]. Dennoch funktionierte die Übersetzung nicht immer reibungslos, wie das oben genannte Missverständnis zum dritten Ausbildungsjahrgang zeigt. Dieses Missverständnis wurde einem „Übermittlungsfehler“ zugeschrieben [BA4]. Einige (deutsche) Interviewpartner äußerten Bedauern über ihre fehlenden Polnisch-Kenntnisse, allerdings war ihnen ein Erlernen der Sprache auf Grund der hohen Arbeitsbelastung nicht möglich.

Kooperationsbeziehungen im deutsch-polnischen Grenzraum. Zur Rolle kultureller und anderer Grenzen

Englisch spielte für die Kommunikation in der Arbeitsgruppe keine Rolle, während sich die Schüler am Anfang der Ausbildung auf Englisch verständigten. Mit zunehmenden Sprachkenntnissen wechselten sie dann über zu Deutsch und Polnisch. Die Wertschätzung für die beachtlichen polnischen Sprachkenntnisse der deutschen Schüler wurde vor allem von polnischer Seite zum Ausdruck gebracht [BA1; BA2; BA3; BA4].

Die Geschichte als potentielle kulturelle Grenze spielte in dieser Fallstudie eine zu vernachlässigende Rolle. Teil der Ausbildung war es, den Schülern auch die Geschichte der Region näherzubringen:

„Gemeinsame Freizeit verbringen heisst eben auch, gemeinsam Kultur erleben. Und in dem Moment, wo ich gemeinsam Kultur erlebe, habe ich natürlich auch Berührung mit der Geschichte (im) anderen Land“ [BA2].

Innerhalb der Arbeitsgruppe spielten geschichtliche Zusammenhänge allerdings keine Rolle, hier habe man sich eher *„über die Mentalität, über die kulturellen Sachen so ein bisschen unterhalten“* [BA3]. Man war zufrieden, Partner gefunden zu haben, mit denen man gut zusammen arbeiten konnte [BA4].

Grenzen auf Grund persönlicher Erfahrungen ließen sich in diesem fortgeschrittenen Projektstadium nicht mehr genau feststellen oder rekonstruieren. Das Vorhandensein von Stereotypen, zumindest vor Projektbeginn, wurde in mehreren Interviews implizit oder explizit angesprochen. Das Polen-Bild der Deutschen war damals geprägt von den flüchtigen Kontakten auf den grenznahen Basar-Märkten, während sich das Deutschland-Bild der Polen vor allem auf Westdeutschland bezog. Während zu Beginn des Projektes (auf deutscher Seite) eine gewisse Skepsis herrschte *„ob das Mal wird“* wurden durch die Kooperation viele Vorurteile abgebaut [BA2; BA4].

4.3.2.3 *Bezugsebene*

Die Betrachtung zu kulturellen und anderen Grenzen schließt mit einer Einschätzung, inwieweit die regionale und die europäische Ebene die Bezugspunkte der Kooperation bilden. Die regionale Ebene fand Erwähnung im Zusammenhang mit der Vernetzung der Akteure und mit der Außenwirkung des Projekts. Durch die gemeinsame Berufsausbildung wurden die Kontakte zwischen den Akteuren auf deutscher Seite intensiviert. Die regionale Verankerung zeigte sich auch durch persönliche Kontakte zur Euroregion, zum deutsch-polnischen Jugendwerk und zu den Ministerien in Potsdam. Gleichzeitig

stieß das Projekt auf Interesse und Rückhalt bei den verantwortlichen Stellen auf Landesebene:

„Öffentliches Interesse für die Ausbildung ist auf alle Fälle gegeben, also zumindest, was hier seitens des Landes Brandenburg passiert. Das genießt man schon, dass sich auch Politiker oder andere wichtige Leute aus Politik und Wirtschaft für die Bildung und diese Form interessieren und sich auch engagieren“ [BA2].

Weiterhin wurde erwähnt, dass das Projekt über die Hotelgäste eine gewisse Ausstrahlung auf die Region ausübte.

Die europäische Ebene wurde in den beiden anderen Fallstudien häufig im Zusammenhang mit den damit verbundenen Fördermöglichkeiten genannt. Bei der Deutsch-Polnischen Berufsausbildung wurde in dieser Hinsicht in einem Interview die Euroregion erwähnt. Europa fand sonst kaum explizite Erwähnung in den Interviews. Vielleicht gehörte es auch zum Selbstverständnis des Projektes, sich als europäisches Projekt zu begreifen, wie das folgende Zitat zeigt:

„Wir brauchen nicht zu sprechen vom gemeinsamen Europa, denn wir verwirklichen es (...). Die Absolventen dieser Klasse (...) werden auch immer offen sein, in anderen Regionen zu arbeiten. Und so ist es eigentlich auch zu verstehen, also Europa als gemeinsamen zukünftigen Arbeitsmarkt zu betrachten und einfach die innere Bereitschaft zu haben und es nicht als Problem zu sehen“ [BA2].

4.3.3 Integrationsprozesse

4.3.3.1 Grenzwahrnehmung

Wie bereits bei den anderen beiden Fallstudien wird bei der Wahrnehmung von kulturell bedingten Grenzen, als erster Schritt eines Integrationsprozesses, unterschieden zwischen Kommunikations- und Interaktionsverhalten, Arbeitsabläufen und Projektdurchführung sowie Normen und Werten. Als wichtigstes Unterscheidungsmerkmal zu den beiden anderen Fallstudien ist sicherlich zu nennen, dass die Entwicklung interkultureller Kompetenz bei den Jugendlichen ein Projektziel darstellte. Daher kam den am Projekt beteiligten Erwachsenen ein gewisser Vorbildcharakter in Bezug auf ihren Umgang mit der anderen Kultur zu. Dabei fiel auch auf, dass Mentalitätsunterschiede in dieser Fallstudie viel selbstverständlicher und gelassener thematisiert wurden als in den anderen beiden Fallstudien:

„Die Polen haben ja eine andere Mentalität“ oder

„Wir haben eine andere Mentalität als die Deutschen“ [BA2; BA3].

Diese Feststellung, die teilweise schmunzelnd vorgetragen wurde, konnten die Interviewpartner mit Beispielen aus ihrer konkreten Erfahrungswelt belegen. Dabei wurden überwiegend positiv konnotierte Beispiele genannt oder die Unterschiede oft positiv bewertet bzw. als Bereicherung gesehen. Als ein anschauliches Beispiel unterschiedlichen Interaktionsverhaltens wurden die polnischen Matura-Feiern genannt, die immer 100 Tage vor dem Abitur stattfinden. Zu einer dieser Feiern waren auch die deutschen Schüler und die Mitglieder der Arbeitsgruppe geladen.

„Also da war ich schon sehr beeindruckt, wie ernst die dort Schule nehmen, aber auch, wie toll die da feiern können, Lehrer und Schüler zusammen“ [BA1].

Besonders beeindruckend für die deutsche Seite war, wie alle Beteiligten anlässlich dieser Feier *„aus sich heraus“* gegangen seien:

„Das war richtig toll. Das hätte es bei uns nicht gegeben. (...) Die Jugendlichen sind ja nicht fertig dann, die sind ja hundert Tage vorm Abitur, dass sich dann noch ein Lehrer nach dem Ball respektvoll vor die Klasse stellt, also definitiv, das hätte es bei uns nicht gegeben. (...) Da hätte bei uns kein Deutscher mehr Respekt vor dem Lehrer. Aber das war normal da“ [BA4].

Auch die unterschiedlichen Kleidungsstandards fanden Erwähnung. Von deutscher Seite wurde angemerkt, die Lehrerinnen seien anlässlich des Abiballs angezogen gewesen *„wie die Prinzessinnen“*. Und auch bei den normalen Projekttreffen sah man sich mit Kleiderfragen konfrontiert:

„Oh Gott, was ziehen wir denn an, wenn wir nach Polen fahren? Die sehen schon morgens aus, als ob sie irgendeiner Modezeitschrift entsprungen sind. (...) Hier hat man irgendwie so was Geschäftliches an, irgendwelche schwarzen Anzüge oder so“ [BA01D:119].¹²⁶

Bei den Jugendlichen zeigte sich ebenfalls ein positiver Einfluss der meist eleganter und weiblicher gekleideten Polinnen auf die deutschen Teilnehmerinnen [BA2].

Gleichermaßen beobachtet wurde ein anderer Umgang mit Sprache, sowohl bei den Schülern als auch in der Arbeitsgruppe. Die polnischen Teilnehmer wurden als sehr wortgewandt beschrieben, sie redeten viel und in einer blumigen Sprache. Die deutsche

¹²⁶ Dieses Thema wurde mit einer gewissen Selbstironie auch einem informellen Treffen der Arbeitsgruppe angesprochen. Die deutschen Teilnehmerinnen gaben hier Anekdoten über den missglückten Versuch eines Ballkleiderkaufs oder über Friseurbesuche in Polen zum Besten (Protokoll vom 4.12.08).

Seite hingegen war in ihren Äußerungen sehr viel konkreter und kam direkt zum Punkt:

„Der deutsche Azubi sagt nicht Danke, sondern der sagt: Das war ein anstrengendes Modul, das war ein gutes Modul, das war ein nicht so gutes Modul. (...) Und der Pole fängt eben an und sagt: Wir möchten uns erst Mal recht herzlich bedanken, es war wieder sehr schön, und so weiter“ [BA2].

In der Arbeitsgruppe führte dies dazu, dass die Deutschen durch die lebhaft polnische Art stärker in die Kommunikation eingebunden wurden [BA2].

Im Bereich der Arbeitsabläufe und der Projektdurchführung wurde angemerkt, dass der Umgang mit Pünktlichkeit zu Beginn des Projektes für Irritationen sorgte.

„Am Anfang war es so, um zwölf Uhr war der Termin und dann kamen die (Polen) erst um zwei. Das war ja nicht so schlimm, in Polen ist das nicht so schlimm. Und wir Deutschen haben sehr große Schwierigkeiten, uns auf so was einzustellen“ [BA4].

Mittlerweile habe man die polnische Mentalität besser kennen gelernt. Gleichzeitig wurde eingeräumt, dass die polnischen Teilnehmer der Arbeitsgruppe sich stark an die Erwartungen der deutschen Seite angepasst hätten. In einem späteren Stadium der Kooperation erschien die polnische Seite pünktlich zu Terminen:

„Also wenn es heißt um zwölf ist der Termin, dann IST der um zwölf, dann sind die auch da, außer es passiert was“ [BA4].

Zur Sprache kam auch der bereits in den anderen Fallstudien erwähnte Unterschied zwischen der polnischen Flexibilität und der verbindlichen Planung auf deutscher Seite. Eine Verständigung wurde unter diesen Umständen nur durch Entgegenkommen auf beiden Seiten möglich¹²⁷.

Darüber hinaus wurden Unterschiede im Ablauf in der Gastronomie beobachtet: Die Deutschen wurden als „Praktiker“ beschrieben und die Polen eher als „Manager“ und als Beispiel für diese These Besuche von Hotels und Restaurants angeführt. Die Berufsausbildung profitierte von den Unterschieden, da die Jugendlichen voneinander lernen konnten. So waren beispielsweise die deutschen Jugendlichen gründlicher und dem Gast gegenüber serviceorientierter, während die polnischen Jugendlichen größeren Wert auf ihre äußere Erscheinung legten [BA2; BA4].

¹²⁷ Siehe dazu auch das folgende Unterkapitel zu „Grenzüberwindung“.

Unterschiedliche Normen und Werte wurden vor allem im Zusammenhang mit der Rolle bzw. dem Stellenwert von Schule deutlich. Von deutscher Seite wurde beobachtet, dass auf polnischer Seite eine größere Disziplin herrschte und die Lehrer Respektpersonen waren. Auch die deutschen Azubis mussten anlässlich ihrer Polen-Aufenthalte lernen, dass gewisse in Deutschland tolerierte Verhaltensweisen (Essen, Trinken, Handys) während des Unterrichts in Polen nicht akzeptabel waren. Die Höflichkeit gegenüber Erwachsenen war bei den polnischen Schülern stärker ausgeprägt, auch Disziplin und das Achten von Anweisungen traf man bei den polnischen Schülern häufiger an:

„Da herrscht Zucht und Ordnung an der Schule (...). Das ist wirklich angenehm für uns, das auch mal so mitzukriegen. Wie gesagt, bei uns wird man im Treppenhaus über den Haufen gerannt, (...) (dort wird man) höflich begrüßt. Das macht schon Spaß (...), eben wie wir das von der Schule her noch kennen“ [BA4D].

Die deutschen Schüler hingegen zeigten häufig Defizite nicht nur bei der Disziplin, sondern man musste ihnen auch bestimmte soziale Verhaltensregeln beibringen, die nicht mehr durch das Elternhaus oder die Schule vermittelt worden waren. Darüber hinaus wurden jedoch in der Ausbildung an sie härtere Anforderungen gestellt und insbesondere die Teilnehmerinnen waren eher bereit, anzupacken als ihre polnischen Kolleginnen. Insgesamt wurden die deutschen Azubis als selbständiger wahrgenommen, während die polnischen Schüler noch stärker an ihrer Familie hingen und zu Hause auch stärker bemuttert würden [BA1; BA2; BA3; BA4].

Neben den genannten kulturell bedingten Unterschieden wurde jedoch auch auf Gemeinsamkeiten verwiesen, die mindestens genauso schwer wogen:

„Es ist total egal, ob Sie einen 17-jährigen deutschen Jugendlichen vor sich haben oder einen 17-jährigen polnischen Jugendlichen. Das ist ein junger Mensch, der erst Mal auch andere Interessen hat als unbedingt das Lernen“ [BA2].

Auch die Gastfreundschaft und die Bereitschaft zum Feiern seien auf beiden Seiten vorhanden gewesen [BA3; BA4].

4.3.3.2 Grenzüberwindung

Das Kriterium der Grenzüberwindung wurde in der ersten Fallstudie zu TRANSLOKAL an den Punkten interkulturelle Lernprozesse, Wachsen von Empathie und Verständnis, besseres Kennenlernen, sowie Aufbau eines Vertrauensverhältnisses festgemacht. Diese Entwicklungen ließen sich auch bei der deutsch-polnischen

Berufsausbildung beobachten, hinzu kam zusätzlich das Angleichen von Verhaltensweisen.

Der Aspekt des interkulturellen Lernens war insofern eng mit dem Projekt verbunden, als die interkulturelle Kompetenzentwicklung der Jugendlichen ein Ausbildungsziel darstellte. Hierdurch wurde auch bei den beteiligten Mitarbeitern und Ausbildern, die den Jugendlichen gegenüber eine Vorbildfunktion hatten, eine interkulturelle Kompetenzentwicklung ausgelöst (Koch 2006:13, 35). Die folgende Interviewpassage verdeutlicht dies:

„Wir müssen ständig erklären, auch den Jugendlichen, warum ist das so in Deutschland, warum ist das so in Polen. Und diese kulturelle Kompetenz zwischen beiden Ländern, dieses gegenseitig sich zu Respektieren und wahrzunehmen, verlangt von uns Erwachsenen sehr viel Arbeit“ [BA2].

Dementsprechend wurde in den Klassen nicht nach polnischen und nach deutschen Teilnehmern unterschieden, sondern alle gleich behandelt. Dem lagen bestimmte Werte zu Grunde, die als ein Beispiel für gelebte interkulturelle Kompetenz gelten können:

„Achtung des Anderen, Toleranz, Anerkennung, Ehrlichkeit, miteinander Sprechen und dann funktioniert das auch. Das ist eigentlich egal, welche Kultur das ist“ [BA2].

Doch nicht nur unter den Schülern und Auszubildenden, sondern auch bei den Mitgliedern der Arbeitsgruppe kam es sowohl individuell als auch innerhalb der Gruppe zu interkulturellen Lernprozessen. Auf der Ebene der einzelnen Akteure waren zu Beginn des Projektes durchaus eine gewisse Skepsis und auch Vorurteile vorhanden [BA4]. Auch die Verhaltensweisen der (polnischen) Projektpartner oder der Aufenthalt in Polen sorgten anfangs für Irritationen oder Unwohlsein, *„das war alles am Anfang so ein bisschen komisch“* [BA1]. Zweierlei Faktoren trugen dazu bei, diese anfängliche Zurückhaltung abzubauen: Zum einen der Erfolg und die positive Resonanz des Projektes, zum anderen die persönliche Weiterentwicklung der Akteure. Durch die Zusammenarbeit konnte man *„Land und Leute“* kennen lernen und die Projektpartner erweiterten ihre interkulturelle Kompetenz, beispielsweise in der Frage, welche Kommunikation gegenüber den polnischen Partnern angemessen war [BA4]. Kurzum, die enge Zusammenarbeit über mehrere Jahre sorgte dafür, dass

„jeder auch die andere Seite so ein bisschen versteht, von der Mentalität her“ [BA3].

Kooperationsbeziehungen im deutsch-polnischen Grenzraum. Zur Rolle kultureller und anderer Grenzen

Zu den interkulturellen Lernprozessen innerhalb der Arbeitsgruppe gehörte es, Verständnis für die Verhaltensweisen des Partners zu entwickeln und diese zu akzeptieren. Die bedeutete für die deutschen Partner, die polnische Flexibilität anzunehmen und umgekehrt für die polnische Seite, ein gewisses Maß an Organisation und Planung zuzulassen. Die Akzeptanz anderer Verhaltensweisen verlief nicht immer einfach:

„Die Deutschen mussten da lernen. (...) Ich weiß, dass die Deutschen ihre Entscheidungen treffen, die machen ihre Planungen und alles soll nach Plan gehen. (...) Und ich kann mir schon vorstellen, dass es die deutsche Seite eine große Überwindung gekostet hat, die polnische Flexibilität zu akzeptieren“ [BAx].

Umgekehrt kam die polnische Seite dem Wunsch der Deutschen nach einem strengeren Zeitmanagement und verbindlichen Planungen entgegen. Es wurde von deutscher Seite honoriert, dass die Polen im Projektverlauf erhebliche Anpassungsleistungen vollbrachten. Ein gewisser Anpassungsdruck bestand auch auf Grund des notwendigen Projektmanagements sowie eines genau vorgegebenen Ausbildungsrahmens [BA3, BA4].

Somit erfolgte im Laufe der Kooperation eine Annäherung der Verhaltensweisen, wobei beide Seiten sich kompromissbereit zeigten:

„Jeder muss ein bisschen nachrücken und (...) dazulernen, ein bisschen nachgeben, und dann kleine Einschnitte in Kauf nehmen, das ist normal“ [BA4].

Dabei mussten auch Verhaltenweisen und Gewohnheiten aufgegeben und neue Wege beschritten werden, ein „Umdenken“ war erforderlich [BA4]:

„Also man muss auch bereit sein für Veränderungen. Beide Seiten. Und entweder beide Seiten können's, oder sie können's nicht. Dann braucht man auch nicht weiter am Tisch sitzen, das kriegt man auch ganz schnell mit“ [BA2].

Grundlage dieser interkulturellen Lernprozesse war es, dass sich ein guter persönlicher Kontakt zwischen den Akteuren ergeben hatte und ein Vertrauensverhältnis aufgebaut werden konnte. Die Akteure verfügten über ein hohes Maß an sozialer und kommunikativer Kompetenz, die sich ebenfalls im Laufe des Projekts weiterentwickelt hatte. So wurde beispielsweise auf Grundlage von Erfahrungen bei schwierigen Themen der Weg des direkten persönlichen Gesprächs gewählt:

„Wir haben dann auch festgestellt, dass es besser ist, (...) nach Kolberg zu fahren und die Dinge dann auch anzusprechen“ [BA1],

Während der Arbeitsgruppentreffen war die Kommunikation sachbezogen und direkt und hielt sich nicht mehr mit dem Austausch von Höflichkeiten auf. Bei Unklarheiten wurde sofort nachgefragt und teilweise auch die Gesprächspartner unterbrochen, bevor

Missverständnisse entstehen konnten [Protokoll vom 6.11.08 und 4.12.08]. Auf deutscher Seite ergaben sich regelrechte Freundschaften zwischen den Akteuren. Diese freundschaftliche Atmosphäre färbte auch auf die Polen ab, die sich zumindest teilweise „ein bisschen auf unsere Ebene begeben“ haben. Umgekehrt wurde auch angemerkt, dass die lebhaftere polnische Art der Kommunikation die deutschen Teilnehmer aus der Reserve lockte [BA2; BA4].

Wie es gelungen ist, ein solches Vertrauensverhältnis zu etablieren, das auch schwierige Projektphasen überbrücken half, lässt sich im Nachhinein und mit dem erhobenen Material nicht mehr eindeutig rekonstruieren. Dennoch kann vermutet werden, dass die bestehende Offenheit, der Humor und die hohe Sozialkompetenz der Akteure – schließlich handelt es sich zu einem Großteil um Pädagoginnen – entscheidend dazu beigetragen haben. Ebenfalls hilfreich dürften die zahlreichen informellen Interaktionssituationen gewesen sein, die von allen Seiten gewürdigt wurden.

Von allen drei Fallstudien ist es der deutsch-polnischen Berufsausbildung am besten gelungen, kulturelle Grenzen zu überwinden. Inwieweit damit auch Prozesse der Gemeinschaftsbildung sowie ein Grenzaufbau nach außen verbunden waren wird im folgenden, abschließenden Kapitel untersucht.

4.3.3.3 *Grenzbildung nach Außen*

Als Indikatoren für einen Gemeinschaftssinn dienen Sympathie, Loyalitäten, ein „Wir-Gefühl“, Vertrauen, gegenseitige Relevanz und eine Vorhersehbarkeit des Verhaltens. Dass die Akteure sich sympathisch waren und während der Kooperation ein Vertrauensverhältnis aufbauen konnten, wurde bereits im vorhergehenden Kapitel beschrieben. Die gegenseitige Relevanz wurde ebenfalls an verschiedener Stelle erwähnt. Durch die Verantwortung für die Jugendlichen ergab sich eine hohe Verbindlichkeit und klare Aufgabenverteilung:

„Wir ziehen an einem Strang und die Ausbildung ist das Gemeinsame, was alle Seiten wollen. (...) Und da können eben die Jugendlichen und der Arbeitskreis nur in eine Richtung ziehen“ [BA4].

Als Folge ergaben sich auch unter den Erwachsenen Gruppenbildungsprozesse und ein „Zusammenrücken“. Abgesehen von den fachlichen Dingen zeigte sich die gegenseitige Relevanz auch auf der persönlichen Ebene in Form von entstandenen Bindungen:

„(Es ist) schön zu hören, wenn man mit der Kolberger Schule spricht (...) und die sagen, wir freuen uns schon auf Euch. Das ist schön zu hören, dass da sich schon einer einen Kopf gemacht hat (...) und die erwarten uns schon. Genauso, wenn die polnischen Schüler (...) kommen und wir stehen schon da und freuen uns“ [BA2].

Die Vorhersehbarkeit des Verhaltens zeigte sich daran, dass sowohl Humor als auch Selbstironie während der Begegnungen eingesetzt wurden. So wurde von polnischer Seite häufiger gescherzt, während die deutsche Seite sich nicht scheute, selbstironische Anekdoten zum Besten zu geben. Ein solches Verhalten setzte voraus, dass die Reaktion der anderen richtig eingeschätzt wurde, wie das kollektive Lachen bewies. Zweitens bedeutet es, dass die Wertschätzung als sicher gilt, so dass dieses Verhalten nicht zu einem Respekt- oder Gesichtsverlust führt.

Die Grenzbildung nach Außen, etwa in Form von Lobbyarbeit wie im EDON, spielte in der deutsch-polnischen Berufsausbildung eine kleine Rolle. Das Projekt verfügte über eine hohe Akzeptanz bei den relevanten Stellen in Politik und Verwaltung und traf auch bei ähnlichen Projekten auf Interesse. Dabei waren die Akteure gerne bereit, ihr Know How weiterzugeben.

4.3.4 Zusammenfassende Bewertung

Die Fallstudie zur deutsch-polnischen Berufsausbildung beschreibt ein Projekt, das bereits zahlreiche Grenzüberwindungen gemeistert hat. Die bestehenden institutionellen Grenzen auf Grund der unterschiedlichen Schul- und Ausbildungssysteme wurden bereits zu Beginn der Kooperation überwunden, als das Projekt konzipiert wurde. Auch finanzielle Schwierigkeiten wurden zu Beginn der Kooperation beigelegt. Eine Erklärung für diesen Erfolg liegt in der klaren Zielvorgabe des Projektes, die allen Beteiligten stets vor Augen stand und nicht verhandelbar war. Die Eigeninteressen der Akteure wurden dem Ausbildungsziel untergeordnet bzw. spielten keine maßgebliche Rolle. Gleichzeitig hatte die Verantwortung für die Ausbildung von 30 Jugendlichen eine stark disziplinierende Wirkung auf die erwachsenen Akteure. Es bestand ein hohes Maß an Verbindlichkeit, so dass ein Ausstieg aus der Kooperation nur als allerletzte Möglichkeit in Betracht gekommen wäre.

Der vorgegebene Ausbildungsverlauf hatte gleichzeitig eine stark strukturierende Wirkung auf die Kooperation, da er verbindliche Planungen und Absprachen erforderte und die formellen Treffen sowohl inhaltlich als auch terminlich bestimmte. Die regelmäßigen formellen Treffen wurden begleitet von informellen Anlässen. Vor allem den

gemeinsamen Feiern, auch zusammen mit den Schülern, kam ein hoher Stellenwert zu. Solch informelle Gelegenheiten zur Interaktion sind besonders wichtig, um kulturelle Grenzüberwindungen zu ermöglichen. Zur Überwindung der Sprachgrenze stand vor allem eine zweisprachige Mitarbeiterin des BBV zur Verfügung, die das Vertrauen aller Beteiligten genoß. Das Tagesgeschäft der deutsch-polnischen Kontakte lief über sie, es bestand ein „kurzer Draht“ zwischen allen Akteuren. Die Benennung von Problemen bildete einen festen und planmäßigen Teil des Arbeitsprozesses. Dabei wurden die Probleme der Schüler ernst genommen und nicht bagatellisiert.

Darüber hinaus waren weitere akteursbezogene Faktoren ausschlaggebend für die kulturelle Grenzüberwindung. Erstens hatten die Erwachsenen Vorbildcharakter für die Jugendlichen, denen sie interkulturelle Kompetenzen beibringen wollten. Zweitens verfügten die beteiligten Akteure auf Grund ihrer Arbeit im Bildungsbereich über eine hohe soziale Kompetenz, die sich positiv auf die Zusammenarbeit auswirkte. Drittens wirkten der Erfolg des Projektes und die Fortschritte der Jugendlichen motivierend. Hinzu kam das Bewusstsein, mit dem Projekt Neuland zu betreten und eine deutschlandweit einzigartige Ausbildung anzubieten. Viertens waren alle Akteure gleichermaßen motiviert und hatten Spaß an dem Projekt. Fünftens gab es eine klare Aufgabenverteilung, alle hatten ihre Ansprechpartner. Auf deutscher Seite wurde das aus TRANSLOKAL bekannte Modell der „Pärchenbildung“ praktiziert und die wichtigsten Akteure hatten meist eine Vertretung. Sechstens und letztens kam hinzu, dass die vielbeschworene „Chemie“ zwischen den Akteuren stimmte und somit ein persönliches Verhältnis aufgebaut werden konnte. Die wichtigsten Merkmale der Fallstudie „Deutsch-Polnische Berufsausbildung“ wurden abschließend in Tabellenform zusammengefasst.

Tabelle 7: Charakteristika der Fallstudie DPBA

Variable	Ausprägung in der DPBA
Kooperationsrahmen	- funktionale Kooperation
Zielsetzung	- ergebnisorientierte Zielsetzung
Akteure	- „Pärchenbildung“ - überschaubarer Kreis von Kernakteuren - hohe Sozialkompetenz
Interaktion und Entscheidungsfindung	- klare Aufgabenverteilung der Akteure - häufige informelle Interaktionsanlässe - Governance-Modus Synthese und Kompromiss vorherrschend
Ergebnisse	- Abschlüsse der Jugendlichen - bessere regionale Vernetzung der Akteure
Institutionalisierung	- ja; abhängig von externer Förderung
Grenzen	- politisch-administrative Grenzen am wichtigsten
Integration	- hoher Grad an Grenzüberwindung - personengebunden, teilweise Auswirkung auf Strukturen

5 Vergleich der Fallstudien

Die drei untersuchten Projekte wurden zunächst als Fallstudien oder als konkretes Besonderes betrachtet und die in ihnen ablaufenden Prozesse dargestellt. Auf dieser Grundlage erfolgt nun ein strukturierter, fokussierter Vergleich. Dessen Ziel ist es erstens, die erhobenen Variablen und ihre Ausprägungen in den einzelnen Fällen gegenüberzustellen und zweitens, diese Gegenüberstellung zu bewerten und hieraus wirksame Kausalmechanismen abzuleiten. Abschließend werden die spezifischen Erklärungen jedes Falles in den allgemeinen theoretischen Rahmen der Arbeit überführt. Hierzu gehört auch, das aus der Theorie heraus entwickelte Modell hinsichtlich seiner empirischen Belastbarkeit zu bewerten (George und Bennett 2005:91ff).

Die Gegenüberstellung der Fälle erfolgt mit Hilfe von drei leitenden Fragen nach Gläser/Laudel (2004:242):

- 1) Welche Faktoren treten in allen Fällen auf?
- 2) Welche erwarteten Faktoren fehlen?
- 3) Welche Faktoren treten überraschend auf?

Durch die Beantwortung dieser Fragen lassen sich Aspekte eines gemeinsamen Kausalmechanismus' identifizieren. Für die beiden letztgenannten Fragen bieten die eingangs aufgestellten Arbeitshypothesen¹²⁸ eine Orientierungshilfe.

Die zentralen Variablen wurden bereits am Ende der Einzelfallstudien in Tabellenform zusammengefasst. Die folgende Tabelle 8 stellt die Fallstudien mit ihren zentralen Variablen nebeneinander und liefert somit einen ersten vergleichenden Überblick. Der anschließende, ausführliche Vergleich der Indikatoren folgt der Gliederung der Einzelfallstudien und behandelt daher zunächst die Ausgestaltung der Kooperation, anschließend die relevanten Grenzen und zum Schluss die ablaufenden Integrationsprozesse. In diesem Rahmen wird auch thematisiert, inwieweit die drei Fallstudien vergleichbar sind oder welche Faktoren einer Vergleichbarkeit der Fälle entgegenstehen.

¹²⁸ Siehe oben, Kapitel 1.3.

Tabelle 8: Vergleich ausgewählter Fallstudienmerkmale

Quelle: Eigene Darstellung

Variable	TRANSLOKAL	EDON	DPBA
Kooperationsrahmen	<ul style="list-style-type: none"> - lokale Ebene - systematische Projektentwicklung 	<ul style="list-style-type: none"> - regionale Ebene - Aufbau auf bestehenden Strukturen der Städtepartnerschaften 	<ul style="list-style-type: none"> - funktionale Kooperation
Zielsetzung	<ul style="list-style-type: none"> - themenorientierte Zielsetzung 	<ul style="list-style-type: none"> - „Organisatorische“ Zielsetzung: EVTZ - Akquirierung von Fördermitteln 	<ul style="list-style-type: none"> - ergebnisorientierte Zielsetzung
Akteure	<ul style="list-style-type: none"> - externes Projektteam - Pärchenbildung - überschaubarer Kreis von Kernakteuren - jüngere Generation 	<ul style="list-style-type: none"> - Bürgermeister und Amtsdirektoren - wenige eigens für Projekt abgestellte Akteure - großer Kreis von Akteuren, einige Motoren, einige „Mitläufer“ 	<ul style="list-style-type: none"> - Pärchenbildung - überschaubarer Kreis von Kernakteuren - keine extra Koordinierungsstelle - hohe Sozialkompetenz
Interaktion und Entscheidungsfindung	<ul style="list-style-type: none"> - klare Aufgabenverteilung der Akteure - formelle und informelle Interaktion (anlassbezogen) - Governance-Modus: themenabhängig 	<ul style="list-style-type: none"> - Erwartungsabgleich und Zieldefinition notwendig - Unterdrückung von Konflikten - Asymmetrie: Deutsche reklamieren Kompetenzvorsprung 	<ul style="list-style-type: none"> - klare Aufgabenverteilung der Akteure - häufige informelle Interaktionsanlässe - Governance-Modus: Synthese und Kompromiss vorherrschend
Ergebnisse	<ul style="list-style-type: none"> - Kooperationsverträge - Kontakte - Impulse für die zukünftige Zusammenarbeit 	<ul style="list-style-type: none"> - Fährverbindung - nicht-bindende Verträge 	<ul style="list-style-type: none"> - Abschlüsse der Jugendlichen - bessere regionale Vernetzung der Akteure
Institutionalisierung	<ul style="list-style-type: none"> - nein; fehlende Ressourcen 	<ul style="list-style-type: none"> - nein 	<ul style="list-style-type: none"> - ja; abhängig von externer Förderung
Grenzen	<ul style="list-style-type: none"> - Bezug auf Grenzlage und regionale Identität - politisch-administrative Grenzen am wichtigsten 	<ul style="list-style-type: none"> - Bezug auf Grenzlage und regionale Identität - kulturelle Grenzen: Vorhandensein von Stereotypen - politisch-administrative Grenzen wichtig (Fördermittel) 	<ul style="list-style-type: none"> - politisch-administrative Grenzen am wichtigsten
Integration	<ul style="list-style-type: none"> - teilweise - personengebunden 	<ul style="list-style-type: none"> - in Ansätzen bei wenigen Akteuren 	<ul style="list-style-type: none"> - hoher Grad an Grenzüberwindung - personengebunden, teilweise Auswirkung auf Strukturen

5.1 Ausgestaltung der Kooperation

5.1.1 Kooperationsrahmen

Die Rahmenbedingungen der drei Fallstudien gestalteten sich recht unterschiedlich. Zunächst unterschieden sie sich in Bezug auf ihre räumliche Ausdehnung. TRANSLOKAL beschränkte sich auf die lokale Ebene, EDON war auf einer regionalen Ebene angesiedelt und die DPBA war funktional motiviert und fand zwischen räumlich nicht benachbarten Partnern statt. Der Umgang mit (europäischen) Fördermitteln war ebenfalls unterschiedlich: Während bei TRANSLOKAL und dem EDON geeignete EU-Förderprogramme den Anlass für die Projekte gab, wurde bei der DPBA ein Modell der „gleitenden Finanzierung“ gewählt und mit der Kooperation begonnen, bevor das Projekt durchfinanziert war.

Die Projektentwicklung erfolgte bei TRANSLOKAL systematisch und themenbezogen durch ein externes Projektteam. Ebenfalls systematisch und ergebnisorientiert wurde sie in der DPBA durchgeführt. Im EDON hingegen gestaltete sich die Projektentwicklung eher schleppend und sie war darüber hinaus weniger systematisch, sondern vielmehr bestimmt durch die Einzelinteressen der Akteure. Dementsprechend war die Vorgabe von Strukturen und Abläufen durch das Projektdesign am stärksten in der DPBA und am schwächsten im EDON.

In Bezug auf die Zielsetzung der Projekte ergaben sich ebenfalls Unterschiede. Im Fall von TRANSLOKAL war sie gleichzeitig themenorientiert, langfristig und visionär: Die Verwaltungskooperation sollte in ausgewählten Themenfeldern verbessert und die Entwicklung einer deutsch-polnischen Doppelstadt befördert werden. Ein ähnliches langfristiges Ziel im Sinne einer deutsch-polnischen Regionsentwicklung und gemeinsamen Problemlösung verfolgte der EDON. Dieser war jedoch gleichzeitig sehr unkonkret in Bezug auf eine inhaltliche Ausgestaltung der Zielsetzung und konzentrierte sich auf das organisatorische Ziel der Gründung eines EVTZ und die Einwerbung von europäischen Fördermitteln. Im Fall der DPBA hingegen war die Zielsetzung konkret, abschlussorientiert und auf einen mittleren Zeithorizont von vier Jahren Ausbildungsdauer angelegt.

Die Atmosphäre der Kooperationen variierte ebenfalls. Sie reichte von eher formell im EDON bis hin zu eher informell, aber verbindlich in der DPBA. Im Fall von TRANSLOKAL war der Grad der Formalität davon abhängig, in welchem Kontext und

mit welchen Akteuren die Treffen stattfanden. Es zeigte sich jedoch bei allen drei Fallstudien, welche hohe Bedeutung informellen Interaktionssituationen zukam. Sie ermöglichten ein besseres Kennenlernen der Akteure auf privater Ebene und beförderten dadurch ein Vertrauensverhältnis. Darüber hinaus wirkten gemeinsame Feiern und weitere angenehme Erlebnisse gemeinschaftsstiftend. Ebenfalls in hohem Maße gemeinschaftsstiftend wirkte das gemeinsame Handeln, besonders, wenn es von sicht- und messbarem Erfolg gekrönt war. Die Häufigkeit von informellen Interaktionssituationen variierte von Fall zu Fall: Sie fanden am seltensten statt im EDON, häufiger im Projekt TRANSLOKAL und am häufigsten in der DPBA.

In Bezug auf den Projektbeginn und die Vorlaufzeiten der Kooperation unterschieden sich die drei Fälle nicht signifikant. TRANSLOKAL wurde 2004 begonnen und baute auf einem Vorläuferprojekt aus dem Jahre 2002 auf; der EDON begann 2005 und sein Vorläuferprojekt 2003, während die DPBA im Jahre 2002 vorbereitet wurde und 2003 startete. In allen drei Fällen waren zuvor bereits einzelne Kontakte oder Strukturen grenzübergreifender Kooperation vorhanden gewesen.

Auch in Bezug auf die Kommunikationsabläufe und die Kontaktintensität lassen sich gewisse Gemeinsamkeiten in allen drei Projekten erkennen. In allen Fällen erfolgte eine flexible Handhabung der Kommunikationsabläufe. Das persönliche Gespräch fungierte als „Königsweg“, um schwierige Fragen zu besprechen. Allerdings war in den drei Beispielen die Bereitschaft, das persönliche Gespräch unverzüglich zu suchen, unterschiedlich ausgeprägt, am stärksten in der DPBA. Auch in Bezug auf die Organisation der Kontakte zwischen den deutschen und den polnischen Projektpartnern zeigten sich Gemeinsamkeiten bei TRANSLOKAL und DPBA. Die Kommunikationsabläufe waren zentralisiert, eine hohe bis sehr hohe Kontaktdichte und –intensität bestand zwischen den Schlüsselakteuren des Projektes wie dem Projektmanagement und den verantwortlichen Koordinatoren. Die übrigen Akteure hatten weniger häufig direkten Kontakt mit der anderen Seite. Der EDON hingegen verfügte nur streckenweise über ein Projektmanagement, das mit beiden Seiten in Kontakt stand.

5.1.2 Akteure

Die drei Projekte waren in ihrer Akteursstruktur sehr unterschiedlich. In TRANSLOKAL konzipierte und begleitete ein dreiköpfiges externes Projektteam die Zusammen-

arbeit. Darüber hinaus stellten die beiden Städte Mitarbeiter im Umfang von 1 $\frac{3}{4}$ Stellen (Guben) und $\frac{1}{2}$ Stelle (Gubin) ab. Beim EDON handelte es sich mit 25 Gemeinden um eine weit verzweigte Kooperation mit einer auf Grund der Größe eher unübersichtlichen Akteursstruktur. Die Kernakteure waren Bürgermeister und Amtsdirektoren, die zusätzlich zu ihren übrigen Aufgaben im EDON arbeiteten. Sie wurden unterstützt von einem zweisprachigen Projektmanager, einem Büroleiter und einigen ABMs. Eine solche Personalausstattung erschien deutlich zu gering für ein Projekt dieser Größenordnung. Bei der DPBA war auf deutscher Seite ein Netzwerk mit mehreren Akteuren aktiv, das mit einer berufsbildenden Schule in Polen zusammenarbeitete. Die Projektleitung lag bei einem eingetragenen Verein und nicht bei einer Gemeinde; hieraus ergaben sich andere Möglichkeiten und eine unternehmerisch orientierte Logik des Handelns. Die Koordination erfolgte über eine Projektleiterin und eine zweisprachige Mitarbeiterin, wurde also ohne externe Mitarbeiter bestritten.

Als Motive für ihr Engagement nannten die Akteure in TRANSLOKAL sowohl pragmatische Gründe (Arbeitsplatzsicherung, Aufwertung des Standortes) als auch altruistische („*Etwas-Bewegen-Wollen*“). Die Motive der Akteure für eine Beteiligung am EDON waren ebenfalls pragmatisch sowie durch Eigeninteresse motiviert. Darüber hinaus wurden idealistische Motive wie das Bemühen um die deutsch-polnische Aussöhnung sowie der Spaß am Projekt genannt. Auch in der DPBA tauchte die pragmatische Argumentation auf („*war mein Job*“). Daneben wurde der Spaß am Projekt genannt, dem der Reiz des Neuen zugeschrieben wurde. Als entscheidender Motivationsschub in diesem Projekt wirkte, dass die Entwicklung der Jugendlichen als sehr positiv wahrgenommen wurde. Zusätzlich wirkten ein hohes Maß an Verbindlichkeit und die Verantwortung für die Jugendlichen motivierend.

Die Motivation der Kernakteure und der übrigen Beteiligten war unterschiedlich ausgeprägt: Während in der DPBA nach der Anfangsphase alle Akteure hoch motiviert waren, ergab sich in den anderen beiden Projekten kein so einheitliches Bild. In TRANSLOKAL waren die Kernakteure sehr motiviert, trafen allerdings teilweise auf Desinteresse bei den lokalen Akteuren. Im EDON waren einige Kernakteure hoch motiviert, die Überzeugungsarbeit bei anderen, weniger motivierten Gemeinden leisten mussten.

Trotz dieser Heterogenität lassen sich auch einige Gemeinsamkeiten festmachen. In allen drei Projekten lag die Leitung und Koordination auf der deutschen Seite. Die Abwicklung des Tagesgeschäfts erfolgte über eine koordinierende Stelle, die höheren

Hierarchieebenen wurden nur bei relevanten Fragen eingebunden. Alle drei Projekte setzten eine(n) zweisprachige(n) Mitarbeiter(in) im Bereich der Projektkoordination ein. In den beiden Fällen, denen eine teilweise erfolgreiche Integrationsleistung bescheinigt wurde, lassen sich darüber hinaus noch weitere Gemeinsamkeiten feststellen. Sowohl TRANSLOKAL als auch die DPBA verfügten über eine klare Aufgabenverteilung unter den Akteuren und eindeutig zuordenbare Ansprechpartner. Unter Berücksichtigung der Hierarchieebenen kam es hier zu Pärchenbildungen, die zur Transparenz der Arbeitsabläufe beitrugen. Bei der DPBA wurde darüber hinaus betont, dass die Akteure aufeinander angewiesen waren, da sie sich in ihren Aufgaben ergänzten. Daneben klang in beiden Projekten an, dass unterschiedliche Akteurstypen vertreten waren: In der DPAG erfolgte eine Unterteilung in „Planer“ und „Macher“, in TRANSLOKAL in „Pragmatiker“ und „Intellektuelle“. Das Vorhandensein von unterschiedlichen Charakteren wurde als positiv bewertet.

5.1.3 Interaktion und Entscheidungsfindung

Die Governance-Prozesse in den drei Fallstudien sind nur schwer vergleichbar, da sich die Projekte in unterschiedlich reifen Phasen befanden und auch die übrigen Rahmenbedingungen sehr verschieden waren. Im TRANSLOKAL-Projekt zeigte sich, dass die gewählte Koordinationsform stark themenabhängig war. Bei „weichen“ Themenfeldern wie der Kultur wurde am häufigsten eine Synthese gesucht. Bei vertragsrelevanten Feldern, wie beispielsweise bei einem gemeinsamen Standortmarketing, dominierte der Wettbewerb. Kompromiss und Synthese wurden befördert, wenn es gelang, Win-Win-Situationen herzustellen oder wenn die Partner aufeinander angewiesen waren. Die persönlichen Kontakte beeinflussten ebenfalls den gewählten Koordinationsmodus. Eine fehlende „Chemie“ zwischen den beiden Bürgermeistern erschwerte die Kooperation und führte zu Konflikten. Auf Arbeitsebene hingegen funktionierten die Kommunikation und auch die Kompromissfindung gut. Zurückgeführt wurde dies auf die entstandenen persönlichen Kontakte.

Im EDON befand sich die Kooperation noch in einer früheren Phase, in der Erwartungen abgeglichen und Ziele definiert werden mussten. Dabei bestand gerade auf deutscher Seite die Tendenz, Konflikte nicht offen auszutragen bzw. zu unterdrücken und einen im kleinen Kreis ausgehandelten Konsens durchzusetzen. Infolgedessen wurde auch die Intransparenz der Abläufe und der Kommunikationsprozesse bemängelt, die Entscheidungsfindung war nicht für alle Mitglieder nachvollziehbar. Darüber hinaus

wurde auch der deutsch-polnische Dialog nicht offen geführt. Es bestand die inoffizielle Regel, dass die deutsche Seite sich nicht in die Probleme der polnischen Partner einmischt und umgekehrt. Ferner kam eine gewisse Asymmetrie der Partner zum Vorschein, da die deutsche Seite für sich einen Kompetenzvorsprung auf Grund der längeren EU-Erfahrung reklamierte. Das Moderieren von Interessen funktionierte hier nicht, da es an interkulturell kompetenten Personen mangelte, die das Vertrauen Aller genossen und einen Interessenausgleich hätten herstellen können.

Die DPBA hingegen befand sich bereits in einer sehr verbindlichen Phase der Kooperation. Die Partner waren auf eine gute Zusammenarbeit angewiesen und der Aspekt des Wettbewerbs spielte keine Rolle. Dennoch traten Konflikte, beruhend auf Missverständnissen, auch hier noch in einer späten Kooperationsphase auf. Allerdings konnten diese durch sofortiges Reagieren und das persönliche Gespräch ausgeräumt werden. Kurze Kommunikationswege, in Verbindung mit einem bestehenden Vertrauensverhältnis zwischen den Akteuren, erleichterten die Lösungsfindung. Die Koordinationsform des Kompromisses spielte vor allem zu Beginn eine Rolle, als das Projekt aufgelegt und die Verträge entworfen wurden. Die dominante Koordinationsform im Tagesgeschäft der Zusammenarbeit war die Synthese.

Trotz dieser sehr unterschiedlichen Ausgangsbedingungen lassen sich einige gemeinsame Merkmale erkennen und hieraus Schlussfolgerungen ableiten. Es wurde offenbar, dass in verschiedenen Projektphasen unterschiedliche Koordinationsmodi eine Rolle spielen. Eine erste Phase besteht in einem Abstimmen von Erwartungen. Hierfür ist es notwendig, Konflikte zuzulassen, zu moderieren und, wenn möglich, durch Win-Win-Situationen aufzulösen. Kooperationen in einer reifen Phase der Zusammenarbeit zeichnen sich dadurch aus, dass die Koordinationsmodi des Kompromisses und der Synthese vorherrschen.

Zweitens haben die Akteure einen Einfluss auf die Governance-Prozesse. Wichtig ist zunächst, dass sich die Partner auf Augenhöhe begegnen. Die Tendenz der deutschen Seite, sich überlegen zu fühlen bzw. einseitig einen Kompetenzvorsprung für sich zu reklamieren, führt zu Konflikten oder erschwert eine Lösungsfindung. Eine vertrauensvolle Beziehung zwischen den Akteuren hingegen, in der die „Chemie“ stimmt, erleichtert die Kompromissfindung.

Drittens beeinflussen die Kommunikationsprozesse den Governance-Modus. Für die Lösungsfindung scheint es förderlich zu sein, wenn ein direkter Kommunikationsstil gepflegt und auf Probleme unmittelbar reagiert wird. Darüber hinaus sind Personen notwendig, die über genügend interkulturelle Kompetenz verfügen, um (Interessen)-Konflikte zu moderieren und abzugleichen.

5.1.4 Ergebnisse der Kooperation

Bei den Ergebnissen der Zusammenarbeit wurde in allen drei Fallstudien unterschieden zwischen konkreten und „weichen“ Ergebnissen, der lokalen Einbindung und der Zielerreichung des Projekts. Aus TRANSLOKAL ergaben sich als konkrete Ergebnisse Kooperationsverträge, fachbezogene Kontakte und Impulse für die künftige Zusammenarbeit der lokalen Akteure. Der EDON erstellte eine Liste mit förderfähigen Projekten sowie die erste deutsch-polnische Fährverbindung, etablierte den Europatag in der Region und entwickelte das Wahrzeichen Odernixe. Darüber hinaus kam es zu vertraglichen Vereinbarungen ohne Bindungswirkung. Die DPBA führte ihre Schüler und Auszubildenden zum Berufsabschluss und brachte ausgearbeitete Verträge hervor. Darüber hinaus führte sie zu einer besseren regionalen Vernetzung der Akteure, die sich durch das Alleinstellungsmerkmal des Projektes gegenüber anderen Bildungsträgern positionieren konnten.

Im Bereich der weichen Ergebnisse ergaben sich in allen drei Projekten Kontakte und Bindungen der Akteure. Besonders für die polnische Seite war das Kennenlernen der Personen hinter dem Amt wichtig. Allerdings unterschied sich die Qualität dieser Kontakte von Projekt zu Projekt. Im EDON fanden vor allem ein besseres Kennenlernen der Personen und ein Abbau von Vorurteilen statt. Es entstanden bislang aber nur wenige Bindungen, die stark genug waren, auch Konflikte auszuhalten. In TRANSLOKAL konnte innerhalb des Projektteams ein tragfähiges Verhältnis aufgebaut werden, das auch Konflikte aushielt und überbrücken half. In der DPAB schließlich entstanden die stärksten Bindungen zwischen den Akteuren, die von persönlichen Bindungen bis hin zu Freundschaften reichten. Ein gewisses Maß an lokaler oder regionaler Verankerung war in allen drei Projekten zu erkennen.

In Bezug auf die Zielerreichung zeigte sich, dass die klar umrissenen und kurz- bis mittelfristig angelegten Ziele der DPBA erreicht werden konnten. Auch in TRANSLOKAL konnten gewisse Projektziele erfüllt werden, während für andere ein längerer Zeithori-

zont notwendig war. Für diese längerfristigen Ziele wurden relevante Entwicklungen angestoßen. Im EDON hingegen waren nicht alle Partner von den Zielen oder dem Nutzen der Kooperation überzeugt. Hinzu kam, dass die Ziele äußerst ambitioniert waren und daher bis auf das Prestigeprojekt einer Fährverbindung nur wenig erreicht werden konnte. Sowohl bei der DPBA als auch in TRANSLOKAL verwiesen die Schlüsselakteure darauf, dass sie sich innerhalb des Projektes persönlich und fachlich weiterentwickeln konnten. Diese Bereitschaft zur Entwicklung und zum Lernen schien auch dem Integrationserfolg des Projekts zu Gute zu kommen.

5.1.5 Institutionalisation

Die drei untersuchten Fallstudien wiesen unterschiedliche Grade der Institutionalisation auf. Im Fall von TRANSLOKAL waren die Haupthindernisse für eine Institutionalisation der Kooperation eine mangelnde Kontinuität von Ansprechpartnern, vor allem auf polnischer Seite. Darüber hinaus fehlte es an Strukturen und auch an personellen Ressourcen in der Stadtverwaltung, um die grenzübergreifende Kooperation zu bündeln. Der EDON stand vor der Entscheidung, eine stärkere Verbindlichkeit der Kooperation, inklusive finanzieller Verpflichtungen, einzugehen. Das Ziel einer Institutionalisation wurde nicht erreicht. Zwei Schlüsselakteure schieden aus der Kooperation aus und damit verbunden wechselte auch die federführende Gemeinde. Eine Institutionalisation der Kooperation hat nur in schwachem Maße stattgefunden. Es zeichnete sich ab, dass das Projekt entweder als lose Kooperation fortgeführt oder mit weniger Partnern stärker institutionalisiert werden würde. Bei der DPBA hingegen gelang eine Institutionalisation der Kooperation, wenn auch in Abhängigkeit von externen Fördermitteln, da nach dem ersten noch zwei weitere Ausbildungsjahrgänge aufgelegt wurden. Aus verschiedenen projektexternen Gründen wurde jedoch kein weiterer Ausbildungsjahrgang begonnen.

Sowohl EDON als auch TRANSLOKAL hielten eine zweisprachige externe Koordinationsstelle mit ausreichend finanziellen und personellen Ressourcen für notwendig, um die Kooperation am Leben zu halten. Diese sollte die laufenden Aktivitäten bündeln, da die Gemeinden eine solche Aufgabe nicht mit dem vorhandenen Personal bewältigen konnten. Die zielbezogene und abschlussorientierte Kooperation der DPBA hingegen funktionierte auch ohne ausgewiesene Koordinationsstelle. Allerdings hatten die beteiligten Partner, zumindest auf deutscher Seite, auch größere finanzielle und unternehmerische Spielräume als die Kommunen. Keines der drei Projekte jedoch sah auf

Kooperationsbeziehungen im deutsch-polnischen Grenzraum. Zur Rolle kultureller und anderer Grenzen
absehbare Zeit eine Möglichkeit, die grenzübergreifende Kooperation ohne EU-Förderung oder sonstige Drittmittel fortzuführen.

5.2 Kulturelle und andere Grenzen

Die deutsch-polnische Grenze als Kontextbedingung spielte eine unterschiedlich große Rolle in den drei Fallstudien. In der DPBA, die als funktionale und zweckbezogene Kooperation organisiert war, blieb das Grenzmotiv weitgehend bedeutungslos. In den beiden anderen Projekten hingegen fanden sich Verweise auf den Bevölkerungsaustausch in der Region nach dem Zweiten Weltkrieg und dessen Folgen für die regionale Identität. Es wurden ebenfalls Bezüge hergestellt zwischen der peripheren Lage auf beiden Seiten der Grenze, die als verbindendes Element dienen könnte. In beiden Fällen wurde auch zwischen verschiedenen Generationen unterschieden: Während in der älteren Generation Erinnerungen an Krieg, Flucht und Vertreibung noch präsent seien, könne nur mit einer jüngeren Generation das langfristige Projekt einer grenzübergreifenden Identitätsbildung erfolgreich sein. Wenig überraschend wurden der EU-Beitritt Polens und dessen Beitritt zum Schengener Abkommen als wichtige Meilensteine für die Grenzregion genannt. Damit verbunden waren einerseits eine einfachere Abwicklung von Projekten und eine bessere Verfügbarkeit von Fördermitteln, andererseits aber auch der Verlust der Schutzfunktion der Grenze.

Innerhalb der drei Projekte wurde unterschieden zwischen wirtschaftlichen, politisch-administrativen und kulturellen Grenzen. Dabei wurden kulturelle Grenzen an dieser Stelle verstanden als systemische und intersubjektive Grenzen wie Sprache und Geschichte einerseits und Grenzen auf Grund der persönlichen Erfahrungen und Wahrnehmungen der Akteure andererseits. In allen drei Projekten zeichnete sich ab, dass die politisch-administrativen Grenzen den größten Einfluss auf die Zusammenarbeit hatten. Sowohl im EDON als auch in TRANSLOKAL wurden fehlende rechtliche Grundlagen als Kooperationshindernis vorgebracht. Auch in der DPBA spielten politisch-administrative Grenzen in Form der beiden unterschiedlichen Schulsysteme die entscheidende Rolle. Jedoch war es hier gelungen, die unterschiedlichen Systeme bereits zu Beginn der Kooperation miteinander zu vereinbaren und durch neue Lösungen eine gemeinsame Vertragsgrundlage zu schaffen. Dies ließe den Schluss zu, dass die rechtlichen Hindernisse in den beiden anderen Projekten teilweise auch als Vorwand dienten bzw. der Wille zu ihrer Überwindung nicht stark genug ausgeprägt war.

Ebenfalls in allen drei Fällen erwähnt wurden der polnische Zentralismus und die stärker hierarchische Struktur des polnischen Verwaltungssystems. Die Wahrnehmung und Interpretation dieses Systems durch die Akteure unterschieden sich jedoch erheblich. In der DPBA waren die stark zentralisierten und komplizierten Abläufe in Polen bekannt und wurden nicht dem Kooperationspartner angelastet. In TRANSLOKAL wurden die administrativen Hindernisse teilweise mit dem fehlenden Willen der polnischen Partner erklärt oder versucht, sich darauf einzustellen, indem direkt mit der nächsthöheren Ebene verhandelt wurde. Beim EDON klang an, dass die deutsche Seite dazu neigte, den polnischen Zentralismus außer Acht zu lassen und im Nachbarland ähnliche Strukturen wie in Deutschland vorauszusetzen.

Wirtschaftliche Grenzen wurden in den beiden letztgenannten Projekten als Wohlstandsgefälle und als schlechtere Ausstattung der polnischen Akteure thematisiert, spielten aber für die Kooperation keine maßgebliche Rolle.

Im Bereich der kulturellen Grenzen zeigte sich in allen drei Projekten eine harte Sprachgrenze, da nur wenige Akteure zweisprachig waren. Alle formellen und ein Großteil der informellen Interaktionssituationen wurden gedolmetscht. Die auf der polnischen Seite vorhandenen Deutsch-Kenntnisse wurden allenfalls im informellen Rahmen eingesetzt. Die Verständigung auf Augenhöhe in einer Fremdsprache wie beispielsweise Englisch oder Russisch wurde, auch auf Grund mangelnder Fremdsprachenkenntnisse, nur selten genutzt. Die Geschichte als kulturelle Grenze spielte entweder nur am Rande eine Rolle (DPBA) oder war nach Einschätzung der Akteure in TRANSLOKAL und EDON von der Gegenwart als Bezugspunkt der Zusammenarbeit abgelöst worden. Trotz dieser pragmatischen Behandlung der Geschichte wirkte diese indirekt in Form von Stereotypen nach.

Möglicherweise besteht auch ein Zusammenhang zwischen dem Umgang mit bestehenden Grenzen und persönlichen Erfahrungen: Bei der DPBA waren Grenzen auf Grund von persönlichen Erfahrungen nicht mehr rekonstruierbar. Im Projekt TRANSLOKAL zeigte sich, dass die lokalen Akteure teilweise „*Scheuklappen*“ aufhatten. Diese „*Betriebsblindheit*“ für bestimmte Gegebenheiten vor Ort konnte durch Einsatz von externen Beratern überwunden werden. Im EDON waren die stärksten Vorbehalte gegenüber den Partnern vorhanden, die Prägekraft von Stereotypen war hier am höchsten und diese konnten auch am wenigsten aufgehoben werden. Insbesondere auf

Kooperationsbeziehungen im deutsch-polnischen Grenzraum. Zur Rolle kultureller und anderer Grenzen

deutscher Seite herrschte mangelndes Vertrauen gegenüber den Polen, was auf polnischer Seite durchaus wahrgenommen wurde.

Die europäische und die regionale Ebene wurden in allen drei Projekten bespielt. In TRANSLOKAL erfolgte die Ansprache und Einbindung der regionalen Ebene dann, wenn die Kompetenzen der lokalen Ebene nicht ausreichten, und um die persönlichen Differenzen zwischen Akteuren auf der lokalen Ebene zu überbrücken oder zu umgehen. Der EDON hatte die Positionierung der Region im Wettbewerb der Regionen und die Entwicklung einer regionalen Identität zum Ziel. Er traf dabei auf bereits etablierte Strukturen in Form der Euroregionen, zu denen er teilweise in Konkurrenz trat. In beiden Projekten war also in Bezug auf die regionale Ebene ein gewisser Wettbewerbsaspekt vorhanden. In der DPBA hingegen gaben die Akteure an, dass ihre regionale Verankerung durch das Projekt verbessert wurde, es ergaben sich also Synergien durch die Kooperation.

Die Projektpartner aus TRANSLOKAL und dem EDON äußerten, dass durch die europäische Integration und den damit verbundenen Abbau von Grenzen und deren Schutzfunktion ein gewisser Handlungsdruck entstanden war. Gleichzeitig lieferte in beiden Projekten die EU durch ihre Förderprogramme einen starken (TRANSLOKAL) oder den zentralen (EDON) Anreiz zur Kooperation. Diese Aspekte spielten in der DPBA, dem Selbstverständnis nach ein europäisches Projekt, keine nennenswerte Rolle. Hier muss also unterschieden werden zwischen einer intrinsischen Motivation zur Zusammenarbeit, wie im Falle der DPBA, und einer extrinsischen Motivation durch europäische Fördergelder. Dabei konnte die Zusammenarbeit mit intrinsischer Motivation einen höheren Integrationserfolg aufweisen, wie der Vergleich der Integrationsprozesse zeigt.

5.3 Integrationsprozesse

Die drei Projekte befanden sich in ganz unterschiedlichen Projektphasen: Während der EDON als unreifste Kooperation noch mit der Zielfindung und einem besseren Kennenlernen beschäftigt war, fand in TRANSLOKAL bereits eine themenorientierte Zusammenarbeit statt. Die DPBA als das am meisten integrierte Projekt hatte in der Zusammenarbeit darüber hinaus ein hohes Maß an Verbindlichkeit erreicht.

Zahlreiche Gemeinsamkeiten zeigten sich dennoch in der ersten Stufe des Integrationsmodells, also in Bezug auf die Wahrnehmung von Grenzen. Genannt wurden hier unter anderem unterschiedliche Formen der Anrede, eine blumigere Sprache und der größere Austausch von Höflichkeiten auf der polnischen Seite, unterschiedliche Kleidungsgegewohnheiten sowie verschiedene Arten zu feiern. In Bezug auf Unterschiede im Arbeitsablauf wurde übereinstimmend genannt, dass die deutsche Seite stärker plante und mehr Wert auf Protokolle und formelle Absprachen legte, während die polnische Seite als entspannter und flexibler wahrgenommen wurde. Darüber hinaus wurde der unterschiedliche Stellenwert von schriftlicher und mündlicher Kommunikation thematisiert. Als unterschiedliche Werte wurden Verlässlichkeit, Verbindlichkeit und Einhalten von Absprachen auf deutscher Seite genannt, während auf polnischer Seite der Wert, die Form zu wahren und das Gesicht nicht zu verlieren, wahrgenommen wurde. Diese Angaben entsprechen weitgehend dem Erwartbaren und lassen sich mit unterschiedlichen Kulturstandards erklären, wie sie in der folgenden Tabelle 9 aufgeführt sind¹²⁹.

¹²⁹ Kulturstandards als kulturelle Orientierungssysteme meinen „alle Arten des Wahrnehmens, Denkens, Wertens und Handelns (...), die innerhalb einer Kultur als normal, selbstverständlich, typisch und verbindlich angesehen werden. Eigenes und fremdes Verhalten wird auf der Grundlage dieser Kulturstandards beurteilt und reguliert“. Kulturstandards sind „besonders wichtig im Zusammenhang mit Interaktionssituationen zwischen Menschen“ (Schroll-Machl und Wiskoski 2002:58).

Tabelle 9: Deutsche und polnische Kulturstandards

Deutsche Kulturstandards	Polnische Kulturstandards
D1: Unerträglichkeit von Ungewissheit, Unklarheit, Unbestimmtheit, also Streben nach einem Maximum an Unsicherheitsvermeidung; Formalismus, Detailorientierung und Organisationsliebe	P1: Experimentieren, Provisorium, Behelfslösungen; Flexibilität als sehr positive Eigenschaft, wird mit innerer Freiheit gleichgesetzt. Darunter fallen Kreativität und Einfallsreichtum, Findigkeit sowie Lern- und Anpassungsfähigkeit
D2: Monochrones Zeitgefühl	P2: Polichrones Zeitgefühl; Polichronie des Sprechens, häufiges Unterbrechen und gleichzeitiges Reden.
	P3: Gestreute Aufmerksamkeit; mehrere Aktionsketten werden gleichzeitig verfolgt
D3: Trennung von Lebensbereichen	P4: Vernetzung des Privaten mit dem Beruflichen
D4: Sachorientierung: ruhiges, ‚sachliches‘ Verhalten wird als professionell geschätzt; im Kommunikationsstil wird oft, auch unbewusst, die Sachebene zu Ungunsten der Beziehungsebene betont.	P5: Personenbezug; Primat der Beziehungsorientierung vor der Sachorientierung
D5: Distanzdifferenzierung: Verhalten wird danach unterschieden, wie nahe einem eine bestimmte Person steht	P6: Unterschiedliche Distanzdifferenzierung zwischen verschiedenen Bekanntheitsgraden.
D6: Selbstbewusstsein und –sicherheit	
D7: Internalisierte Kontrolle, d.h. heißt Pflichtbewusstsein, Zuverlässigkeit, Disziplin, Verantwortungsbewusstsein, sich gewissenhaft und selbstregulierend an Normen halten	
	P7: Hoch-Kontext-Kommunikation und Konfliktvermeidung P7.1: Hoch-Kontext-Kommunikation: Kommunikationsstil arbeitet mehr mit Andeutungen, Humor ist sehr wichtig, Informationen werden auch über Körpersprache, Gesichtsausdruck, Tonfall, Signale im Umfeld etc. übermittelt. P7.2: Konfliktvermeidung hat auf jeden Fall Vorrang vor der Konfliktaustragung; nicht zu leugnende Probleme werden bagatellisiert („kleines“ Problem = riesiges Problem). Negatives Feedback ist nicht erwünscht. ¹³⁰
D8: Funktionale Hierarchie: verschiedene Personen sind je nach Kompetenzbereich für verschiedene Sachverhalte zuständig	
D9: Teamgeist; gemeinsame Entscheidungsfindung erstrebenswert, partizipativer Führungsstil ist hoch angesehen, informelle Ebene unbedeutender als formelle	

Quelle: Schroll-Machl/Wiskoski (2002)

¹³⁰ Ein Widerspruch zu diesem Kulturstandard zeigte sich beim EDON. Hier wurde geäußert, dass die polnische Seite in größerem Maße dazu bereit war, unterschiedliche Meinungen und Spannungen zuzulassen, während auf deutscher Seite versucht wurde, Konflikte zu unterdrücken. Dies zeigt, dass Kultur nicht nur als Struktur, beispielsweise durch Kulturstandards, operationalisiert werden kann. Vielmehr müssen immer auch der spezifische Kontext sowie eine Akteurskomponente berücksichtigt werden.

Allerdings unterscheiden sich die Antworten deutlich in Bezug auf ihren Konkretisierungsgrad. Während beim EDON die Antworten auf einer allgemein-abstrakten Ebene blieben, wurden sie in den beiden anderen Fällen mit Beispielen aus dem Alltag und der Erfahrungswelt der Akteure angereichert. Diese stärker ausdifferenzierte Wahrnehmung von Grenzen ist auf eine höhere Kontaktintensität und mehr Erfahrung in der deutsch-polnischen Zusammenarbeit zurückzuführen. Weiterhin unterscheiden sich die Fälle darin, wie die Akteure auf eine Grenzwahrnehmung reagierten und diese einordneten. Im Beispiel von TRANSLOKAL führte die Wahrnehmung von kulturellen Grenzen und Eigenheiten teilweise zu Unverständnis oder Irritationen („*Schulterzucken*“). Im Fall der DPBA hingegen wurden Unterschiede oft positiv oder humorvoll bewertet und meist als Bereicherung gesehen.

Die zweite Stufe des Integrationsmodells, die Grenzüberwindung, steht in engem Zusammenhang mit (interkulturellen) Lernprozessen. Entscheidend hierfür sind einerseits Lernprozesse der Akteure und andererseits eine Begegnung der Partner auf Augenhöhe. Die Bereitschaft der Akteure zu lernen war in den drei Projekten unterschiedlich stark ausgeprägt. Im EDON überwog das Nicht-Verstehen, auch, da die direkte Kommunikation, Interaktionssituationen und interkulturelle Mittler nicht in ausreichendem Maße vorhanden waren. In TRANSLOKAL zeigte sich, dass das Verständnis und die Empathie für die andere Seite im Laufe der Projektzusammenarbeit wuchsen und hieraus ein Erkenntnisgewinn resultierte. Dieser äußerte sich beispielsweise darin, dass die Motivationen von Akteuren besser verstanden und Projektabläufe harmonisiert wurden sowie Verhaltensweisen sich angleichen. Bei der DPBA war die interkulturelle Kompetenzentwicklung bei den Jugendlichen erklärtes Projektziel, was eine stark disziplinierende Wirkung auf die erwachsenen Projektpartner ausübte und deren interkulturelle Kompetenzentwicklung begünstigte. Auch innerhalb der Erwachsenengruppe kam es zu interkulturellen Lernprozessen. Diese wurden einerseits durch die berufsbedingt hohe soziale Kompetenz der Akteure, andererseits durch den guten persönlichen Kontakt befördert.

Die Begegnung auf Augenhöhe fand in unterschiedlichem Maße statt. Besonders im EDON zeigte sich, dass die deutsche Seite häufig ihre eigenen Kulturstandards als höher bewertete und von den Polen erwartete, sich anzupassen. In allen drei Projekten wurde deutlich, dass die polnischen Teilnehmer sich stark an die Erwartungen der Deutschen in Bezug auf Arbeitsabläufe und Formalitäten angeglichen hatten. Einerseits

zeigte sich hierin eine größere Kompromissbereitschaft und Flexibilität der polnischen Seite. Andererseits konnten sich die Deutschen auf das Projektmanagement und die Rechenschaftspflicht gegenüber dem Geldgeber EU berufen, um einen höheren Formalisierungsgrad einzufordern.

Eine einseitige Angleichung der polnischen Projektpartner an die deutschen Standards ist jedoch für eine Integration nicht hilfreich. Vielmehr zeigten die erfolgreichen Projekte TRANSLOKAL und insbesondere DPBA, dass für interkulturelle Lernprozesse auf beiden Seiten die Bereitschaft vorhanden sein muss, Veränderungen und Kompromisse zuzulassen und neue Wege zu beschreiten. Hierfür ist die Begegnung der Partner auf Augenhöhe notwendig. Wenn diese gegeben ist, dann können die Empathie und das Verständnis für die andere Seite im Laufe der Kooperation wachsen. Auch eine anfängliche Skepsis sowie Irritationen oder Vorurteile können unter diesen Bedingungen abgebaut werden, wie das Beispiel der DPBA zeigt.

Das Entstehen eines Gemeinschaftssinns und eine Grenzbildung nach Außen als dritter Integrationsschritt hat in den Projekten ebenfalls in unterschiedlichem Maße stattgefunden. In der DPBA als am besten integriertes Projekt wurden die hohe gegenseitige Relevanz der Akteure betont und Gruppenbildungsprozesse beschrieben. Darüber hinaus zeigte sich, dass die Akteure recht gut in der Lage waren, das Verhalten der anderen abzuschätzen. Bei TRANSLOKAL entstand ein gewisses Vertrauensverhältnis unter den Kernakteuren, das sich allerdings nur schwerlich als Gruppenbildung interpretieren lässt. Der EDON hingegen betrieb eine starke Lobbyarbeit nach Außen. Er versuchte, eine Gruppensolidarität zu beschwören, die angesichts einer fehlenden gegenseitigen Relevanz nicht vorhanden war. Dies zeigt, dass, wie vermutet, die ersten beiden Integrationsschritte eine notwendige Voraussetzung für den dritten Integrationsschritt sind.

5.4 Analytische Bewertung des Vergleichs

Die Gegenüberstellung der Indikatoren aus den drei Fallstudien ermöglicht das Identifizieren von Kausalmechanismen. Diese Kausalmechanismen beziehen sich zunächst auf einen Typus von Fällen, der empirisch untersucht wurde, namentlich auf grenzübergreifende Kooperationen auf lokaler oder regionaler Ebene zwischen Deutschen und Polen. Auf Grund der besonderen Geschichte des deutsch-polnischen Grenzgebietes handelt es sich hierbei um relativ junge Kooperationsbeziehungen im Vergleich zu an-

Kooperationsbeziehungen im deutsch-polnischen Grenzraum. Zur Rolle kultureller und anderer Grenzen

deren europäischen Grenzräumen wie etwa dem deutsch-französischen. Inwieweit dieser Gegenstandsbereich erweiterbar ist, wird in der anschließenden Schlussbetrachtung ausführlicher diskutiert.

Bei dem im Einleitungskapitel dargestellten Kausalmechanismus wurde zunächst davon ausgegangen, dass

- 1) Kulturelle Grenzen die grenzübergreifende Kooperation beeinflussen;
- 2) Grenzübergreifende Kooperation zu Integrationsprozessen führt und
- 3) Integrationsprozesse kulturelle Grenzen überwinden.

Bereits im den Fallstudien zu Grunde liegenden theoretischen Modell wurden diese Aussagen um aus theoretischer Perspektive relevante Variablen ergänzt. Für jede dieser drei Teilaussagen lassen sich dank der empirischen Ergebnisse nun die Variablen in ihrer Bedeutung für die genannten Prozesse bewerten und gegebenenfalls ergänzen. Am Beispiel der Fallstudien wurde deutlich, welche Faktoren fördernd und welche hemmend wirkten sowie welche einen zu vernachlässigenden Einfluss hatten.

Der ersten Teilaussage, wonach kulturelle Grenzen grenzübergreifende Kooperationen beeinflussen, kann grundsätzlich zugestimmt werden. Als wichtige Herausforderung für den Kooperationsalltag stellte sich die Überwindung der Sprachbarriere. Eine starke Sprachgrenze sowie nur eine geringe Zahl von zweisprachigen Akteuren waren in allen drei Projekten gegeben. Trotz dieser Ähnlichkeit wiesen die Projekte ganz unterschiedliche Integrationserfolge auf. Dies legt den Schluss nahe, dass bessere Sprachkenntnisse der Akteure als Zeichen des Entgegenkommens und des gegenseitigen Respekts zwar wünschenswert wären, aber in Bezug auf den Integrationserfolg nicht von zentraler Bedeutung sind. Entscheidend waren vielmehr die Qualität und die Kapazitäten der Sprachmittler sowie das Vertrauen, das diesen entgegengebracht wurde.

Die Religion als kulturelle Grenze wurde an keiner Stelle thematisiert. Somit hat sich die Einschätzung bestätigt, dass diese Art der kulturellen Grenzen für die aktuelle deutsch-polnische Zusammenarbeit allenfalls eine marginale Rolle spielt.

Bemerkenswerterweise und entgegen der eingangs aufgestellten Arbeitshypothese hatte die Thematisierung der deutsch-polnischen oder der regionalen Geschichte keinen eindeutig erkennbaren Einfluss auf den Integrationserfolg. In den Projekten hatte größtenteils die Gegenwart oder die Zukunft die Vergangenheit als Bezugspunkt bei der

Zusammenarbeit abgelöst. Trotz dieser pragmatischen Argumentation für die Zusammenarbeit zeigte sich der Einfluss von Geschichte auf die Akteure teilweise in Form von Stereotypen. Kulturelle Grenzen, die sich auf Grund von vorhandenen Vorurteilen und Stereotypen der Akteure ergeben, sind nur schwer abzugrenzen und empirisch zu erheben sowie nur in längerfristiger Perspektive zu überwinden. Die Lage im unmittelbaren deutsch-polnischen Grenzraum, also die Grenze als Lebenswelt und Alltagserfahrung, beeinflusst dabei mehr oder weniger stark die Wahrnehmung der Akteure und somit deren persönliche Grenzen. Tendenziell scheint ein größerer Einfluss von Grenze und Grenzlage als Kontext die Kooperation zu erschweren. Räumliche Nähe führt somit nicht in jedem Fall auch zu sozialer und kultureller Nähe. Die Empirie der Fallstudien weist darauf hin, dass der Abbau von Stereotypen und Vorurteilen weniger durch eine Verbalisierung als vielmehr durch positive Erfahrungen und konstruktive Zusammenarbeit mit konkreten Erfolgen zu erreichen ist.

Deutlich wurde ebenfalls, dass nicht nur kulturelle, sondern auch politisch-administrative Grenzen eine bedeutsame Rolle für die Zusammenarbeit spielten. Der Umgang mit diesen politisch-administrativen Grenzen allerdings und die Frage, ob sie eher als unüberwindbares Hindernis oder als sportliche Herausforderung gesehen wurden, hing wiederum stark von der Einstellung der beteiligten Akteure zu diesen Grenzen ab.

Die Fallstudien legen den Schluss nahe, dass die Bedeutung kultureller Grenzen bei erfolgreicher Zusammenarbeit im Projekt und der damit verbundenen Integrationsleistung im Verlauf der Kooperation abnimmt. Wird eine Integrationsleistung nicht in ausreichendem Maße erbracht, so können kulturelle und politisch-administrative Grenzen aber auch als (vorgeschobene) Begründung dafür dienen, um mangelnde Projekterfolge zu erklären.

Der zweiten Teilaussage des Kausalmechanismus', wonach grenzübergreifende Kooperation zu (kulturellen) Integrationsprozessen führt, kann ebenfalls in modifizierter Form zugestimmt werden. Bereits aus der Diskussion der verwendeten theoretischen Ansätze heraus ergab sich, dass Kooperation nicht in jedem Fall auch zu Integrationsprozessen führt. Vielmehr stellen auch Desintegrationsprozesse im Sinne einer Verstärkung von bestehenden bzw. des Aufbaus neuer Grenzen ein mögliches Ergebnis der Kooperation dar. Diese Einschätzung bestätigte sich durch die durchgeführte Empirie.

Darüber hinaus zeigte die Empirie, dass es von verschiedenen Faktoren abhängt, ob grenzübergreifende Kooperationen zu Integrationsprozessen führen. Diese lassen sich unterscheiden nach projektbezogenen Faktoren, akteursbezogenen Faktoren und prozess- oder interaktionsbezogenen Faktoren. Zu den projektbezogenen Faktoren, die begünstigend auf Integrationsprozesse wirken, zählen eindeutige Projektstrukturen mit klaren Ansprechpartnern. Eine systematische und ergebnisorientierte Projektentwicklung sowie eine konkrete und abschlussorientierte Zielsetzung mit mittlerem Zeithorizont erscheinen am günstigsten. Aus der Empirie wurde überdies deutlich, dass eine hohe Verbindlichkeit sowie sichtbare Projekterfolge die Aussicht auf erfolgreiche Integrationsprozesse erhöhen. Unter diesen Umständen kann ein Projektdesign auch eine disziplinierende und motivierende Wirkung auf die beteiligten Akteure ausüben. Nicht unbedingt notwendig ist hingegen eine externe Koordinationsstelle, wie das Beispiel der DPBA zeigte.

Ferner weist die Empirie darauf hin, dass europäische (oder nationale) Fördergelder zwar einen Anreiz zur Kooperation bieten, aber alleine als solche nicht ausreichend für erfolgreiche Integrationsprozesse sind. Offenbar wurde in den Fallstudien jedoch auch, dass ohne Fördermittel keine der untersuchten Kooperationen stattgefunden hätte. Ebenso wenig sahen sich die Akteure in der Lage, die Zusammenarbeit ohne europäische Fördermittel in der bisherigen Form fortzuführen oder zu institutionalisieren. Somit entfällt ohne externe Ressourcen im Sinne von europäischen Fördermitteln ein bedeutender ermöglichender Rahmen für weitergehende Integrationsprozesse zwischen den Schlüsselakteuren. Hieraus ergibt sich die Frage nach den Bedingungen für nachhaltige und dauerhafte Integrationsprozesse, die auch ohne externe Ressourcen weiterlaufen.

Was die Anforderungen an die Akteure anbelangt, so ergab sich durch die Empirie ebenfalls ein differenzierteres Bild. Es zeigte sich, dass zu Beginn der Zusammenarbeit weder Idealismus noch eine große Begeisterung für die Projektziele notwendig waren und sogar kontraproduktiv wirken konnten, wenn sie für zu hohe Erwartungen an das Projekt sorgten. Eine pragmatische Motivation der Akteure („*ich tue das, wofür ich bezahlt werde*“) sowie eine anfängliche Skepsis gegenüber dem Projekt standen einer erfolgreichen Integration nicht im Wege. Maßgeblich hingegen war das Maß an Verbindlichkeit für die Akteure, das durch das Projekt geschaffen wurde. Zentral war ebenfalls die Bereitschaft der Schlüsselakteure, sich zu engagieren, gleichgültig, aus

welchen Beweggründen. Die Motivation der Akteure konnte durch greifbare Projekterfolge erhöht werden.

Es zeigte sich ferner, dass ein Wegfall von Schlüsselakteuren unter Umständen kompensiert werden kann, wenn vorher ein entsprechendes Maß an Verbindlichkeit geschaffen wurde bzw. zu einem gewissen Grad eine Institutionalisierung der Zusammenarbeit erfolgte.

Darüber hinaus erwiesen sich die interkulturelle und soziale Kompetenz sowie die Lernbereitschaft der Akteure als maßgeblich. Hiervon hing es ab, zu welchen Reaktionen die Wahrnehmung von kulturellen Grenzen und damit verbundenen Irritationen führte: Kam es zu Resignation, Frustration, Abschottung und einem Beharren auf der eigenen Perspektive, so wirkte dies eher desintegrierend. Häufig erfolgte in diesem Zusammenhang auch der Rückgriff auf Stereotype. Wurden Grenzen hingegen akzeptiert oder gar als Bereicherung gesehen und kam es zur Kommunikation darüber, zu einer Verständigung und zu Lernprozessen, so fand ein Stück weit eine Integration statt. Kulturelle und andere Grenzen können demnach auch als Rechtfertigung dafür dienen, wenn eine Zusammenarbeit nicht wie geplant verläuft. Der Integrationserfolg von grenzübergreifenden Kooperationen hängt somit stark von den beteiligten Akteuren ab.

In Bezug auf die Interaktionsprozesse zeichnete sich ab, dass die Kontakthypothese in einer modifizierten Form durchaus Gültigkeit zu haben scheint. Entscheidend war im Beispiel der untersuchten Fälle nicht die Dauer der Zusammenarbeit, da alle Projekte eine ähnliche (Vor)Laufzeit hatten und sich trotzdem in ganz unterschiedlichen Phasen befanden. Entscheidend war vielmehr die Kontaktintensität, wobei besonders den informellen Interaktionssituationen eine große Bedeutung zukam, da hierdurch Vertrauen geschaffen wurde. Gemeinsame Erlebnisse abseits des Arbeitsalltags wirkten darüber hinaus gemeinschaftsstiftend. Durch die drei Fallstudien scheint sich zu bestätigen, dass einer Begegnung beider Seiten auf Augenhöhe eine große Bedeutung zukommt. Darüber hinaus zeigte sich, dass in unterschiedlichen Projektphasen und -stadien verschiedene Koordinationsmodi vorherrschten. Dabei erscheint die Austragung von Konflikten besonders zu Projektbeginn als sinnvoll und notwendig. Für eine erfolgreiche Durchführung hingegen ist es notwendig, dass in einer späteren Projektphase die Koordinationsmodi des Konsens' und der Synthese überwiegen. Hierfür ist jedoch im speziellen Fall von grenzübergreifenden Projekten zuvor ein gewisses Maß an Integration in Form von interkulturellem Lernen notwendig. Dies verweist erneut auf die

Bedeutung der Akteursdimension für kulturelle Grenzüberwindung und Integrationsprozesse.

Der dritte Teil des ursprünglich angenommenen Kausalmechanismus', wonach Integrationsprozesse kulturelle Grenzen überwinden, bedarf sicherlich am stärksten der Modifikation. Zunächst erwies sich am Beispiel der DPBA, dass Missverständnisse trotz erfolgreicher Grenzüberwindung auftreten. Entscheidend ist hier die Reaktion auf und der Umgang mit solchen Missverständnissen. Grenzüberwindungen müssen also stets von Neuem geleistet und vollzogen werden. Erleichtert wird dies dadurch, dass sich gewisse Routinen oder Verfahren der Grenzüberwindung eingestellt haben.

Es wurde bereits auf das Ergebnis der Empirie hingewiesen, dass politisch-administrative und auch kulturelle Grenzen keine unveränderlichen Barrieren sind. Entscheidend ist vielmehr der Umgang der Akteure mit solchen Grenzen. So wurde beispielsweise in den beiden Fallstudien TRANSLOKAL und EDON die Stellung der polnischen Bürgermeister, die formal in beiden Fällen sehr ähnlich gewesen sein muss, völlig unterschiedlich eingeordnet. In TRANSLOKAL herrschte die Einschätzung vor, dass ein polnischer Bürgermeister über erheblich geringere Kompetenzen verfüge als sein deutscher Gegenpart. Im EDON hingegen wurde die starke Stellung der polnischen Bürgermeister innerhalb ihrer Gemeinden sowie deren höhere Bereitschaft Entscheidungen zu treffen betont. Dieses Beispiel verdeutlicht erneut, dass trotz *de facto* ähnlicher Strukturen die Akteurskomponente von großer Bedeutung in Bezug auf Grenzen ist: Zum einen deswegen weil die Akteure ähnliche Strukturen ganz unterschiedlich wahrnehmen oder verschiedene Aspekte betonen. Zum anderen deshalb, weil entscheidend ist, wie Akteure die Strukturen ausfüllen bzw. mit ihnen umgehen. Betrachten sie diese als Ermöglichungsstrukturen und sehen eine sportliche Herausforderung darin, Grenzen zu überwinden? Oder fühlen sie sich von den Strukturen eingeschränkt? Zusammenfassend lässt sich konstatieren, dass Integrationsprozesse weniger Grenzen als solche verändern, als vielmehr die Wahrnehmung von und den Umgang mit Grenzen durch die Akteure beeinflussen.

6 Schlussbetrachtung

Diese Studie untersucht die Rolle von kulturellen Grenzen sowie deren Überwindung in der deutsch-polnischen Kooperation. Darüber hinaus werden aus den Erkenntnissen zu kulturellen Grenzen Rückschlüsse auf kulturelle Integrationsprozesse gezogen. Hiermit trägt diese Arbeit in zweierlei Hinsicht dazu bei, bestehende Forschungslücken zu schließen. Sie erweitert erstens die bereits vorliegenden Arbeiten im Bereich der Grenzforschung um eine bislang nicht geleistete theoriegeleitete Definition von (kulturellen) Grenzen und kulturellen Integrationsprozessen. Gleichzeitig liefert sie empirische Ergebnisse. Sie ergänzt so die bestehenden Arbeiten zur kulturellen Dimension der europäischen Integration um Erkenntnisse zur Wirkungsweise von Integrationsprozessen auf regionaler Ebene aus politikwissenschaftlicher Sicht. Bislang wurden allenfalls für die nationalstaatliche Ebene vereinzelt empirische Untersuchungen in den Nachbardisziplinen wie etwa der Soziologie durchgeführt.

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass sich das Konzept der (kulturellen) Grenze gewinnbringend für die Analyse europäischer Integrationsprozesse einsetzen lässt. Integration und Grenze erscheinen als sich gegenseitig befruchtende Konzepte, mit deren Hilfe Kooperationsprozesse und deren Wirkung analysiert werden können. Hieraus ergeben sich zunächst für die bestehenden theoretischen Ansätze neue Aspekte. Darüber hinaus lassen sich Grenzen gewinnbringend für die empirische Erhebung operationalisieren. So entstehen neue Erkenntnisse zur Rolle und zur Überwindung kultureller Grenzen sowie zur kulturellen Dimension von Integrationsprozessen. Schließlich lässt sich aus den gewonnenen Erkenntnissen auch die Notwendigkeit für künftige Forschungsarbeiten ableiten.

6.1 Grenzen – Kooperation – Integration

Für die untersuchten Fragestellungen nach kulturellen Grenzen und deren Zusammenhang zu grenzübergreifenden Kooperationen und kulturellen Integrationsprozessen standen keine „starken“ Theorien zur Verfügung. Aus diesem Grund wurde in dieser Arbeit ein Modell mittlerer Reichweite entwickelt, um die Beziehungen zwischen (kulturellen) Grenzen, Kooperationsprozessen und kultureller Integration erfassen zu können. Die dem Modell zu Grunde liegenden zentralen Variablen sind „Grenzen“,

„Kooperation“ und „Integration“. Der Schwerpunkt lag dabei auf der kulturellen Dimension von Grenzen und Integrationsprozessen.

Um das weite Feld der kulturellen Dimension ein- und abzugrenzen, wurde Talcott Parsons' Allgemeine Theorie der Handlungssysteme rezipiert. Darauf aufbauend geht diese Arbeit von einem Doppelcharakter kultureller Systeme aus. Derartige Systeme haben sowohl Auswirkungen auf die Handlungsmotivationen der Akteure als auch auf bestehende Kooperationen, verstanden als soziale Systeme. „Kultur“ wird als ein gemeinsames Symbolsystem verstanden, das zwischen Akteuren vermittelt und beim Abgleich von deren Erwartungen hilft. Im Falle von grenzübergreifenden Kooperationen treffen verschiedene solcher Symbolsysteme aufeinander. Durch die derart eingeschränkte Vermittlungsleistung des kulturellen Systems wird der Abgleich von Erwartungen erschwert und es kann zu Konflikten kommen.

Die Definition von Grenzen erfolgte aufbauend auf die Arbeiten Stein Rokkans zur Nationalstaatenbildung in Europa und das damit verbundene Grenzkonzept. Zunächst erwies sich Rokkans Unterteilung in politisch-administrative, wirtschaftliche und kulturelle Grenzen als analytisch weiterführendes Konzept für die Modellbildung und die anschließende empirische Untersuchung. Grenzen werden dabei sowohl als räumlich-territoriales als auch als soziales Konzept verstanden. Darüber hinaus verweisen die Arbeiten Rokkans einerseits auf die Pfadabhängigkeit von Grenzen, bedingt durch die historische Entwicklung verschiedener Regionen, und andererseits auf die Dynamik und den Prozesscharakter von Grenzen.

Als kulturelle Grenzen, denen das besondere Interesse dieser Arbeit galt, nennt Rokkan Sprache, Institutionen, Geschichte sowie Normen und Werte. Diese Art von kulturellen Grenzen sind auf einer systemischen Ebene angesiedelt und intersubjektiv erfassbar. Hiermit werden jedoch für die Untersuchung bedeutsame Dimensionen kultureller Grenzen nicht berücksichtigt. Daher wurde Rokkans Ansatz aus einer handlungstheoretischen Sicht erweitert und kulturelle Grenzen in vier Dimensionen unterteilt: Subjektive versus intersubjektive und systemische versus individuelle Grenzen¹³¹. Die verschiedenen Dimensionen kultureller Grenzen dienten als Orientierungsrahmen bei der Analyse der Fallstudien.

¹³¹ Siehe dazu auch ausführlicher 3.1.5

Die zweite zentrale Variable der Untersuchung, Integration, wurde für den Kontext dieser Untersuchung ebenfalls als prozessorientierter Begriff definiert. Grundlage hierfür bildete die Annahme eines engen Zusammenhangs zwischen kultureller Grenzüberwindung und Integrationsprozessen. Der verwendete Integrationsbegriff basiert einerseits auf den transaktionalistischen Theorien Karl W. Deutschs. Diese betonen die zentrale Bedeutung von Kommunikationsprozessen für die Integration und beschreiben Integration als Gemeinschaftsbildung. Ergänzend zu Deutsch erweiterten neuere europäische Integrationstheorien unter einem Governance-Ansatz den Blick für die regionale Ebene und die Akteursdimension von Integrationsprozessen. Sie betonen ferner die Bedeutung von Institutionen und Governance-Prozessen für die Handlungskoordination.

Kulturelle Integration wurde verstanden als eine Institutionalisierung der grenzübergreifenden Kooperation im Sinne einer Gemeinschaftsbildung. Auf der Grundlage dieser Annahme wurde eine Heuristik von drei aufeinander aufbauenden Stufen von kulturellen Integrationsprozessen entwickelt. Auf einer ersten Stufe kommt es zur Wahrnehmung und Explizierung von Grenzen im Sinne von Merkmalen der eigenen und der anderen Kultur. Eine zweite Stufe besteht aus der Verständigung über kulturelle Unterschiede, der Akzeptanz von Grenzen, damit verbundene Lernprozesse und in der Folge dem Abbau kultureller Distanz (Grenzüberwindung). Der dritte und letzte Schritt besteht in der Erreichung eines Gemeinschaftssinns und der damit verbundenen Abgrenzung der Gruppe gegenüber Anderen und somit der Grenzbildung nach Außen¹³². Die Heuristik wurde im Rahmen der Fallstudien eingesetzt und erwies sich als brauchbar, um die untersuchten Integrationsprozesse zu beschreiben und zu analysieren.

Kooperation schließlich als dritte relevante Variable wurde definiert als eine mehr oder weniger stark institutionalisierte Form des grenzübergreifenden Kontakts. Kooperation schafft somit den Rahmen und den Anlass, um kulturelle Grenzen und kulturelle Integrationsprozesse erforschen zu können.

Aufbauend auf diesen Vorarbeiten der theoriebasierten Begriffsdefinition entstand ein theoretisches Modell, das Grenzen und Integrationsprozesse miteinander in Beziehung setzt.

¹³² Siehe dazu ausführlicher Abbildung 2.

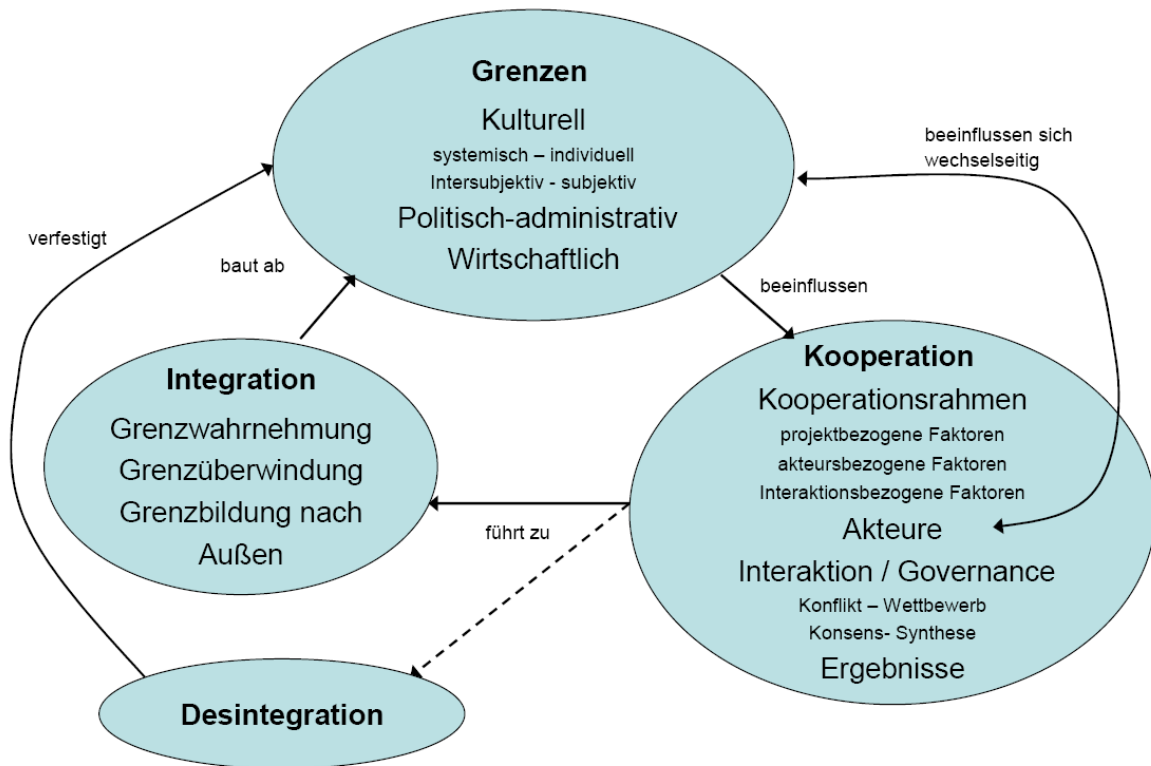


Abbildung 5: Überarbeitetes theoretisches Modell

Quelle: Eigene Darstellung

6.2 Die Rolle kultureller und anderer Grenzen

Mit der Anwendung auf drei Fallstudien im deutsch-polnischen Grenzraum erwies sich das entwickelte Modell als tragfähig und operationalisierbar für die Empirie. Die Fallstudien waren ausgewählt worden, weil bei ihnen kulturelle Grenzüberwindungen und erfolgreiche Integrationsprozesse vermutet wurden. Nach der getrennten Darstellung der drei Einzelfälle wurden die drei Fallstudien einem strukturierten, fokussierten Vergleich unterzogen. So ergaben sich empiriebasierte Erkenntnisse zur Wirkung und Überwindung von kulturellen Grenzen auf regionaler Ebene.

Grenzen sind notwendig, da sie eine Schutzfunktion erfüllen und hierdurch gruppenbildend und somit handlungsleitend wirken. Im Zuge der europäischen Integration erfolgt gleichzeitig mit der Aufhebung von politisch-administrativen und wirtschaftlichen Grenzen auch der Verlust der damit verbundenen Schutzfunktion. Hierdurch entsteht Unsicherheit. Im Gegenzug und auch, um die entstehende Unsicherheit auszugleichen, verstärkt sich zunächst die Bedeutung von sozialen und kulturellen Grenzen. Derartige Grenzen oder „*boundaries*“ unterscheiden sich in mehrfacher Hinsicht von den territorial geprägten „*borders*“.

Zunächst sind kulturelle Systeme und somit auch kulturelle Grenzen keine einheitliche Größe. Sie verfügen einerseits über eine systemische oder strukturelle Dimension, beispielsweise im Bereich von Sprache oder gemeinsamen Werten. Andererseits verfügen sie über eine akteursbezogene Dimension, indem sie sich in den Einstellungen der Akteure niederschlagen und somit deren Wahrnehmung der Realität und somit auch ihr Handeln beeinflussen.

Kulturelle Grenzen sind, anders als politisch-administrative und wirtschaftliche Grenzen, nur als prozessorientiertes Konzept vorstellbar. Aus einer Dynamik von Grenzabbau und neuer Grenzbildung, von grenzverstärkenden, grenzerhaltenden oder grenzabbauenden Faktoren entstehen Integrationsprozesse. Dabei folgen kulturell geprägte Grenzen einer eigenen Logik der Grenzüberwindung: Erst die Wahrnehmung und Akzeptanz von kulturellen Unterschieden und von Differenz führt zur Überwindung dieser Grenzen. Durch kulturelle Grenzüberwindungen verringert sich die Distanz zwischen Angehörigen verschiedener kultureller Systeme, ohne jedoch zwangsläufig eine Verringerung von Differenz notwendig zu machen.

Für das Anwendungsbeispiel der grenzübergreifenden deutsch-polnischen Kooperation erweisen sich verschiedene Arten von Grenzen als unterschiedlich relevant für die Zusammenarbeit. Eine hohe Prägung geht von politisch-administrativen Grenzen aus, da diese den Rahmen der Zusammenarbeit setzen. Hierdurch entscheidet sich beispielsweise, in welcher Form Kooperation rechtlich zulässig ist oder auf welcher administrativen Ebene die fachlichen Zuständigkeiten liegen. Diese Faktoren können eine Zusammenarbeit in bestimmten Fällen ausschließen, in anderen erleichtern oder erschweren. In den Fallstudien erwies sich die fehlende kommunale Selbstverwaltung in Polen als ein Problem, da diese dazu führte, dass die Zuständigkeiten für thematisch interessante Felder der Zusammenarbeit in Deutschland häufig auf kommunaler, in Polen hingegen auf regionaler Ebene liegen. Ebenfalls hinderlich für die Zusammenarbeit war es, dass zum Zeitpunkt der Datenerhebung der Abschluss von grenzübergreifenden Verträgen auf lokaler und regionaler Ebene nicht möglich war. Auch existierte noch kein Instrument für die Gründung von grenzübergreifenden Organisationen, wie beispielsweise von Zweckverbänden.

Innerhalb des bestehenden politisch-administrativen Rahmens entfalten kulturell geprägte Grenzen ihre Wirkung. Zu Beginn der empirischen Untersuchung wurde davon ausgegangen, dass vor allem die systemische Dimension von kulturellen Grenzen, wie Sprache, Institutionen und Geschichte, die prägendste für grenzübergreifende Kooperationen ist. Die durchgeführten Fallstudien deuten jedoch darauf, dass die akteursbezogene und somit subjektive Dimension von kulturellen Grenzen die Entscheidendere ist. Stereotype, regionale Prägungen im Sinne von Pfadabhängigkeiten sowie Bedeutungszuweisungen durch die Akteure wirkten in erheblichem Maße handlungsleitend für die grenzübergreifende Kooperation.

Auch in Bezug auf die Dynamiken der Grenzüberwindung und die damit verbundenen Integrationsprozesse spielen die beteiligten Akteure eine Schlüsselrolle. Voraussetzung für Integrationsprozesse sind regelmässige Kontakte und Interaktionen zwischen den Beteiligten. Auf dieser Basis kommt es zu den Grenzwahrnehmungen und Grenzüberwindungen, die als wesentliche Bestandteile von Integrationsprozessen identifiziert wurden. Integrationsprozesse wirken, zumindest in dem in dieser Arbeit untersuchten frühen Stadium, weniger auf die Veränderung von Grenzen als solche hin, sondern beeinflussen vielmehr die Wahrnehmung von und den Umgang mit Grenzen durch die Akteure. Erst in einem späteren Stadium der Kooperation kann sich eine von Einzelper-

Kooperationsbeziehungen im deutsch-polnischen Grenzraum. Zur Rolle kultureller und anderer Grenzen
sonen unabhängige Form von kulturellen Integrationsprozessen vollziehen, beispielsweise in Form einer Institutionalisierung von Abläufen, Routinen und Regeln. Es ist anzunehmen, dass in einem solchen späteren oder „reiferen“ Stadium von Integrationsprozessen diese auch strukturverändernd wirken.

Verschiedene Faktoren erwiesen sich als begünstigend für Integrationsprozesse im grenzübergreifenden Kontext. Es zeigte sich, dass die Dynamik, die zu Grenzüberwindungen führt, vor allem durch gemeinsames Handeln entsteht und gefördert wird. Um das gemeinsame Handeln zu erleichtern und zielführend zu gestalten, sind verschiedene Aspekte hilfreich. Als Anforderungen an das Projektdesign und die Projektumsetzung bewährten sich klare Projektstrukturen und Ansprechpartner, eine eindeutige, intrinsisch motivierte Zielsetzung, eine hohe Verbindlichkeit sowie sichtbare Erfolge im Projektverlauf. Bei den beteiligten Akteuren erwiesen sich die Bereitschaft zum Engagement sowie eine hohe interkulturelle und soziale Kompetenz als integrationsfördernd. Für die Interaktionsprozesse im Projekt schließlich waren eine hohe Kontaktintensität, zahlreiche informelle Interaktionssituationen und die Begegnung zwischen Deutschen und Polen auf Augenhöhe hilfreich. Ebenfalls erfolgversprechend war der Einsatz unterschiedlicher Koordinationsmodi (Konflikt, Konsens, Kompromiss und Synthese¹³³) je nach Projektstatus und Themenfeld.

Schließlich spielte auch die Europäische Union eine wichtige Rolle, da sie gemeinsames Handeln durch die Bereitstellung entsprechender finanzieller Mittel fördert. Ohne solche Drittmittel fehlen die Gelegenheitsstrukturen für die deutsch-polnischen Kooperation und damit auch für die Grenzüberwindung. Der EU kommt somit eine Schlüsselrolle zu wenn es darum geht, Dynamiken anzustoßen. Nicht gelungen ist es in den untersuchten Projekten allerdings bislang, die initiierten Prozesse nachhaltig, d.h. auch ohne Drittmittel, tragfähig zu gestalten. Doch jenseits der bereitgestellten Geldmittel spielte die EU in den Fallstudien nur eine marginale Rolle.

¹³³ Siehe dazu ausführlicher S. 48

6.3 Ausblick

Aus den Ergebnissen ergeben sich Implikationen sowohl für die Europapolitik als auch für die Theoriebildung zu Grenzen und zur europäischen Integration. Durch den europäischen Integrationsprozess wird die Verbindung von Territorium und Identität, die in Form der Nationalstaaten lange Zeit Bestand hatte, schrittweise aufgehoben. Hieraus erwachsen auch weiterführende Aufgaben für die Europäische Union und deren Institutionen. Diese stehen vor der Herausforderung, den Verlust von Grenzen und die damit verbundene Unsicherheit durch entsprechende Identifikationsangebote auf europäischer Ebene abzumildern.

Bislang überwiegen in den Diskussionen um die Zukunft der EU die wirtschaftlichen und politischen Aspekte, die überdies von einer starken Unsicherheit in Bezug auf die zukünftige Entwicklung Europas geprägt sind. Alternativ hierzu bietet sich der Verweis auf eine gemeinsame europäische Vergangenheit, das damit verbundene kulturelle Erbe sowie gemeinsame und damit verbindenden Werte für zukünftige Identifikationsangebote und eine europäische Identitätsbildung an. Solche gemeinsamen, kulturell verwurzelten Identifikationsangebote können auch die grenzübergreifende Kooperation auf regionaler Ebene erleichtern, indem sie eine verbindende Klammer schaffen und somit im grenzübergreifenden Dialog vermittelnd und grenzabbauend wirken. Eine zukünftige grenzübergreifende Institutionenbildung wird nicht nur durch die teilweise noch zu schaffende politisch-administrative Rahmensetzung unterstützt, sondern auch durch eine gemeinsame transnationale, kulturell geprägte Zielvorstellung. Darüber hinaus sind die Förderung des interkulturellen Dialogs sowie die Verbesserung der interkulturellen Kompetenz von Schlüsselakteuren ein erfolgversprechender Weg, der bereits von der Europäischen Kommission beschritten wird.

Die Kategorie der Grenzen und insbesondere der kulturellen Grenzen stellt somit eine sinnvolle Perspektiverweiterung der europäischen Integrationstheorie und insbesondere des Multi-Level Governance-Ansatzes dar¹³⁴. Dabei umfasst „Integration“ ein prozessorientiertes Konzept, wie auch von Vertretern des MLG-Ansatzes und Karl W. Deutsch postuliert. Deutsch nannte verschiedene Voraussetzungen für Integrationsprozesse, wie die Wertekompatibilität, eine Kapazität zur politischen Reaktion und eine

Vorhersehbarkeit des Verhaltens. Die Erkenntnisse dieser Arbeit weisen jedoch darauf hin, dass es sich hier nicht um Voraussetzungen handelt, sondern dass sich diese Aspekte vielmehr im Laufe erfolgreicher Integrationsprozesse herausbilden. Sie sind also keine Vorbedingungen, sondern Phasen eines Integrationsprozesses. Aus diesem Blickwinkel erscheint es daher angezeigt, künftig stärker die verschiedenen Phasen von (kulturellen) Integrationsprozessen mit ihren Eigenheiten zu beleuchten.

Die vorgelegte Analyse zeigte, dass gerade der subjektiven Dimension von Grenzen eine große Bedeutung zukommt. Daher liegt es nahe, dass kulturwissenschaftlich geprägte Ansätze, die gesellschaftliche Phänomene als bedingt durch die Deutungen und Auslegungen der Akteure betrachten, das Konzept der „Grenzen“ zukünftig in stärkerem Maße gewinnbringend anwenden könnten. Eine rein sozialkonstruktivistische Untersuchung von kulturellen Grenzen in der grenzübergreifenden Kooperation erscheint dabei jedoch nicht als weiterführend. Denn erstens verfügen Grenzen stets über eine prägende, territoriale bzw. politisch-administrative Dimension, die nicht ausgeklammert werden kann. Zweitens sind nationale Identitäten, auf denen kulturelle Grenzen beruhen, *„zwar immer soziale Konstruktionen, (sind) aber doch nicht beliebig manipulierbar“* (Flora 2000).

Wichtige Impulse für eine künftige Betrachtung von kulturellen Grenzen im Rahmen der europäischen Integrationstheorie gehen dabei von Stein Rokkan aus. Es sah Grenzen als ein prozessorientiertes Konzept, das über eine räumliche ebenso wie über eine soziale Dimension verfügt, die beide in enger Verbindung miteinander stehen. Die dem Konzept der Grenzen inhärenten Dynamiken von Grenzbildung, Grenzüberschreitung und in deren Konsequenz erneuter, veränderter Grenzbildung ergänzen die bestehenden integrationstheoretischen Erklärungsmuster um weiterführende Aspekte. Rokkans These, dass die Reduzierung von geografischer Distanz zu einer Verstärkung sozialer Abgrenzung führen kann, hat sich bestätigt. Sie verweist damit erneut darauf, dass die Analysen des Integrationsprozesses, der zum Abbau von *„borders“* führt, sich umso aufmerksamer den bestehenden und neu entstehenden *„boundaries“* zuwenden müssen.

Kulturelle Grenzen und kulturelle Integrationsprozesse sind längerfristig wirksame Prozesse. Die vorliegende Arbeit erhob empirische Daten für einen bestimmten Zeitabschnitt und analysierte diese. Hieraus ergaben sich Hinweise auf wirksame Prozesse und

¹³⁴ Siehe dazu ausführlich oben 2.1.1 .

Kooperationsbeziehungen im deutsch-polnischen Grenzraum. Zur Rolle kultureller und anderer Grenzen

bestehende Muster. Um der Langfrist-Dimension von kulturellen Grenzen und kulturellen Integrationsbegriffen gerecht zu werden, bedarf es zusätzlich einer Betrachtung dieser Phänomene auf Basis von längerfristigen empirischen Erhebungen. Mit dem in dieser Arbeit generierten Wissen über die zentrale Bedeutung der subjektiven Dimension kultureller Grenzen können künftige Untersuchungen darüber hinaus so angelegt werden, dass sie diese Kategorie detaillierter zu erfassen suchen. Hierfür sollten die Akteure und ihre Motivationen stärker im Fokus stehen als bislang geschehen und ein entsprechendes Untersuchungsdesign gewählt werden.

7 Abkürzungsverzeichnis

ABG Ausbildungsgemeinschaft Frankfurt/Oder

ABM Arbeitsbeschaffungsmaßnahme

AzI Akteurszentrierter Institutionalismus

BBV Berufsbildungsverein Eberswalde e.V.

DDR Deutsche Demokratische Republik

DPBA Deutsch-polnische Berufsausbildung im Hotel- und
Gaststättengewerbe

EDON Eurodistrict OderLand/NadOdrze

EU Europäische Union

EVTZ Europäischer Verbund für territoriale Zusammenarbeit

EWIV Europäische WirtschaftsInteressen Vereinigung

IBA Internationale Bauausstellung

IHK Industrie- und Handelskammer

ILB Investitionsbank des Landes Brandenburg

MOE Mittel- und Osteuropa

MLG Multi-Level Governance

MOL Märkisch-Oderland

NATO North Atlantic Treaty Organization

PHARE Poland and Hungary – Aid for Restructuring of the Economies

PHARE-CBC Poland and Hungary – Aid for Restructuring of the Economies,
Cross-border cooperation

SED Sozialistische Einheitspartei Deutschlands

ZSEH „Zespół Szkół Ekonomiczno Hotelarskich im. Emilii Gierczak“

8 Quellenverzeichnis

8.1 Literaturverzeichnis

- Acharya, Amitav (2002): "Regionalism and the emerging world order: Sovereignty, autonomy, identity" In: *New Regionalisms in the Global Political Economy*, S. Breslin u.a. (Hrsg.). London/New York: Routledge. S. 20-32.
- Almond, Gabriel A. und Sidney Verba (1963): *The Civic Culture: Political Attitudes and Democracy in Five Nations*. Princeton, NJ: Princeton University Press.
- Anderson, Benedict (1983): *Imagined Communities: Reflections on the origins and spread of nationalism*. London: Verso.
- (1996): *Die Erfindung der Nation*. Frankfurt (Main)/New York.
- Anderson, James und Liam O'Dowd (1999): "Border, Border Regions and Territoriality: Contradictory Meanings, Changing Significance." *Regional Studies* 33 (7). S. 593-604.
- Anderson, Malcom und Eberhard Bort (Hrsg.) (1998): *The Frontiers of Europe*. London: Pinter.
- Anschläge.de und Tina Veihelmann (2006): *Aurith/Urad: Zwei Dörfer an der Oder/dwie wioski nad Odra*. Potsdam: Deutsches Kulturforum östliches Europa.
- Axelrod, Robert (1984): *The Evolution of Cooperation*. New York: Basic Books.
- Bach, Maurizio (2008): *Europa ohne Gesellschaft. Politische Soziologie der europäischen Integration*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Baecker, Dirk (Hrsg.) (2002): *Niklas Luhmann: Einführung in die Systemtheorie*. Heidelberg: Carl-Auer-Systeme.
- Beichelt, Timm (2005): "Kultur und Kontext. Strategien zu Einbeziehung komplexer Umwelten in die Vergleichende Methode." In: *Vergleichen in der Politikwissenschaft*, S. Kropp und M. Minkenberg (Hrsg.). Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften. S. 218-33.
- Benz, Arthur (Hrsg.) (2004): *Governance. Regieren in komplexen Regelsystemen*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Benz, Arthur u.a. (1999): *Regionalisierung: Theorie - Praxis - Perspektiven*. Opladen: Leske + Budrich.
- Berg-Schlosser, Dirk (2004): "Die Erforschung der politischen Kultur - Begriffe, Kontroversen, Forschungsstand." In: *Politische Kultur in Deutschland*, G. Breit (Hrsg.). Schwalbach: Wochenschau Verlag. S. 8-29.
- Berg-Schlosser, Dirk und Jakob Schissler (1987): "Politische Kultur in Deutschland - Forschungsgegenstand, Methoden und Rahmenbedingungen." In: *Politische Kultur in Deutschland. Bilanz und Perspektiven der Forschung*, D. Berg-Schlosser und J. Schissler (Hrsg.). Opladen: Westdeutscher Verlag. S. 11-26.
- Berthoin Antal, Ariane und Sigrid Quack (2006): "Einleitung: Grenzen - Innovation - Identität." In: *Grenzüberschreitungen - Grenzziehungen: Implikationen für*

- Innovation und Identität. Festschrift für Hedwig Rudolph*, A. Berthoin Antal und S. Quack (Hrsg.). Berlin: edition sigma. S. 13-33.
- Bieling, Hans J. und Marika Lerch (2005): *Theorien europäischer Integration*. Stuttgart: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Blatter, Joachim (2000): *Entgrenzung der Staatenwelt? Politische Institutionenbildung in grenzüberschreitenden Regionen in Europa und Nordamerika*. Baden-Baden: Nomos.
- (2004): "From 'spaces of place' to 'spaces of flows'? Territorial and functional governance in cross-border regions in Europe and North America." *International Journal of Urban and Regional Research* 28 (3). S. 530-48.
- Blatter, Joachim u.a. (2007): *Qualitative Politikanalyse: Eine Einführung in Methoden und Forschungsansätze*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Blatter, Joachim K. und N. Clement (2000): "Transborder Collaboration in Europe and North America: Explaining Similarities and Differences." In: *Borders, regions, and people*, M. v. d. Velde und H. v. Houtum (Hrsg.). London: Pion. S. 85-103.
- Bös, Mathias (2000): "Zur Kongruenz sozialer Grenzen: Das Spannungsfeld von Territorien, Bevölkerungen und Kulturen in Europa." In: *Die Europäisierung nationaler Gesellschaften*, M. Bach (Hrsg.). Wiesbaden: Westdeutscher Verlag. S. 429-55.
- Brencz, Andrzej (1999): "Die Herausbildung einer neuen Kulturlandschaft in den Westgebieten - eine neue Sichtweise." In: *Grenze der Hoffnung: Geschichte und Perspektiven der Grenzregion an der Oder*, H. Schultz und A. Nothnagle (Hrsg.). Berlin: Arno Spitz. S. 95-106.
- Buras, Piotr (2006): "Die IV. Republik und Deutschland: Eine Anatomie des Misstrauens." *polen-analysen* (03/06). S. 2-6.
- Bußmann, Annette (2005): *Die dezentrale grenzüberschreitende Zusammenarbeit mit Deutschlands Nachbarländern Frankreich und Polen: Zur möglichen Übertragbarkeit des Karlsruher Übereinkommens auf die deutsch-polnische Grenzregion*. Baden-Baden: Nomos.
- Caramani, Daniele (2003a): "Political Cultures and European Integration." *Project Proposal* MZES. http://www.mzes.uni-mannheim.de/res_prog_02/exten_03_02.pdf. Letzter Zugriff am 20.12.2009. Mannheim.
- (2003b): "State Administration and Regional Construction in Central Europe: A Comparative-Historical Perspective." In: *The Territorial Challenge in Central and Eastern Europe: Territorial Restructuring and European Integration*, M. Keating und J. Hughes (Hrsg.). Brüssel. S. 21-50.
- Caterino, Brian und Sanford F. Schram (2006): "Introduction: Reframing the Debate." In: *Making Political Science Matter*, S. F. Schram und B. Caterino (Hrsg.). New York/London: New York University Press. S. 1-13.
- Centrum Badania Opinii Społecznej (2006): "Opinie o stosunkach z Rosją, Niemcami i Ukrainą. Na kim Polacy mogą polegać, a kogo się obawiać (*Meinung zum Verhältnis mit Russland, Deutschland und der Ukraine: Auf wen können sich die Polen verlassen und vor wem fürchten sie sich*)." Warschau.

- Christiansen, Thomas u.a. (2001): *The Social Construction of Europe*. London u.a.: SAGE.
- Chrysochoou, Dimitris N. (2001): *Theorizing European Integration*. London u.a.: SAGE.
- Church, Andrew und Peter Reid (1999): "Cross-border co-operation, institutionalization and political space across the English channel." *Regional Studies* 33 (7). S. 643-55.
- Delhey, Jan (2004a): "European Social Integration: From convergence of countries to transnational relations between peoples." *WZB Discussion Papers SP I 2004 - 201*. Berlin.
- (2004b): "Nationales und transnationales Vertrauen in der Europäischen Union." *Leviathan: Zeitschrift für Sozialwissenschaft* (32). S. 15-45.
- Demandt, Alexander (1990): "Die Grenzen in der Geschichte Deutschlands." In: *Deutschlands Grenzen in der Geschichte*, A. Demandt (Hrsg.). München: C.H. Beck. S. 10-31.
- Deppisch, Sonja (2007): *Governance in grenzüberschreitenden Regionen: Eine empirische Analyse am Beispiel der österreichisch-bayrischen Euregios*. Dortmund: Rohn Verlag.
- Deutsch-Polnische Gesellschaft Brandenburg (Hrsg.) (2001): *Wettbewerb der Erinnerungen. Leben an und mit der Grenze: Guben/Gubin*. Bd. 22. Potsdam.
- Deutsch, Karl W. (1966): *Nationalism and Social Communication. An inquiry into the foundations of nationality*. 2. Aufl. Cambridge (Mass.)/London: The M.I.T. Press.
- (1972): *Der Nationalismus und seine Alternativen*. München: R. Piper.
- Deutsch, Karl W. u.a. (1957): *Political Community and the North Atlantic Area*. Princeton (New Jersey): Princeton University Press.
- Diez, Thomas und Antje Wiener (2003): "Introducing the Mosaic of Integration Theory." In: *European Integration Theory*, A. Wiener und T. Diez (Hrsg.). Oxford: Oxford University Press. S. 1-21.
- Directorate-General for Education and Culture (2007a): "Eurybase: The Information Database on Education Systems in Europe. Organisation des Bildungssysteme in der Bundesrepublik Deutschland." Brüssel: Europäische Kommission.
- (2007b): "Eurybase: The Information Database on Education Systems in Europe. The Education System in Poland." Brüssel: Europäische Kommission.
- Döring, Jörg und Tristan Thielmann (Hrsg.) (2008): *Was lesen wir im Raume? Der Spatial Turn und das geheime Wissen der Geographen*. Bielefeld: transcript.
- Duhamelle, Christophe u.a. (Hrsg.) (2007): *Grenzregionen. Ein europäischer Vergleich vom 18. bis zum 20. Jahrhundert*. Frankfurt (Main)/New York: Campus Verlag.
- Edelman, Murray (1976): *Politik als Ritual: die symbolische Funktion staatlicher Institutionen und politischen Handelns*. Frankfurt (Main): Campus.
- Eigmüller, Monika und Gerhard Vobruba (2006): "Einleitung: Warum eine Soziologie der Grenze?" In: *Grenzsoziologie: Die politische Strukturierung des Raumes*, M.

- Eigmüller und G. Vobruba (Hrsg.). Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften. S. 1-14.
- Engelhardt, Thomas (2010): "Kirchturmsanierung als Sommervorhaben." *Lausitzer Rundschau*, 15.03.2010.
- Esser, Hartmut (2002): "Was könnte man (heute) unter einer Theorie mittlerer Reichweite verstehen?" In: *Akteure - Mechanismen - Modelle: Zur Theoriefähigkeit makro-sozialer Analysen*, R. Mayntz (Hrsg.). Campus: Frankfurt (Main)/New York. S. 128-50.
- Europäisches Parlament (2005): "Bericht über die Rolle der "Euroregionen" bei der Entwicklung der Regionalpolitik (2004/2257(INI))." Ausschuss für regionale Entwicklung.
- European Commission, Directorate-General for Regional Policy (Hrsg.) (2008): *Working for the regions: EU Regional Policy 2007-2013*. Brüssel: Amt für Veröffentlichungen der Europäischen Gemeinschaften.
- Falkowski, Mateusz (2002): "Polen als Osten und als Westen: Gegenseitige Wahrnehmung von Polen und Deutschen - Neueste Forschungsergebnisse." *Deutsch-polnisches Magazin DIALOG* (60). S.
- Falkowski, Mateusz und Agnieszka Popko (2006): "Die Deutschen über Polen und die Polen 2000 - 2006: Die Schlussfolgerungen der Forschungsstudie." Warschau: Instytut Spraw Publicznych - The Institute of Public Affairs.
- Ferrara, Maurizio (2006): *The boundaries of welfare: European integration and the new spatial politics of social protection*. Oxford: Oxford University Press.
- Fischer, Jörg Peter (2008): "Von INTERREG III zur Europäischen Territorialen Zusammenarbeit." *BRAND aktuell* (2008 Spezial: Transnationalität - ein gemeinsamer Weg). S. 14-5.
- Flick, Uwe (2004): *Triangulation. Eine Einführung*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Flora, Peter (2000): "Externe Grenzbildung und interne Strukturierung - Europa und seine Nationen. Eine Stein Rokkan'sche Forschungsperspektive." *Berliner Journal für Sozialforschung* (2). S. 151-65.
- Fontane, Theodor (2003): *Das Oderland*. 3. Aufl. Berlin: Aufbau Taschenbuch Verlag.
- François, Etienne u.a. (Hrsg.) (2007): *Die Grenze als Raum, Erfahrung und Konstruktion. Deutschland, Frankreich und Polen vom 17. bis zum 20. Jahrhundert*. Frankfurt (Main)/New York: Campus.
- Garsztecki, Stefan (2005): "Regionen und Dezentralisierungen in Polen: neue Entwicklungen." In: *Jahrbuch des Förderalismus 2005*, E. Z. f. F. Tübingen (Hrsg.). Baden Baden: Nomos. S. 427-39.
- Garton Ash, Timothy (2007): "Europe's true stories." *Prospect Magazine*.
- Geertz, Clifford (1973): *The Interpretation of Culture. Selected Essays*. New York: Basic Books.
- (1997): *Dichte Beschreibung. Beiträge zum Verstehen kultureller Systeme*. Frankfurt (Main): Suhrkamp.

- Gehler, Michael und Andreas Pudlat (Hrsg.) (2009): *Grenzen in Europa*. Hildesheim u.a.: Georg Olms Verlag.
- George, Alexander L. und Andrew Bennett (2005): *Case Studies and Theory Development in the Social Sciences*. Cambridge (Mass.)/London: MIT Press.
- Gericke, Naomi u.a. (2008): "Die aktuelle Situation auf dem Ausbildungsmarkt in den neuen Ländern." Bonn: Bundesinstitut für Berufsbildung.
- Gerlach, Thomas (2007): "Ein kleines Oder-Wunder." *Die Welt*, 31.10.2007.
- Geßler, Tim und Beate Konieczny (2004): "Grenzübergreifende Zusammenarbeit im Spannungsfeld zwischen alltagskultureller und offizieller Ebene: Eine Bestandsaufnahme in der Doppelstadt Guben - Gubin." In: *Grenzüberschreitende Raumplanung - Beobachtungen in der deutsch-polnischen Grenzregion*. IRPUD Arbeitspapier 181, D. Bötitz u.a. (Hrsg.). Dortmund. S. 35-46.
- Gläser, Jochen und Grit Laudel (2004): *Experteninterviews und qualitative Inhaltsanalyse als Instrumente rekonstruierender Untersuchungen*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Göhler, Gerhard (Hrsg.) (1994): *Die Eigenart der Institutionen: Zum Profil politischer Institutionentheorie*. Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft.
- (Hrsg.) (1997): *Institution - Macht - Repräsentation: Wofür politische Institutionen stehen und wie sie wirken*. Baden-Baden: Nomos.
- Grosse, Tomasz Grzegorz (2006): "An Evaluation of the Regional Policy System in Poland: Challenges and Threats Emerging from Participation in the EU's Cohesion Policy." *European Urban and Regional Studies* 13 (2). S. 151-65.
- Gualini, Enrico (2003): "Cross-border Governance: Inventing Regions in a Trans-National Multi-Level Polity." *DISP* (152). S. 43-52.
- Gukenbiehl, Hermann E. (1998): "Bildung und Bildungssystem." In: *Handwörterbuch zur Gesellschaft Deutschlands*, B. Schäfers und W. Zapf (Hrsg.). Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung. S. 85-100.
- Haas, Ernst B. (1958): *The Uniting of Europe*. London: Stevens.
- Halicka, Beata (2007): "Das Zäsurjahr 1945 an der Mittleren Oder in den Erinnerungen von Deutschen und Polen." In: *Schwierige Nachbarn? 300 Jahre deutsch-polnische Nachbarschaft. Groß Neuendorfer Grenzgespräche 2006*, W. Michalka und R. Schmoock (Hrsg.). Berlin: Verlag für Berlin-Brandenburg. S. 59-73.
- (2008): "Der "polnische Wilde Westen": Die Besiedelung der Ziemia Lubuska nach dem Zweiten Weltkrieg." In: *Terra Transoderana: Zwischen Neumark und Ziemia Lubuska*, B. Vogenbeck u.a. (Hrsg.). Berlin: be.bra Verlag. S. 48-58.
- Halicka, Beate (2006): ""Mein Haus an der Oder" - Erinnerungen von Neusiedlern." *Osteuropa* (11). S. 245-58.
- Hall, Peter A. und Rosemary C. R. Taylor (1996): *Political science and the three new institutionalisms*. Köln: Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung.
- Hendrich, Cornelia (2008): "Grenz-Projekte gestoppt." *Märkische Oderzeitung*, 07.10.2008.

- Hettlage, Robert und Hans-Peter Müller (2006): "Die europäische Gesellschaft? Probleme, Positionen, Perspektiven." In: *Die europäische Gesellschaft*, R. Hettlage und H.-P. Müller (Hrsg.). Konstanz: UVK Verlagsgesellschaft mbH. S. 9-22.
- Hirschman, Albert O. (1970): *Exit, voice, and loyalty; responses to decline in firms, organizations, and states*. Cambridge, Mass.: Harvard University Press.
- Hölscher, Sandra (2008): "Auszubildende sammeln Erfahrungen im Nachbarland." *Forum: Das Wirtschaftsmagazin Ostbrandenburg*, 11.08.2008.
- Holtz, Andreas und Nina von Dahlern (2010): *Kultur - Macht - Politik*. Frankfurt (Main) u.a.: Peter Lang.
- Huntington, Samuel (1993): "The Clash of Civilizations?" *Foreign Affairs* 72 (3). S. 22-49.
- (Hrsg.) (1996): *The Clash of Civilizations and the Remaking of World Order*. New York: Simon and Schuster.
- Institut Spraw Publicznych (2005): "Meinungen der Polen über die polnisch-deutschen Beziehungen nach dem Regierungswechsel in beiden Ländern: Eine Meinungsumfrage des Institute of Public Affairs in Warschau." Warschau.
- Jahn, Detlef (2006): *Einführung in die vergleichende Politikwissenschaft*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Jahn, Egbert (1993): "Kooperation." In: *Lexikon der Politik. Band 6: Internationale Beziehungen*, A. Boeckh (Hrsg.). München: Beck. S. 259.
- Jajesniak-Quast, Dagmara und Katarzyna Stokłosa (2000): *Geteilte Städte an Oder und Neiße: Frankfurt (Oder) - Slubice, Guben - Gubin und Görlitz - Zgorzelec 1945-1995*. Berlin: Berlin Verlag Arno Spitz.
- Janssen, Manfred und Frank Sibom (2000): *Perspektiven der europäischen Integration : sozioökonomische, kulturelle und politische Aspekte*. Opladen: Leske + Budrich.
- Jaworski, Rudolf (2003): "Leben mit Geschichte." In: *Deutsche und Polen: Geschichte, Kultur, Politik*, A. Lawaty und H. Orłowski (Hrsg.). München: C. H. Beck. S. 110-7.
- Jurczek, Peter (2006): "Entstehung und Entwicklung grenzübergreifender Regionen in Mitteleuropa - unter besonderer Berücksichtigung der Euroregionen an der Ostgrenze der Bundesrepublik Deutschland." In: *Mitteleuropäische Grenzräume*, H. Thoß (Hrsg.). Berlin: Duncker & Humblot. S. 9-20.
- Kilper, Heiderose (2010): "Governance und die soziale Konstruktion von Räumen. Eine Einführung." In: *Governance und Raum*, H. Kilper (Hrsg.). Baden-Baden: Nomos. S. 9-24.
- Klein-Hitpaß, Katrin u.a. (2006): "Vertrauen in grenzüberschreitenden Akteursnetzwerken." *DISP* (164). S. 59-70.
- Klesmann, Martin (2008): "Mehr Autodiebstähle, mehr Laubeneinbrüche." *Berliner Zeitung*, 07.05.2008.
- Knodt, Michèle und Martin Große Hüttmann (2005): "Der Multi-Level Governance Ansatz." In: *Theorien der europäischen Integration*, H.-J. Bieling und M. Lerch (Hrsg.). Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften. S. 223-47.

- Koch, Frank Thomas (2006): "Good Practice-Dokumentation für potentielle Nachnutzer im Bundesgebiet zur Deutsch-Polnischen Berufsausbildung im Hotel- und Gastgewerbe 2002/2003-2005." Eberswalde/Berlin.
- (2008): "Deutsch-polnische Berufsausbildung im Hotel- und Gaststättengewerbe zum Hotelfachmann/-frau und Hoteltechniker. Projektdokumentation mit Evaluationsbericht zum zweiten Durchlauf des Ausbildungsganges für den Zeitraum vom 01.01.2006-30.06.2008." Eberswalde/Berlin.
- Kohler-Koch, Beate (Hrsg.) (1998): *Regieren in entgrenzten Räumen*. Opladen/Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.
- Kohlisch, Thorsten (2008): *Regional Governance in europäischen Regionen: Eine empirische Analyse der transnationalen Verbände Großregion/Grande Région und Oder-Partnerschaft/Partnerstwo-Odra*. Münster u.a.: LIT Verlag.
- Krätke, Stefan (1998): "Problems of cross-border regional integration: The case of the German-Polish border area." *European Urban and Regional Studies* 5 (3). S. 249-62.
- (1999): "Regional Integration or Fragmentation? The German-Polish Border Region in a New Europe." *Regional Studies* 33 (7). S. 631-41.
- Kroeber, Alfred L. und Clyde Kluckhohn (1952): *Culture. A critical review of concepts and definitions*. Bd. 47 (1). Cambridge (Mass.): Peabody Museum of American Archeology and Ethnology
- Lausitzer, Rundschau (2008): "Nächste Runde im Streit um die Brücke." 09.05.2008.
- Lemberg, Hans (2003): "Der "Drang nach Osten" - Mythos und Realität." In: *Deutsche und Polen. Geschichte - Kultur - Politik*, A. Lawaty und H. Orłowski (Hrsg.). München: C. H. Beck. S. 33-8.
- Lichbach, Mark Irving (2009): "Thinking and Working in the Midst of Things: Discovery, Explanation, and Evidence in Comparative Politics." In: *Comparative Politics: Rationality, Culture, and Structure*, M. I. Lichbach und A. S. Zuckerman (Hrsg.). Cambridge u.a.: Cambridge University Press. S. 18-71.
- Lisiecki, Stanislaw (1996a): "Die offene Grenze - Wandlungen im Bewusstsein der Grenzbewohner." In: *Die offene Grenze. Forschungsbericht deutsch-polnische Grenzregion (1991-93)*, S. Lisiecki (Hrsg.). Potsdam: Verlag für Berlin Brandenburg GmbH. S. 97-115.
- (1996b): "Einleitung." In: *Die offene Grenze. Forschungsbericht deutsch-polnische Grenzregion (1991-93)*. S. Lisiecki (Hrsg.). Potsdam: Verlag für Berlin-Brandenburg GmbH. S. 11-20.
- Luhmann, Niklas (2000): *Vertrauen: Ein Mechanismus der Reduktion sozialer Komplexität*. 4. Aufl. Stuttgart: Lucius & Lucius.
- March, James G. und Johan P. Olsen (1984): "The New Institutionalism: Organizational Factors in Political Life." *American Political Science Review* 78 (3). S. 734-49.
- Marks, Gary (1992): "Structural Policy in the European Community." In: *Europolitics: Institutions and Policymaking in the 'New' European Community*, A. Sbragia (Hrsg.). Washington: The Brookings Institute. S. 191-224.

- (1993): "Structural Policy and Multilevel Governance in the EC." In: *The State of the European Community Vol. 2: The Maastricht Debates and Beyond*, A. W. Cafruny und G. Rosenthal (Hrsg.). Boulder (CO): Lynne Rienner. S. 391-410.
- Marks, Gary u.a. (1996): "European Integration from the 1980s: State-Centric v. Multi-level Governance." *Journal of Common Market Studies* 34 (3). S. 341-78.
- Mayntz, Renate (2009): *Über Governance: Institutionen und Prozesse politischer Regelung*. Frankfurt (Main): Campus.
- Mayntz, Renate und Fritz W. Scharpf (1995): "Der Ansatz des akteurszentrierten Institutionalismus." In: *Gesellschaftliche Selbstregulierung und politische Steuerung*, R. Mayntz und F. W. Scharpf (Hrsg.). Frankfurt (Main)/New York: Campus. S. 39-72.
- Mayring, Philipp (2003): *Qualitative Inhaltsanalyse*. 8. Aufl. Weinheim/Basel: Beltz Verlag.
- Menéndez-Alarcón, Antonio V. (2004): *The Cultural Realm of European Integration. Social Representations in France, Spain, and the United Kingdom*. Westport (CT)/London: Praeger.
- Merkel, Wolfgang (1999): *Systemtransformation*. Opladen: Leske + Budrich.
- Merton, Robert K. (1949): *Social theory and social structure: Toward the codification of theory and research*. Glencoe (Ill.): Free Press.
- Meuser, Michael und Ulrike Nagel (1991): "ExpertInneninterviews - vielfach erprobt, wenig bedacht." In: *Qualitativ-empirische Sozialforschung. Konzepte, Analysen, Methoden*, D. Garz und K. Kraimer (Hrsg.). Wiesbaden: Westdeutscher Verlag. S. 441-71.
- Mey, Günther und Franz Breuer (2008): "Forschungsdesign und Qualitative Forschungslogik." *Präsentation im Rahmen eines Workshops am Leibniz-Institut für Regionalentwicklung und Strukturplanung*. Erkner.
- Mjoset, Lars (2000): "Stein Rokkan's Thick Comparisons." *Acta Sociologica* 43 (4). S. 381-97.
- Mobiles Beratungsteam Eurokomm (Hrsg.) (2005): *Auf halber Strecke - W polowie drogi*. Fürstenwalde: SONAR.
- Moebius, Stephan (2009): *Kultur*. Bielefeld: transcript Verlag.
- Morhard, Bettina (2001): *Das deutsch-polnische Grenzgebiet als Sonderfall europäischer Regionalpolitik*. Berlin u.a.: Springer.
- Münch, Richard (2004): *Soziologische Theorie. Band 3: Gesellschaftstheorie*. Frankfurt (Main)/New York: Campus.
- Musekamp, Jan (2008): "Ziemia Lubuska und Neumark. Eine Region?" In: *Terra Transoderana: Zwischen Neumark und Ziemia Lubuska*, B. Vogenbeck u.a. (Hrsg.). Berlin: be.bra. S. 22-8.
- Nicklas, Hans (2006): "Klammern kollektiver Identität - Zur Funktion von Vorurteilen." In: *Interkulturell denken und handeln*, H. Nicklas u.a. (Hrsg.). Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung. S. 109-20.

- Niedermayer, Oskar (2005): *Bürger und Politik: Politische Orientierungen und Verhaltensweisen der Deutschen*. 2. Aufl. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Nothnagle, Alan (1999): "Verordnete Freundschaft, geschlossene Grenze." In: *Grenze der Hoffnung: Geschichte und Perspektiven der Grenzregion an der Oder*, H. Schultz und A. Nothnagle (Hrsg.). Berlin: Arno Spitz. S. 57-78.
- Orchard, Vivienne (2002): "Culture als Opposed to What? Cultural Belonging in the Context of National and European Identity." *European Journal of Social Theory* 5 (4). S. 419.
- Orłowski, Hubert (2003): "Stereotype der "langen Dauer" und Prozesse der Nationsbildung." In: *Deutsche und Polen. Geschichte - Kultur - Politik*, A. Lawaty und H. Orłowski (Hrsg.). München: C. H. Beck. S. 269-79.
- Parsons, Talcott (1937): *The Structure of Social Action*. New York u.a.: McGraw Hill.
- (1951): *The Social System*. London: Routledge & Kegan Paul.
- (1966): *Societies: evolutionary and comparative perspectives*. Englewood Cliffs (NJ): Prentice-Hall.
- (1973): "Culture and Social System Revisited." In: *The Idea of Culture in the Social Sciences*, L. Schneider und C. Bonjean (Hrsg.). Cambridge: Cambridge University Press. S. 33-46.
- (1986): *Gesellschaften: evolutionäre und komparative Perspektiven*. 2. Aufl. Frankfurt (Main): Suhrkamp.
- Parsons, Talcott und Edward A. Shils (Hrsg.) (1951): *Toward a general theory of action*. Cambridge (Mass.): Harvard University Press.
- Perkmann, Markus (1999): "Building Governance Institutions Across European Borders." *Regional Studies* 33 (7). S. 657-67.
- (2003): "Cross-border regions in Europe: significance and drivers of regional cross-border cooperation." *European Urban and Regional Studies* 10 (2). S. 153-71.
- (2005): "The emergence and governance of Euroregions: the case of the EUREGIO on the Dutch-German border." *Workshop "Euroregions: Experiences and Lessons"*. Institut Universitari d'Estudis Europeus, University of Barcelona.
- Peters, Bernhard (1993): *Die Integration moderner Gesellschaften*. Frankfurt (Main): Suhrkamp.
- Peters, Guy B. (2005): *Institutional Theory in Political Science: The 'New Institutionalism'*. 2. Aufl. London/New York: Continuum.
- Pieper, Karin (2006): *Regionalpolitik in Ungarn und Polen: Zwei Staaten im EU-Beitrittsprozess*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Putnam, Robert (1995): "Bowling Alone: America's Declining Social Capital." *Journal of Democracy* 6 (1). S. 65-78.
- Putnam, Robert u.a. (1993): *Making Democracy Work: Civic Traditions in Modern Italy*. Princeton: Princeton University Press.

- Raciborski, Jacek (2005): "Das System der territorialen Selbstverwaltung und die Lokalpolitik." In: *Demokratie in Polen: Elemente des politischen Systems*, J. Raciborski und J. J. Wiatr (Hrsg.). Opladen: Verlag Barbara Budrich. S. 179-96.
- Rausch, Ulrike (1998): "Grenze(n)." In: *Lexikon der Politik, Band 7: Politische Begriffe*, D. Nohlen u.a. (Hrsg.). München: Beck. S. 237.
- Rippl, Susanne u.a. (2009): "Lokales Sozialkapital und transnationales Engagement. Potenziale einer transnationalen Zivilgesellschaft in deutschen, französischen, polnischen und tschechischen Grenzregionen." *zeitschrift für vergleichende Politikwissenschaft* 3 (2). S. 257-81.
- Rohe, Karl (1994): "Politische Kultur: Zum Verständnis eines theoretischen Konzepts." In: *Politische Kultur in Ost- und Westdeutschland*, O. Niedermayer und K. von Beyme (Hrsg.). Opladen: Leske + Budrich. S. 1-21.
- Röhring, Andreas (2008): "Pfadabhängigkeiten und Handlungsspielräume in der Kulturlandschaftsentwicklung des Oderbruchs." In: *Kulturlandschaft als Handlungsraum. Institutionen und Governance im Umgang mit dem regionalen Gemeinschaftsgut Kulturlandschaft*, D. Fürst u.a. (Hrsg.). Dortmund: Verlag Dorothea Rohn. S. 115-34.
- Rokkan, Stein (1973): "Cities, States, and Nations: A Dimensional Model for the Study of Contrasts in Development." In: *Building states and nations*, S. N. Eisenstadt und S. Rokkan (Hrsg.). Beverly Hills (Calif.): SAGE. S. 73-97.
- (1980): "Eine Familie von Modellen für die vergleichende Geschichte Europas." *Zeitschrift für Soziologie* 9 (2). S. 118-28.
- (2000): *Staat, Nation und Demokratie in Europa. Die Theorie Stein Rokkans aus seinen gesammelten Werken rekonstruiert und eingeleitet von Peter Flora*. Frankfurt (Main): Suhrkamp.
- Rokkan, Stein und Derek W. Urwin (1983): *Economy, territory, identity: politics of West European peripheries*. London u.a.: SAGE.
- Rosamond, Ben (2000): *Theories of European integration*. Basingstoke: Macmillan Press.
- Sarcinelli, Ulrich (1987): *Symbolische Politik: Zur Bedeutung symbolischen Handelns in der Wahlkampfkommunikation der Bundesrepublik Deutschland*. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Sassatelli, Monica (2002): "Imagined Europe: The Shaping of a European Cultural Identity Through EU Cultural Policy." *European Journal of Social Theory* 5 (4). S. 435.
- Schirmer, Dietmar (2002): "Vom schwierigen Verhältnis von "Kultur" und Politikwissenschaft." In: *Politik und Bedeutung: Studien zu den kulturellen Grundlagen politischen Handelns und politischer Institutionen*, W. Rossade u.a. (Hrsg.). Wiesbaden: Westdeutscher Verlag. S. 17-26.
- Schlögel, Karl (2003): *Im Raume lesen wir die Zeit. Über Zivilisationsgeschichte und Geopolitik*. München/Wien: Carl Hanser Verlag.
- (2007): "Die Oder - Überlegungen zur Kulturgeschichte eines europäischen Stromes." In: *Oder - Odra. Blicke auf einen europäischen Strom*, K. Schlögel und B. Halicka (Hrsg.). Frankfurt (Main): Peter Lang. S. 21-46.

- Schroer, Markus (2009): *Räume, Orte, Grenzen: Auf dem Weg zu einer Soziologie des Raums*. Frankfurt (Main): Suhrkamp.
- Schroll-Machl, Sylvia und Katarzyna Wiskoski (2002): "Typisierte polnisch-deutsche Kulturunterschiede: Welche business-relevanten Werte, Grundhaltungen, Grundeinstellungen sind zwischen Polen und Deutschen verschieden?" In: *Interkulturelle Kommunikation mit polnischen Partnern in Wirtschaft und Wissenschaft*, O. Rösch (Hrsg.). Berlin. S. 57-65.
- Schultz, Helga (1999): "Die Oderregion in wirtschafts- und sozialhistorischer Perspektive." In: *Grenze der Hoffnung: Geschichte und Perspektiven der Grenzregion an der Oder*, H. Schultz und A. Nothnagle (Hrsg.). Berlin: Arno Spitz. S. 21-56.
- Schultz, Helga und Alan Nothnagle (1999): "Einleitung." In: *Grenze der Hoffnung: Geschichte und Perspektiven der Grenzregion an der Oder*, H. Schultz und A. Nothnagle (Hrsg.). Berlin: Arno Spitz. S. 9-20.
- Schuppert, Gunnar Folke (Hrsg.) (2006): *Governance-Forschung: Vergewisserung über Stand und Entwicklungslinien*. Baden-Baden: Nomos.
- Schwartz, Frank (2004): "Mehr als "gute Nachbarschaft" - Kooperation im Grenzraum von Westpolen und Ostbrandenburg. Das Projekt "Translokal" als Beitrag zur gemeinsamen Standortentwicklung." *MIR aktuell* 4 (05). S. 21-4.
- Schwelling, Birgit (2004): "Der kulturelle Blick auf politische Phänomene. Theorien, Methoden, Problemstellungen." In: *Politikwissenschaft als Kulturwissenschaft. Theorien, Methoden, Problemstellungen*, B. Schwelling (Hrsg.). Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften. S. 11-32.
- Senge, Konstanze und Kai-Uwe Hellmann (2006): "Einleitung." In: *Einführung in den Neo-Institutionalismus*, K. Senge und K.-U. Hellmann (Hrsg.). Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften. S. 7-31.
- Shore, Chris (2000): *Building Europe. The Cultural Politics of European Integration*. London/New York: Routledge.
- Sonthheimer, Kurt und Wilhelm Bleek (1999): *Grundzüge des politischen Systems der Bundesrepublik Deutschland*. Bd. 11. . München/Zürich: Piper.
- Steier-Jordan, Sonja (2001): "Bildungssystem im Übergang." In: *Informationen zur politischen Bildung: Polen*, Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.). Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung. S. 40-5.
- Steinke, Ines (2000): "Gütekriterien qualitativer Forschung." In: *Qualitative Forschung: Ein Handbuch*, U. Flick u.a. (Hrsg.). Reinbek bei Hamburg: Rowohlt. S. 319-31.
- Stokłosa, Katarzyna (2004): "Laboratorien der Einigung. Grenzregionen am EU-East-End." *Osteuropa* 54 (5-6). S. 496-506.
- Stokłosa, Katarzyna (2003): *Grenzstädte in Ostmitteleuropa: Guben und Gubin 1945 bis 1995*. Berlin: BWV.
- Süßmann, Johannes u.a. (Hrsg.) (2007): *Fallstudien: Theorie - Geschichte - Methode*. Frankfurt: trafo.
- Suny, Ronald Grigor (2002): "Back and Beyond: Reversing the Cultural Turn?" *The American Historical Review* 107 (5). S. 1476-99.

- Thompson, Edward Palmer (1963): *The Making of the English Working Class*. London: Gollancz.
- (1987): *Die Entstehung der englischen Arbeiterklasse*. Frankfurt (Main): Suhrkamp.
- Traba, Robert (2003): "Regionalismen. Zwischen Heimat und einem Europa der Regionen." In: *Deutsche und Polen. Geschichte, Kultur, Politik*, A. Lawaty und H. Orłowski (Hrsg.). München: C. H. Beck. S. 455-65.
- TRANSLOKAL (2004): "Bericht: 1. Workshop der Projektpartner aus Guben, Gubin, Trenzin und dem Waldviertel im Rahmen des EU-Projektes TRANSLOKAL am 26. und 27. August 2004 im Waldviertel/ Niederösterreich." http://www.translokal.net/download/040907_reisebericht1.pdf (Abruf am 13.05.08).
- (o.J.): "Die Europastadt entwickelt ihr Zentrum - Euromiasto rozwija swoje centrum."
- (Hrsg.) (2006): *Grenzen der Kooperation: Perspektiven im Grenzraum*. Guben/Berlin: Druckerei Konrad.
- Urban, Thomas (2003): *Polen*. 2., aktualisierte und ergänzte Aufl. München: C. H. Beck.
- Vobruba, Gerhard und Monika Eigmüller (Hrsg.) (2007): *Grenzsoziologie: Die politische Strukturierung des Raumes*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Wedeen, Lisa (2002): "Conceptualizing Culture: Possibilities for Political Science." *The American Political Science Review* 96 (4). S. 713-28.
- Wienand, Johannes und Christiane Wienand (Hrsg.) (2010): *Die kulturelle Integration Europas*. Wiesbaden: VS Verlag.
- Wiener, Antje und Thomas Diez (Hrsg.) (2003): *European Integration Theory*. Oxford: Oxford University Press.
- Witt, Andrea (2003): Die deutsch-polnische und die US-mexikanische Grenze. Grenzüberschreitende Zusammenarbeit zwischen regionaler Identität, nationaler Priorität und transkontinentaler Integration, Philosophische Fakultät III, Humboldt-Universität, Berlin.
- Wolf, Klaus Dieter (1996): "Kooperationstheoretische Ansätze." In: *Lexikon der Politik. Band 5: Die Europäische Union*, B. Kohler-Koch u.a. (Hrsg.). München: Beck. S. 187-92.
- Wolff-Powęska, Anna (2003): "Polen und die neuen Bundesländer im Zeichen des Wandels." In: *Deutsche und Polen: Geschichte - Kultur - Politik*, A. Lawaty und H. Orłowski (Hrsg.). München: C. H. Beck. S. 376-85.
- Yin, Robert K. (1994): *Case Study Research: Design and Methods*. 2. Aufl. Thousand Oaks u.a.: SAGE.
- Zybura, Marek (2003): "Das deutsche Kulturerbe in Polen." In: *Deutsche und Polen: Geschichte - Kultur - Politik*, A. Lawaty und H. Orłowski (Hrsg.). München: C. H. Beck. S. 144-53.

8.2 Verzeichnis sonstiger Quellen

- Amtsblatt der Europäischen Union L210/19: Verordnung (EG) Nr. 1082/2006 des Europäischen Rates und des Parlaments vom 5. Juli 2006 über den europäischen Verbund für die territoriale Zusammenarbeit (EVTZ). Brüssel.
- Battis, Ulrich und Michael Kersten (2008): Europäische Politik des territorialen Zusammenhalts – Europäischer Rechtsrahmen und nationale Umsetzung. Rechtsguthaben im Auftrag des Bundesamtes für Bauwesen und Raumordnung. Bonn.
- Committee of the Regions (2008): „The European Grouping of Territorial Cooperation (EGTC): state of play an Perspectives (Draft Final Report). Vienna.
- Dürschmidt, Jörg (2002): „They’re Worse off Than Us“ – the Social Construction of European Space and Boundaries in the German / Polish Twin-City Guben-Gubin“, *Identities: Global Studies in Culture and Power*, 9:123-150.
- Eberhardt, Christiane / Albrecht, Günther (Hrsg.) (2007): *Qualifizierung und Vernetzung im Grenzraum*. Bonn: Bundesinstitut für Berufsbildung.
- Fischer, Jörg Peter (2008): „Von INTERREG III zur Europäischen Territorialen Zusammenarbeit: Der Anpassungsprozess der EU-Gemeinschaftsinitiative INTERREG III. *BRANDaktuell Spezial 2008*. Potsdam.
- INTERact (2008): INTERact Handbook on the European Grouping of Territorial Cooperation (EGTC): What Use for European Territorial Cooperation Programmes and Projects? Vienna.
- Gerlach, Thomas (2007): „Ein kleines Oder-Wunder“. *Die Welt*. 31.10.2007.
- Hendrich, Cornelia (2008): „Bahnhof auf dem Fluss“. *Märkische Oderzeitung*. 03.03.2008.
- Hendrich, Cornelia (2008); „Schwebend über die Grenze“. *Märkische Oderzeitung*. 20.03.2008.
- Hoorn, Alexandra (2006): „Wahrnehmungs- und Handlungsmuster an der deutsch-polnischen Grenze: Ergebnisse einer Untersuchung unter Jugendlichen in Guben-Gubin“. *Europa Regional 14(2006):22-32*.
- Kalms, Udo (2008): „Diese Ausbildung ist ein Novum“. *Märkische Oderzeitung*. 29.10.2008.
- Klesmann, Martin (2006): „Wanderungen durch die Neumark“. *Berliner Zeitung*. 21./22.10.2006.
- (2006): „Grenzgänger an der Neiße“. *Berliner Zeitung*. 23.12.2006.
- (2007): „Hol über nach Polen“. *Berliner Zeitung*. 13.04.2007.
- (2007): „Ein Schiff soll kommen“. *Berliner Zeitung*. 10.10.2007.
- (2008): „Eine Stadt in zwei Ländern“. *Berliner Zeitung*. 24.01.2008.
- (2008): „Bruchstellen“. *Berliner Zeitung*. 08.05.2008.
- Krasnicki, Andrzej jr (2007): „Hit turystyczny: prom ‚Bez granic‘. *Gazeta Wyborcza Szczecin*.

- Landtag Brandenburg (2007): Antwort auf die Kleine Anfrage Nr. 1808 „Vertrag mit der Republik Polen nach dem Vorbild des `Karlsruher Abkommens“ – Europäischer Verbund der territorialen Zusammenarbeit (II). Drucksache 4/4843. Potsdam.
- Lausitzer Rundschau (2005): „Projektbörse setzt auf gemeinsame Bildungsangebote: Gubener und Gubiner Bildungseinrichtungen präsentieren sich“, 26.09.2005.
- Märkische Oderzeitung (2008): „Oder-Fähre startet in ihre erste Saison“. *Märkische Oderzeitung*. 03.04.2008.
- Märkische Oderzeitung (2007): „Polen bremst Förderprogramme aus. Grenzregion wartet auf Millionen“. 11.06.2007.
- Märkische Oderzeitung (2005): „Reger Informationsaustausch jenseits der Oder“. 15.12.2005.
- Mielke, Michael (2008): „Jetzt sind sie wirklich Nachbarn geworden“. *Die Welt*. 04.05.2008.
- Rösler, Michael (2005): „Bildung und Weiterbildung in einer lernenden Grenzregion“.
- Ryss, Robert (2006): „Region Nadodrze-Oderland“. *Gazeta Chojenska*. 03.01.2006.
- Schröder, Dietrich (2007): „Von Fähren bis Schulpartnerschaften: Die deutsch-polnische Initiative ‚Oderland-Nadodrze‘ schafft Schritt für Schritt grenzüberschreitende Identitäten“. *Märkische Oderzeitung*. 04.04.2007.
- Seidler, Michael (2007): „Nachbarstädte sollen enger zusammenwachsen“. *Lausitzer Rundschau*. 13.10.2007.
- Stiehler, Uwe (2008): „Wieder Fähre von Kienitz nach Hälse“. *Märkische Oderzeitung*. 10.04.2008.
- TRANSLOKAL (2006): „Neißekonferenz – ‚Strategie 2007‘: Gemeinsames Regionalforum zur Vorbereitung auf die Herausforderungen der neuen EU-Förderperiode, Dokumentation“, Guben.
- „Protokoll zum 6. Workshop der Aktion 1 – Umweltmanagement im Projekt TRANSLOKAL am 09.02.2006“, Guben.
- (2005): „Protokoll zur Konferenz der Aktion 1 – Umweltmanagement im Projekt TRANSLOKAL am 14.12.2005“, Guben.
- (2005): "Bericht: 4. Workshop der Projektpartner aus Guben, Gubin, Trencin und dem Waldviertel im Rahmen des EU-Projektes TRANSLOKAL am 17. und 18. November 2005 im Waldviertel / Niederösterreich."
- (2005): „Protokoll zum 4. Workshop der Aktion 1 – Umweltmanagement im Projekt TRANSLOKAL am 28.10.2005“, Guben.
- (2005): „Protokoll zum 4. Arbeitstreffen der Aktion 3 im Projekt TRANSLOKAL am 19. Oktober 2005“, Guben.
- (2005): „Protokoll zum 4. Workshop der Aktion 4 – Kultur und Identität – im Projekt TRANSLOKAL am 30. September 2004“, Guben.
- (2005): „2. Beratung Regionale Bedarfsanalyse Bildung im deutsch-polnischen Grenzraum am 28. September 2005 in Zielona Góra: Ergebnisprotokoll“, Guben-Gubin.

- (2005): „Protokoll zum 3. Arbeitstreffen der Aktion 3 im Projekt TRANSLOKAL am 31. Mai 2005“, Guben.
- (2005): „Protokoll des ersten Werkstattgespräches Regionale Bedarfsanalyse Bildung am 25. August 2005 in Guben“, Guben / Gubin.
- (2005): „1. Werkstattforum ‚Grenzen der Kooperation – Perspektive Europa: Chancen in Hindernisse kommunaler Entwicklung in peripheren Grenzregionen, 16./17. Juni, Dokumentation“, Gubin.
- (2005): „Protokoll zum 3. Workshop der Aktion 4 – Kultur und Identität – im Projekt TRANSLOKAL am 21. April 2005“, Guben.
- (2005): „Protokoll zum 3. Treffen der Arbeitsgruppe ‚Weiterbildung und Qualifizierung in Guben – Gubin‘, Aktion 2 im Projekt TRANSLOKAL am 20. April 2005“, Guben.
- (2005): „Protokół rozmowy ekspertów w ramach Akcji 1 – Zarządzanie Środowiskiem w projekcie TRANSLOKAL – z dnia 22.03.2005 r., Guben.
- (2005): „Protokoll zum 2. Workshop der Aktion 1 – Umweltmanagement im Projekt TRANSLOKAL am 23.02.2005“, Guben.
- (2005): „Protokoll zum 2. Treffen der Arbeitsgruppe ‚Weiterbildung und Qualifizierung in Guben – Gubin‘, Aktion 2 im Projekt TRANSLOKAL am 8. Februar 2005“, Guben.
- (2005): „Protokoll zum 2. Arbeitstreffen der Aktion 3 im Projekt TRANSLOKAL am 10. Januar 2005“, Guben.
- (2004): „Protokoll zum 2. Workshop der Aktion 4 – Kultur und Identität – im Projekt TRANSLOKAL am 03.12.2004“, Guben.
- (2004): „1. Werkstatt der Aktion 2 – ‚Bildungs- und Qualifizierungsstandort Europastadt Guben – Gubin‘ im Projekt TRANSLOKAL am 02.12.2004“, Guben.
- (2004) "Bericht: 2. Workshop der Projektpartner aus Guben, Gubin, Trencin und dem Waldviertel im Rahmen des EU-Projektes TRANSLOKAL am 29. und 30. November 2004 im Trencin /Slowakei."
- (2004): „Protokoll zum 1. Workshop der Aktion 1 – Umweltmanagement im Projekt TRANSLOKAL am 10.11.2004“, Guben.
- (2004): „Protokoll zum 1. Arbeitstreffen der Aktion 3 im Projekt TRANSLOKAL am 20. Oktober 2004“, Guben.
- (2004): „Protokoll zum 1. Workshop der Aktion 4 im Projekt TRANSLOKAL am 2. September 2004“, Guben.

Trenkner, Joachim (2005): „Podwójnie przegrani“. *Tygodnik Powszechny*. 02.11.2005.

Van Laak, Claudia (2008): „Deutsch-polnische Hotelausbildung“, *DeutschlandRadio Berlin*, 7.11.2008.

Werner, Ellen (2008): „Zweisprachig zum Romantik-Hotel“, *Märkische Oderzeitung*, 07.11.2008.

www.bezgranic.net

www.border-crossing.de

Kooperationsbeziehungen im deutsch-polnischen Grenzraum. Zur Rolle kultureller und anderer Grenzen

www.depore.de

www.espaces-transfrontaliers.org/de/publikationen/karlsruher_uebereinkommen.pdf;
letzter Abruf am 20.4.10

www.euroregion-snb.de

www.euroregion-viadrina.de

www.guben.de/gubin/sf_aktuell.html

www.iba-see2010.de/de/Projekte.html, letzter Abruf am 19.06.2012

www.interact-eu.net

www.maerkisch-oderland.de

www.neisse-nisa-nysa.org

www.oderbruchpavillon.de

www.pomerania.net

www.stadtkirchegubin.de

www.translokal.net

Anhang

Liste der Interviewpartnerinnen und -partner

Institution / Funktion	Projekt	Datum	Ort	Bemerkungen
Projektteam	TRANSLOKAL	04.04.08		Telefoninterview
Projektteam	TRANSLOKAL	04.04.08	Berlin	
Stadt Guben	TRANSLOKAL	22.04.08	Guben	
Projektkoordination	TRANSLOKAL	30.04.08		Telefoninterview
Stadt Gubin	TRANSLOKAL	09.05.08	Gubin	
Projektteam	TRANSLOKAL	13.05.08	Berlin	
Geschäftsstelle	EDON	05.06.08	Neulewin	
Amt Barnim-Oderbruch	EDON	11.06.08	Wriezen	
Projektkoordination	EDON	17.06.08	Frankfurt/Oder	
Amt Neuhardenberg	EDON	18.06.08	Neuhardenberg	
Gemeinde Letschin	EDON	18.06.08	Letschin	
Stadt Dębno	EDON	19.06.08	Dębno	
Stadt Kostrzyn nad Odrą	EDON	19.06.08	Kostrzyn	
Stadt Strausberg	EDON	25.06.08	Strausberg	
BBV Eberswalde	DPBA	12.08.08	Eberswalde	Doppelinterview
BBV Eberswalde	DPBA	12.08.08	Eberswalde	Doppelinterview
BBV Eberswalde	DPBA	26.09.08	Bad Freienwalde	Doppelinterview
BBV Eberswalde	DPBA	26.09.08	Bad Freienwalde	Doppelinterview
IHK Frankfurt/Oder	DPBA	03.12.09	Frankfurt/Oder	
ABG Frankfurt/Oder	DPBA	22.01.09	Frankfurt/Oder	Doppelinterview
ABG Frankfurt/Oder	DPBA	22.01.09	Frankfurt/Oder	Doppelinterview

Interviewleitfäden

Interviewleitfaden TRANSLOKAL:

In meiner Dissertation beschäftige ich mich mit kulturellen Grenzen in deutsch-polnischen Kooperationsprojekten. Zu diesem Zweck untersuche ich mehrere von der EU finanzierte Projekte, die Maßnahmen der Qualifizierung und regionalen Entwicklung zum Ziel haben. Besonders interessiert mich dabei, wie die Zusammenarbeit in Ihrem Projekt sich gestaltete. Ihre Daten werden selbstverständlich vertraulich behandelt und anonymisiert, ich würde Sie jedoch gerne im Anhang als Interviewpartner nennen. Sind Sie damit einverstanden, dass das Gespräch aufgezeichnet wird?

Hintergrundinformationen

F1: Seit wann beschäftigen Sie sich mit deutsch-polnischer Kooperation?

- *[Hinweise auf interkulturelle Kompetenz]*

Kooperationsmotive

Das Projekt TRANSLOKAL verfolgte das Ziel, die interkommunale Zusammenarbeit in Guben/Gubin in vier ausgewählten Handlungsfeldern zu stärken und die grenzübergreifende Zusammenarbeit durch Netzwerke weiter zu qualifizieren. Dies ist vor dem Hintergrund der demographischen und wirtschaftlichen Entwicklung in der Doppelstadt zu sehen.

F2: Was war die Motivation das Projekt TRANSLOKAL ins Leben zu rufen?

- *Wichtige Interessenlagen*

F3: Sie waren für die Stadt Guben am Projekt TRANSLOKAL beteiligt. Was waren ihre persönlichen Beweggründe, sich in diesem Projekt zu engagieren?

- *Persönliche Motivation*
- *[Motivation und Interessenlagen von (Schlüssel)Akteuren]*

Organisation der Kooperation

F4: Das Projekt bestand aus vier thematischen Aktionen und den Werkstattforen. Bitte beschreiben Sie die Zusammensetzung der Projektpartner.

- *Kerngruppe: [Schlüsselakteure]*
- *Aufgaben: [Kompetenzen]*
- *[Konfliktpotential?]*
- *[Asymmetrien?]*

F5: Die offiziellen Projekttreffen sind im Internet dokumentiert und protokolliert. Wie war darüber hinaus der Kontakt und Austausch der Projektpartner organisiert?

- *Gab es eine Kerngruppe?*
- *[Kontaktart: Persönliche Treffen, Email, etc.]*
- *[Häufigkeit des Kontakts]*

Kommunikationsprozesse im Projekt TRANSLOKAL

Die nächsten Fragen beschäftigen sich mit den Kommunikationsprozessen in der Projektzusammenarbeit.

F6: In welcher Sprache oder in welchen Sprachen erfolgte die Verständigung im Projekt?

F7: Wurden in der Projektzusammenarbeit unterschiedliche Kommunikationsgewohnheiten von Deutschen und Polen deutlich? Können Sie Beispiele geben?

- *[kulturelle Codes: Höflichkeiten, Hierarchie, Humor, Direktheit]*
- *[Atmosphäre]*
- *[Kommunikationsprobleme]*

F8: Können Sie Beispiele nennen, wo sich während der Kooperation unterschiedliche oder gemeinsame Werte von Deutschen und Polen zeigten?

- *[Werteorientierungen und ihre Kompatibilität im Projekt]*
- *[Konfliktpotential auf Grund von kulturellen Unterschieden]*
- *[Offene oder latente Thematisierung kultureller Unterschiede im Projekt, „Tabu“themen]*

F9: Inwieweit war die Geschichte – der Region oder die deutsch-polnische Geschichte – Thema in Ihrem Projekt?

F10: Wie wurde mit eventuellen Missverständnissen und Problemen im Projekt umgegangen?

- *[Akzeptierte und nicht-akzeptierte Verhaltensweisen]*
- *[Fähigkeit zur Lösung von kulturell bedingten und Interessenskonflikten]*

Ergebnisse der Kooperation und Lernprozesse

F11: Bitte denken Sie einmal an den Verlauf des Projektes. Hat sich die Zielsetzung im Projektverlauf modifiziert oder verändert?

- *[Kapazität zur Reaktion auf veränderte Ziele]*

F12: Welche direkten und indirekten Ergebnisse hat das Projekt erzielt?

- *[greifbare Ziele: Verträge, Bauwerke]*
- *[Bindungen und Kontakte]*
- *[Kommunikationsregeln, interkulturelle Muster der Kommunikation]*
- *[Multiplikatorfunktion und Außenwirkung]*

F13: Sind zukünftige Kooperationen geplant?

- *[Entstehung eines Gemeinschaftssinns, Wir-Gefühl, Vertrauen]*

F14: Was haben Sie persönlich aus der Projektzusammenarbeit gelernt?

- *[Vorhersehbarkeit künftigen Verhaltens]*
- *[Entstehung interkultureller Kompetenz]*

Abschluss: Danke für das Gespräch. Wurde ein wichtiger Aspekt vergessen? Möchten Sie mich etwas fragen?

Interviewleitfaden EDON Polnisch

W mojej pracy doktorskiej zajmuje się granicami kulturowymi w Polsko-Niemieckich projektach. W tym celu badam projekty finansowane przez Unię Europejską. Szczególnie interesuje mnie jak przebiegała współpraca w tych projektach. Wszelkie informacje będą traktowane poufnie i anonimowo. Jednak chętnie podałabym Pana nazwisko jako jednej z wywiadywanych osób. Czy zgadza się Pan bym nagrała naszą rozmowę?

F 1: Od kiedy zajmuje się Polsko-Niemiecką współpracą?

W jakim kontekście?

Motywy do współpracy

EDON zacząć się w roku 2004 jak współpraca komunalna między poskimi i niemieckimi miastami a gminami w regionie nadodrzańskim. Cel jest identyfikować wspólnych inicjatyw handlowych.

F 2: Jakie były motywy do powołania tego projektu?

F 3: Pan jest w zarządzie inicjatywy. Jakie były Pana osobiste interesy?

Organizacja współpracy

F 4: EDON składać się z dwunastych polskich i piętnastych niemieckich gmin. Ma zarząd i trzy grupy robocze. Czy mógłby Pan wskazać współpracowników projektu?

- - *Najważniejsze osoby*
- - *Ich kompetencje*

F 5: Jak przebiega współpraca i jak wygląda kontakty partnerów projektu?

- *Forma kontaktu (Email, telefon)*
- *Jak często były kontakty*

Następne pytania dotyczą procesów komunikacji podczas przebiegu projektu.

F 6: W jakim języku lub językach przebiega komunikacja w ramach projektu?

F 7: Czy podczas współpracy w projekcie zauważył Pan różnice w zwyczajach Polaków i Niemców? Proszę podać przykłady.

F 8: Może Pan podać przykłady gdzie widoczne były wspólne lub różne wartości i mentalność Polaków i Niemców?

F 9: Czy historia - regionu czy Polsko-Niemiecka - jest poruszana w projekcie?

F 10: W jaki sposób podchodzono do ewentualnych nieporozumień lub problemów?

Resultaty kooperacji

F 11: Proszę pomyśleć wstecz o przebiegu projektu. Czy w trakcie realizacji doszło do modyfikacji celów projektu?

F 12: Jakie bezpośrednie i pośrednie rezultaty przyniósł projekt?

F 13: Czy są zaplanowane następne projekty?

F 14: Jakie osobiste doświadczenia wyniósł Pan z projektu?

Dziękuję za rozmowę. Czy zapomniałam o jakimś ważnym aspekcie? Czy Pan ma pytania?

Kurzfassung der Ergebnisse

Das Promotionsvorhaben beschäftigt sich mit den Fragen, wie sich kulturelle Grenzen in der deutsch-polnischen Zusammenarbeit äußern, welche Auswirkungen sie auf die Kooperation haben und inwieweit sie abgebaut werden können. Ausgehend hiervon werden Rückschlüsse auf kulturelle Integrationsprozesse gezogen, die in enger Beziehung zu kulturellen Grenzen und deren Überwindung gesehen werden. Die Arbeit entwickelt ein eigenes Modell mittlerer Reichweite als Forschungsheuristik und liefert so eine theoriegeleitete Definition von kulturellen Grenzen und kulturellen Integrationsprozessen. Durch die Anwendung des Modells und des daraus entwickelten Kategorienschemas auf drei Fallbeispiele ergeben sich empirische Ergebnisse in Bezug auf die Wirkungsweise von Grenzen sowie von Integrationsprozessen auf regionaler Ebene. Dabei zeigt sich, dass kulturelle Grenzen einen erkennbaren Einfluss auf grenzübergreifende Kooperationen haben, der aber mit fortschreitender erfolgreicher Zusammenarbeit abnimmt. Grenzübergreifende Kooperationen können zu (kulturellen) Integrationsprozessen führen, wenn bestimmte Bedingungen in Bezug auf Projektstruktur, Akteure sowie Interaktionsprozesse erfüllt sind. Ist dies nicht der Fall, so kann eine grenzübergreifende Kooperation auch zur Verfestigung bestehender oder zum Aufbau neuer Grenzen führen. Durch Integrationsprozesse wiederum können kulturelle Grenzen überwunden werden. Die entscheidende Größe für erfolgreiche (kulturelle) Grenzüberwindungen sind die Akteure und deren Wahrnehmungen sowie der daraus resultierende Umgang mit Grenzen.

Short summary of results

This thesis deals with the questions how cultural boundaries manifest themselves in German-Polish cooperation, how they influence cooperation and to which extent they can be overcome. Starting from this point, conclusions are drawn for cultural integration processes, which are defined as closely linked to cultural boundaries and their overcoming. The thesis develops a middle-range model as a research heuristic and herewith delivers a theory-led definition of cultural boundaries and cultural integration processes. The model and its related category scheme is then applied to three case examples, thus delivering empirically founded results on the effects of borders as well as on integration processes at the regional level. It turns out that cultural boundaries noticeably influence cross-border cooperation. However, the influence decreases while successful cooperation advances. Cross-border cooperation can result in (cultural) integration processes, if certain conditions regarding project structure, actors, and processes of interaction are met. If this is not the case, cross-border cooperation can also lead to the consolidation of existing or the emerging of new boundaries. The crucial factor for successfully overcoming (cultural) boundaries are the involved actors, their perceptions of borders and their resulting dealings with borders and boundaries.

Liste der Vorveröffentlichungen

Die Ergebnisse dieser Arbeit wurden nicht vorab veröffentlicht.